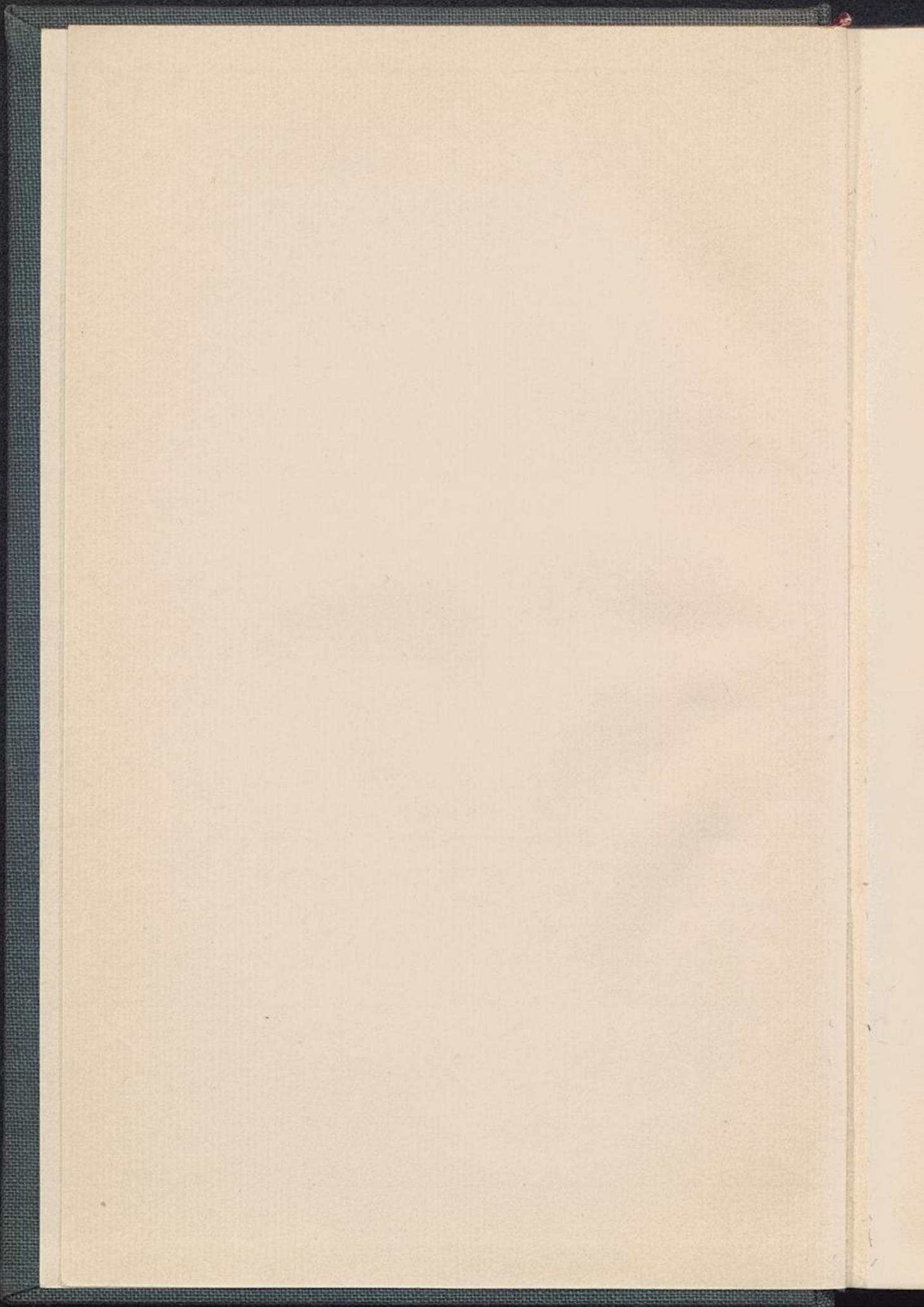


Anton Lichmann

10.17.27

I/II

401











Fürst Lichnowsky

F Ü R S T L I C H N O W S K Y

AUF DEM  
WEGE ZUM ABGRUND

LONDONER BERICHTE,  
ERINNERUNGEN  
UND SONSTIGE SCHRIFTEN

Mit 8 Bildern

Erster Band

1927

CARL REISSNER - VERLAG - DRESDEN

BEMERKUNG DES VERLAGES:

Fürst Lichnowsky hat auf die Honorarerträge  
dieses Werkes zugunsten der Kriegsblinden ver-  
zichtet.

## VORWORT

Die große Aktenveröffentlichung des Auswärtigen Amtes, die leider an gewissen Stellen durch ungehörige Kritiken in Form von Fußnoten entstellt ist, hat es dem Historiker ermöglicht, sich selbst ein Urteil über die auswärtige Politik des Hohenzollern-Kaisertums zu bilden. Er wird erkennen, daß der große Mann seinen Höhepunkt 1870/71 erreicht und überschritten hatte, und daß er später mitunter in erschreckender Weise nachließ. Man hat den Eindruck, daß sein durch viele „schlaflose Nächte“ und Neuralgien angegriffener Gesundheitszustand nicht ohne Rückwirkung auf sein Nervensystem blieb und liest mit Entsetzen Ausführungen, wie die Denkschriften, die das verhängnisvolle Bündnis mit Österreich rechtfertigen sollten (Nr. 455 und Nr. 461). Bei weniger berühmten Autoren würden solche krause Darlegungen als Hingespinnste, Sophismen, Schwulst und Phantastereien gelten! Im Gegensatz zu unseren Vertretern in Petersburg und Paris, die übereinstimmend über unbedingten Friedenswillen uns gegenüber berichteten und nur auf Angst, Mißtrauen bzw. auf Mißstimmungen hinweisen, sucht der erste Kanzler imaginäre Gefahren glaubwürdig zu machen, die lediglich in seinem Kopfe zu finden waren, um dem alten Kaiser das Bündnis mit Österreich gegen Rußland schmackhaft zu machen! Eine Koalition à la Kaunitz sollte sich vorbereiten, zu der aber weder bei den Russen noch bei den Franzosen noch gar bei den

Österreichern die geringsten Ansätze zu bemerken waren! Erinnerungen an den alten Bund wurden aus der politischen Rumpelkammer hervorgeholt, eine Sicherung der Linie Krakau—Bodensee verlangt, wo überwiegend Deutsche wohnen, die eher an Anschluß als an Angriff dachten!

Als unser Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe, im April 1875 (Nr. 169) berichtete, der damalige Minister des Äußeren, Herzog Decazes, habe vorgeschlagen, gegenseitig zu entwaffnen und das bestehende Mißtrauen aufzugeben, daß ferner die Friedensliebe beim Herzog wie beim Präsidenten Mac Mahon eine ungeheuchelte sei und daß Frankreich sobald keinen Krieg führen könne, eine Ansicht, die auch der Militärattaché von Bülow bestätigte, wurde er dahin belehrt, „daß das Endziel der französischen Bestrebungen dennoch die baldige Instandsetzung der Armee zu einem Feldzug gegen Deutschland bleibt.“

Sein Nachfolger in Paris, Graf Münster, vertritt im Dezember 1886 in einem Immediat-Bericht (Nr. 1240) die Ansicht, daß eine durchaus friedliche Stimmung das Land durchweht. „Die Idee der Revanche verblaßt“, der allgemeine Eindruck sei der der Besorgnis, selbst der Furcht vor dem Kriege und daß, wie die Lage und die Stimmung in Frankreich sind, er nicht glauben könne, daß von dieser Seite Krieg zu erwarten wäre. Hierauf wird er in einem gereizten Erlaß dahin belehrt, daß angesichts solcher Ansichten die Reichsregierung kaum in der Lage wäre, die neue Militärvorlage vor dem Reichstag zu vertreten. „Euer pp. treten, indem Sie Seiner Majestät dem Kaiser direkt eine so eingehende und nachdrückliche Darlegung Ihrer Überzeugung von den friedlichen Absichten Frankreichs und seiner Regierung

unterbreiten, der Politik entgegen, zu welcher die verbündeten Regierungen sich durch die neueste Militärvorlage amtlich und öffentlich bekannt haben." Sollte der Bericht bekannt werden, so müßte die Regierung darlegen, „daß der Kaiserliche Botschafter in Paris sich im Irrtum befinde.“ Auf Wunsch des Diktators wurde der Immediat-Bericht zurückgezogen, und weder der Kaiser noch der Reichstag durften die Wahrheit erfahren. Um neue Militärforderungen zu begründen, wurden Gefahren verkündet, die es gar nicht gab, und die Untertanen schon damals wie später und auch 1914 durch falsche Angaben getäuscht.

Um so größer erscheint die Gestalt des alten Kaisers. Tiefe Einsicht, rührende Bescheidenheit, edle Einfalt — wahre Weisheit! Stets traf er das Richtige. Er allein hatte recht, als er sich gegen das wahnsinnige Bündnis mit Österreich sträubte, das uns zum Verderben wurde. Aus seinen Aufzeichnungen spricht eine wunderbare Klarheit und Sicherheit des politischen Urteils. Es ist geradezu erschütternd sie zu lesen, seine inneren Kämpfe zu beobachten und dann zu sehen, wie er vergewaltigt wurde. Man kann ihm nur den einen Vorwurf machen, daß er schließlich nachgab und vor der unwürdigen Streikandrohung des vom Diktator völlig beherrschten Ministeriums zurückwich. Wäre er nur fest geblieben, hätte er ihn nur gehen lassen, — dann wäre die größte Katastrophe der Weltgeschichte unmöglich und das deutsche Volk heute das erste in Europa!

Die Epigonen unter Leitung des Herrn von Holstein waren zunächst bestrebt, die Rückkehr des Meisters, die sie fürchteten, zu verhindern und daher auch in der Politik möglichst in Gegensatz zu ihm zu geraten.

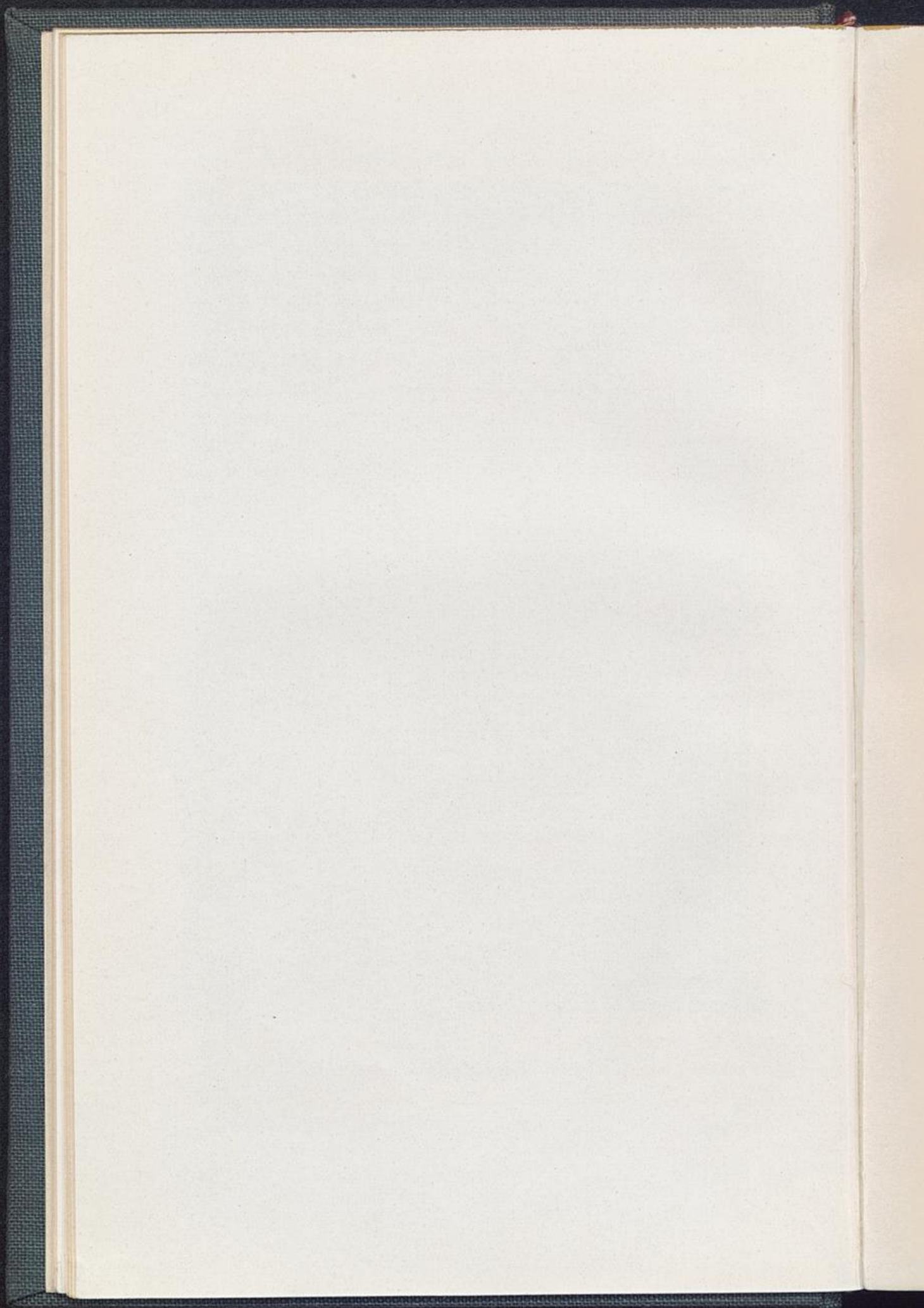
Diese Tendenz führte bekanntlich zur Nichterneuerung des „Rückversicherungsvertrages“. Bismarcks mangelnde Kenntnis österreichischer Zustände, ähnlich seiner Unkenntnis des Wesens der Römischen Kirche, seine Unterschätzung nationaler Bewegungen und deren Bedeutung für die Balkanpolitik, auch seine Besorgnis vor einer tatsächlich undenkbaren Rückkehr Österreichs zur Politik des status quo ante 1866, die dort weder die Deutschen noch die Slawen wünschten, seine Gesamteinstellung als konservativ-dynastischer Politiker, die zu einer Überschätzung des Habsburger Kaisertums führte, namentlich aber sein Haß gegen Gortschakow sowie seine ganz unbegründete Angst vor Koalitionen, — hatten den Diktator veranlaßt, sich mit der obsoleten Firma „Austria“, einem dynastischen und mittelalterlichen Gebilde, zu verbünden, das man später nur noch in Berlin ernst nahm, sonst nirgends, nicht einmal in Wien! Die Irrtümer des Meisters beherrschten aber das ganze Epigonenzeitalter und wurden zu einem System ausgebaut, das schließlich zum Untergang führte.

Aus den Akten erhellt, wie verzweifelt der russische Minister des Äußeren, Herr von Giers, war über die Nichterneuerung des Vertrages mit Deutschland, ein Vertrag, der dem Russischen Reich eine Sicherung der Westgrenze bedeutete, und wie er sich immer wieder über den Mangel schriftlicher Abmachungen zwischen den beiden Kaiserreichen beklagte. Diese Unterlassung sowie die lärmende Erneuerung des unseligen Dreibundes hatten bekanntlich den Russisch-Französischen Vertrag vom Jahre 1892 zur Folge, dessen Artikel 6 lautete: „La présente convention aura la même durée que la Triple-Alliance.“ Das besagt genug.

Die Diadochen, deren Politik meist unter dem Ein-



Lord Haldane



fluß pathologischer Köpfe stand, betrachteten den Dreibund, der außerhalb Deutschlands nur belächelt wurde, soweit man in ihm nicht eine ständige Kriegsgefahr erblickte, als die wichtigste Grundlage unserer auswärtigen Politik, als der Weisheit letzten Schluß. In Wirklichkeit war er ein durch einen großen Namen geheiligter Unsinn!

Eine wachsende Spannung mit Rußland, dessen Wohlwollen wir die Gründung des Reiches in erster Linie verdankten, wie Wilhelm I. es in seinem bekannten Versailler Telegramm an Alexander II. anerkannte, ein Staat, mit dem wir nirgends Reibungen hatten, falls wir auf unsere sinnlose Orientpolitik verzichteten, war die Folge. Als slawisch-orthodoxe Theokratie betrachtete Rußland, — natürlich im Gegensatz zu Österreich-Ungarn und zur Türkei, — die Herstellung der Einigkeit und Unabhängigkeit der Balkanbrüder als seine kirchliche und nationale Mission. Das nannte man dann die „panslawistische“ Gefahr oder den Machthunger Rußlands! —

Wir trieben auch schon zur Zeit Bismarcks eine antirussische Orientpolitik. Als ich Ende der achtziger Jahre Sekretär an der Botschaft in Konstantinopel und später auch in Bukarest war, galt Rußland als der Gegner, dessen „Intrigen“ wir bekämpften, Österreich-Ungarn aber und die Türkei als unsere Freunde. Wir trafen damit die Wurzeln des Cäsaropapismus.

Die Erhaltung des „status quo“ im Orient und im „Halborient“, das heißt auf dem Balkan und in Österreich-Ungarn, war später das bequeme Rezept staatsmännischer Hilflosigkeit und Verlegenheit. Die Abkehr von Rußland, die im Jahre 1875 einsetzte, war tatsächlich der Urgrund unseres Niederganges. Die jugoslawische, griechische, bulgarische Einigkeitsbewegung,

die unter russischem Protektorat stand, konnte auf die Dauer ebensowenig bekämpft werden, wie etwa seinerzeit die italienische. Die Epigonenpolitik aber stützte sich lediglich auf die beiden europäischen Kadaver, den austro-magyarischen und den osmanischen; im übrigen wurde keine Gelegenheit versäumt, außer Rußland auch noch England und Frankreich zu vergrämen, und wenn sich ein Anlaß dazu bot, wurden auch Japan und die Vereinigten Staaten nicht geschont. Zuerst haben wir Rußland in die Arme Frankreichs getrieben und dann in die Englands.

Wir waren bei weitem die Stärksten in Europa und beunruhigten die Welt durch immer neue Rüstungen zu Land und zur See, durch die Ablehnung jeder Rüstungsbeschränkung auf den Friedenskonferenzen, durch herausfordernde Reden an maßgebenden Stellen über die „gepanzerte Faust“ und durch ähnliche Fanfaronaden und Rodomontaden, durch wiederholte und sinnlose Krisen, die den anderen nur die Wahl ließen zwischen Demütigung und Krieg, und die den Anschein erweckten, als sei uns ein neuer Waffengang nicht unwillkommen. Diese Haltung bewirkte eine Annäherung der anderen Mächte, die alte Gegensätze begruben und sich zum gegenseitigen Schutz untereinander verständigten. Das nannte man dann die „Einkreisung“.

Die Entente war das Ergebnis der Marokkokrise, die Herr von Holstein inszenierte, obwohl Herr Delcassé, der meinen Einfluß sehr überschätzte, im Juli 1904 in Paris zur maßlosen Wut des obigen Herrn in einem zweistündigen Vortrag nach einem Diner auf der Deutschen Botschaft sich bereit erklärte, mit uns über Marokko zu verhandeln. Aber Herr von Holstein wollte damals ebensowenig die Verständigung mit Frankreich wie zehn Jahre später sein Nachfolger die mit England.

Herr von Holstein, der bei seinen näheren Bekannten als nicht normal galt, war ein Mann von Geist und Wissen, ein Meister der Intrige. Er beherrschte die Feder und die Akten wie kaum ein anderer. Vom großen Manne, dessen Sekretär er in Petersburg war und der von ihm sagte: „Er sieht Dinge, die nicht sind“, wurde er gebraucht und mißbraucht. Als einer der ersten verriet er den Meister, wie er vorher seinen Pariser Chef, den Grafen Arnim, verraten hatte. Seinen Vorgesetzten wußte er zu imponieren, sie einzuschüchtern und völlig zu beherrschen. Die Politik war für ihn ein Sport, ein Sport mit großem Einsatz. Daß sie auch Privatgeschäft war, hätte ich nie geglaubt.

Vor allem lag ihm an Macht und Einfluß. Beides besaß er auch nach seinem Tode. „Die Lebenden werden von den Toten regiert.“ Tatsächlich leitete er unsere auswärtige Politik seit dem Sturze des großen Mannes nahezu unumschränkt. Geschah ihm nicht nach Wunsch, so drohte er mit dem Rücktritt, worauf alles vor Schreck in die Knie sank, da man Angriffe oder Enthüllungen befürchtete. Gewöhnlich gelang es auch, ihn durch flehentlichen Zuspruch zu besänftigen. Er blieb, und mit ihm die Mißwirtschaft des Auswärtigen Amtes. Seine Politik war sprunghaft, ohne große Ziele, launisch und widerspruchsvoll. Kaum hatte er eine Weisung gegeben, als er sie schon widerrief, namentlich wenn die Gegenseite auf seinen Vorschlag einging, weil er dann mißtrauisch wurde. Er lebte in einer Welt von Wahnvorstellungen, hatte jede Fühlung mit der Wirklichkeit verloren und gab seinen Vertrauten Vorschriften, wie sie berichten sollten. Berichtete einer unserer Vertreter anders, als es der menschenscheue Sonderling lesen wollte, so war Holstein sein Feind. Maßregelung

oder Strafversetzung waren oft die Folge. Holstein protegierte nur Mittelmäßigkeiten oder solche, die sich in Abhängigkeit von ihm befanden; befähigte Beamte waren ihm unbequem. Auf diese Weise gelangten völlig unzulängliche Persönlichkeiten auf wichtige Posten. Alles in allem ein nationales Unglück, der eigentliche Vater des Weltkrieges! Längst hätte man ihn entfernen sollen.

Herr von Kiderlen, Schüler und Intimus Holsteins, der wenige Jahre nach dessen Tode die Leitung unserer auswärtigen Politik übernahm, war verschlagen, pfiffig, schlau, gerissen, nicht ohne Humor und natürlichen Verstand, aber böseartig, gehässig, unmanierlich, ungepflegt, burschikos. Als er zur Macht gelangte, hatten ihn bereits Alkohol und wüstes Junggesellenleben zermürbt. Aber die große Torheit des Jahres 1914 hätte er nicht gemacht; dazu war er doch zu klug, wenn er auch nicht begriff, daß wir uns jeder Einmischung in Balkanfragen zu enthalten hatten.

Ich habe niemals und nirgends behauptet, daß unsere „Staatsmänner“ im Juli 1914 den Weltkrieg gewollt haben, soweit sie überhaupt wußten, was sie wollten, sondern nachzuweisen versucht, daß der Weltkrieg die letzte Folge einer falsch orientierten Politik war und daß, wenn man von einer Krise zur anderen taumelt, der Augenblick unfehlbar eintritt, an dem die Sache „schief“ geht, selbst wenn man es anders wollte. Ich habe in meiner bekannten Denkschrift, die zu meinem lebhaften Bedauern noch während des Krieges herauskam, die aber, wie ich oft feststellen konnte, mehr verurteilt als gelesen wird, unseren damaligen „Staatsmännern“ nicht Kriegswillen, sondern Leichtfertigkeit, Verblendung und Unzulänglichkeit vorgeworfen. In meiner Eingabe an das Herrenhaus vom Jahre 1918 habe ich nachgewiesen,

daß das amtliche Deutsche Weißbuch vom 3. August 1914 viel belastender für uns ist, als meine Denkschrift, da es den *dolus eventualis* zugibt, den ich nicht annahm. „Unter diesen Umständen mußte Österreich sich sagen, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. Die k. und k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis mit seiner Einschätzung der Sachlage geben und ihm versichern, daß eine Aktion, die er für notwendig hielt, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden wird. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber in Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unseren Beistand in dem schweren Moment versagen.“

Die „Kriegsschuldfrage“!

Wer war denn 1870 schuld am Kriege oder 1866 oder 1863? Hat Bismarck sich denn etwa „überfallen“ lassen? Hat er einen Krieg geführt, den er nicht führen wollte? Wer war schuld an den Schlesischen Kriegen oder am Dreißigjährigen? Wer am Trojanischen? Die schöne Helena? Es gibt nur törichte Kriege, und die sind ein Verbrechen, und dann Kriege, die einen

bestimmten Zweck verfolgen, der ohne sie nicht zu erreichen ist. Kann man denn Politik vom Standpunkt des Strafgesetzbuches beurteilen? Letzteres schützt den einzelnen vor Vergewaltigung, wer aber schützt den nationalen Kollektivkörper oder befreit ihn, es sei denn er selbst oder die Hilfe anderer? Ein für einen bestimmten Zweck gewollter und geführter Krieg braucht kein Verbrechen zu sein, ihn aber zu verursachen, ohne ihn gewollt zu haben, ist das schlimmste, was man einem Staatsmann vorwerfen kann!

Der Weltkrieg aus Versehen!

Nichts in den seitherigen Veröffentlichungen hat meine Angaben widerlegt oder meine Auffassung entkräftet, daß die Methoden des Epigonenzeitalters früher oder später zur Katastrophe führen mußten und ich glaube, daß die amtlichen Akten meine Ansichten keinesfalls widerlegen.

Der große Umfang dieser Dokumente macht sie nur ganz wenigen zugänglich, und ich habe mich daher zu einer Sonderausgabe der wichtigsten meiner Londoner Berichte aus den Jahren 1912 bis 1914 entschlossen und ihr noch andere hiermit in Zusammenhang stehende Schriftstücke beigefügt. Der Gedanke einer „Rechtfertigung“ liegt mir fern, denn die Ereignisse haben mir nur zu sehr recht gegeben. Unter unseren Diplomaten war kein anderer, der dauernd gewarnt und alles so, wie es gekommen, vorausgesagt hat. Es liegt mir daran, daß die Gründe, die England zum Eintritt in den Weltkrieg veranlaßten, aus meiner Berichterstattung ersichtlich werden.

Ich wies immer darauf hin, daß, so sehr auch die britische Regierung, namentlich Sir E. Grey, bestrebt war, uns entgegenzukommen und mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, alle Gegensätze zu über-

brücken und eine für beide Teile befriedigende Lösung zu finden, die die Erhaltung des europäischen Friedens gewährleistete, keine britische Regierung wieder wie anno 1870/71 bei einem neuen deutsch-französischen Kriege eine für uns wohlwollende Neutralität einnehmen würde. Ob Elsaß-Lothringen uns oder den Franzosen gehörte, war den Briten ganz gleich. Eine Politik à la Boulanger hätten sie daher niemals unterstützt. Eine neue Niederlage der Franzosen und auch der Russen, die ohne britische Mitwirkung vorzusehen war, hätte uns aber zum Herrn des Festlandes gemacht, und das konnte Britannia nicht dulden! Es ist daher ein Irrtum, zu sagen, die Ablehnung der Bündnisanregungen der neunziger Jahre, die ihre Spitze namentlich gegen Rußland richteten, hätte die politische Lage des Jahres 1914 verschuldet. Mit oder ohne Bündnis, mit oder ohne Flotte, die nur einen Teil unserer ebenso gewaltigen als sinnlosen Rüstungen bildete, die unsere Nachbarn beunruhigten und zur Ringbildung veranlaßten, mit oder ohne die unverzeihliche Verletzung der belgischen Neutralität hätte England kein zweites Sedan zugelassen! Das zeigen auch die kürzlich veröffentlichten Briefe und Tagebuchblätter der Königin Viktoria aus den siebziger Jahren, als weder von der Flotte, noch von der belgischen Neutralität die Rede war. Die Königin, beunruhigt durch die Haltung Bismarcks, dem sie ebenso mißtraute wie auch die Russen, wendet sich — natürlich auf Veranlassung ihrer Minister — in wiederholten Briefen an ihre Tochter, an Wilhelm I., ja sogar an Alexander II., um uns zu warnen.

Das mangelhafte Verständnis bei unserer auswärtigen Leitung für diese wichtige Frage ging schon aus der Meinung hervor, daß unsere Flotte die Engländer

abhalten würde, sich an dem Schutze der schwächeren Seite, der Franzosen, zu beteiligen.

Mit Sir E. Grey konnten wir nahezu alles erreichen; er war bereit, uns auf jedem Gebiet entgegenzukommen, nur eines konnte ich nicht: ihn von dem Eintritt in den Weltkrieg abhalten in dem Augenblick, wo wir den Franzosen den Krieg erklärten und noch dazu die belgische Neutralität verletzten!

Das ist die Tragik meiner Mission. Es war mir glücklich, dank dem aufrichtigen Wunsche Sir E. Greys und seines Beraters Sir W. Tyrrell, sich mit uns zu verständigen, wie sich England zuerst mit Frankreich und dann 1907 mit Rußland verständigt hatte, die Beziehungen zu England so zu verbessern, daß wir auf bereitwillige Unterstützung in allen Fragen rechnen konnten, die nicht die Gefahr eines Krieges in sich schlossen.

Meine Berichterstattung umfaßt die Londoner Botschafterkonferenz, wo der austro-italienische Homunculus, das Königreich Wied, geschaffen wurde, die Bagdadbahn, bei welcher Sir E. Grey ein so großes Entgegenkommen zeigte, daß er uns den Hafen von Basra als Endpunkt der Bahn einräumte, den Kolonialvertrag, der uns weite Interessensphären in den Portugiesischen Kolonien zuwies, ein Vertrag von größter Bedeutung, bei dessen Zustandekommen ich mich sehr im Gegensatze zur Obstruktionspolitik des Auswärtigen Amtes der eifrigen und verständnisvollen Unterstützung unseres Gesandten in Lissabon, Herrn Dr. Rosen, erfreute, sowie endlich meine Darlegungen über unser Verhältnis zu England und meine dringenden Warnungen vor einer Politik, die schließlich zum Zusammenbruch geführt hat.

Alle diese Fragen sind aus meiner Berichterstattung ersichtlich, und dem Leser sei es nun überlassen, zu

beurteilen, wo die Verblendung zu suchen ist und wo die richtige Einschätzung der Lage.

Wenn auch dem großen Manne im Zeitalter der Diktatur eine Reihe schwerere Mißgriffe zur Last fallen, wie der Kampf gegen die Römische Kirche, der widerwärtige Arnimprozeß, der Kampf gegen die Demokratie und die Sozialdemokratie, vor allem aber (als Folge seines Grolles gegen Gortschakow, der mit der „Krieg-in-Sicht“-Affäre einsetzte) seine Haltung auf dem Berliner Kongreß, die uns das kaiserliche Rußland niemals verziehen hat, und schließlich das verhängnisvolle Bündnis mit Österreich, das seine Spitze gegen Rußland richtete und das in gewissem Sinne eine Rückkehr zu den Überlieferungen des Heiligen Römischen Reiches war, — so erscheint doch das Konto des Diktators wieder einigermaßen ausgeglichen durch eine Tat: den sog. Rückversicherungsvertrag.

In seiner großen Zeit ging er mit Rußland gegen Österreich, in seiner bedenklichen mit Österreich gegen Rußland!

Die Epigonen aber irrten, berauscht von unserer Größe und Macht, von einem Mißgriff zum andern.

Ich will mich auf die Nennung der wesentlichsten beschränken: die Nichterneuerung des Vertrages mit Rußland; die lärmende Erneuerung des unseligen Dreibundes; der ostasiatische Dreibund, bei dem wir die Rolle des Zirkus-August spielten, und der uns mit Japan verfeindete; die sinnlose Besetzung von Tsingtau, die die chinesische Frage ins Rollen brachte; die „Weltmarschall“-Groteske; das Krüger-Telegramm; die Brüskierung von Chamberlain; die wahnsinnige Flottenpolitik, die zwar den Krieg nicht verschuldet hat, da es mir gelungen war, trotz der Flotte mit England eine Verständigung zu erreichen, die England aber beunruhigte und sehr dazu beitrug, es in die Arme

Frankreichs und Rußlands zu treiben; die noch wahnsinnigere Marokkokrise, die entgegen den Lehren des Meisters den Franzosen auf afrikanischem Gebiete die Möglichkeit bestritt, sich für Elsaß-Lothringen zu entschädigen, und die in einem Augenblick einsetzte, in dem der Antimilitarismus und Pazifismus in Frankreich die Oberhand gewann; der Argonautenzug nach Tanger, den Wilhelm II. trotz heftigen Sträubens auf Befehl des Herrn von Holstein unternehmen mußte, um gleichzeitig Briten und Franzosen herauszufordern.

Das Schlimmste kam aber noch: die Bosnische Krise, der Auftakt zum Weltkriege! Wir waren aber durch Algeciras in ein Abhängigkeitsverhältnis zu Wien geraten und mußten uns revanchieren beim „brillanten Sekundanten“.

Nun ging es weiter auf dem Wege zum Abgrunde. Die törichten Militärmissionen in Konstantinopel, um die Russen zu verärgern; der Schwabenstreich von Agadir, der uns eine Demütigung durch England zuzog; das Scheitern der Mission Haldane, weil wir uns mit der von Sir E. Grey vorgeschlagenen Formel nicht begnügten und eine für England unannehmbare Neutralitätserklärung forderten, die einer Preisgabe Frankreichs gleichkam; unsere austrophile und antiserbische Haltung während der Balkankriege, welche die dortigen Völker zur Erlangung ihrer Einigkeit und Unabhängigkeit führten; die Gründung des Albanischen Staates, die Serbien den Zugang zum Meer verwehrte, und als Schlußstück die Bestrafung der „Fürstenmörder“ für die „vitalen Interessen unserer Bundesgenossen“, von dem heute nichts mehr übrig bleibt! Dann folgten die Ablehnung des britischen Vermittlungsantrages, die Nichtbeantwortung des russischen Vorschlags, den Streit dem Haager Schiedsspruch zu unterwerfen, die Kriegserklärung an Rußland, der Ein-

fall in Belgien, die Wiederherstellung Polens, der unbeschränkte U-Bootkrieg! Halali!

Deus quos perdere vult prius dementat.

Es war, als ob wir 1859 in den Weltkrieg gegangen wären, um die italienische Einheit zu verhindern und den Deutschen Bund „am Mincio“ zu verteidigen, wie gewisse Politiker es damals wollten.

Ich frage jeden normalen, nicht durch den Autoritätsglauben, durch Phrasen, Legenden und Traditionen benebelten und belasteten Kopf, welches Interesse das deutsche Volk an der serbischen, der bulgarischen oder der rumänischen Frage hatte oder an den Dardanellen? Doch nicht mehr als an spanischen oder portugiesischen Zuständen oder an den Säulen des Herkules!

Was ging uns eigentlich Serbien an, was Bulgarien oder Rumänien? Wozu mußten wir unsere Finger stets in alles hineinstecken und auch auf Kriegsgefahr hin uns in Dinge mischen, die uns völlig fern lagen?

Ich bin mir wohl bewußt, daß obige Ausführungen mir wiederum Angriffe zuziehen können, und auf den Vorwurf gefaßt, ich hätte damit der deutschen Sache geschadet! Kann man unserer Sache schaden, wenn man an den Ursachen des Zusammenbruchs Kritik übt, frei von Vertuschungen und Sophismen, die Zivil- und Militärpolitikaster und andere naive Köpfe und „Halbdenker“ in falschverstandenen Patriotismus servieren, die aber niemand überzeugen und auch nicht ein einziges abgetretenes Dorf wiederbringen oder auch nur einen Paragraphen des Versailler Friedens abändern können?

Die Vergangenheit ist Geschichte, und Geschichte bedeutet die Erforschung der Wahrheit und die Feststellung von Ursachen und Wirkungen, da kein Ereignis ohne Zusammenhang dasteht.

Unserer Sache haben die geschadet, die entgegen meinen wiederholten Warnungen und Ratschlägen eine Richtung verfolgten, welche, wenn auch gewiß gegen ihren Willen, zum Kriege und zum Zusammenbruch führte. Die Wurzeln der Katastrophe bloßzulegen, kann nur Klarheit schaffen, aber keinen Schaden!

Ein Vertrag mit Rußland, der uns vor der Gefahr eines Krieges nach zwei Fronten schützte, und wir brauchten weder Bündnisse noch Rüstungen!

Leider bin ich nicht mehr in der Lage, einige an mich  
Lgerichtete recht interessante Briefe dienstlichen  
Charakters der Herren von Bethmann Hollweg, von  
Jagow und von Stumm zu benutzen, die ich originaliter  
einem der Herausgeber der sogenannten Kautsky-  
Akten (Deutsche Dokumente zum Kriegsausbruch) zur  
Verwertung übergeben hatte, da sie bald darauf aus  
dessen Berliner Wohnung auf rätselhafte Weise ver-  
schwanden.

\* \* \*  
Kurz nach dem Zusammenbruch 1918 habe ich  
folgende politische Aphorismen verfaßt:

Verzicht auf Dreibund- und Orientpolitik auf der  
einen, auf jede Bedrohung Frankreichs und auf neue  
Flottenvorlagen auf der anderen Seite, und die  
dauernde Verständigung mit Rußland und mit England  
war gemacht.

\* \* \*  
Wir konnten 1000 Jahre Frieden haben, wenn wir  
statt mit Österreich mit Rußland gingen.

\* \* \*  
Der Dreibund war eine Laune Bismarcks, eine  
schlechte Laune gegen Gortschakow, nächst dem Ber-  
liner Kongreß sein größter Irrtum.

Bismarck wollte Gortschakow bekämpfen, nicht Rußland.

\* \* \*

Die Epigonen lebten von der Tradition, von dem Ruhm ihres Vorbildes, dessen Irrtümer durch seinen Namen geheiligt waren.

\* \* \*

„Der Vollendete ist nur ein Wegweiser“, sagt Buddha. Die Epigonen aber blieben beim Wegweiser stehen und beklagten sich dann über Vereinsamung.

\* \* \*

Staaten gehen meist an dem System zugrunde, durch das sie emporkamen. Das Mittel zum Zweck wird Selbstzweck und zerstört seine eigene Schöpfung.

\* \* \*

Ein Staatswesen, das der Militarismus beherrscht, ist nicht nur für seine Nachbarn, sondern auch für das eigene Volk eine Gefahr. Die militärischen Gesichtspunkte verdrängen allmählich alle anderen.

\* \* \*

Unsere auswärtige Politik wurde abwechselnd von pathologischen und von önologischen Köpfen geleitet.

\* \* \*

Wenn wir fortführen, uns völlig mit Österreich-Ungarn und mit der Türkei zu identifizieren und alle anderen Großmächte zu brüskieren, so war der Weltkrieg früher oder später unvermeidlich.

\* \* \*

Um England zu verstimmen, bauten wir eine völlig zwecklose Riesenflotte; damit die Franzosen ja nicht einschließen und die Revanche vergaßen, beunruhigten wir sie gelegentlich durch Kriegsdrohungen und Säbelgerassel und suchten mit ihnen Streit in Marokko (obwohl Delcassé zu einem Entgegenkommen bereit war); um schließlich uns Rußland zu entfremden und es den Franzosen, Japanern und Engländern zu nähern, unterstützten wir Austromagyaren und Osmanen und demütigten Rußland in der bosnischen und in der albanischen Frage.

\* \* \*

Niemand wollte uns bekriegen, nur erregten wir überall das gleiche Mißtrauen.

\* \* \*

Der Weltkrieg ist die letzte Folge einer falsch orientierten Politik, die statt mit Rußland mit Österreich-Ungarn ging.

\* \* \*

Die Dreibundpolitik mußte früher oder später zur Weltkatastrophe führen, da ein Konflikt zwischen Rußland und Österreich-Ungarn wegen der serbischen Frage wohl hinauszuschieben, aber schwer zu verhindern war.

\* \* \*

Weder Bündnisse noch Kriege brauchten wir, sondern Verträge, die uns und andere vor Angriffen schützten.

\* \* \*

Man beklagt sich über den Mangel an politischer Begabung beim Deutschen. Wie soll jemand kochen können, wenn man ihn nie in die Küche läßt, wenn er nur fertige Speisen bekommt, die er essen muß, ob sie ihm schmecken oder nicht?

\* \* \*

Bündnisse, selbst defensive, haben immer eine Spitze gegen einen Dritten, gegen dessen vermeintliche Übergriffe sie gerichtet sind. Sie setzen einen gemeinsamen Gegensatz voraus, der daher die Grundlage des Bündnisses bildet und sich durch Erweiterung des ursprünglichen Zweckes allmählich auf Dinge überträgt, die den ursprünglichen Absichten des Vertrages fernliegen.

\* \* \*

Auch ein Bündnis mit Rußland oder mit England wäre falsch gewesen, denn es hätte uns in einen Gegensatz zu der einen oder zur anderen der beiden Mächte gebracht, und beides war zu vermeiden.

\* \* \*

War Rußland im Westen entlastet, hatte es von uns keine Einmischung in Balkanfragen zu fürchten, so konnte es sich seinen asiatischen und orientalischen Interessen zuwenden, und der russisch-englische Gegensatz trat alsdann automatisch wieder hervor.

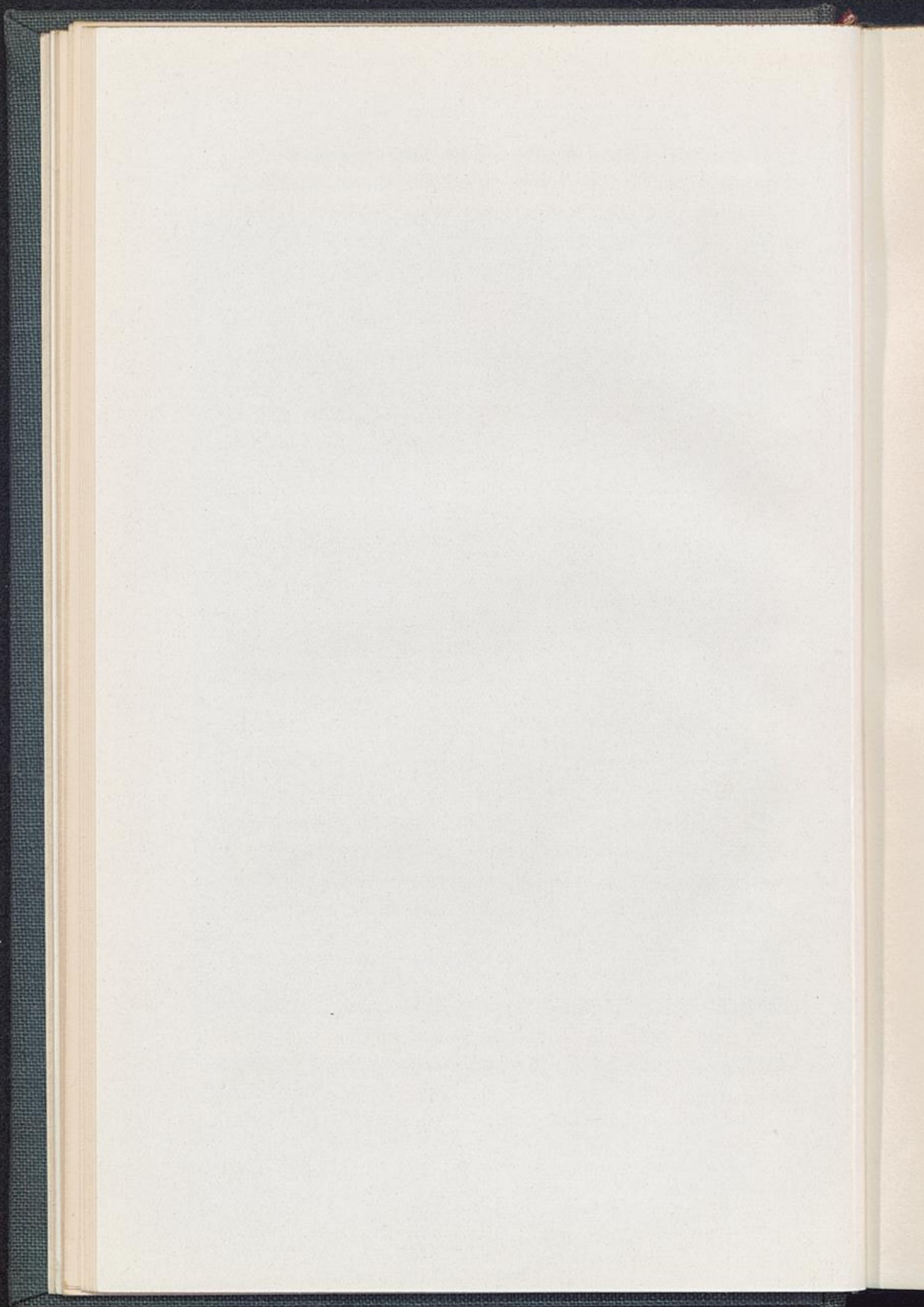
\* \* \*

Weder von Petersburg noch von Paris oder von London drohten uns Gefahren, sondern nur von Berlin und von Wien.

\* \* \*



Lord Edward Grey



Bei einer vernünftigen Politik wären unsere Beziehungen zu England und zu Rußland heute gleich vorzüglich, zu Frankreich durchaus korrekt, und Österreich-Ungarn würde noch bestehen, wenn es auch mit der Zeit gewisse Randgebiete hätte abtreten müssen.

\* \* \*

Wir haben die russisch-französische Allianz gemacht, ebenso auch die russisch-japanische und russisch-englische Verständigung: durch Vergrämung aller Beteiligten.

\* \* \*

Die Entente war unser Werk, eine auf gegenseitige Versicherung gegen Kriegsgefahr beruhende Genossenschaft.

\* \* \*

Bismarcks Werk beruhte auf militärischen Erfolgen. Er befestigte das Soldatenkönigtum. Kriegerische Mißerfolge mußten dieses System vernichten, der von ihm bekämpften Demokratie zum Siege verhelfen.

\* \* \*

Wir konnten längst zur einjährigen Dienstzeit für alle und zu Rüstungsbeschränkungen übergehen, wenn wir mit Rußland gut standen und der Politik der „gepanzerten Faust“ und der „schimmernden Wehr“ entsagten.

\* \* \*

Nicht ob man das serbische Ultimatum gekannt hat, ist die entscheidende Frage, sondern ob man gewußt und gebilligt hat, daß es auf Ablehnung berechnet war!

\* \* \*

Die Politik der Kraftproben mußte schließlich schief gehen. Wiederholt hat sie uns an den Rand des Krieges gebracht und schließlich hineingeführt.

\* \* \*

Politik ist Geschäft und nicht Sport und Spielerei.

\* \* \*

Der Kultus der Unfähigkeit muß zu Katastrophen führen, wenn wichtige Posten mit unzulänglichen Leuten besetzt werden, bloß weil sie bequem sind.

\* \* \*

Man kann ein glänzender Diplomat oder Parlamentarier sein, aber kein Staatsmann. Zu letzterem gehört tiefere Einsicht, selbständiges Urteil, innere Freiheit.

\* \* \*

Trotz gegenseitiger Mißgunst waren unsere Bonzen immer in einem Punkte vollkommen einig: Geschlossen gegen jeden Front zu machen, der den Verdacht erweckte, die bisherige Gemütlichkeit und ihre Eigenmacht durch etwas mehr Begabung und selbständiges Urteil zu gefährden.

\* \* \*

Auch in der Politik kann man ein guter Taktiker sein und ein schlechter Stratege. Zu ersterem gehört Geschick und Erfahrung, zu letzterem souveräne Urteilskraft.

\* \* \*

Ein unfähiger Lenker strandet auf gefährlicher Bahn. Auf der richtigen Straße braucht auch ein schwacher Kutscher nicht umzuschmeißen.

\* \* \*

Der Autoritätsbegriff ist nötig zur Aufrechterhaltung der Ordnung, er führt aber leicht zur Kritiklosigkeit, geistiger Trägheit und Blindheit, zum Götzendienst der Tradition und verhindert dann die durchdringende Erkenntnis.

\* \* \*

Der Irrtum verhindert die Weiterentwicklung, den Fortschritt, und führt schließlich zu Katastrophen.

\* \* \*

Ein System lebt nur so lange, als es Erfolge hat. Treten Mißerfolge ein, so wird es durch ein anderes abgelöst, das deshalb noch nicht notwendigerweise besser zu sein braucht.

\* \* \*

Alle Regierungsformen sind schlecht und anfechtbar, weil keine den berechtigten Erwartungen entspricht. Sie sind aber alle noch besser als gar keine Organisation.

\* \* \*

Die Tradition ist das Steckenpferd aller schwachen Reiter. Es ist sehr bequem, nur kommt man damit nicht vorwärts. Man wird von anderen Reitern überholt.

\* \* \*

Österreich konnte auch ohne Galizien und ohne die Südslawen bestehen, wenn man ihm die Slowenen mit Triest beließ. Aus Galizien und Bosnien mußte es aber mit der Zeit ebenso weichen, wie aus Italien und aus Ungarn. Wären wir nicht mit geschlagen, so konnten wir ein entscheidendes Wort mitreden und die völlige Auflösung verhindern.

\* \* \*

Die konservative Staatsidee ist dynastisch und militärisch, die demokratische national und wirtschaftlich.

\* \* \*

Österreich beruht im wesentlichen auf der konservativen Staatsidee, der Übergang zur demokratischen mußte seinen Zerfall bedeuten, falls nicht in den Alpen- und Sudetenländern gemeinsame wirtschaftliche Interessen und geographische Rücksichten ein Kompromiß bewirkten.

\* \* \*

Die Wurzeln der Katastrophe waren: staatsmännische Unfähigkeit, die Autokratie, der Militarismus als Staat im Staate, die Verherrlichung des Krieges seit Bismarck und die Allianz mit Österreich. Man könnte auch noch hinzufügen: Herr von Holstein.

\* \* \*

England hätte uns weder jemals angegriffen noch einen feindlichen Überfall unterstützt. Es braucht uns als Gegengewicht gegen Rußland und Frankreich. Niemals aber hätte es eine Niederlage Frankreichs zugelassen.

\* \* \*

Der ewige Frieden ist ein Ideal, dem alle Kulturvölker zustreben, da sie gleichberechtigte Glieder einer Gemeinschaft sind. Letztere beruht auf dem Zusammenhang idealer und materieller Interessen, der Übereinstimmung ethischer Begriffe und bildet die Grundlage friedlicher Verständigung.

\* \* \*

Der Völkerbund müßte der äußere Ausdruck des Willens zum ewigen Frieden sein, des Bewußtseins der Gemeinschaft der Werte, der Abhängigkeit der einzelnen vom Gesamtwohle.

\* \* \*

Der neue Völkerbund wird ein Staatenbund sein, eine internationale Organisation mit Zwangsmaßnahmen gegen den einzelnen. In jeder Gesellschaft gibt es einen Vorsitz, eine Leitung. Sie wird den Anglo-Amerikanern zufallen. Wir werden unter anglo-amerikanische Aufsicht gestellt.

\* \* \*

Der Weltkrieg hat die Weltherrschaft der Angelsachsen vollendet. Wir sind ausgeschaltet, Rußland auf Jahrzehnte unschädlich, die lateinische Rasse in Abhängigkeit. Wer sollte noch Widerstand leisten oder als Nebenbuhler auftreten?

\* \* \*

England hat alle Nebenbuhler besiegt: die Spanier, die Holländer, die Franzosen, Russen und schließlich auch uns.

\* \* \*

Niemals hätte das Wiener Kabinett eine so schroffe Haltung gegen Serbien eingenommen, wenn man es nicht mit dem Vorwurf der „Schlappheit“ dazu gedrängt hatte.

\* \* \*

Der Krieg gegen das zaristische Rußland war ein doppelter Fehler. Denn erstens suchte es Anlehnung an das monarchische Deutschland, und wir hatten das gemeinsame Interesse in der polnischen Frage. Zweitens aber bestanden keine Interessengegensätze zwischen uns und Rußland, da uns die Balkanpolitik nichts anging und wir im Orient nur wirtschaftliche Ziele zu verfolgen hatten, die Rußland uns nicht streitig machen wollte.

\* \* \*

Kürzlich habe ich in anderer Tonart manches angedeutet und flüchtig charakterisiert, als jüngst das „Hamburger Fremdenblatt“ an mich herantrat, um von mir über ein markantes Ereignis meiner diplomatischen Tätigkeit zu hören. Ich schrieb: „Meine Berufung auf den Londoner Botschafter-Posten war zweifellos das markanteste Ereignis meiner dienstlichen Vergangenheit. Wie verfiel man gerade auf mich? Weshalb wurde ein Mann, der es nicht weiter hatte bringen können als zum Botschaftsrat (allerdings im Alter von 34 Jahren) und zum Vortragenden Rat im Auswärtigen Amt mit dem Range eines Gesandten, der nachher durch acht Jahre sich nur als Provinzial- und Kreis-ausschußmitglied mit Chausseen, Hebammenlehr- und Taubstummen-Anstalten, der Verpachtung von Kirschbäumen und ähnlichen nützlichen Dingen öffentlich betätigen konnte, der gelegentlich Artikel über auswärtige Politik verfaßte und die Hoffnung auf eine nicht lediglich auf Dinners und Jours beschränkte diplomatische Tätigkeit längst aufgegeben hatte, plötzlich und ohne sein Zutun auf den wichtigsten diplomatischen Posten berufen?

Meine Unzulänglichkeit war erwiesen, denn Herr v. Holstein war dieser Ansicht. Er erklärte mich für einen „Wirrkopf“. Vermutlich weil ich seinen Gedankenwindungen nicht folgen konnte. Er hielt mich für einen Freigeist. Solche Leute sind gefährlich. Sie stören die Gemütlichkeit. Man darf nur solche Botschafter dulden, die so berichten, wie man es lesen

will. Dieser Standpunkt war ja vollkommen berechtigt. Die Politik ist Privatsport, ein Sport mit großem Einsatz. Man verfügte an der Zentrale über unerhörte Machtmittel. Weshalb sollte man sie nicht nützen? Kontrolle gab es keine. Der „plebs, pecus, vulgus“ glaubte alles, was man ihm durch Wort und Schrift erzählte. „Einkreisung“, „von Feinden umringt“ — und ähnliche schöne Floskeln, die dem deutschen ahnungslosen Spießier von ahnungslosen Bürokraten, Diplomaten und Soldaten, um ihm zu graulen, vorgegaukelt wurden. Immer neue Rüstungen! Dazu braucht man Geld. Zahlen will nur derjenige, der zahlen muß, sei es aus Furcht, sei es aus Liebe. Kurzum, wir waren von Feinden umringt, die aber nur vor uns Angst hatten und uns nicht trauten.

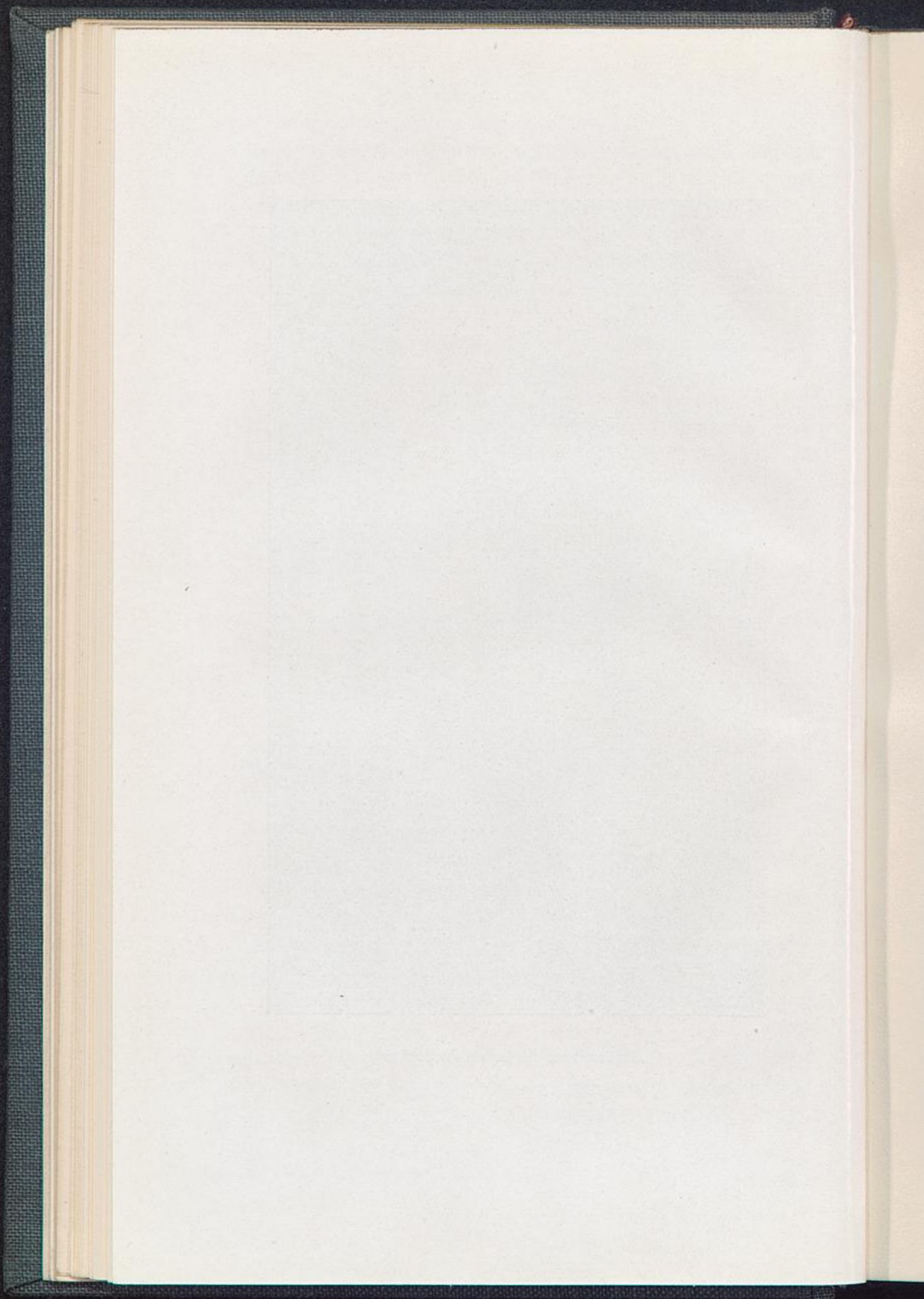
Entschuldigen Sie diese Abweichung. Meine Ausführungen werden sicherlich den ungünstigsten Eindruck, den meine diplomatische Vergangenheit bei Ihren Lesern hervorgebracht hat, nur noch bekräftigen. Es ist immer eine mißliche Sache, anderer Ansicht zu sein als die Schriftgelehrten. Das führt, wie wir wissen, zu üblen Konsequenzen. Also, ich wurde zu meiner Überraschung als Botschafter nach London berufen. Weshalb? Das kann ich Ihnen nicht verraten.

Wegen meiner Befähigung konnte es nicht gewesen sein. War es meine Unfähigkeit? Schwerlich, denn dann hätte man schon früher an mich gedacht. S. M. war mir stets ein gnädiger Gönner. Zu seinen Intimen gehörte ich aber nicht. Seine Günstlinge wurden auch meist mit Erfolg bekämpft.

Graf Metternich war gegangen worden. Nun suchte man einen Nachfolger. Die Leitung des Auswärtigen Amtes, die sich außer mit phantasievoller Politik hauptsächlich mit der Vermittlung von angenehmen Posten befaßte, hatte einen ihrer Mitarbeiter ins Auge



Herr von Kiderlen-Wächter



gefaßt. Dem fehlte es aber leider außer an der nötigen Eignung (darauf aber kam es wenig an) an dem erforderlichen Alter. Er betrachtete trotzdem den Londoner Posten, auf dem er keinen allzu günstigen Eindruck als Hilfsarbeiter hinterlassen hatte, als sein Erbteil. Um die Zeit bis zu seiner Reife auszufüllen, galt es, nun einen älteren Herrn zu finden, möglichst am Rande des Grabes. Zuerst wurde an Herrn v. Eisendecher gedacht. Er war alt. Das war die Hauptsache. Auch hatte er mit Erfolg die kaiserliche Jacht in Co-wes befehligt. Eine höchst aner kennenswerte Leistung. Er war auch mit allen Bible-Societies befreundet; das war schon etwas, im übrigen ein höchst ehrenwerter Mann, Freund der Großherzogin Luise. Er besaß aber die Einsicht, den Ruf abzulehnen. Nun suchte man einen anderen Greis. Nicht mich, denn damals war ich noch keiner. Vor allem sollte es ein Greis sein, damit in wenigen Jahren der Posten frei wurde. Freiherr v. Marschall war der älteste Botschafter. Also her damit. Leider starb er unprogramm mäßig. Große Verlegenheit! Der ausersehene Kandidat schien noch zu jung; über ihn möchte ich verstummen. Die Gelehrten steckten die Köpfe zusammen. Ein anderer Greis war nicht auf Lager. Was tun?

Herr v. Bethmann Hollweg, dessen rascher Aufstieg das Staunen seiner Jugendfreunde hervorrief, war ein liebenswürdiger Gast und Jagdgenosse. Er spielte, sagt man, auch gut Klavier. Er kam auf den Einfall, mich auf der Rückreise von Buchlau, wo er sich Instruktionen geholt hatte, auf dem Lande zu besuchen. Wir fuhren im Auto in die schlesischen Berge, und er fand, daß ich nicht so übel sei, als er gehört hatte. Kurzum, er verfiel auf den merkwürdigen Gedanken, mich aus meiner Ländlichkeit hervorzurufen. Sehr zum Ärger des Herrn v. Kiderlen. Der wollte nur

seine Leute haben. Zu denen gehörte ich leider nicht. Ich war nicht burschikos genug und hatte keinen Sinn für Zoten und Anekdoten, auch nicht für schlechte Manieren und Trinkgelage. Nun, ich wurde berufen. Soll ich die Geschichte noch weiter erzählen? Die Geschichte wird es tun. Alles wäre vielleicht nach Wunsch gegangen, wenn ich in London keine Erfolge gehabt und das Verhältnis zu England sich nicht zusehends verbessert hätte! Das aber war unverzeihlich! Der eine wollte meinen Posten, der andere glaubte, ich wollte den seinen. Auch glaubte man schließlich an die „Lokalisierung des Konfliktes“, schon weil ich anderer Ansicht war.

Sie gestatten, daß ich hier die Erzählung abbreche, teils um nicht langweilig zu werden, teils um . . . Sie werden mich verstehen."

## ENGLAND VOR DEM KRIEGE

AUFZEICHNUNGEN,

UNMITTELBAR NACH MEINER RÜCKKEHR AUS LONDON

IM AUGUST 1914 GESCHRIEBEN

Auf der Rückreise von Kiel, wo ich die Ermordung des Erzherzogthronfolgers erfahren hatte, meldete ich mich in den letzten Tagen des Juni beim Herrn Reichskanzler und im Auswärtigen Amt.

Dem Herrn Reichskanzler entwickelte ich, daß ich unsere auswärtige Lage für eine sehr befriedigende hielt, da namentlich unsere Beziehungen zu England eine in früherer Zeit vermißte Wärme und Innigkeit aufwiesen.

Ich erklärte, daß England alles an der Erhaltung des Friedens gelegen sei und zwar schon aus wirtschaftlichen Gründen, da jeder Krieg zwischen europäischen Großmächten England schwere finanzielle Schäden bereiten müßte. Auch wünsche man in England die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Gruppen. Jede Verschiebung in dem Machtverhältnisse der europäischen Großmächte würde nach englischer Auffassung das bisherige Gleichgewicht der Gruppen stören. Die englische Politik wolle auch nicht Deutschland erdrücken, da die deutsche Machtstellung die Russen und Franzosen den britischen Wünschen gefügig mache, und sonst der nach englischer Auffassung durch Deutschland auf Frankreich und Rußland ausgeübte Druck aufhören würde. Andererseits

aber werde die englische Politik, ob nun Sir Edward Grey oder ein anderer Staatsmann die Geschichte des Inselvolkes leite, niemals dulden, daß wir die Franzosen vernichten oder auch nur schwächen. Die Erhaltung Frankreichs in seiner bisherigen Machtstellung als Gegengewicht gegen Deutschland und namentlich auch das Bestreben, den deutschen Machtbereich durch ein etwaiges Abhängigkeitsverhältnis Westeuropas nicht an die englischen Küsten gelangen zu lassen, bildeten die wichtigsten Grundlagen der britischen Außenpolitik.

Wir müßten uns klar sein, daß ein Krieg mit Frankreich auch gleichzeitig einen mit England bedeute; letzteres werde unter allen Umständen seine schützende Hand über Frankreich halten. Der Eintritt Englands in einen solchen Kampf würde daher nur eine Frage der Zeit sein.

Ich hatte in diesem Sinne seit meiner Ankunft in London wiederholt berichtet. Gleich in den ersten Wochen meiner dienstlichen Tätigkeit, als der erste Balkankrieg ausbrach, erschien Lord Haldane bei mir und gab mir deutlich zu verstehen, wahrscheinlich im Auftrage des mit ihm engbefreundeten Sir Edward Grey, daß England nicht unbeteiligt bleiben könne, falls der Balkankrieg zu einem europäischen Kriege führen sollte, da die Erhaltung Frankreichs ein Lebensinteresse Englands bedeute. Wiederholte Anspielungen Sir Edward Greys im Laufe meiner Londoner Amtszeit bestärkten mich in dieser Überzeugung. Die Botschafterkonferenz in London, die Sir Edward Grey angeregt hatte, entsprang dem Wunsche dieses Staatsmannes, durch Schaffung eines Clearing-house etwa auftretende Gegensätze zwischen den Gruppen zu mildern und friedlich zum Austrag zu bringen. Die Schaffung des Fürstentums Albanien auf Betreiben

Österreichs und Italiens wurde von Herrn Cambon lebhaft bekämpft, Sir Edward Grey aber trat hierbei entschieden für die Wünsche der Dreibundmächte ein, die es durch seine Mitwirkung erreichten, daß die Grenzen des Fürstentums im wesentlichen nach Maßgabe unserer Wünsche festgestellt wurden. Italien behielt gegen Frankreich in der Frage Nord-Epirus die Oberhand, und Österreich gegen Rußland in den Fragen Skutari und serbischer Adria-hafen. Auch der in London geschlossene erste Balkanfrieden entsprach im wesentlichen den österreichischen Wünschen. Der durch Österreich geförderte Größenwahn Bulgariens unter Herrn Danew führte jedoch zum zweiten Balkankrieg, bei dem Bulgarien, auf das Österreich seine ganzen Hoffnungen gesetzt hatte, unterlag und schließlich zu dem unter dem Protest Österreichs geschlossenen Bukarester Frieden.

Ich erlaubte mir ferner dem Herrn Reichskanzler gegenüber die Ansicht zu vertreten, daß nach meinen Londoner Wahrnehmungen in Frankreich zwar der Revanche-gedanke noch bestehe, daß er aber mehr eine theoretische als praktische Bedeutung besitze, weil die Franzosen vor einem Kriege mit uns sich scheuten und namentlich die am Ruder befindliche radikale Richtung pazifistisch sei. Diesen Eindruck hätten auch die Londoner Staatsmänner nach ihrer Rückkehr vom Pariser Königsbesuche gehabt und mir übermittelt.

Was Rußland beträfe, so hätte mir Sir Edward Grey wiederholt gesagt, daß seit Beilegung des Falles Liman von Sanders seiner Ansicht nach kein Grund zu einer beunruhigenden Beurteilung der russischen Politik vorläge. Sowohl der Zar wie auch Herr Sasonow seien friedliebend. Denselben Eindruck hatte ich auch bei meinen Gesprächen mit Graf Bencken-

dorff (russischer Botschafter in London), der allerdings zu bedauern schien, daß es an einer wirklich intimeren Fühlung zwischen Berlin und St. Petersburg fehle.

Der Herr Reichskanzler erwiderte, er könne meine optimistische Auffassung nicht teilen. Die russischen Rüstungen, über die der Generalstab ausführlich berichtet habe, nähmen einen für uns beunruhigenden Umfang an. 900 000 Mann Vermehrung wären vorgesehen. Dazu kämen die Bahnbauten nach unserer Grenze. Schließlich wolle er mir noch vertraulich mitteilen, daß nach geheimen und zuverlässigen Meldungen ein Marineabkommen zwischen Rußland und England im Gange sei, demzufolge, im Falle eines Krieges, mit Hilfe englischer Frachtdampfer russische Truppen an der Küste Pommerns landen sollten.

Ich entgegnete, daß ich seit etwa 30 Jahren von den bedrohenden Rüstungen Rußlands höre, daß es immer geheißen habe, Rußland werde zu einem bestimmten Zeitpunkt fertig sein und uns alsdann erdrücken, daß, wenn aber dieser Zeitpunkt herankomme, Rußland ebensowenig fertig sei wie zuvor. Schon zur Zeit des Fürsten Bismarck habe der Generalstab und namentlich Graf Waldersee auf den prophylaktischen Krieg hingearbeitet. Fürst Bismarck aber sei diesem Gedanken stets abhold gewesen, und die Erfahrung habe ihm recht gegeben. Was aber die englischen Verabredungen beträfe, so wolle ich nicht ermangeln, nach meiner Rückkehr in London in vertraulicher Form zu warnen, da solche Verabredungen, wenn auch nicht der Form, so doch vielleicht dem Wesen nach mit den wiederholten feierlichen Versicherungen der englischen Minister nicht übereinstimmten, daß England keine geheimen Verpflichtungen mit fremden Mächten eingegangen sei. Der Herr Reichskanzler beauftragte mich, Sir Edward Grey zu

verstehen zu geben, daß es für ihn schwer wäre, gewissen Strömungen, die auf vermehrte Rüstungen zur See hinzielten, mit Erfolg zu begegnen, falls derartige Gerüchte Verbreitung und Glauben fänden. Auch läge darin eine bedenkliche Ermutigung der russisch-französischen Kriegspartei, deren Bekämpfung sich Sir Edward Grey zum Ziele gesetzt habe.

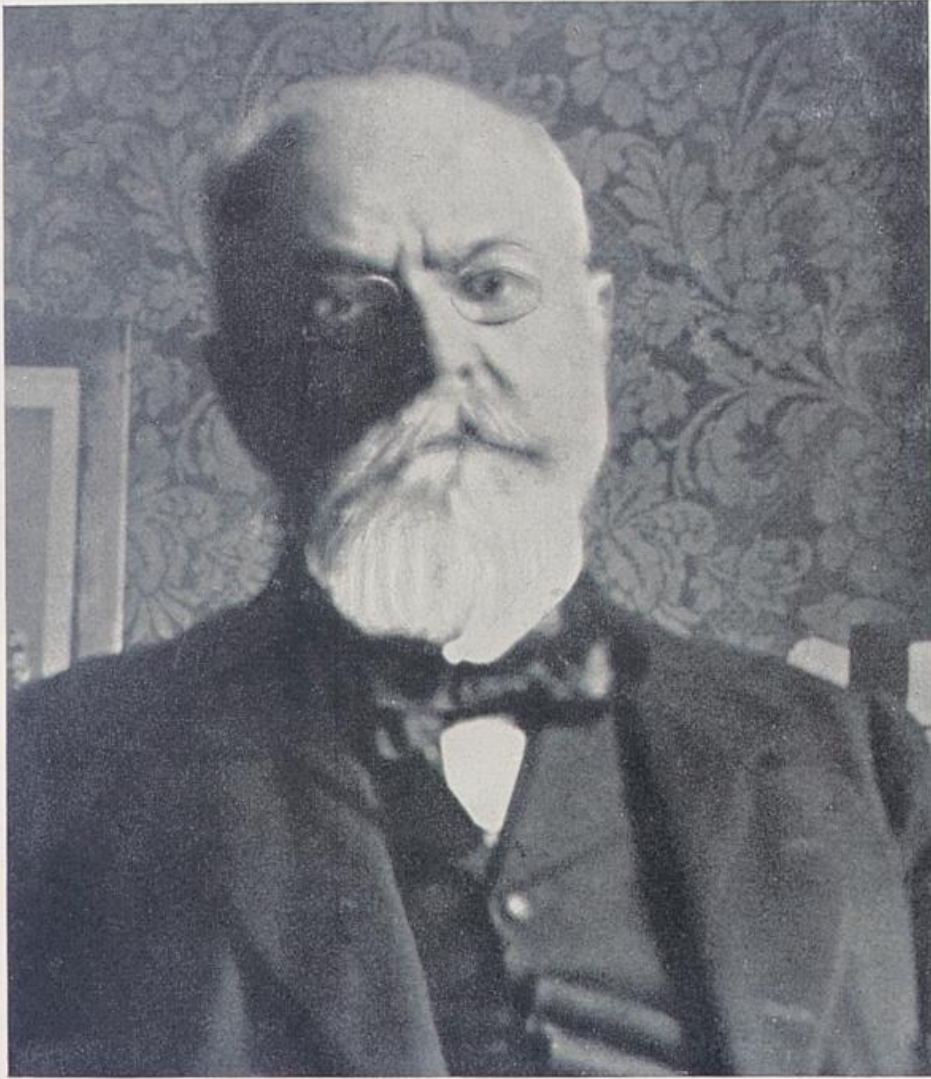
Die dem Auswärtigen Amte durch geheime Agentenberichte seit längerer Zeit bekannten und aus der Marokkokrise stammenden englisch-französische Marine-Abkommen und sonstige Verabredungen defensiver Natur waren der Botschaft nicht mitgeteilt worden. Sir Edward Grey, der in Paris allen an ihn gerichteten Wünschen auf ein Bündnis ausgewichen war, hat schließlich und wohl hauptsächlich auf Betreiben des Herrn Iswolsky, sich genötigt gesehen, den Entente-freunden ein weiteres Zugeständnis zu machen. Über den praktischen Wert eines derartigen Planes erlaubte ich mir kein Urteil, doch kann ich mir nicht denken, daß bei drohender Kriegsgefahr britische Handelsschiffe in der Lage wären, ungehindert den Sund zu passieren, um an der baltischen Küste größere Truppenmassen an Bord zu nehmen und dieselben unter den Augen unserer Flotte in Pommern zu landen. Die in letzter Zeit eingetretene Besserung deutsch-britischer Beziehungen hatte, wie ich aus vertraulichen Bemerkungen entnehmen konnte, namentlich in Paris beunruhigt. Von Herrn Iswolsky unterstützt, drängten die Franzosen immer wieder in London nach greifbaren Beweisen der britischen Entente-gesinnung und nach einem Bündnisse. Wie sehr Herr Cambon (französischer Botschafter in London) an der Zuverlässigkeit der englischen Freundschaft bereits zu zweifeln anfangt, geht aus einer Äußerung hervor, die er einer mit ihm und mir befreundeten Dame in

den letzten Tagen meines Londoner Aufenthalts gemacht hat: „Les Anglais interviendront, mais ils le feront quand ce sera trop tard.“ Auch war Herr Cambon über den bevorstehenden Abschluß des Bagdad- und Kolonialabkommens lebhaft beunruhigt, weil er hierin eine Grundlage erblickte für eine fernere deutsch-britische Annäherung. Eine maßgebende Persönlichkeit des Foreign Office erzählte mir, daß Herr Cambon alle Mittel in Bewegung setzte, um namentlich das Kolonialabkommen zu Fall zu bringen und sich z. B. bitter darüber beklagte, daß England die Inseln San Thomé und Principe uns preisgegeben habe, da diese Inseln nördlich des Äquators lägen und daher der bestehenden Vereinbarung gemäß dem französischen Interessengebiet zufielen. Auch erhielt Herr Cambon aus Paris die Anweisung, häufiger wie bisher sich öffentlich zu zeigen und gelegentlich auch Reden zu halten, um meiner Werbetätigkeit entgegenzuwirken.

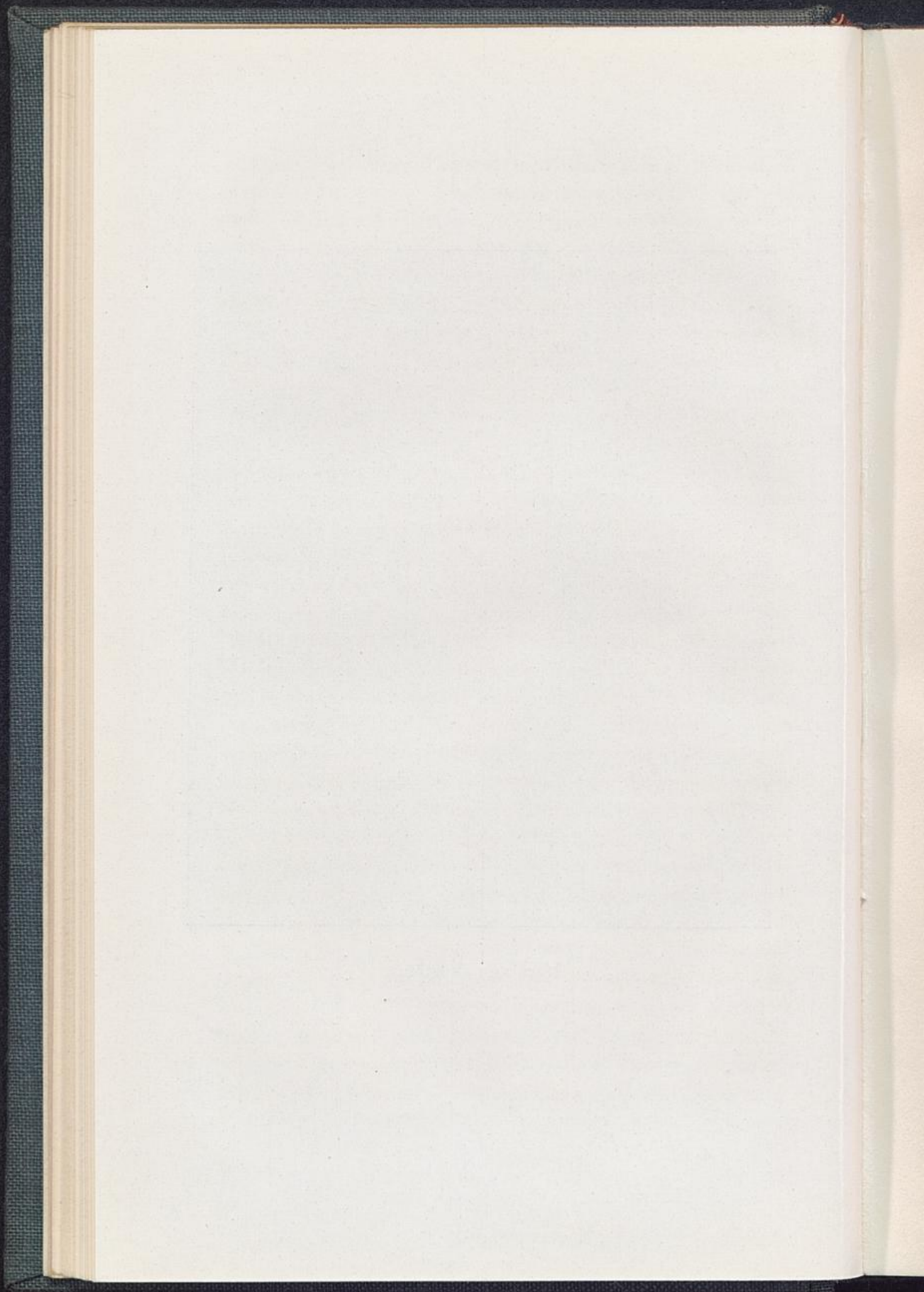
Nach meiner Ankunft in London am 6. Juli 1914 begab ich mich unverzüglich zu Sir Edward Grey und sagte dem Minister dreierlei:

Erstens, daß die Haltung Rußlands und die russischen Rüstungen bei uns ein Gefühl des Mißbehagens hervorriefen. Der Minister entgegnete, daß seit dem Falle Liman sich seines Wissens nichts ereignet habe, was für die deutsch-russischen Beziehungen zu Besorgnissen Anlaß geben könnte.

Zweitens sagte ich ihm, er müsse mir gestatten, eine mehr private und freundschaftliche Bemerkung zu machen. Es sei nicht an mir, an ihn indiskrete Fragen zu stellen, da er aber wiederholt erklärt habe, es beständen zwischen England und einer fremden Macht keine geheimen Abmachungen, so glaubte ich im Interesse der beiderseitigen Beziehungen darauf hin-



Herr von Holstein



weisen zu sollen, daß die in neuester Zeit verbreiteten Gerüchte über englisch-russische Flottenabmachungen bei uns einen peinlichen Eindruck hervorriefen. Auf jeden Fall schien es mir angezeigt, derartige Verabredungen vorläufig zu verschieben, da es meiner Regierung sonst schwer fallen würde, übertriebenen Rüstungsforderungen länger entgegenzutreten. Der Minister antwortete, daß geheime Verträge, die die Regierung irgendwie binden, nicht bestünden, er wolle aber in einigen Tagen auf den Gegenstand zurückkommen.

Drittens sagte ich dem Minister, ich hätte zwar keinen Auftrag dazu, ich hielte es aber trotzdem für meine Pflicht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß die österreichisch-serbischen Beziehungen anfangen, eine bedenkliche Wendung zu nehmen. Die Ermordung des Erzherzogs unter Mitwirkung des amtlichen Serbiens habe in Wien den Entschluß zur Reife gebracht, den serbischen Herausforderungen energisch entgegenzutreten, um Genugtuung und Bürgschaft für die Zukunft zu erlangen.

Ich wisse zwar nicht, in welcher Weise man vorgehen wolle, aber ich könne mir denken, daß daraus eine Spannung und eine Gefahr für den europäischen Frieden entstünde. Es sei daher notwendig, daß er schon jetzt mit Petersburg Fühlung nehme, um dort Ruhe und Besonnenheit zu raten, damit man einsehe, daß Österreich als der beleidigte Teil ein Recht auf Genugtuung besitze. Der Minister war sichtlich betroffen von meinen Eröffnungen und stimmte meinen Ausführungen im wesentlichen zu.

Nach einigen Tagen ließ er mich wieder rufen und sagte mir, er wolle nicht leugnen, daß „conversations“ technischer Natur zwischen den Marinebehörden stattgefunden hätten, so mit Frankreich zu wiederholten

Malen während der Marokkokrisis. Dieselben hätten aber keinen aggressiven Charakter und daher für uns nichts Bedrohliches. Im übrigen wünsche er aber nicht, mich irrezuführen und wolle mich darauf hinweisen, daß die englischen Beziehungen zu den Ententemächten sehr intime seien.

Als ich einige Tage später bei Lord Beauchamp, dem Minister für öffentliche Arbeiten, auf dem Lande weilte, erzählte mir dieser, daß Sir Edward Grey meine Eröffnungen zum Gegenstand eines Vortrages im Kabinett gemacht habe und daß letzteres bestürzt gewesen sei über die Möglichkeit einer abermaligen Verschärfung der europäischen Lage.

In der nun folgenden Zeit fand ich sowohl bei der Regierung wie bei der Londoner Presse zunächst volles Verständnis für den österreichischen Standpunkt, der durch Wiener und Budapester Meldungen immer mehr an die Öffentlichkeit drang und durch Mitteilungen des Grafen Mensdorff (österreichisch-ungarischer Botschafter in London) erläutert wurde. Erst die kriegerische Rede des Grafen Tisza brachte Unruhe in die öffentliche Meinung. Blätter wie die „Times“ und die „Morning Post“ schwenkten zuerst und witterten in den Absichten Österreichs mehr als eine bloß rechtmäßige Sühne für das Verbrechen von Sarajewo und warnten vor einer Ausbeutung des Vorfalles zu politischen Zwecken. Ich war während dieser Zeit unablässig bestrebt, den Minister und seinen Kabinettschef Sir W. Tyrrell von der Notwendigkeit energischer Maßnahmen gegen die serbischen Unruhestifter zu überzeugen und drängte, daß Sir Edward Grey seinen Einfluß in Petersburg dahin gebrauche, daß Rußland sich nicht mit den „serbischen Mördern“ identifiziere und die Berechtigung des österreichischen Standpunktes anerkenne.

Sir Edward beurteilte die Lage zunächst mit vollkommener Ruhe und versprach mir wiederholt, in Petersburg im gedachten Sinne zu wirken. Er erklärte mir auch ebenso wie später, daß er sich in die ganze Angelegenheit solange nicht einmischen wolle, als es sich lediglich um einen österreichisch-serbischen Streit handele.

Diesen Streit zu „lokalisieren“, liege auch im britischen Interesse. Gelänge diese „Lokalisierung“ aber nicht und entwickle sich die serbische Frage zu einem österreichisch-russischen Streite, so sei der Augenblick gekommen, wo die nicht direkt beteiligten Mächte vermitteln sollten.

Da ich nicht an die „Lokalisierung“ des Konfliktes glaubte, habe ich während dieser Zeit wiederholt in Berlin vor einer gefährlichen und abenteuerlichen Politik gewarnt und zur Mäßigung geraten. Herr von Jagow erwiderte mir u. a., je fester wir zu Österreich stünden, um so eher würde Rußland nachgeben.

Die Bekanntgabe des österreichischen Ultimatums an Serbien erregte in London lebhafte Beunruhigung. Die österreichisch-ungarische Botschaft machte kein Hehl daraus, daß das Ultimatum eine Fassung erhalten hatte, die auf Ablehnung berechnet war. Im Foreign Office erklärte man mir, daß die Forderungen des Ultimatums einen Eingriff in die souveränen Rechte Serbiens bedeuteten. Man fand die Forderungen übertrieben, ja sogar unerhört und teilweise auch ungeschickt. Ich begegnete sehr abfälligen Äußerungen über die Wiener Staatsmänner und Staatskunst, im allgemeinen aber einer ruhigen und noch immer zuversichtlichen Stimmung für die Erhaltung des europäischen Friedens. Ich drängte energisch auf bedingungslose Annahme des Ultimatums. Suppen würden nie so heiß gegessen wie gekocht, und die

Ausführung der österreichischen Forderungen würden zweifellos die Möglichkeit bieten, die serbische Eigenliebe zu schonen.

Als die serbische Antwort erschien, ging Sir Edward Grey die einzelnen Punkte mit mir durch und sagte mir, daß das weitgehende Entgegenkommen Serbiens auf den Druck zurückzuführen sei, der von London und Petersburg in Belgrad ausgeübt wurde. Es bliebe also eigentlich nur ein Punkt übrig, den die Belgrader Staatsmänner nicht völlig angenommen hätten, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen werfe daher kein gutes Licht auf den guten Willen und die Friedensliebe Österreichs. Die darauf folgende österreichische Kriegserklärung machte in London einen überaus ungünstigen Eindruck. Von Tag zu Tag verdichtete sich die Meinung, daß Österreich es auf den Krieg oder auf eine Demütigung Rußlands und auf die Zerstörung des russischen Einflusses im Orient abgesehen habe.

Sir Edward Grey sann unentwegt nach Mitteln, um dem drohenden Unwetter vorzubeugen. Ihm war es längst klar, daß an die „Lokalisierung“ des Konfliktes nicht zu denken sei, falls es nicht gelänge, ein sowohl für Rußland wie für Österreich annehmbares Kompromiß zustandezubringen. Er zeigte mir Telegramme Sir Maurice de Bunsens, wonach Graf Berchtold jeden Gedanken an eine Besprechung seiner Forderungen mit Rußland zurückgewiesen habe. Da er nicht mehr an die Möglichkeit einer direkten Verständigung zwischen Wien und Petersburg glaubte, erblickte er den einzigen Ausweg in einer deutsch-britischen Zusammenarbeit und ließ mir durch Sir W. Tyrrell sagen, daß, wenn es unseren gemeinsamen Anstrengungen in dieser schweren Krisis gelänge, den europäischen Frieden zu retten, er die deutsch-englischen Be-

ziehungen für unabsehbare Zeit auf eine sichere Grundlage gesetzt sähe.

Leider war ich bis Ende Juli nicht in der Lage, ihm irgend etwas zu bieten, was er als Entgegenkommen und als Beweis unseres aufrichtigen Wunsches, den Frieden zu erhalten, hätte deuten können. Der Wunsch, den „Konflikt zu lokalisieren“ und die Rechtfertigung Österreichs war alles, womit ich an den Minister herantreten konnte, trotzdem ich in Berlin unablässig auf die drohende Gefahr eines Weltkrieges hinwies.

Als ich noch Ende Juli Sir Edward Grey gegenüber auftragsgemäß den österreichischen Standpunkt ohne irgendeinen Vermittlungsvorschlag erläutern und vertreten mußte, wonach Serbien zunächst niedergeworfen, dann von österreichischen Truppen besetzt und schließlich „au fur et à mesure“ der Erfüllung der österreichischen Forderungen, deren Maß nicht näher bezeichnet war, geräumt werden sollte, unter der Versicherung, daß Österreich keine Gebietserwerbungen zu machen beabsichtige, erklärte der Minister, man könne einen Staat auch ohne Gebietsbeschränkungen zum Vasallen herabwürdigen. Das Verhalten Österreichs erwecke Verdacht, daß eine Demütigung Rußlands beabsichtigt sei.

Ich habe nicht unterlassen, in Berlin darauf hinzuweisen, daß unsere kühle Zurückhaltung allen Bestrebungen Sir Edward Greys gegenüber, mit uns Hand in Hand die Brücke der Verständigung zu bauen, in London eine von Tag zu Tag wachsende Verstimmung hervorrief, da man dort anfing, an unserem guten Willen zu zweifeln. Auf meine Bitten, in Petersburg in mäßigendem Sinne zu wirken, entgegnete er mir, daß ihm bisher von einem entsprechenden parallelen Druck in Wien nichts bekannt geworden sei. Im Gegenteil berichte Sir M. de Bunsen, daß Herr von

Tschirschky unablässig zum Kriege hetzte und den Wiener Staatsmännern den Rücken stärke. Auch wußte Graf Mensdorff und seine Herren zu erzählen, daß bei der Anfrage in Berlin die Aufforderung zu recht energischem Vorgehen als Antwort ergangen sei.

Trotz meiner Gegenversicherungen gewann der Glaube immer mehr an Boden, daß wir dem Kriegsgedanken nicht abgeneigt seien, man sagte mir, daß, falls wir energisch wollten, es uns möglich sein würde, Österreich zu einer entgegenkommenderen Haltung gegen die russischen Wünsche zu veranlassen.

Die Zweifel, die Sir Edward Grey immer mehr an unserer Friedensliebe hegte, veranlaßten ihn, nachdem er schon früher nicht mißzuverstehende Anspielungen gemacht hatte, am 29. die bekannte, in freundschaftliche Form gekleidete Verwarnung an mich gelangen zu lassen, wonach England bei einem europäischen Kriege nicht lange abseits würde stehen können.

Ich erwiderte, wie das britische Blaubuch zeigt, daß ich immer in diesem Sinne berichtet hätte.

Immer wieder sann Sir Edward Grey nach Mitteln, um einen Ausweg aus der drohenden Kriegsgefahr zu finden. Als ich ihm melden konnte, daß zwischen Petersburg und Wien wieder direkte Unterhandlungen aufgenommen seien, atmete er erleichtert auf: „If that is possible all the better.“ Sein Vorschlag einer Versammlung der Botschafter der vier unbeteiligten Großmächte die Auslegung der noch strittigen Punkte des Ultimatums zu überlassen, um eine Einigung zu erzielen, erschien auch mir als ein geeigneter Weg, um die Katastrophe zu vermeiden. Ich habe ihn lebhaft befürwortet unter Hinweis darauf, daß der Weltkrieg sonst unvermeidlich sei, „bei dem wir alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hätten“. Wären meinen drin-

genden Ratschlägen gemäß die englischen Vorschläge angenommen worden, so blieb der Welt die größte Katastrophe der Geschichte erspart. Die Vermittlung der Großmächte war mit der Würde Österreich-Ungarns durchaus vereinbar und hätte uns einen glänzenden diplomatischen Erfolg gesichert. Sein letzter Vorschlag, den er in einer Depesche an den britischen Botschafter in Petersburg übermittelte, die er in meiner Gegenwart entwarf und mit mir besprach, hätte jedenfalls auch die Grundlage bilden können für eine Verständigung. Von der Annahme ausgehend, daß Österreich bereits serbisches Gebiet besetzt hätte, schlug er im wesentlichen vor, die kriegerischen Maßnahmen sowohl auf österreichischer wie auf russischer Seite einzustellen und auf Grundlage des Faustpfandes, das Österreich besitze, durch Vermittlung der nicht direkt beteiligten Mächte in eine Erörterung der Auslegung der strittigen Punkte der österreichischen Forderungen einzutreten.

Als ich die Nachricht erhielt von der russischen Mobilmachung und den Auftrag, sie zur Kenntnis der englischen Regierung zu bringen mit dem Hinzufügen, daß unsere auf Wunsch des Zaren unternommene Vermittlung dadurch gelähmt sei, schickte ich, da es spät am Abend war und ich nicht wußte, wo Sir Edward Grey zu finden wäre, den Legationssekretär von Schubert damit zu Sir W. Tyrrell. In London war die russische Mobilmachung noch nicht bekannt. Sir W. Tyrrel eilte mit der Nachricht zu Mr. Asquith, welcher sich unverzüglich zum König begab und diesen weckte. Um 2 Uhr nachts wurde ich ans Telephon gerufen, und der Privatsekretär des Herrn Asquith benachrichtigte mich, daß der König unverzüglich an den Zaren telegraphiert habe, um ihn um Einstellung der Mobilmachung zu ersuchen.

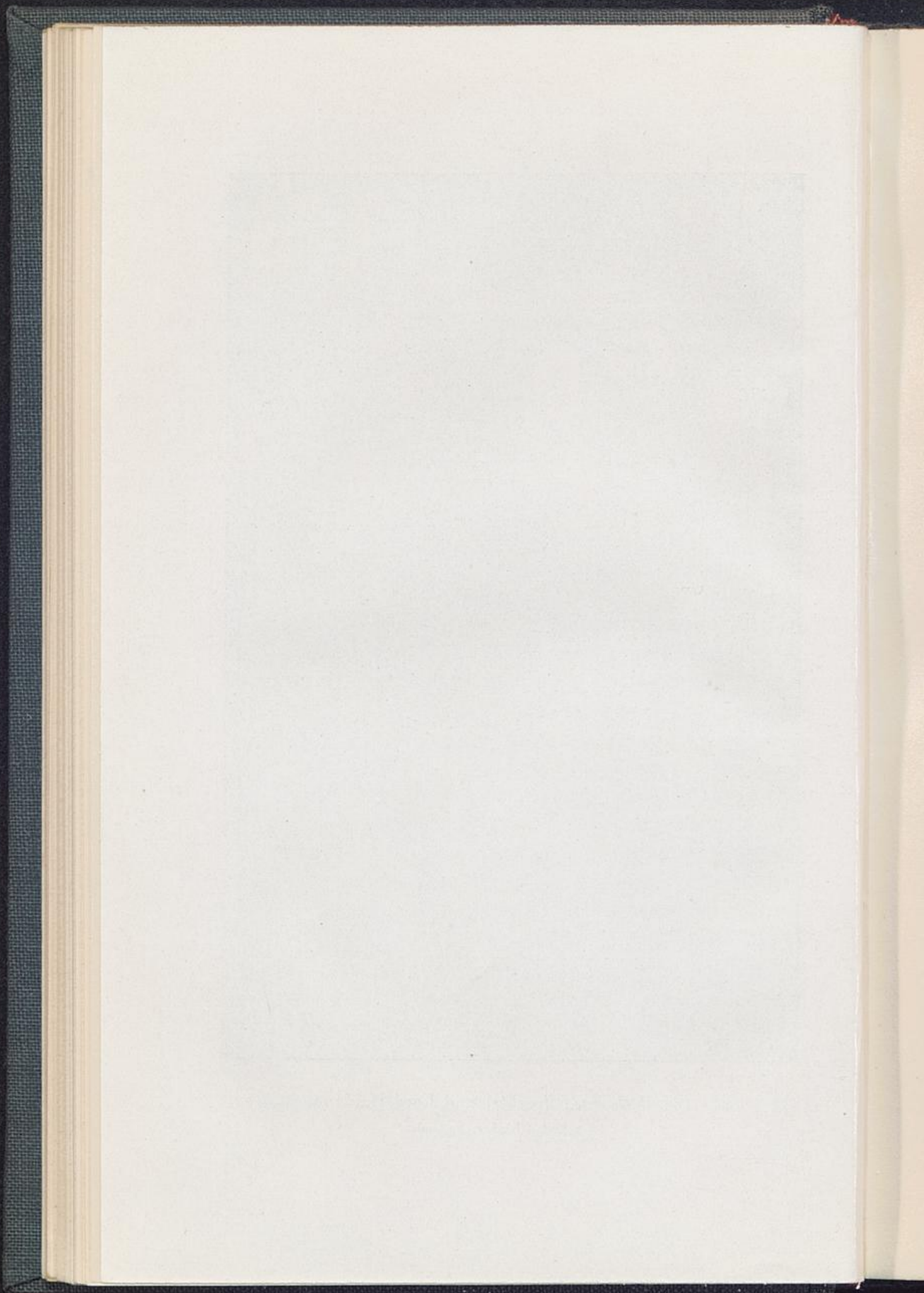
Unser Ultimatum und die darauf folgende Kriegserklärung an Rußland hatten in London eine niederschmetternde Wirkung. Dem mit militärischen Verhältnissen wenig vertrauten Engländer war es schwer zu erklären, weshalb nicht wir, ähnlich wie es Rußland getan, uns auch auf die Mobilmachung beschränken konnten. Die an Rußland erfolgte Kriegserklärung wurde vollends im Sinne des Sieges der Militärpartei gedeutet.

Wenn gesagt wird, Sir Edward Grey habe den Krieg entweder gewollt oder wenigstens ihn verhindern können, falls er dies ernsthaft gewünscht hätte, so muß ich unwillkürlich an einen Mann denken, der, um seinem Nachbar einen Schabernack zu spielen, sein eigenes Haus anzündet. Wer den Zusammenbruch des Londoner Wirtschaftslebens noch vor Ausbruch des Krieges erlebt hat, die Außerkraftsetzung der Bankakte, die Einführung des Moratoriums, die Schließung der Börse, der wird an der Aufrichtigkeit des Wunsches, den europäischen Frieden zu erhalten, nicht länger zweifeln und es vom englischen Standpunkt als ein herostratisches Beginnen betrachten, wenn ein englischer Minister nicht alles aufbietet, um den Krieg zu vermeiden. Wir dürfen nicht vergessen, daß der Reichtum Englands nur zum geringsten Teil, wie bei uns, in agrarischen Werten liegt, die beim Kriege, solange der Feind nicht im Lande ist, keine Schädigung erleiden. Der Reichtum Englands beruht auf dem internationalen Handel, auf einem weitverzweigten Kredit-system, auf fiktiven Werten, deren Höhe von der ungestörten menschlichen Arbeit in allen Teilen der Erde abhängig ist. Die durch einen großen kontinentalen Krieg herbeigeführte Zerstörung aller Voraussetzungen, auf denen die bisherige Einschätzung der meisten englischen Vermögen beruhte, brachte es mit sich, daß



H. H. Asquith (rechts) und Lord Haldane

Aus Rudolf Kircher, Engländer



Leute, die für vielfache Millionäre galten, innerhalb weniger Tage nicht mehr wußten, ob sie überhaupt noch etwas besitzen.

Sir Edward Grey erblickte tatsächlich in dem Ausbruch des Krieges den Zusammenbruch seiner auswärtigen Politik. Noch in letzter Stunde beratschlagte er mit Sir W. Tyrrell, wie das Unheil abzuwenden sei. So ließ er mir am Vormittag des 1. August nach unserer Kriegserklärung an Rußland durch Sir W. Tyrrell sagen, er hoffe mir am Nachmittag einen Vorschlag machen zu können, der es uns beiden ermöglicht, herauszubleiben. Auf meine Frage, worum es sich handle, entgegnete Sir William mit der Frage, ob wir, wenn Frankreich uns nicht angriffe, auch neutral bleiben würden, was ich in dem Sinne verstand, daß wir alsdann Frankreich nicht angreifen sollten. Er hatte aber gemeint, daß wir dann überhaupt neutral bleiben würden. Er eilte zu Sir Edward, welcher alsdann dieselbe Frage per Telephon aus der Kabinettsitzung an mich richtete. Ich ließ den Irrtum kurz darauf durch Sir W. Tyrrell berichtigen.

Als ich Sir Edward nachmittags besuchte, sprach er mir, wie er es auch schon früher getan, von der belgischen Neutralität, deren Berücksichtigung ihm und dem Kabinett so sehr am Herzen liege, und sprach sein Bedauern aus über die Antwort, die Herr von Jagow im Gegensatz zu den Franzosen in dieser Beziehung gegeben habe. Er regte ferner den Gedanken an, ob es nicht möglich sein würde, daß wir und Frankreich uns bewaffnet gegenüberständen, ohne uns anzugreifen. Auf meine Frage, ob er die Bürgschaft übernehmen könne für ein entsprechendes Verhalten der Franzosen, konnte er mir keine befriedigende Antwort geben. Ich sah, daß er selbst von der Unausführbarkeit überzeugt war, zwei Heere voll be-

waffnet sich durch Monate untätig gegenüberstehen zu lassen.

Auf meine Frage, ob England neutral bleiben werde, falls wir die belgische Neutralität nicht verletzen, konnte er mir keine bestimmte Antwort geben. Er kam aber wiederholt auf die belgische Neutralität zurück und bezeichnete, wie auch kurz darauf Mr. Asquith, diese sowie den Schutz der französischen Nordküste als wesentlichste Forderungen Großbritanniens.

Inzwischen waren unsere Truppen in Luxemburg einmarschiert, was ich damit begründete, daß die dortigen Bahnen sich im Besitze des Preußischen Staates befänden. Schon diese Verletzung der Neutralität hatte in London einen peinlichen Eindruck hervorgerufen und einen Umschwung der uns bis dahin noch günstigen Stimmung. Die Verletzung der belgischen Neutralität aber brachte den Stein vollends ins Rollen. In großer Erregung erklärte mir Sir Edward Grey auf meine diesbezüglichen Eröffnungen: „It is not a question of integrity, it is a question of neutrality“ und lehnte jede weitere Erörterung der Frage mit mir ab.

Am 1. und 2. August fanden die entscheidenden Sitzungen des Kabinetts statt. Die bis dahin noch friedliche Stimmung war in das Gegenteil umgeschlagen. Am Sonntag, den 2. August, gab Sir Edward Grey Herrn Cambon zum ersten Male das Versprechen, daß er Frankreich unter gewissen Voraussetzungen beistehen würde. Am Montag, den 3., hielt Sir Edward Grey seine bekannte kriegerische Rede, und am 4. folgte die Kriegserklärung.

Am Sonntag früh vor der entscheidenden Sitzung war ich noch zu Mr. Asquith gegangen und versuchte ihn für eine neutrale Haltung zu gewinnen. Der Premier war sehr bewegt und sprach vom Kriege mit Deutschland als „quite unthinkable“. „It would be

very unpopular in this country." Er gab mir aber keine bestimmten Versicherungen.

Daß England neutral geblieben wäre, falls wir die belgische Neutralität nicht verletzt hätten, ist nicht anzunehmen. Ich möchte aber meinen, daß es mir gelungen wäre, angesichts der starken Sympathien, deren wir uns in England erfreuten, die Regierung wenigstens noch eine Zeitlang vom Eingreifen abzuhalten. Vielleicht hätte sie bis nach der Entscheidungsschlacht gewartet. Einen Gegner hatten wir jedenfalls im Foreign Office in der Person Sir Arthur Nicolson, der von Anfang an für eine Beteiligung Englands eintrat und in diesem Sinne Sir Edward Grey zu beeinflussen wußte. Im Kabinett soll Winston Churchill am lebhaftesten gegen die Neutralität gesprochen haben.

Nach der Kriegserklärung und vor meiner Abreise verabschiedete ich mich auf den besonderen Wunsch Sir Edward Greys von ihm in seiner Wohnung. Der Minister gab mir hierbei zu verstehen, daß England die möglichste Abkürzung des Krieges wünsche und jederzeit bereit sei, zu vermitteln, auch falls wir nicht die gehofften Erfolge haben sollten. „We do not want to crush Germany.“

Meine Berichterstattung und meine wiederholten dringenden Warnungschützen mich vor dem Vorwurf, die Entwicklung der Ereignisse nicht vorausgesehen und vorausgesagt zu haben. Wenn auch die russische Mobilmachung den technischen Anstoß bildete zu dem Weltkrieg, in dem wir uns befinden, so habe ich aus meiner Überzeugung nie ein Hehl gemacht, daß Rußland nicht ein zweites Mal vor der „schimmernden Wehr“ zurückweichen und die Vernichtung des serbischen Heeres durch Österreich ruhig mit ansehen würde. Das Vorgehen Österreichs gegen Serbien bildete den politischen Anstoß zum Weltkriege, dem alle

übrigen Ereignisse sich automatisch anschließen mußten, falls Rußland, das bekanntlich zur Befreiung der slawischen Glaubensbrüder wiederholt Krieg geführt hat, nicht für immer auf seine theokratische Stellung als orthodoxe Vormacht und auf jeden Einfluß auf dem Balkan verzichten wollte.

## WAHN, NICHT WILLE!

AUFZEICHNUNGEN VOM JANUAR 1915

### I

Fürst Bismarck sagt in den „Gedanken und Erinnerungen“ beim Kapitel über den Dreibund: „Es ist nicht Aufgabe des Deutschen Reiches, seine Untertanen mit Gut und Blut zur Verwirklichung von nachbarlichen Wünschen herzuleihen. Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen, starken Großmacht ist für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Frieden des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann. Man sollte sich jedoch in Wien enthalten, über diese Assekuranz hinaus Ansprüche aus dem Bündnis ableiten zu wollen, für die es nicht geschlossen ist.“ Fürst Bismarck hatte also das Bündnis ausschließlich in defensivem Sinne gedacht, als Schutz gegen einen Angriff von zwei Seiten, und um andererseits Österreich, dessen Erhaltung ihm im Interesse des europäischen Gleichgewichts nötig erschien, vor einem russischen Angriff zu sichern. Der Wortlaut des Vertrages bestätigt diese Tendenz und nichts weist darauf hin, daß wir verpflichtet seien, unseren Bundesgenossen bei einer Politik zu unterstützen, die über den Rahmen des Vertrages hinaus kriegerische und abenteuerliche Zwecke verfolgt.“

Fürst Bismarck hat andererseits ausdrücklich da-

vor gewarnt, einen „unheilbaren Riß“ zwischen Berlin und Petersburg eintreten zu lassen, „schon damit in Wien nicht die Ansprüche wachsen, die man an die Dienste des deutschen Bundesgenossen glauben würde stellen zu können, erstens in Erweiterungen des casus foederis, der sich nach dem veröffentlichten Text doch nur auf die Abwehr eines russischen Angriffs auf Österreich erstreckt, und zweitens in dem Verlangen, dem bezeichneten casus foederis die Vertretung österreichisch-ungarischer Interessen im Orient und Balkan zu substituieren.“

Der erste Kanzler wußte, daß die unbedingte Vertretung österreichisch-ungarischer Sonderinteressen auf dem Balkan durch uns zu einem unheilbaren Riß mit Rußland führen würde, und es ist bekannt, daß die Enttäuschungen, die Rußland glaubte auf dem Berliner Kongreß von uns erlebt zu haben, zu einem Briefe Anlaß gaben, den Kaiser Alexander II. an seinen von ihm hochverehrten Oheim richtete, der von Kriegsdrohungen nicht ganz frei war, und daß sich Kaiser Wilhelm veranlaßt sah, daraufhin in Alexandrowo dem Neffen zu einer Aussprache und Versöhnung Gelegenheit zu bieten. Wiederholt haben sich die Beziehungen zu Rußland später verschärft, und von militärischer Seite wurde auf den prophylaktischen Krieg gedrängt, da Rußland in einigen Jahren „fertig“ sein würde, ohne daß Bismarck sich veranlaßt sah, in diesem Sinne vorzugehen. Er hat vielmehr gelegentlich erklärt, er hoffe, die Volksvertretung würde ihm für einen derartigen Zweck die nötigen Mittel versagen, falls er sie fordern sollte.

Unsere geographische Lage ließ es ihm ratsam erscheinen, zwischen Österreich-Ungarn und Rußland gewissermaßen zu lavieren, das heißt zwar ersteres zu schützen, aber jeden Bruch mit Rußland zu vermeiden,

was um so leichter möglich war, als es an einem eigentlichen Interessengegensatz zwischen uns fehlt. Im Gegenteil, es gibt manche gemeinsame Berührungspunkte zwischen uns und Rußland, wie in der polnischen Frage, die nach einem bekannten Worte die blutige Grundlage bildet für die deutsch-russische Freundschaft, und ferner in dem monarchischen Gedanken. Auch darf nie vergessen werden, daß Rußland gar kein Interesse hatte an der Verwirklichung der französischen Revanche, da der Besitz Elsaß-Lothringens und die Zertrümmerung Deutschlands die Voraussetzungen zerstören mußten, auf denen die französische Unterwürfigkeit und Freigebigkeit gegen Rußland beruhten. Die russische Politik konnte den Revanchegedanken schwer entbehren, daher mußte ihr alles zuwider sein, was diesem Gedanken den Nährboden entzieht. Rußland wollte uns daher nicht bekriegen, ebensowenig aber kann es die Zertrümmerung Frankreichs zulassen, um nicht allein uns gegenüberzustehen und von uns abzuhängen.

Die Voraussetzungen des Bündnisses mit Österreich haben sich seither nicht unwesentlich verschoben, die Wahrscheinlichkeit eines Krieges nach zwei Fronten war immer geringer geworden, dank dem Geburtenrückgang in Frankreich und infolge der Ablenkung Rußlands durch asiatische Interessen. Die Politik des Fürsten Gortschakow, der noch im Sinne Nikolaus I. Rußland eine überragende Stellung innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft sichern wollte, hatte der russischen „Weltpolitik“ Platz gemacht, die sich gegen Japan und England richtete. Nicht wir waren von Rußland bedroht, sondern Österreich, das Rußland als den Gegner der freien Entwicklung des Serbenvolkes betrachtet.

Der heikelste Punkt für Rußlands europäische

Politik ist und bleibt der europäische Orient. Die slawisch-orthodoxe Welt hatte sich daran gewöhnt, im Zaren einen Schutzherrn, ihr politisches, geistiges und gewissermaßen geistliches Oberhaupt zu sehen.

„Die Mission des Protektorats der Orthodoxie hat sich mit der Krone des russischen Selbstherrschers verbunden“, sagt Fürst Trubetzkoi in seinem lesenswerten Buch „Rußland als Großmacht“. Dazu kommt der theokratische Charakter, der den mehr orientalischen Staatsgebilden im Gegensatz zu den rationalistischen Verfassungen des Westens anhaftet. Die Stellung des Zaren seinem eigenen Volke gegenüber beruht gewissermaßen auf dem mystischen Nimbus, der die russische Krone als Beschützerin der Rechtgläubigkeit und des Slawentums umgibt, und es ist einleuchtend, daß der Zar ohne schwere Einbuße an seinem Ansehen, ohne Gefährdung seines Thrones, auf diese Mission nicht verzichten konnte, auf der nach russischer Auffassung die Stellung Rußlands als europäische Großmacht im wesentlichen beruht. Hierzu kommen Bande des Glaubens und Blutes und eine in der Geschichte Rußlands, dessen Kultur bekanntlich aus Byzanz stammt, begründete Tradition, die das Zarentum als Nachfolger der oströmischen Kaiser erscheinen ließ. Noch heute befindet sich der byzantinische Doppeladler im russischen Wappen, und die vielen Kriege, die Rußland zur Befreiung der orthodoxen Brüder geführt, beweisen, daß Rußland die Serben nicht preisgeben würde, selbst wenn wir sie insgesamt zu „Fürstenmördern“ stempelten.

Die Erfahrung ferner, die wir bei der Annexionskrise des Jahres 1908 gemacht, als es nur mit Mühe gelang, den Krieg zu verhindern, vornehmlich weil Rußland durch seinen Japanfeldzug geschwächt war, hätten zur Vorsicht mahnen sollen, falls wir den Krieg

nicht wollten. Damals handelte es sich nicht um Serbien selbst, sondern um ein Gebiet, das Rußland im Reichstadter Vertrag den Österreichern eingeräumt hatte, und das sich tatsächlich seit 1879 im Besitze Österreichs befand. Trotzdem wurde in Petersburg die endgültige Einverleibung als Demütigung empfunden und verursachte dort gewaltige Erregung. Der Groll hierüber gegen uns und Österreich-Ungarn, der nie ganz verschwand, führte zu vermehrten Rüstungen, verbunden mit dem offen ausgesprochenen Entschluß, kein zweites Mal der „schimmernden Wehr“ zu weichen. Über diese Frage haben die russischen Staatsmänner niemals Zweifel aufkommen lassen, sie betrachteten den Angriff auf Serbien als *casus belli*, „une question de vie et de mort“, wie Herr Sasonow sagte, und sie waren hierzu um so mehr in der Lage, als nach der erfolgten Aussöhnung mit Japan der im Jahre 1907 mit England über die asiatischen Fragen geschlossene Vertrag die russische Politik im Osten entlastete. Der mit unserer Unterstützung unternommene österreichisch-ungarische Angriff auf Serbien mußte in Rußland als Herausforderung aufgefaßt und entsprechend beantwortet werden, da sonst das Zarentum, das sich nicht auf Demokraten und Juden, sondern auf die „echt russischen Leute“, das heißt auf die nationalistische orthodoxe Richtung stützt, seinen Boden unter den Füßen verliert. Es war daher von Anbeginn unbegreiflich, wie man ernstlich an eine „Lokalisierung des Konfliktes“ glauben konnte.

Man hält mir entgegen, es handele sich um eine berechnete Sühne für den „Fürstenmord“.

Der Mord in Sarajewo war nur eine der Erscheinungen, die den seit Jahren bestehenden Gegensatz zwischen Österreich-Ungarn und Serbien kennzeichnen. Dieser Gegensatz entwickelte sich sowohl aus

nationalen, wie aus wirtschaftlichen Gründen. Es fragt sich nur, ob eine gewaltsame Austragung für die Erhaltung „unseres Bundesgenossen“ notwendig war, und ob ein deutsches Interesse hierbei so weit in Frage stand, daß es gerechtfertigt erschien, deshalb einen Weltkrieg zu führen.

Der großserbische Gedanke, der den unmittelbaren Anstoß zum Attentat gab und dem der „Todesstoß“ versetzt werden sollte, wurzelt in der nationalen Gemeinschaft der Bewohner Serbiens, Montenegros, Bosniens und, wenn man von der Verschiedenheit des Glaubens absieht, auch Kroatiens und Dalmatiens. Je fortgeschrittener die Kultur eines Volkes, je weiter die Bildung Platz greift, um so lebendiger wird der nationale Gedanke, um so stärker das Bedürfnis des staatlichen Zusammenlebens, der gemeinsamen Organisation und Entwicklung. Einer solchen Bewegung läßt sich kein gewaltsamer „Todesstoß“ versetzen, man muß mit ihr rechnen, falls aus politischen Gründen die einzige radikale Lösung: die staatliche Gemeinschaft, unstatthaft erscheint. Mit diesen Strömungen hat die Habsburger Monarchie, ein Gebilde, das auf rein dynastisch-historischer Grundlage ruht, auch anderwärts zu rechnen. Bewegungen, die man in Italien als „Irredenta“ bezeichnet, finden wir bei den Italienern in Triest und Trient, bei den Rumänen in Siebenbürgen, bei den nach Rußland hinschielenden Ruthenen in Galizien, ja auch bei den Alldeutschen der Sudeten- und Alpenländer. Nur Magyaren und Tschechen haben keine zentrifugalen Bestrebungen, weil sie vollzählig innerhalb der Monarchie sich befinden. Hierin liegt der Keim des Verfalls und der Schwäche, eine Warnung vor jeder Gewaltpolitik, der das zerbrechliche Gebäude des Reiches nicht gewachsen ist. Die Festigkeit eines Gemeinwesens

hängt von der Herrschaft einer einheitlichen Idee ab und von der ethischen Kraft, die dieser innewohnt. Dieses gemeinsame Ideal fehlt aber in Österreich-Ungarn, ebenso wie die einheitliche Sprache, und Bismarck schrieb daher gelegentlich, er habe eine geradezu abergläubische Scheu davor, sich mit den Schicksalen Österreichs zu eng zu verflechten, ein Gedanke, dem übrigens auch Napoleon III. in ähnlicher Form Ausdruck gegeben hat.

Selbst ein erfolgreicher Feldzug gegen Serbien hätte die großserbische Bewegung nicht aus der Welt geschafft, sie höchstens vorübergehend zurückgedrängt. Der Zusammenschluß der Serbo-Kroaten und die Ausdehnung Serbiens bis ans Meer war auf die Dauer ebensowenig zu verhindern, wie etwa die italienische Einheit, sie ließen sich nur durch geschicktes Lavieren hinausschieben. Das eigentliche Österreich, soweit es ehemals zum Deutschen Bunde gehörte, also die Sudeten- und Alpenländer, wäre trotzdem erhalten geblieben, ebenso das Magyarentum, und beide mußten auch ohne den südslawischen Ballast Anlehnung an uns suchen, das nationale Band des Deutschtums, nicht minder aber der Gegensatz des Magyaren- und Slawentums, weisen darauf hin.

Also schlimmstenfalls auch ohne die Serbo-Kroaten, und nach ihrem Abfall konnten wir mit der Anlehnung der Deutsch-Österreicher und Magyaren an uns rechnen. Ein deutsches Interesse, das die Ausrottung der Serben heischte, lag keinesfalls vor, es handelte sich vielmehr um eine ausschließlich österreichisch-ungarische Privatangelegenheit, deren „Lokalisierung“ insofern berechtigt war, als sie uns nichts anging. Mochten die Wiener Staatsmänner sich damit abfinden, wie sie wollten, einen Krieg mit unserer

Hilfe durften sie unter keinen Umständen deshalb unternehmen, und die vernichtende Niederlage, die Österreich seither von den Serben erlitten, ist eine blutige Verurteilung der wahnwitzigen Politik, die San Guiliano sehr treffend als abenteuerlich, gefährlich, aggressiv und außerhalb des Rahmens des Bündnisses liegend bezeichnet hatte, und die in Österreich schon heute allgemein verurteilt wird. San Guiliano lehnte sie ab zu einer Zeit, da Franz Ferdinand noch lebte, ein Beweis, daß politische und nicht ethische Gründe für die Wiener Haltung maßgebend waren.

Ich frage: was war für uns wichtiger: Die bestenfalls zu erreichende Erdrückung der großserbischen Bewegung in Bosnien, oder die Vermeidung eines Weltkrieges, bei dem unsere soeben erst gebesserten und befestigten Beziehungen zum britischen Weltreich in Trümmer gehen mußten?

War denn nicht die italienische Einheit mit ganz ähnlichen Mitteln entstanden, und wiederholt sich beim Südslawentum nicht genau dasselbe, was sich zwischen 1848 und 1866 in Italien ereignete? Auch dort versuchten die Österreicher in den lombardo-venetianischen Provinzen mit Gewalt, mit Schwert und Galgen und dem berüchtigten „Bankrot“ die nationale Bewegung zu knebeln, auch damals wollte das konservative Preußen Stellung nehmen zugunsten der kaiserlichen Herrschaft am Mincio und gegen die „Revolution“, auch die Italiener benutzten Bomben und Dolche zu politischen Zwecken und vergriffen sich am Gottesgnadentum und sogar am Heiligen Vater! Haben wir es deshalb abgelehnt, mit Italien ein Bündnis zu schließen, oder gar Italien den Krieg erklärt, weil Orsini eine Bombe gegen Napoleon schleuderte? Ist nicht die Grundlage Italiens ebenso „revolutionär“ wie die Tendenzen der gegen Österreich gerichteten groß-

serbischen Bewegung? Gibt es denn überhaupt in der Politik einen Zustand, der für ewige Zeiten berechnet ist und der nicht nach den wechselnden Bedürfnissen der Völker wandelbar wäre? Auch Bündnisse sind nicht für ewig, sondern nur für bestimmte Zwecke und Zeiträume geschlossen, „rebus sic stantibus“, sagt Bismarck. Ich verweise auch auf den berühmten Brief Bismarcks an Gerlach über den Begriff der „Legitimität“ und über die Notwendigkeit, auch mit „revolutionären“ Bewegungen, Dynastien und Staaten zu paktieren, falls das staatliche Interesse es heischt.

Wie kommt das deutsche Volk dazu, sich in einen Weltkrieg zu stürzen, um die südslawische Einheitsbewegung zu bekämpfen, die sich durch vorsichtiges Lavieren der Österreicher vielleicht aufhalten und eindämmen, niemals aber beseitigen ließ?

Wie kommen wir dazu, den Mord eines Erzherzogs zu rächen und des nichtswürdigen Alexander, der mit seiner gekrönten Dirne der europäischen Fürstenfamilie wahrlich nicht zur Zierde gereichte? Und wenn zehn Erzherzöge ermordet und auch noch Peter beseitigt worden wäre mitsamt seiner Sprößlinge, so ging uns das nichts an. Mochten die Österreicher sich mit ihren Nachbarn abfinden, wie sie wollten, Sache des deutschen Volkes war es keinesfalls, an der „Sühne“ sich zu beteiligen, weil man den Thronfolger in eine „Allee von Bombenwerfern“ fahren ließ.

Was wir getrieben haben, war Gefühls-, nicht Realpolitik. „In der Gefühlspolitik ist gar keine Reziprozität, sie ist eine ausschließlich preußische Eigentümlichkeit, jede andere Regierung nimmt lediglich ihre Interessen zum Maßstab ihrer Handlungen, wie sie dieselben auch mit rechtlichen oder gefühlvollen Deduktionen drapieren mag. Man akzeptiert unsere Gefühle, beutet sie aus, rechnet darauf, daß sie uns nicht

gestatten, uns dieser Ausbeute zu entziehen und behandelt uns danach, das heißt man dankt uns nicht einmal dafür und respektiert uns nur als brauchbare dupe." So schrieb Bismarck an Gerlach.

War etwa Graf Aerenthal uns dankbar für den Dienst, den wir ihm bei der Annexionskrise erwiesen? Er hatte später nur einen Gedanken: sich unserer Vormundschaft möglichst zu entziehen, auf eigenen Füßen zu stehen, und ließ verbreiten, daß die Spannung, die damals entstand, lediglich die Folge des deutsch-englischen Gegensatzes war, und schon heute sagen die Österreicher, wir hätten sie hineingetrieben, weil wir den Krieg wollten. Eine wachsende Mißstimmung greift in Österreich gegen uns um sich, es sei unser Krieg, für den sie bluten müßten, und die k. und k. Diplomatie sucht im Auslande den Eindruck zu erwecken, Österreich sei zur Verständigung geneigt gewesen, wir aber hätten zum Kriege gedrängt.

Ein weiterer Grund des Gegensatzes zwischen Österreich-Ungarn und Serbien lag in wirtschaftlichen Fragen. Seit Jahren wurden die Serben, ein im wesentlichen agrarisches Volk, durch Grenzplackereien gequält. Unter dem Einfluß der allmächtigen magyarschen Agrarier suchte die ungarische Regierung die Einfuhr serbischer Erzeugnisse zu verhindern. Das serbische Vieh wurde in Semlin tagelang ohne Wasser gelassen, und ein entsprechend hoher Tarif sorgte für die Verhinderung der Einfuhr serbischen Getreides. Aus diesem Grunde war es der dringende Wunsch Serbiens, einen eigenen Hafen nach dem Balkankriege zu besitzen, den Zutritt zur Adria. Während der Londoner Botschafterkonferenz war es das Bestreben Österreichs, allen serbischen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzutreten, und wir haben Österreich bedingungslos und ausnahmslos unterstützt. Meine ein-

zige Aufgabe bestand darin, österreichische Wünsche zu unterstützen, während wir hinsichtlich der italienischen, mit Rücksicht auf dynastische Sympathien für Griechenland, weit zurückhaltender waren. Tatsächlich war bei dieser Konferenz Österreich die führende Macht des Dreibundes und nicht wir.

Das Fürstentum Albanien, dessen Lebensunfähigkeit Herr Paul Cambon voraussah, wurde gegen den Wunsch Rußlands und Frankreichs, die eine Teilung Albaniens zwischen Serbien und Griechenland befürworteten, geschaffen, den Serben der Zutritt zur Adria versagt, und Montenegro mit Mühe aus Skutari wieder herausgeholt. Bei allen diesen Fragen drohte der Weltkrieg zu entbrennen, falls Rußland nicht nachgab. Graf Mensdorff wurde in London durch den als Serbenfeind bekannten späteren Gesandten in Belgrad, Baron Giesl, unterstützt und gab immer zu verstehen, daß man bereit sei, im Weigerungsfalle zu den Waffen zu greifen, natürlich mit unserer gehorsamsten Unterstützung.

Ich habe damals wiederholt vor einer so weitgehenden Gefolgschaft gewarnt, die notwendigerweise zur Verschärfung unserer Beziehungen zu Rußland führen mußte, ohne daß irgendein deutsches Interesse unsere antiserbische Stellung berechtigt hätte. Der Kaiser teilte auch zunächst meine Ansicht, daß es besser wäre, Albanien zwischen Serbien und Griechenland zu teilen, das Auswärtige Amt entschied aber wie immer bedingungslos im Sinne der Wiener Führung. Die Wiener Staatsmänner hatten aber nur ein Ziel im Auge: die möglichste Knebelung Serbiens und Montenegros.

In allen diesen Fragen ist Rußland, der natürliche Protektor Serbiens, unserem Druck gewichen. Entscheidend aber war die Haltung Sir E. Greys, welcher,

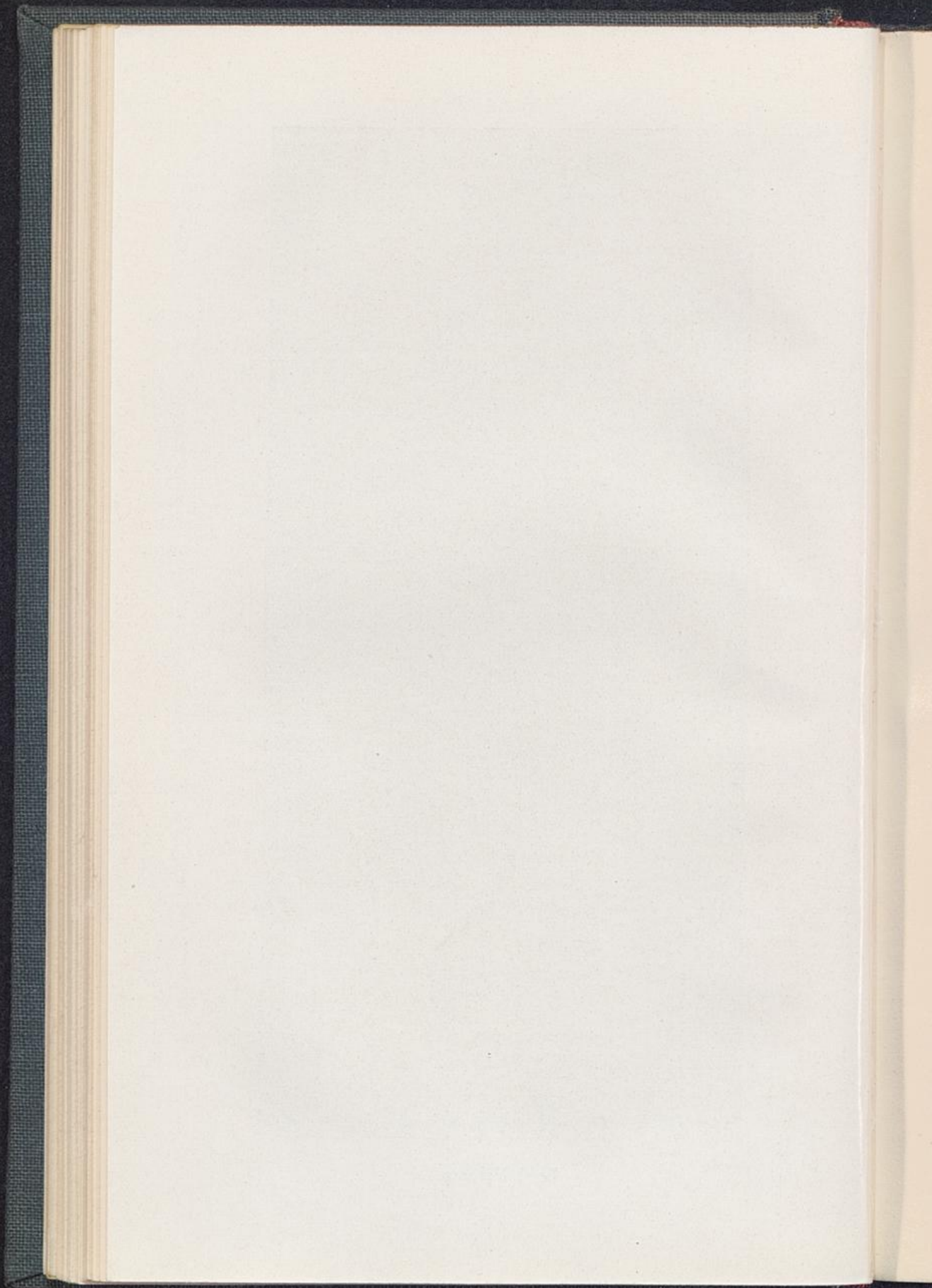
um den Frieden zu erhalten, vermittelnd auftrat und sich bemühte, seine russischen Freunde zum Nachgeben zu bewegen.

Daß unsere Haltung auf der Londoner Konferenz, deren Hauptergebnis die Schaffung des unter österreichisch-italienischem Schutz stehenden Fürstentums Albanien war, in Petersburg nicht gerade sympathisch berührte, möchte ich annehmen, obwohl mir Berichte über die dortige Stimmung weder damals noch später mitgeteilt wurden. Berichte über die Gesamtlage, über die Absichten und Strömungen in Petersburg oder Wien erhielt ich ebensowenig, wie etwa geheime Agentenberichte, die meinen eigenen Wirkungskreis betrafen. Ich mußte daher erleben, daß der Marineattaché durch seine Behörde über geheime britisch-französische Abmachungen unterrichtet war, über die das Auswärtige Amt, dem doch die geheimen Fonds und die entsprechenden Nachrichten zur Verfügung stehen, mich in Unkenntnis gelassen hatte.

Der Diplomat ist nicht Spion, ebensowenig wie etwa der Militärattaché; jeder Versuch, durch unerlaubte Mittel, wie Bestechung und dergleichen, Geheimnisse der Regierung, bei der er beglaubigt ist, zu erlangen, wäre gefährlich oder verhängnisvoll. Er würde sich in die Hand fragwürdiger Persönlichkeiten begeben und Gefahr laufen, bloßgestellt und unmöglich zu werden. Er soll vor allem das Vertrauen der maßgebenden Kreise in dem Lande gewinnen, in dem er beglaubigt ist. Er soll, wenn möglich, der Freund des betreffenden Monarchen, der leitenden Minister sein, mit den führenden Kreisen, nicht nur den höfischen, sondern auch den kaufmännischen in Ländern, wo diese eine Rolle spielen, Fühlung haben. Dann kann er Einfluß gewinnen und vermitteln, kann, falls er persönliche Sympathien zu erwecken



Lord Haldane



weiß, auch solche für das von ihm vertretene Land gewinnen. Vor allem muß er Urteilskraft besitzen und in der Lage sein, Menschen und Dinge richtig einzuschätzen und für seine Zwecke auszunützen. Dann kann er seiner Regierung dienen und sie richtig beraten, vorausgesetzt natürlich, daß diese auf ihn hört und ihm nicht Schwierigkeiten bereitet und entgegen arbeitet. Die Verantwortung für den Gang der Politik trägt aber nicht er, sondern die Regierung, die die Politik bestimmt, ihn trifft nur eine Verantwortung, wenn seine Berichte auf irri- gen Voraussetzungen beruhen. Werden seine War- nungen und Ratschläge aber mißachtet und findet er keine Unterstützung, so trifft ihn kein Vorwurf, wenn die Politik einen verhängnisvollen Lauf nimmt. Nicht unsere Diplomaten sind schlechter als die anderer Länder, die teilweise auch schwach sind, es ist die Methode, die falsch ist, die unsere Poli- tik verfolgt. Statt eines klaren Programms, das die Machtverhältnisse sowie die Interessen und Empfin- dungen unserer Nachbarn und Mitmenschen in Er- wägung zieht, unter Berechnung des Eindrucks, den unsere Stellung auf sie ausübt, haben wir uns in Kraft- proben und Eitelkeitserfolgen bewegt, haben durch Drohungen, gelegentliche Rippenstöße und Fanfara- naden einzuschüchtern und zu imponieren versucht. Diese Politik hat eine Atmosphäre der Beunruhigung geschaffen, deren Äußerungen wir feindliche Absich- ten zugrunde legten.

„Bundestreue“ und „Waffenbrüderschaft“ sind ge- wiß wertvolle Begriffe, sie erschöpfen aber keineswegs die Bedürfnisse realer Politik. Sie genügen für Reden bei Kaisergeburtstags- oder Kriegervereinsfesten, aber nicht für unsere politische Orientierung. Was ich schon während der Konferenz befürwortete, war eine

größere Schonung russischer Empfindlichkeiten, keine bedingungslose Identifizierung mit der antiserbischen Politik Österreichs. Letztere mußte, falls das Wiener Kabinett unserer Gefolgschaft sich sicher fühlte, über kurz oder lang zum Zusammenstoß mit Rußland, zur Katastrophe führen, da nun einmal Rußland, mit Recht oder Unrecht, aber tatsächlich auf den Schutz der serbischen Brüder und der unabhängigen Entwicklung der Balkanstaaten nicht verzichten wollte, und die russischen Staatsmänner über diese Frage keinen Zweifel ließen. „Dans la vie comme en politique il faut savoir se mettre au point de vue des autres —“, sagte mir einmal sehr treffend Herr Paul Cambon.

Die Politik, die wir diesen Sommer trieben, als wir fünf Millionen deutscher Streiter dem greisen Franz Josef zur Sühne seines Familienverlustes zur Verfügung stellten, gehört in das Gebiet der Romantik und erinnert an die Kriege früherer Jahrhunderte, die wegen fürstlicher Familienzwise entbrannten, oder an die Kreuzzüge, die das Grab des Herrn von den Ungläubigen befreien sollten, oder auch an den Trojanschen Krieg, der zur Sühne der gekränkten Gattenehre des Königs Menelaus unternommen wurde. Mit deutschen Interessen aber hatte weder der Mord noch die Unterwerfung Serbiens durch Österreich etwas zu tun, und die Haltung, die wir einnahmen, war die letzte verhängnisvolle Folgerung einer mißverstandenen Bundespolitik, die in dieser Form, wie ich wiederholt in meinen Berichten darlegte, mehr Gefahren als Vorteile in sich barg.

Was ich befürwortete, war zwar Schutz Österreichs, aber Zurückhaltung gegenüber der serbischen Frage, die lediglich eine Privatangelegenheit unseres Verbündeten sein durfte. Über diesen Punkt mußten wir weder in Wien noch in Petersburg einen Zweifel las-

sen, dann war der Weltkrieg zu vermeiden und der Frieden gesichert, sonst aber nicht.

Besser gar kein Bündnis als ein solches, das mehr Gefahren als Vorteile barg, in dem wir statt der leitende Teil der leidende sind.

Der Gedanke, gegen Serbien vorzugehen, war übrigens kein neuer. Er ist oft in Wien erwogen worden und scheint seit dem Bukarester Frieden, der unter dem Proteste Österreichs zustande kam, eine festere Gestalt angenommen zu haben. Durch diesen Frieden wurde Serbien vergrößert, nachdem Bulgarien unterlegen war, dessen leitender Staatsmann, Herr Danew, durch die maßlosen Huldigungen der Wiener und Pester Staatsmänner getäuscht, zum zweiten Balkankriege getrieben hatte, welcher die Niederlage Bulgariens und die Abkehr Rumäniens von Österreich brachte. Dem Pessimismus, dem stockenden Handel in Österreich sollte abgeholfen, das Ansehen des Reiches neu belebt, die gegen die Politik des Grafen Berchtold erhobenen Vorwürfe entkräftet werden. Man übersah dabei nur, daß diese Politik zum Zusammenstoß mit Rußland und schließlich zum Zerfall Österreichs führen mußte. Die zahlreichen Fälle von Hochverrat und sogar der offene Übergang ganzer Truppenteile zum Feinde zeigen, wie wenig die Slawen Österreichs bei diesem Kriege mit ihrem Herzen beteiligt sind. In Galizien und Bosnien wird der Galgen überreichlich in Anspruch genommen, und in Prag geniert sich niemand, offen für Rußland Partei zu nehmen.

Man übersah, daß der Monarchie die Voraussetzungen fehlen für eine Gewaltpolitik, vor allem die Einheitlichkeit des Aufbaues, ferner das alle gleichmäßig beherrschende nationale Ideal, die Triebfeder für außerordentliche Leistungen. Den aus Magyaren,

Tschechen, Polen, Ruthenen, Rumänen, Kroaten und Serben bestehenden Truppen fehlt die ethische Kraft, die dem nationalen Gedanken, für den andere Völker kämpfen, innewohnt. Beim Zusammenstoß zweier Organismen muß der stärkere, der fester gefügte, dem schwächeren überlegen sein. Das lediglich durch dynastische Bande vereinigte k. und k. Heer kann daher einem nationalen Ansturm nicht standhalten. Die österreichischen Niederlagen sind nicht bloß auf Konto der Minderwertigkeit von Führern und Truppen zu setzen, es ist vielmehr das weltgeschichtliche Entwicklungsgesetz, eine innere Notwendigkeit, die das Zurückweichen der schwarzgelben Fremdherrschaft herbeiführt, im Gegensatz zum nationalhomogenen System, das im Lebenswillen des Volkes wurzelt. Wie das Österreichertum aus Italien weichen mußte, trotz militärischer Erfolge, wie es trotz aller Gewaltmaßnahmen Ungarn aufgab und sich unfähig erwies, die Führung in der deutschen Frage beizubehalten, so wird auch trotz unserer Hilfe das Südslawentum seiner eigenen nationalen Entwicklung zusteuern. „Die geschichtliche Logik ist noch genauer in ihrer Revision als unsere Oberrechnungskammer“, sagt Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“.

Unsere Politik aber erinnert an die des Kaisers Nikolaus, der, von romantischen Legitimitätsschwärmereien geleitet, seine Heere zur Unterdrückung des ungarischen Aufstandes hergab; dankbar ist ihm Österreich dafür bekanntlich nicht gewesen.

Die Formulierung des Ultimatums ließ auch keinen Zweifel, daß das Wiener Kabinett nicht die Annahme, sondern die Ablehnung wünschte. Es war darauf berechnet, abgelehnt zu werden, und die österreichische Diplomatie fürchtete geradezu, daß Serbien es annehmen würde. Baron Giesl befand sich bereits im Reise-

anzug, als die Antwort erschien und, ohne sie genauer zu prüfen, erklärte er sie für ganz ungenügend, obwohl sie fast alles annahm und eigentlich nur einen Punkt vorbehielt: die Teilnahme österreichischer Beamter an der Untersuchung. Hätte auf österreichischer Seite wirklich der Wille zum Frieden bestanden, so wäre es leicht gewesen, die Antwort zur Grundlage weiterer Verhandlungen zu machen. Dieser Wille fehlte aber, man wollte in Wien und in Berlin den Krieg mit Serbien. Die russischen Truppenbewegungen seit dem Winter, ferner die Bemerkung des Herrn Sasonow in Konstanza: „Nous ne ferons pas la guerre sauf à une seule condition, c'est si l'Autriche attaque la Serbie“ beweisen, daß man in Petersburg, wo wegen der österreichisch-serbischen Politik eine steigende Mißstimmung gegen Österreich, aber indirekt auch gegen uns herrschte, den Wiener Absichten mißtraute.

Übertriebene Rücksichten auf Österreich einerseits, die schon deshalb überflüssig waren, weil Österreich unter allen Umständen auf uns angewiesen ist und keine andere Anlehnung finden kann, und andererseits Vernachlässigung der Beziehungen zu Rußland, — dies sind die Wurzeln der Katastrophe.

## II

Die Frage, welche die öffentliche Meinung am meisten bewegt, ist die nach den Gründen der britischen Teilnahme am Kriege, beziehungsweise ob England der eigentliche Urheber des Krieges ist, um uns zu erdrücken oder wenigstens ihn dazu benutzen wollte, da es ihn sonst hätte verhindern können.

Als ich im November 1912 den Londoner Posten übernahm, fand gerade der seither veröffentlichte Briefwechsel zwischen Sir E. Grey und Herrn Paul Cambon statt, der für den Fall eines Angriffes oder

einer drohenden Kriegsgefahr das Zusammenwirken beider Regierungen zum Zwecke des gegenseitigen Schutzes ins Auge faßte. Als Grundlage sollten die Verabredungen dienen, die ohne bindenden Charakter von Zeit zu Zeit zwischen den beiderseitigen Militär- und Marinestäben stattfanden. Es war kein Bündnis, wohl aber eine Vereinbarung defensiven Charakters, für den Fall eines Angriffs, ohne eigentliche Verpflichtungen. Unsere anti-englische Haltung während des Burenkrieges, die lebhaften Sympathien des deutschen Volkes für die stammverwandten Kolonisten im fernen Südafrika, die bekannte Rede und die Haltung des Grafen Bülow gegen Mr. Chamberlain, dessen Annäherungsversuche auf keinen fruchtbaren Boden gefallen waren, namentlich aber unsere Flottenpolitik hatten in England zu einer wachsenden Mißstimmung geführt. Hierzu gesellten sich persönliche Neigungen und Abneigungen König Eduards, der aus seiner Vorliebe für französisches Wesen kein Hehl machte. Auf dieser Grundlage gedieh der Wunsch einer Annäherung an Frankreich, das sich von uns bedroht glaubte, und so kam das Marokko-Ägypten-Abkommen zustande, das die Grundlage zu der späteren Triple-Entente bildete. Leider hat unsere Haltung während der ganzen Marokkofrage zwischen Zustimmung und Drohung geschwankt, und sie ließ nicht klar ersehen, welchem Ziele wir zustrebten, ob dem Kriege oder kolonialer Ausbreitung auf Grund friedlicher Vereinbarung. Die Haltung, die wir 1905 und 1911 gegen Frankreich einnahmen, hat zweifellos zu einer Vertiefung der Annäherung der befreundeten Staaten geführt und der gegen uns in England namentlich wegen der Flottenfrage bestehenden Mißstimmung weitere Nahrung gegeben, da England im Interesse des europäischen Gleichgewichts und seiner Unabhängigkeit

und wegen des Schutzes seiner Küsten eine Ausdehnung unseres Machtbereiches auf dem westlichen Kontinent nicht dulden konnte. Die Erkenntnis, daß die Erhaltung Frankreichs, als eines unabhängigen Landes in seiner bisherigen Machtfülle für Großbritannien ein Lebensinteresse bedeutet und daß eine Wiederholung des Jahres 1870 mit den britischen Interessen unvereinbar sei, befestigte sich, ohne aber zu mehr zu führen, als zu Verabredungen technischer Art, welche für den Fall eines deutschen Angriffs auf Frankreich, den, wie ich von London stets berichtet habe, die Franzosen und Engländer dauernd fürchteten, in Kraft treten sollten. Daß diese Annäherung und die genannten Vereinbarungen mehr bedeuteten als das Bestreben einer Sicherung vor unserer Übermacht, und daß sie Angriffszwecken gedient hätten, ist durch keine Veröffentlichung erwiesen worden. Es lag auch gar nicht im britischen Interesse, die Franzosen von dem Alpdruck zu befreien, den wir auf sie ausübten, denn er bildete die Voraussetzung für Frankreichs Unterwürfigkeit gegen England. Ebensowenig aber kann die britische Politik auf den Druck verzichten, den wir auf Rußland ausüben, da sonst letzteres wieder freiere Hand in Asien bekommen und sich dort den Engländern unbequem machen würde. Diese einfachen Erwägungen genügen, um zu zeigen, daß kriegerische Zwecke dem britischen Programm durchaus fern liegen mußten.

Die bekannte Rede Mr. Lloyd Georges im Sommer 1911 hatte lediglich den Zweck, uns zu warnen, da man sich in London mangels der erwarteten Aufklärung über den Zweck der Entsendung des „Panther“ nach Agadir beunruhigt fühlte und an kriegerische Absichten zu glauben anfing.

Als ich im November 1912 nach London kam, hatte

der erste Balkankrieg mit dem Siege der Verbündeten über die Türkei eigentlich schon geendet, und die Regelung der türkischen Erbschaft ließ das Gespenst eines europäischen Krieges auftauchen.

Einige Zeit nach meiner Ankunft erschien der mit Sir E. Grey eng befreundete Lord Haldane bei mir und sagte mir etwa folgendes: England wolle Frieden und Freundschaft mit uns, und man hoffe, daß es mit meiner Hilfe gelingen werde, die Beziehungen zu befestigen und alle Mißverständnisse zu beseitigen. Aber auf einen wichtigen Punkt wolle er mich gleich hinweisen: England könne niemals die Zertrümmerung oder Schwächung Frankreichs zulassen. Das sei für Großbritannien eine Lebensfrage. Es müsse Frankreich schützen, wie wir etwa Österreich. Die Grundlage jeder Verständigung mit uns müsse demnach eine vollkommen zweifelsfreie Friedenspolitik sein, da durch Frankreich auch England in einen europäischen Krieg hineingezogen werden würde. Uns aber wolle England ebensowenig angreifen, wie etwa den französischen Revanchegeanken fördern.

In diesem Sinne haben sich während meines Londoner Aufenthaltes viele maßgebende Persönlichkeiten gegen mich ausgesprochen. Ich habe wiederholt schriftlich und mündlich auf diesen wichtigen Punkt hingewiesen und stets betont, daß wir im Falle eines Angriffs auf Frankreich mit der britischen Gegnerschaft würden rechnen müssen.

Es konnte also hierüber kein Zweifel bestehen, und es ist daher unverständlich, daß der Herr Reichskanzler trotz der wiederholten Warnungen Sir Edward Greys und meiner mündlichen und schriftlichen Berichterstattung von der britischen Kriegserklärung so überrascht war.

Dieselbe Auffassung über das Wesen der britischen

Politik: Erhaltung des Friedens, mit dem Entschlusse, Frankreich zu schützen, teilten auch meine beiden Dreibundkollegen, und ich habe niemals den geringsten Grund gehabt, an der Richtigkeit dieser Meinung zu zweifeln.

Von dem Wunsch geleitet, den Frieden zu erhalten, regte Sir Edward Grey bald nach meiner Ankunft die Londoner Botschafterbesprechungen an, die lediglich den Zweck verfolgten, den Ausbruch eines europäischen Krieges zu verhüten, in den England fürchten mußte hineingerissen zu werden. Hätte er den Krieg gewollt, so waren diese langwierigen Unterhandlungen überflüssig. Es bot sich auch während derselben reichliche Gelegenheit, den Weltbrand zu entzünden, und hauptsächlich der vermittelnden Tätigkeit Greys ist es damals gelungen, obgleich wir uns stets mit den Ansprüchen unseres Wiener Bundesgenossen identifizierten, den Zusammenstoß zu verhüten.

Das deutsch-britische Zusammenwirken während dieser Konferenzen bildete die Grundlage für die erstrebte Verständigung, an deren Ausbau ich seither gearbeitet habe. Die britische Regierung gewann durch unsere gemeinsame Tätigkeit Vertrauen zu unserer Friedensliebe, man beruhigte sich allmählich über unsere Absichten und war bereit, uns auch auf anderen Gebieten entgegenzukommen. Gleichzeitig fanden Verhandlungen zwischen uns über die Abgrenzung unserer Interessensphäre in Kleinasien statt. (Bagdadbahn pp.) Auch hier begegnete ich dem größten Entgegenkommen, und wir haben in dem bei Kriegsausbruch zur Unterschrift fertiggestellten Verträge mehr erreicht, als sich die Begründer der Bahn hätten träumen lassen. So gelang es mir z. B., Basra als Endpunkt zu erreichen, auf das wir bereits verzichtet hatten.

Auch ein neuer Vertrag über afrikanische Kolonialfragen wurde zwischen uns vereinbart und fertiggestellt und sollte auf Wunsch der britischen Regierung schon Anfang des Jahres 1914 unterschrieben und alsdann veröffentlicht werden. An dieser letzteren Frage drohte der Vertrag zu scheitern, da wir aus formalen Gründen gegen die von britischer Seite gewünschte Veröffentlichung Bedenken erhoben. In diesem Widerstande begegnete sich unser Auswärtiges Amt mit Herrn Paul Cambon, der seinerseits auch nichts unversucht ließ, dem Vertrage, da er das französische Interessengebiet berührte, Schwierigkeiten zu bereiten.

Nicht nur bei Hofe und in amtlichen Kreisen, auch in der Gesellschaft und in den in England so einflußreichen Handelskreisen habe ich während meiner noch nicht zweijährigen Amtszeit das wärmste Entgegenkommen, den aufrichtigsten Wunsch gefunden, uns näherzutreten. Überall wurden mir die herzlichsten Sympathien in steigendem Maße entgegengebracht, und es war mir schließlich gelungen, eine erhebliche Besserung der Stimmung für uns zu schaffen.

Wenn ich als Gast bedeutender Handelsstädte gefeiert wurde, wenn bei den unter meinem Vorsitz für deutsche Wohltätigkeitszwecke veranstalteten „public dinners“ Tausende von Pfunden für deutsche Zwecke von britischen Teilnehmern gezeichnet wurden (Deutsches Seemannsheim, Deutsches Hospital), wenn ich Ehrendoktor in Oxford wurde, eine Würde, die keiner meiner Kollegen außer Herr Cambon, der Doyen, bekleidete, wenn ich überall und in allen Kreisen das denkbar größte Entgegenkommen fand, so soll das alles nur eine vieltausendköpfige Verschwörung gewesen sein, um uns zu täuschen?

Der volle Wortlaut meiner Oxforder Doktorrede

ist leider verloren gegangen. Es war am 3. Juni 1914! Dagegen mag hier der Bericht des „Berliner Tageblattes“ folgen:

„Fürst Lichnowsky ist heute zum Ehrendoktor der Universität Oxford promoviert worden, und bei dieser Promotion konnte man echt englische Formlosigkeit inmitten ehrwürdiger Formen erleben. Bei offenen Türen wurde die Zeremonie in wenigen Minuten in einer mäßig vollen Halle abgehalten. Die Rektoren der verschiedenen Colleges trugen rote, schwarze oder lila Mäntel wie bei uns. In einem großen Stuhl saß der Vizekanzler der Universität, der aussah wie Kainz als Mephisto, und verkündete in lateinischer und englischer Ansprache fast unverständlich den Beschluß. Hierauf wurde der Botschafter im roten Mantel von dem Sprecher der Universität hereingeführt. Dieser hielt eine längere lateinische Rede, rühmte die Verdienste des Fürsten um die Wissenschaft und betonte unter dem Beifall der Zuhörer, daß in dieser Ehrung die englische Sympathie für die deutsche Wissenschaft und Nation enthalten sei. Es klang sehr gut, als dieser Engländer in der alten Halle Oxfords lateinisch ausrief: „Totam Germaniam animo salutamus!“ und man hatte einen Augenblick das Gefühl, daß ein Botschafter wirklich ein Bindeglied zweier Nationen bilden kann. Kein Eid, keine Begrüßung durch den Vizekanzler. Im übrigen standen die Beteiligten formlos herum. Dagegen war viel unter den Zuhörern zu schauen, prachtvolle Köpfe auf kräftigen Gestalten, die in farbigen Talaren im Kreise saßen, darunter besonders viele berühmte Zivilrechtslehrer.

Wir geben mit einigen Kürzungen den Wortlaut der Rede wieder, die Fürst Lichnowsky auf dem Diner gehalten hat, das ihm gestern abend die Universität Ox-

ford, die Deutsche Literarische Gesellschaft und der Englisch-Deutsche Klub gegeben haben:

„Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zunächst meinen tiefempfundenen Dank auszusprechen für die beredten Worte, mit denen Herr Professor Fiedler und nach ihm Herr Dr. Macan meiner gedacht, und mit denen sie mich hier in diesem glänzenden Kreise begrüßt haben. Ich weiß die Auszeichnung wohl zu schätzen, daß die alte ehrwürdige Universität Oxford mich zu ihrem Ehrendoktor ernannt hat, und ich möchte diese Gelegenheit auch gleich benützen, um dem Professorenkollegium den Ausdruck meiner tiefgefühlten Dankbarkeit zu übermitteln. Die eindrucksvolle Feier, deren Zeuge ich heute mittag gewesen bin, als mir der purpurne Mantel als äußeres Abzeichen meiner neuen Würde an historischer Stätte umgehungen wurde, in einem Saale, dessen Wände von vielhundertjähriger Überlieferung reicher wissenschaftlicher Tätigkeit Zeugnis geben, das überwältigende Bild, das sich meinen Blicken durch die Anwesenheit so vieler Spitzen der Wissenschaft darbot, alles dieses wird mir unvergeßlich bleiben, und mich daran erinnern, daß dadurch zwischen der Universität Oxford und mir immerwährende persönliche Bande errichtet wurden, und ich mich von nun an als einen der Ihrigen, als ein Mitglied der britischen wissenschaftlichen Welt betrachten darf.

Ich weiß, meine Herren, daß die Auszeichnung nicht meiner wissenschaftlichen Bedeutung entsprechen sollte. Neben so vielen berühmten Namen, die diese Universität von jeher geschmückt und ihren Weltruf begründet haben, neben der Zahl hervorragender Gelehrter und Leuchten der Wissenschaft, die ich in den Listen Ihrer Ehrendoktoren gefunden und im Hinblick auf die anwesenden und auf andere

gegenwärtig zur Universität gehörende Gelehrte, vermag ich einen Anspruch auf Aufnahme in dieses wissenschaftliche Olymp nicht zu erheben. Wenn also meine Verdienste um die Wissenschaft mir den Zutritt zu der ehrenvollen Stellung eines Mitgliedes Ihrer Hochschule nicht eröffnet haben, so muß ich den Grund auf anderen Gebieten suchen. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß Sie, meine Herren, mir die hohe Auszeichnung eines D. C. L. in der Absicht gewährten, mich dadurch in meinem Bestreben, englischem Wesen und englischem Wissen näherzutreten, zu ermutigen und auch, um Ihrer Zustimmung zu meiner bisherigen politischen Tätigkeit Ausdruck zu geben. Sie haben aber vor allem, meine ich, damit sagen wollen, daß diejenige Gemeinschaft, die diese berühmte Hochschule seit Jahrhunderten mit der deutschen Wissenschaft unterhält, indem sie deutsches Geistesleben hier pflegt und fördert, wie uns Herr Professor Fiedler an Hand seines reichhaltigen Materials auseinandergesetzt hat, daß diese uralten und stets wieder erneuten geistigen Bande den Wunsch erzeugt haben, dem politischen Vertreter des Deutschen Reiches in England eine seltene und fremden Diplomaten nur in Ausnahmefällen gewährte Ehrung zu erweisen. Ich darf wohl sagen, daß die Freude, die ich bei der Nachricht empfand, als ich erfuhr, daß mir von nun an das Recht zustehen würde, mich als Ehrendoktor der Universität Oxford zu betrachten, ich möchte sagen, daß der Stolz über diese Auszeichnung nur durch ein einziges anderes Gefühl übertroffen werden konnte, und das war die Befriedigung über diesen erhebenden Beweis Ihrer warmen Sympathie für das Deutschtum und für mein deutsches Vaterland.

Herr Professor Fiedler hat in seiner so inhaltsreichen Rede hervorgehoben, daß sowohl Kaiser

Wilhelm zu den Ihrigen gehört, als daß vor genau 100 Jahren seinem erlauchten Urgroßvater die Auszeichnung zuteil wurde, hier in Oxford das Ehrendoktorat zu erhalten. Mit seinen beiden Söhnen, dem späteren König Friedrich Wilhelm IV. und dem nachmaligen Kaiser Wilhelm I. weilte er hier in Oxford. Gewaltige Ereignisse haben sich in diesen 100 Jahren vollzogen. Die Machtverhältnisse haben sich seither verschoben und die Gruppierungen sind dementsprechend andere geworden. Aber das Ziel, das das britische und das deutsche Volk damals in sturmbelegter Zeit nach jahrelangen Kämpfen und heute inmitten ungetrübter bürgerlicher Entwicklung verfolgen, ist dasselbe geblieben. Damals wie heute reichten sich unsere Monarchen die Hände zur Befestigung und zur Erhaltung des Friedens, zum Schutze bürgerlicher Arbeit, damals wie heute war die britische wie die deutsche Politik darauf gerichtet, ihren Ländern die Segnungen einer ungestörten geistigen und wirtschaftlichen Entwicklung zu sichern.

Damals lebte noch Goethe; Schiller war vor wenigen Jahren gestorben. Ein Zeitalter geistigen Aufschwungs und literarischer Blüte war der politischen Erhebung und dem gewaltigen Erwachen des deutschen Nationalbewußtseins vorausgegangen. Unsere Dichterstürzen hatten dazu beigetragen, den Sinn für die Ideale der Menschheit im deutschen Volke zu wecken, hatten durch ihre unsterblichen Werke den Kulturwert des Deutschtums unendlich gehoben und dadurch das stolze Nationalbewußtsein wecken helfen. Nach einer Zeit nationaler Erschlaffung hatten sie die Grundlagen gelegt für das gewaltige darauf folgende Erwachen. . . .

Der Nationalbegriff, der eine Zwischenstufe bildet zwischen Individualität und Humanität, beruht im

wesentlichen auf der Gemeinschaft der wichtigsten Ideale, die durch unsere Dichter und Historiker ihre Prägung erhalten haben und die in unseren großen Monarchen, Staatsmännern und Feldherren wie in den Koryphäen der Wissenschaften und der Künste sich verkörpern. Diese Ideale müssen erneuert und belebt und den modernen Bedürfnissen entsprechend umgewertet und fortentwickelt werden, um nicht abzusterben und damit nicht, wie Nietzsche sagt, die Lebenden von den Toten regiert werden. Die reine Liebe zur Wahrheit ist es, die nach Helmholtz zu den größten Siegen führt, wenn sie erobernd in das Reich des Unbekannten vordringt.

Diese verfolgen die britischen wie die deutschen Universitäten, und es ist daher müßig, darüber zu streiten, welche von den beiden Lehrmethoden vor der anderen den Vorzug verdient. Ich möchte behaupten, daß sich beide sehr glücklich ergänzen und daß auch in diesem Falle nur derjenige irren würde, welcher meint, daß er allein im Besitz des echten Ringes sei. Je mehr deutsche Wissenschaft und Literatur in England, und englische in Deutschland gepflegt wird, um so mehr werden die beiderseitigen Geisteswerte Gemeingut beider Nationen, um so größer wird die Gemeinschaft der beiderseitigen Ideale, um so näher kommen sich die beiden Völker in ihrem beiderseitigen Empfindungsleben. Die Grundlage für beiderseitiges Verstehen, die Kultur- und Sittengemeinschaft erfährt eine Erweiterung, und auf diese Weise pflegen die Universitäten als hervorragende Stapelplätze der Kultur auch gleichzeitig politische Ziele.

Ich kann es nur lebhaft begrüßen, wenn deutsche Studenten in möglichst großer Anzahl sich hier alljährlich in Oxford einfinden, um hier der britischen

Wissenschaft, und nicht zu vergessen dem britischen Sport zu huldigen, der auch bei uns lebhaftere Förderung findet und der so viel zur moralischen und körperlichen Erstarkung der Nation beiträgt. Man kann sagen, daß die sporttreibenden Völker den Erdball beherrschen werden. Ich bedauere lebhaft, nicht selbst hier studiert zu haben, hoffe aber, daß dereinst meine Söhne einige Semester hier weilen werden. Ich brauche mich an dieser Stelle nicht über die Vorzüge britischer akademischer Anstalten zu verbreiten, sie sind uns allen bekannt und gipfeln wohl in der Entwicklung starker Persönlichkeiten und in der Gestaltung unabhängiger, charaktvoller Männer, die sich dazu eignen, als Pioniere westeuropäischer Kultur in die entferntesten Gebiete des Weltalls vorzudringen. Auf den britischen Schulen erhält der Begriff des „Gentleman“ seine vollendete Prägung, die ihn befähigt, als Kulturtypus bei den Völkern des Erdballs Einkehr zu halten, so daß man sagen kann, der Gentleman habe die zivilisierte Welt erobert. So ist heute der Gentleman der allgemeine soziale Wertbegriff, an dem bei allen Nationen gemessen wird. . . .

Wie tief die Wurzeln sind, die bei uns in Deutschland die Verehrung der britischen Dichterrfürsten geschlagen, brauche ich Ihnen, meine Herren, in Gegenwart so hervorragender Vertreter der Literatur und ihrer Geschichte nicht auseinanderzusetzen. Ich will mich damit begnügen, daran zu erinnern, daß erst vor wenigen Wochen die Deutsche Shakespeare-Gesellschaft das Fest ihres 50jährigen Bestandes begehen konnte. Sie ist nicht nur die älteste deutsche Vereinigung dieser Art, der sich erst die Goethe-, Dante- und andere Gesellschaften angereiht haben, sondern auch die einzige, die sich dauernd mit Erfolg der Pflege eines ausländischen Dichters gewidmet hat. Die

Gründe, weshalb gerade ein ausländischer Dichter eine derartige Anziehungskraft ausüben konnte, sind mannigfacher Art. Sie lagen zunächst wohl in der Tatsache, daß dieser größte britische Dichter nach unserem Empfinden schon beinahe ein Deutscher geworden ist und daß keines ausländischen Dichters Werke so tief in die deutsche Volksseele eingedrungen sind, wie die seinen. Heine sagt: „Das einzige, was die Deutschen dem Shakespeare nicht verzeihen können, ist, daß er nicht vorzog, in Deutschland geboren zu sein.“ Dann aber besaß dieser Dichter für uns eine besonders politische Anziehungskraft durch seinen ausgesprochenen Patriotismus und nationalen Gemeinsinn. Außerdem aber kam ihm zustatten, daß England von jeher als das Land der politischen Freiheit gegolten hat und daß von hier aus verfassungsmäßige Einrichtungen und die Grundlagen bürgerlicher Rechte ihren Siegeslauf durch ganz Europa genommen haben. So ist Shakespeare für uns zu einem politischen Dichter geworden, den wir gleich Goethe und Schiller als den Unsrigen betrachten.

Meine Herren, ich will Ihnen nochmals danken für die große Ehre, die Sie mir erwiesen und für den schönen Abend, den ich heute in Ihrer Mitte verbringen durfte und der in mir das Gefühl erwecken könnte, daß ich mich in Heidelberg oder Göttingen befände. Ich bitte Sie, mit mir auf das Wohl der alten berühmten Universität Oxford sowie der beiden Vereine zu trinken, bei denen wir zu Gäste sind und auf deren ferneres erfolgreiches Wirken im Sinne der britisch-deutschen Geistesverbrüderung.“

Jeder wirkliche Kenner britischer Verhältnisse weiß, welche Rolle „public dinners“ spielen, mit ihren unvermeidlichen „after-dinner-speeches“. Es ist die einzige Art, mit der breiten Öffentlichkeit in Verbindung

zu treten, und für einen Diplomaten, um mit den in England so einflußreichen City- und Handelskreisen Fühlung zu nehmen, mit denen das Gesellschaftsleben ihn sonst nicht zusammenbringt. Ist man Ehrengast, so kann man nicht schweigen, man wird aufgefordert „to respond“, den Begrüßungsworten zu entgegnen. Ich habe es hierbei möglichst vermieden politische Themata zu berühren und das Hauptgewicht auf die beiderseitigen Handelsbeziehungen gelegt, gewichtige gemeinsame Interessen. Gerade diese Reden hatten nicht unwesentlich dazu beigetragen, eine für uns günstige Stimmung zu schaffen, und mein französischer Kollege wurde von seiner Regierung beauftragt, meiner Werbetätigkeit durch häufigeres öffentliches Auftreten entgegenzuwirken.

Kriegslustig sind im allgemeinen eher agrarische Völker und solche, die ihre nationale Grundlage noch nicht gefunden haben. Gesättigte Nationen mit weitverzweigten Handelsbeziehungen haben beim Kriege mehr zu verlieren als zu gewinnen. Ein in so hohem Grade zum Wohlleben neigendes Volk wie das britische kann unmöglich den Wunsch haben, durch das Ungemach eines Krieges in seinen Interessen wie in Genüssen und Gewohnheiten gestört zu werden.

Was hatte Großbritannien in einem Kriege mit uns zu gewinnen? Unsern Handel zu zerstören? Auf unserem Handel beruht zum großen Teil der britische selbst: Im Jahre 1913 betrug der Wert der britischen Einfuhr aus Deutschland  $80\frac{1}{2}$  Millionen Pfund, der britischen Ausfuhr nach Deutschland  $59\frac{1}{2}$  Millionen. Der Handel Großbritanniens mit uns steht an der Spitze aller europäischen Länder, und wenn man die Vereinigten Staaten ausschließt und die britischen Kolonien, so steht er an der Spitze des gesamten britischen Warenaustausches. Außerdem braucht der bri-

tische Markt gewisse deutsche Erzeugnisse, wie Zucker, Chemikalien, Seidenwaren pp. und kann sie gar nicht entbehren. Jeder europäische Krieg muß dem britischen Wohlstande, der auf internationalen Handelswerten und nicht auf agrarischen, heimatlichen beruht, die empfindlichsten Schäden zufügen, selbst wenn Großbritannien nicht direkt an ihm beteiligt ist. Unsere Flotte vernichten? Daß das nicht so leicht wäre, wußten die britischen Fachleute und Staatsmänner schon vor dem Kriege. Man hatte sich auch mit unserer Flotte nach der bisherigen gesetzlichen Festlegung abgefunden; sie war den Briten unbequem, aber solange wir keine Novelle brachten, beruhigte man sich. Die britische Überlegenheit war gesichert, Pläne wie der des „Naval Holiday“ fielen ohne Mißstimmung zu Boden, und ich habe niemals Gelegenheit genommen, amtlich die Flotte zu besprechen. Ich vermied es absichtlich und bekundete damit, daß ich es als eine rein interne Angelegenheit betrachtete. Unsere koloniale Entwicklung wollte man uns lassen, schon weil die Kolonien uns von der Nordsee abziehen sollten. Das beweist auch das Entgegenkommen, das uns in der portugiesischen Kolonialfrage gezeigt wurde. England hat die besten Kolonien und braucht keinen Krieg mit uns, um neue zu erwerben. Hierzu hätte ja das portugiesische Schutzverhältnis die beste Gelegenheit geboten.

Der Ausbruch des Krieges war für Großbritannien eine Katastrophe ersten Ranges, selbst wenn es gelingen sollte, uns zu schädigen. Es wäre vom britischen Standpunkt geradezu Wahnsinn gewesen, ihn herbeizuführen.

England war bereit, sich mit uns über alles zu verständigen, mit uns in ein intimeres Verhältnis zu

treten, allerdings unter Beibehaltung seiner anderweitigen Freundschaften, aber unter einer Voraussetzung: daß wir zweifelsfreie Friedenspolitik trieben. Diese Bahn haben wir aber verlassen, als wir den Grafen Berchtold veranlaßten, gegen Serbien loszuschlagen. Diese Politik mußte zum Weltkrieg führen, selbst wenn wir ihn nicht wollten, und zum Zusammenbruch meiner Verständigungstätigkeit, da aus den dargelegten Gründen nicht anzunehmen war, daß der Konflikt sich „lokalisieren“ ließ.

Man sagt: „Wenn Sir E. Grey gewollt hätte, so wäre Rußland stillgeblieben.“

Selbst wenn Grey in Petersburg erklärt hätte, England mache nicht mit, so hätte Rußland trotzdem sich gerührt, denn von seinem Standpunkt konnte es gar nicht anders handeln. Läßt denn überhaupt eine Großmacht sich Vorschriften machen in Fragen, die sie als Lebensinteresse betrachtet?

Wir hatten bis Ende Juli abgelehnt, auf unsere Verbündeten den leisesten Druck auszuüben in einer Frage, in der wir uns durch Verpflichtungen gebunden glaubten und bei denen die Existenz der Nation auf dem Spiele stand, und von Grey erwarteten wir, daß er einem befreundeten Staate gegenüber da, wo für ihn keine Verpflichtungen bestanden, im Tone des Befehles spräche! Wir verlangten von ihm, daß er den österreichischen Standpunkt sich ebenso zu eigen macht, wie wir es taten, daß er als Anwalt der k. und k. Orientinteressen auftrat, daß er eine Politik gutheißt, die San Guiliano abgelehnt und als abenteuerlich und aggressiv bezeichnet hat, daß er dreibundfreundlicher wäre als der Genannte, daß er für Österreich und gegen Rußland Stellung nähme!

Daß er das tun würde, habe ich niemals behauptet,

wohl aber ließ er nichts unversucht, um den Frieden zu erhalten. Nach Erscheinen des Ultimatus brachte er Vermittlungsvorschläge in Antrag. Sie wurden von uns abgelehnt. Er bat uns, mit einem eigenen hervorzutreten, wir taten es nicht. Auf meine dringenden Bitten, ein Kompromiß zustande zu bringen, da sonst der Weltkrieg bevorstehe, erhielt ich nur zur Antwort, wir mußten es ablehnen, uns in den serbischen Streit zu mischen, dieser sei lediglich Sache „unseres Bundesgenossen“. Dagegen seien wir bereit, zwischen Wien und Petersburg zu vermitteln. Also Vermittlung unter Ausschluß des Streitobjektes, d. h. statt einer Vermittlung, die doch nur zweiseitig sein kann, einseitiger Druck, und zwar auf Petersburg und nicht auf Wien.

Wir glaubten durch strammes Festhalten einen diplomatischen Erfolg erringen und Österreich-Ungarn verjüngen zu können. Das war ein verhängnisvoller Irrtum.

Sir E. Greys Formel lautete: Solange es ein österreichisch-serbischer Streit bleibt, will ich mich nicht einmischen, wenn aber daraus ein österreichisch-russischer wird, so ist es an der Zeit, daß die nicht direkt beteiligten Mächte vermitteln.

Sir E. Grey sagte mir wiederholt: „If war breaks out, it will be the greatest catastrophe the world has ever seen.“ Er hatte recht. So spricht kein Staatsmann, der den Krieg will. Er betrachtete vielmehr den Krieg als den Zusammenbruch seiner Politik. Noch am 29. Juli, als er mich, bezw. durch mich die Regierung in der bekannten Form gewarnt hatte, erklärte er Herrn Cambon, Frankreich solle daraus nicht den Schluß ziehen, daß er es unter allen Um-

ständen stützen werde, und am 31. fand der Briefwechsel statt zwischen König Georg und Poincaré, der jede bindende Zusage ablehnte. Daß nach Erscheinen des Ultimatums die bereits vorher zusammengezogene Flotte nicht entlassen, sondern auf alle Fälle bereitgehalten wurde, versteht sich, wußte doch ganz Europa, was das Ultimatum bedeutet. Grey sagte dem Grafen Mensdorff, er würde sie nicht zusammengezogen haben, nun aber wolle er sie auf alle Fälle nicht entlassen.

Unsere Politik erinnert an König Knut, der, am Strande sitzend, der Flut befahl, vor seinen Füßen Halt zu machen. Es war nicht seine Schuld, daß sie naß wurden, sondern die der Flut. Sie hätte eben Halt machen sollen!

Allerdings konnte Herr Sasonow damit rechnen, daß, wie unser Kronzeuge, der belgische Attaché, berichtete, England ihn unterstützen würde, denn er wußte trotz aller ausweichenden Antworten Greys genau, daß, wenn, wie ich bereits ausführte, die Franzosen in Frage kamen, England nicht gleichgültig bleiben konnte. „Früher oder später werdet ihr hineingezerrt, wenn der Krieg ausbricht“ sagte Herr Sasonow zum englischen Botschafter am 24. Juli.

Sir E. Grey hat gesagt: „Die einen meinen, ich hätte den Krieg verhindern können, wenn ich gleich von Anfang erklärt hätte, ich mache nicht mit, die anderen, wenn ich gleich gesagt hätte, ‚ich mache mit‘. In ersterem Falle hätte Rußland und im zweiten Deutschland eingelenkt. Beides ist falsch.“ Der Weltkrieg war nur zu verhindern, wenn Graf Berchtold veranlaßt wurde, auf den Krieg mit Serbien zu verzichten oder wenn wir erklärten, die Streitfrage liege außerhalb des Bündnisses. Zuerst sollte Serbien von

den k. und k. Truppen besetzt, d. h. das serbische Land nach dortigem Gebrauch verwüstet, Teile Serbiens an die Nachbarn verschenkt und lediglich als großmütiges Zugeständnis keine Erwerbungen seitens Österreich-Ungarns gemacht werden! Dies wurde in Berlin als „kolossales Entgegenkommen“ aufgefaßt. Und bei dieser Operation sollte Rußland, das bei jeder Gelegenheit seine Bluts- und Glaubensgemeinschaft betont hatte, Zuschauer bleiben? Konnte man ernstlich annehmen, daß die öffentliche Meinung Rußlands, die Alexander II. zur Befreiung der Glaubensbrüder in den Türkenkrieg hineindrängte, so etwas dulden würde, selbst wenn Grey im Tone des Dreiverbandoberbefehlshabers es verlangt hätte? Man vergewaltigte sich den Vorgang: Am 23. Juli erscheint das österreichisch-serbische Ultimatum, das klar erkennen ließ, daß es auf Ablehnung, d. h. auf Krieg, berechnet war. Rußland erklärte sofort und unzweideutig, es könne die Vernichtung Serbiens nicht zulassen. Das Versprechen keiner Gebietserwerbung genüge nicht. Die serbische Antwort hatte beinahe alles angenommen, über die beiden strittigen Punkte will Serbien unterhandeln. Österreich erklärt den Krieg. Wir unterstützen den österreichischen Standpunkt, lehnen jede Einmischung ab und die Vermittlungsanträge Sir E. Greys. Auch der Vorschlag des Zaren, die Angelegenheit dem Haager Schiedsgericht zu übergeben, bleibt unberücksichtigt.

Nun frage ich, selbst wenn es geglückt wäre, Rußland passiv zu erhalten, welchen Vorteil konnten wir uns davon versprechen? Eine Verbesserung unserer Beziehungen zu Rußland, deren Verschlechterung auf der gehorsamen Unterstützung beruhte, die wir jederzeit bereit waren, „unserm Bundesgenossen“ bei seiner antiserbischen Politik zu gewähren? Mußte

eine solche Verschärfung nicht dazu führen, die Triple-Entente, über deren Innigkeit wir klagten, nur fester zu gestalten, da sie auf dem gemeinsamen Gegensatz, der Sorge vor unserer Machtstellung, fußte?

Die Triple-Entente, hervorgegangen aus dem deutsch-französischen, deutsch-britischen und russisch-österreichischen Gegensatz, konnte nur durch Besserung unserer Beziehungen zu England einer- und zu Rußland andererseits gelockert werden, und indem wir die Franzosen, die im Begriff waren, die Revanche mehr als schönen Traum zu betrachten und sich im übrigen ihres Wohlstandes und ihrer Ruhe zu erfreuen, nicht fortwährend durch Rasseln des Säbels beunruhigten.

Gewaltsam sprengen ließ sich die Entente nicht, wohl aber, wie Grey es wollte, eine Annäherung zwischen beiden Gruppen erreichen — „to bring the two groups nearer.“ Die Annäherung an England war erreicht, die an Rußland war zu erreichen durch unzweideutigen Verzicht auf jede Unterstützung der Wiener Orientpolitik. Eine mit Rußland etwa in folgender Form getroffene Vereinbarung hätte den europäischen Frieden vollkommen gesichert: „La Russie s'engage à ne pas attaquer ni l'Allemagne ni l'Autriche et à ne pas appuyer une attaque de la France ou de l'Angleterre dirigée contre l'Allemagne. L'Allemagne s'engage à ne pas attaquer ni la Russie ni la France et à ne pas appuyer une attaque de l'Autriche dirigée contre la Serbie ou le Monténégro.“

London und Petersburg sind die beiden Angelpunkte unserer Auslandspolitik, nicht Wien und Paris; erstere müssen vor allen berücksichtigt werden, letztere sind *dei minorum*, die ganz von selbst nachfolgen. London wurde gepflegt,

die Beziehungen hatten sich erheblich verbessert. Petersburg wurde mit Rücksicht auf Wien und auch in Personalfragen ohne Verständnis behandelt; es geschah nichts zur Pflege der wichtigen deutsch-russischen Bande.

Was das Ergebnis des Krieges sein wird: Österreichs Zerfall und Österreichs Ausschaltung vom Balkan, der Preis, für den wir den Weltfrieden sichern und unsere Beziehungen zu Rußland auf eine dauernde Grundlage setzen konnten.

Wird etwa der Krieg die Entente sprengen? Selbst wenn wir siegten, wird sie gefestigt daraus hervorgehen und sich, wie vorauszusehen war, zu einer Quadruple-Entente ausgestalten. Zweimal konnte ich auf Grund vertraulicher Anspielungen Sir E. Greys und meines italienischen Kollegen im Laufe des Juli davor warnen, auf die Unterstützung Italiens zu rechnen. Ich wurde dahin belehrt, daß Italien die „bundesfreundlichsten“ Zusicherungen gegeben habe!

Wie sehr übrigens das britische Interesse das Eingreifen Englands erheischte, zeigt die Haltung der Opposition. Der Brief Bonar Laws vom 2. August, in welchem er sagte, daß sowohl er wie Lord Lansdowne und sämtliche unionistischen Führer der Ansicht seien, daß es für die Zukunft des Reiches verhängnisvoll wäre, jetzt Frankreich und Rußland nicht zu unterstützen, hat die Haltung des Kabinetts jedenfalls beeinflußt, das erst an diesem Tage sich endgültig entschloß. In diesem Briefe war von Belgien überhaupt nicht die Rede, sondern lediglich von den beiden Ententefreunden.

Auf jeden Fall war das liberale Kabinett viel deutschfreundlicher, als ein konservatives es gewesen wäre. Bei den Unionisten waren französische Sympathien viel lebendiger, und sie beklagten sich ge-

legentlich darüber, daß die Politik Greys eine Entfremdung mit Frankreich nach sich ziehen könne.

Belgien ist nicht der Grund des britischen Vorgehens, sondern der Anstoß, unser Kampf gegen Belgien hat die Lage verschärft, nicht herbeigeführt. Auch ohne die belgische Frage hätte England eingegriffen, wenn auch vielleicht nicht sofort.

Die Geschichte lehrt, daß England stets zu den Waffen griff (und zwar gegen Frankreich), wenn die Niederlande besetzt wurden, sowohl im Spanischen Erbfolgekrieg als 1793 gegen die Revolutionsheere, und die bisher veröffentlichten Akten beweisen lediglich defensive Verabredungen, um Belgien zu schützen, da es dort seit 1906 bekannt war, daß wir bei einem Kriege mit Frankreich die belgische Neutralität verletzen wollten.

Für jeden, der die Geschichte Englands nur einigermaßen beherrscht, mußte es klar sein, daß mit dem Eintritt unserer Heere in belgisches Gebiet der Krieg mit Großbritannien unvermeidlich wurde. Übrigens ist es bezeichnend, daß bei früheren europäischen Kriegen die britische Opposition sich nie geschlossen hinter die Regierung stellte, weder zu Marlboroughs Zeit noch zu der Pitts hatte sie die Unterstützung der gesamten Gegenpartei.

Wie soll die Zukunft sich gestalten, wie ein ehrenvoller Frieden erstritten werden, der es uns ermöglicht, mit unseren Gegnern wieder Fühlung und Verbindung zu nehmen? Ein Volk kann ebensowenig allein leben wie ein Mensch. Der Verkehr mit anderen ist für beide eine Bedingung des Lebens, und selbst die Großen des Mittelalters konnten den Bann, die Ausstoßung aus der Gemeinschaft, nicht ertragen. Je länger der Krieg dauert, um so leidenschaftlicher wird

die Erbitterung, um so schwieriger ein Friedensschluß, der den gebrachten Opfern entspräche, um so näher rückt die Gefahr eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Die Widerstandskraft Österreichs wird auch eher erlahmen als die unsrige.

Eine der schwierigsten Fragen wird Belgien bilden. Die Wiederherstellung und Entschädigung dieses Königreiches wird eine der Hauptbedingungen Englands bilden. Wir können Belgien nicht gebrauchen, weder geo- noch ethnographisch! Wir haben weder Elsaß-Lothringen ganz verdaut noch Posen und Westpreußen. Der Vertragsbruch, die Vergewaltigung eines kleinen Landes wird auch in der gesamten Kulturwelt dem deutschen Namen zum Vorwurf gereichen. Alle Versuche, uns durch Veröffentlichungen zu rechtfertigen, werden an der Tatsache scheitern, daß der offensive Charakter der getroffenen belgischen Verabredungen nicht zu erweisen ist.

Ich bedauere die geflissentlich betriebene Anglophobie, weil sie den Friedensschluß erschwert und zu Erwartungen führt, die gefährliche Enttäuschungen nach sich ziehen werden. Auch müssen wir uns später wieder mit England vertragen und können es doch nicht niederzwingen.

Glaubt irgend jemand ernstlich an den Abfall Indiens oder Südafrikas, wo die Buren bereits unterlegen sind, oder an die Besitznahme Ägyptens durch die Türken? Hier ist übrigens nur das arabische Element, die Intellektuellen in Kairo, antienglisch, nicht aber die breite Masse der ländlichen Bevölkerung; diese weiß die Wohltaten der britischen Verwaltung zu schätzen, welche in wenigen Dezennien geradezu Wunder zur Hebung des Landes vollbracht hat.

Millionen von Streitern werden geopfert, das deutsche Volk in einen Kampf um sein Dasein ge-

stürzt, die gesamte europäische Zivilisation um Jahrzehnte zurückgebracht —, und alles bloß, damit bestenfalls in Bosnien für einige Zeit Kirchhofsfriede herrscht, wie nach 1848 in Ungarn!

Aus einer geradezu glänzenden internationalen Stellung, die nur eine Trübung zeigte, nämlich im Osten, welche durch die angeführten Mittel leicht hätte beseitigt werden können, sind wir in eine kaum entwirrbare Lage gekommen, deren Ausgang nicht abzusehen ist.

Meine Berichterstattung schützt mich vor dem Vorwurf, nicht alles wie es gekommen, vorausgesehen und gesagt zu haben. Ich habe von Anfang an, d. h. schon vor dem serbischen Ultimatum, gewarnt und nach dessen Erscheinen unausgesetzt eine Verständigung befürwortet.

Bernhard Shaw hat die Meinung ausgesprochen, daß, wenn Rußland und Frankreich uns ohne Not angegriffen und bedrängt hätten, wir auf englische Unterstützung rechnen konnten. Ich teile vollkommen diese Ansicht. England kämpft gegen uns, wie es früher gegen Ludwig XIV. und Napoleon I. gekämpft, nicht um uns zu vernichten, sondern um jede Übermacht auf dem Festland zu verhindern, denn darauf beruht die Weltmachtstellung der britischen Inseln, deren gesamte Bevölkerung nur etwa 46 Millionen beträgt.

## MEINE LONDONER MISSION

EINE DENKSCHRIFT,\*)

VERFASST IM AUGUST 1916

### Meine Berufung

Im September 1912 starb Baron Marschall, der nur wenige Monate auf dem Londoner Posten gewesen war. Seine Ernennung, die wohl hauptsächlich wegen seines Alters und der nach London gerichteten Wünsche eines jüngeren Beamten erfolgte, gehörte zu den vielen Mißgriffen unserer auswärtigen Politik. Trotz eindrucksvoller Persönlichkeit und großen Ansehens war er zu alt und müde, um sich noch in die ihm völlig fremde angelsächsische Welt einzuleben.

Zu meiner großen Überraschung wurde mir im Oktober der Posten angeboten. Ich hatte mich nach mehrjähriger Tätigkeit als Personalreferent auf das Land zurückgezogen, da auch ein geeigneter Posten nicht zu meiner Verfügung war, und die Zeit zwischen Flachs und Rüben und auf Pferden und Wiesen verbracht, dabei aber manches gelesen und auch gelegentlich politische Aufsätze veröffentlicht.

So waren acht Jahre vergangen und dreizehn, seit-

---

\*) Durch eine höchst bedauerliche Indiskretion ist diese Denkschrift schon während des Krieges im Ausland erschienen und hat in Deutschland heftigen Widerspruch erregt, obwohl ich nirgends behauptete, daß wir den Krieg gewollt haben, sondern nur, daß wir hineingetapert sind!

dem ich Wien als Gesandter verließ. Meine letzte politische Wirksamkeit war eigentlich dort gewesen, da man damals im Amte zu keiner Betätigung gelangen konnte, ohne nach den Weisungen eines Mannes, der an Wahnvorstellungen litt, schrullenhafte Erlasse mit krausen Instruktionen zu verfassen.

Auf wen eigentlich meine Berufung nach London zurückzuführen war, weiß ich nicht. Auf S. M. allein keinesfalls, denn ich gehörte nicht zu seinen Intimen, wenn er mir auch stets mit großem Wohlwollen begegnete. Aus Erfahrung weiß ich auch, daß seine Kandidaten meist mit Erfolg bekämpft wurden. Herr v. Kiderlen wollte eigentlich Herrn v. Stumm nach London schicken! Er begegnete mir sofort mit unverkennbarem Übelwollen und suchte mich durch Unhöflichkeit einzuschüchtern. Herr v. Bethmann Hollweg brachte mir damals freundschaftliche Gesinnungen entgegen und hatte mich kurz vorher in Grätz besucht. So glaube ich, daß man sich auf mich einigte, weil kein anderer Kandidat augenblicklich zur Verfügung stand. Wäre nicht Baron Marschall unerwartet gestorben, so wäre ich damals ebensowenig hervorgeholt worden, wie in den vielen vergangenen Jahren.

### Marokkopolitik

Der Augenblick war zweifellos günstig für einen neuen Versuch, um mit England auf bessern Fuß zu gelangen. Unsere rätselhafte Marokkopolitik hatte wiederholt das Vertrauen in unsere friedlichen Gesinnungen erschüttert, zum mindesten aber den Verdacht erregt, daß wir nicht recht wußten, was wir wollten, oder daß wir beabsichtigten, Europa in Atem zu erhalten und die Franzosen gelegentlich zu demütigen. Ein österreichischer Kollege, der lange in

Paris war, sagte mir: „Wenn die Franzosen anfangen, die Revanche zu vergessen, dann habt ihr sie regelmäßig durch kräftige Tritte dran erinnert.“

Nachdem wir die Versuche des Herrn Delcassé, sich mit uns über Marokko zu verständigen, zurückgewiesen und vorher feierlich erklärt hatten, keine politischen Interessen dort zu besitzen, eine Haltung, die wohl den Überlieferungen der Bismarckschen Politik entsprach, entdeckten wir plötzlich in Abdul Asis einen zweiten Krüger. Auch ihm verhiessen wir, wie den Buren, den Schutz des mächtigen Deutschen Reiches mit demselben Aufwand und dem gleichen Erfolge. Denn beide Kundgebungen endeten, wie sie enden mußten, mit dem Rückzug, falls wir nicht entschlossen waren, schon damals den Weltkrieg zu führen. Daran vermochte auch der traurige Kongreß von Algéciras nichts zu ändern, noch weniger der Sturz des Herrn Delcassé!

Unsere Haltung beförderte die russisch-japanische und später die russisch-britische Annäherung. Gegenüber der deutschen Gefahr, „the German peril“, traten alle anderen Gegensätze in den Hintergrund. Die Möglichkeit eines neuen deutsch-französischen Krieges war augenfällig geworden, und ein solcher konnte, anders wie anno 70, weder Rußland noch England unberührt lassen.

Die Wertlosigkeit des Dreibundes hatte sich bereits in Algéciras gezeigt, die der dortigen Vereinbarungen aber bald danach durch den Zusammenbruch des Sultanats, der natürlich nicht zu verhindern war. Im deutschen Volke jedoch verbreitete sich der Glaube, daß unsere Auslandspolitik schwächlich sei und vor der „Einkreisung“ zurückweiche, und daß hochtönenden Gebärden kleinmütige Nachgiebigkeit folge.

Es bleibt das Verdienst des Herrn v. Kiderlen, der als Staatsmann sonst überschätzt wird, daß er die marokkanische Erbschaft liquidierte und sich mit Tatsachen abfand, an denen nichts mehr zu ändern war. Ob freilich die Welt durch den Coup von Agadir erschreckt werden mußte, lasse ich dahingestellt. In Deutschland wurde das Ereignis lebhaft begrüßt, in England aber hatte es um so mehr beunruhigt, als die Regierung durch drei Wochen vergeblich auf Aufklärung über unsere Absichten wartete. Die Rede Mr. Lloyd Georges, die uns warnen sollte, war die Folge. Vor dem Sturze M. Delcassés und vor Algeciras wären Hafen und Gebiet an der Westküste zu haben gewesen, nachher aber nicht mehr.

#### Sir Ed. Greys Programm

Als ich nach London kam im November 1912, hatte man sich über Marokko beruhigt, da inzwischen in Berlin eine Vereinbarung mit Frankreich erfolgt war. Die Mission Haldane war zwar gescheitert, da wir die Zusage der Neutralität verlangten, statt uns mit einem Verträge zu begnügen, der uns vor britischen Angriffen und vor Angriffen mit britischer Unterstützung sichern sollte. Sir Ed. Grey aber hatte den Gedanken, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen, nicht aufgegeben und versuchte es zunächst auf kolonialen und wirtschaftlichen Gebieten. Durch Vermittlung des befähigten und geschäftskundigen Botschaftsrats v. Kühlmann waren Besprechungen über eine Erneuerung des portugiesischen Kolonialvertrages und über Mesopotamien (Bagdadbahn) im Gange, die das unausgesprochene Ziel verfolgten, sowohl die genannten Kolonien wie Klein-Asien in Interessensphären zu teilen.

Der britische Staatsmann wollte, nachdem sowohl mit Frankreich wie mit Rußland die alten Streitfragen geregelt waren, auch mit uns zu ähnlichen Abmachungen gelangen. Nicht uns zu vereinsamen, sondern uns möglichst zu Teilnehmern an der bestehenden Genossenschaft zu machen, war seine Absicht. Wie es gelang, britisch-französische und britisch-russische Gegensätze zu überbrücken, so wollte er auch die britisch-deutschen möglichst beseitigen und durch ein Netz von Verträgen, zu denen schließlich wohl auch eine Vereinbarung über die leidige Flottenfrage gehört hätte, den Weltfrieden sichern, nachdem unsere frühere Politik zu einer Genossenschaft, der Entente geführt hatte, die eine gegenseitige Versicherung gegen Kriegsgefahr darstellte.

Das war das Programm Sir Ed. Greys. In seinen eigenen Worten: Unbeschadet der bestehenden Freundschaften (zu Frankreich und Rußland), die keinerlei aggressive Zwecke verfolgen und keinerlei bindende Verpflichtungen für England in sich schließen, mit Deutschland zu einer freundschaftlichen Annäherung und Verständigung gelangen. „To bring the two groups nearer.“

Es gab damals in England wie bei uns in dieser Hinsicht zwei Richtungen, die der Optimisten, die an die Verständigung glaubten, und die der Pessimisten, die den Krieg früher oder später für unvermeidlich hielten.

Zu ersteren gehörten die Herren Asquith, Grey, Lord Haldane und die meisten Minister des radikalen Kabinetts sowie die führenden liberalen Organe, wie „Westminster Gazette“, „Manchester Guardian“, „Daily Chronicle“. Zu den Pessimisten namentlich konservative Politiker, wie Mr. Balfour, der mir dies wiederholt zu verstehen gab, dann führende Militärs, wie

Lord Roberts, die auf die Notwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht hinwiesen. („The Writing on the Wall.“) Ferner die Northcliffepresse und der bedeutendste englische Journalist Mr. Garwin („Observer“). Während meiner Amtszeit haben sie sich jedoch aller Angriffe enthalten und persönlich wie politisch eine freundliche Haltung eingenommen. Unsere Flottenpolitik und unsere Haltung in den Jahren 1905, 1908 und 1911 hatten bei ihnen aber den Glauben erweckt, daß es doch einmal zum Kriege kommen werde. Erstere werden heute in England gerade so, wie es auch bei uns geschieht, der Kurzsichtigkeit und Einfalt geziehen, letztere gelten als die wahren Propheten.

#### Albanische Frage

Der erste Balkankrieg hatte damals zum Zusammenbruch der Türkei und damit zu einer Niederlage unserer Politik geführt, die sich mit den Türken seit Jahren identifizierte. Nachdem die Türkei in Europa nicht mehr zu retten war, gab es zwei Möglichkeiten gegenüber der Regelung ihrer Hinterlassenschaft: Entweder wir erklärten unser völliges Desinteressement an der Gestaltung der Grenzen auf dem Balkan und überließen die Regelung den Balkanvölkern, oder aber wir unterstützten unsere „Bundesgenossen“, trieben Dreibundpolitik im Orient und traten dadurch aus der Rolle des Vermittlers hinaus.

Ich befürwortete von Anfang an die erstere Lösung, das Auswärtige Amt aber vertrat um so entschiedener die letztere.

Der springende Punkt war die albanische Frage. Unsere Bundesgenossen wünschten die Gründung eines selbständigen Staates Albanien, da Österreich die Serben nicht an die Adria und Italien die Griechen

nicht nach Valona, ja, nicht einmal nördlich von Korfu gelangen lassen wollten. Im Gegensatz hierzu förderte bekanntlich Rußland die serbischen und Frankreich die griechischen Wünsche.

Mein Rat ging nun dahin, diese Frage als außerhalb des Bündnisses stehend zu betrachten und weder die österreichischen, noch die italienischen Wünsche zu unterstützen. Ohne unsere Förderung aber wäre die Errichtung Albaniens, dessen Lebensfähigkeit vorauszusehen war, unmöglich gewesen, Serbien wäre an das Meer gelangt und der jetzige Weltkrieg vermieden. Frankreich und Italien hätten sich über Griechenland ernstlich entzweit und die Italiener, falls sie nicht gegen Frankreich allein kämpfen wollten, sich mit der Ausdehnung Griechenlands bis nördlich von Durazzo abfinden müssen. Die Zivilisation in dem größten Teil Albaniens ist griechisch. Die Städte sind es im Süden vollkommen, und während der Botschafterkonferenz kamen Abordnungen aus größeren Orten nach London, um die Angliederung an Griechenland durchzusetzen. Auch im heutigen Griechenland leben albanische Volksteile, und sogar die sogenannte griechische Nationaltracht ist albanischen Ursprungs. Die Einverleibung der überwiegend orthodoxen und islamitischen Albanier in den griechischen Staat war daher die beste Lösung, die natürlichste, wenn man etwa Skutari und den Norden den Serben und Montenegrinern überließ. Für diese Lösung war auch S. M. aus dynastischen Gründen. Als ich den Monarchen brieflich in dieser Richtung bestärkte, erhielt ich vom Reichskanzler erregte Vorwürfe, ich gälte als „Gegner Österreichs“, und er müsse sich solche Eingriffe sowie die direkte Korrespondenz verbitten.

## Orient und die Dreibund-Politik

Wir mußten uns von der verhängnisvollen Überlieferung endlich lossagen, Dreibundpolitik auch im Orient zu treiben und den Irrtum erkennen, der darin lag, uns im Süden mit den Türken und im Norden mit den Austro-Magyaren zu identifizieren. Denn die Fortsetzung dieser Politik, die wir beim Berliner Kongreß begonnen und seither mit Eifer gepflegt hatten, mußte mit der Zeit und namentlich, wenn die nötige Gewandtheit an leitender Stelle fehlte, zum Zusammenstoß mit Rußland und zum Weltkrieg führen. Statt uns mit Rußland auf Grundlage der Unabhängigkeit des Sultans, den man auch in Petrograd nicht aus Konstantinopel entfernen wollte, zu einigen und uns, unter Verzicht auf militärische oder politische Eingriffe, auf wirtschaftliche Interessen im Orient zu beschränken und mit der Zerlegung Klein-Asiens in Interessensphären zu begnügen, ging unser politischer Ehrgeiz dahin, am Bosphorus zu dominieren. In Rußland entstand die Meinung, der Weg nach Konstantinopel bzw. ins Mittelländische Meer führe über Berlin. Statt die kräftige Entwicklung der Balkanstaaten zu fördern, die, einmal befreit, alles eher sind als russisch, und mit denen wir die besten Erfahrungen machten, stellten wir uns auf Seite der türkischen und magyarischen Unterdrücker.

Der verhängnisvolle Irrtum unserer Dreibund- und Orientpolitik, die Rußland, unsern naturgemäßen Freund und besten Nachbar, in die Arme Frankreichs und Englands gedrängt und von der asiatischen Ausbreitungspolitik abgelenkt hatte, war um so augenfälliger, als ein russisch-französischer Überfall, die einzige Hypothese, die eine Dreibundpolitik rechtfertigte, aus unserer Berechnung ausscheiden konnte.

Über den Wert des italienischen Bündnisses erübrigt

sich ein weiteres Wort. Italien braucht unser Geld und unsere Touristen auch nach dem Kriege mit oder ohne Bündnis. Daß letzteres im Kriegsfall versagen würde, war vor auszusehen. Das Bündnis war daher wertlos. Österreich braucht unsern Schutz in Krieg und Frieden und hat keine andere Anlehnung. Die Abhängigkeit von uns beruht auf politischen, nationalen und wirtschaftlichen Erwägungen und ist um so größer, je intimer unsere Beziehungen zu Rußland sind. Das hat die bosnische Krise gelehrt. Seit dem Grafen Beust ist noch kein Wiener Minister so selbstbewußt gegen uns aufgetreten, wie Graf Aehrenthal in den letzten Jahren seines Lebens. Bei richtig geleiteter deutscher Politik, die die Fühlung mit Rußland pflegt, ist Österreich-Ungarn unser Vasall und auf uns angewiesen auch ohne Bündnis und Gegenleistungen, bei falsch geleiteter sind wir auf Österreich angewiesen. Das Bündnis war daher zwecklos.

Ich kannte Österreich zu genau, um nicht zu wissen, daß eine Rückkehr zur Politik des Fürsten Felix Schwarzenberg oder des Grafen Moritz Esterhazy dort undenkbar war. So wenig die dortigen Slawen uns lieben, so wenig wollen sie in ein deutsches Kaiserreich zurückkehren, selbst mit Habsburg-Lothringer Spitze. Sie streben den Föderalismus innerhalb Österreichs an auf nationaler Grundlage, ein Zustand, der im Rahmen des Deutschen Reiches noch viel weniger Aussicht auf Verwirklichung hätte, wie unter dem Doppeladler. Die Deutschen Österreichs aber erkennen in Berlin den Mittelpunkt deutscher Macht und Kultur und wissen, daß Österreich niemals wieder Präsidialmacht werden kann. Sie wünschen einen möglichst intimen Anschluß an das Reich, nicht aber eine antideutsche Politik.

Seit den siebziger Jahren hatte sich die Lage von Grund aus verändert in Österreich, wie etwa in Bayern. Wie hier eine Rückkehr zum großdeutschen Partikularismus und zur altbayerischen Politik nicht zu befürchten ist, so war dort ein Wiederaufleben der Politik der Fürsten Kaunitz oder Schwarzenberg nicht zu gewärtigen. Unsere Interessen aber würden durch einen staatsrechtlichen Anschluß Österreichs, das auch ohne Galizien und Dalmatien nur etwa zur Hälfte von Germanen bewohnt ist, also etwa ein großes Belgien darstellt, ebenso leiden wie andererseits durch Unterordnung unserer Politik unter Wiener und Pester Gesichtspunkte, „d'épouser les querelles de l'Autriche.“

Wir brauchten daher keine Rücksichten auf die Wünsche unserer „Bundesgenossen“ zu nehmen, sie waren nicht nur unnötig, sondern auch gefährlich, weil sie zum Zusammenstoß mit Rußland führten, wenn wir orientalische Fragen durch österreichische Brillen betrachteten. Die Ausgestaltung des Bündnisses aus eines unter einer einzigen Voraussetzung geschlossenen „Zweckverbandes“ zu einer „Gesamtgemeinde“, zu einer Interessengemeinschaft auf allen Gebieten, war geeignet, eben dasjenige herbeizuführen, was das Rechtsgeschäft verhindern sollte, den Krieg. Eine solche Bündnispolitik mußte außerdem den Verlust der Sympathien junger, kräftig aufstrebender Gemeinwesen auf dem Balkan nach sich ziehen, die bereit waren, sich an uns zu wenden und uns ihre Märkte zu öffnen.

Der Gegensatz zwischen Hausmacht und Nationalstaat, zwischen dynastischer und demokratischer Staatsidee mußte zum Austrag kommen, und wir standen, wie gewöhnlich, auf der falschen Seite.

König Karol hat zu einem unserer Vertreter gesagt, er habe das Bündnis mit uns unter der Voraus-

setzung geschlossen, daß wir die Führung behielten, ginge diese aber an Österreich über, so ändere das die Grundlage des Verhältnisses, und er werde unter solchen Umständen nicht weiter mitmachen können. Ähnlich lagen die Dinge in Serbien, wo wir gegen unsere eigenen wirtschaftlichen Interessen die österreichische Erdrosselungspolitik unterstützten.

Wir haben stets auf das Pferd gesetzt, dessen Niederbruch vorauszusehen war, auf Herrn Krüger, auf Abdul Asis, auf Abdul Hamid, Wilhelm Wied und — der verhängnisvollste von allen Irrtümern — schließlich den großen „plunge“ auf den Stall Berchtold gemacht.

#### Botschafter-Konferenz

Bald nach meiner Ankunft in London Ende 1912 regte Sir Ed. Grey eine zwanglose Besprechung an, um zu vermeiden, daß aus dem Balkankriege sich ein europäischer entwickelt, nachdem wir leider die Aufforderung der französischen Regierung, einer Desinteressesments-Erklärung beizutreten, bei Ausbruch des Krieges abgelehnt hatten. Der britische Staatsmann nahm von Anfang an die Haltung ein, daß England an Albanien kein Interesse habe, wegen dieser Frage also nicht gewillt sei, es auf einen Krieg ankommen zu lassen. Er wollte als ehrlicher Makler lediglich zwischen den beiden Gruppen vermitteln und Schwierigkeiten beilegen. Er stellte sich daher keineswegs auf Seite der Ententegenossen und hat während der Dauer der etwa achtmonatigen Unterhandlungen durch guten Willen und seinen maßgebenden Einfluß nicht unwesentlich zur Einigung beigetragen. Statt daß wir eine der englischen analoge Haltung einnahmen, vertraten wir ohne Ausnahme den Standpunkt, der uns von Wien aus vorgeschrieben

wurde. Graf Mensdorff führte den Dreibund in London, ich war sein „Sekundant“. Meine Aufgabe bestand darin, seine Vorschläge zu unterstützen. In Berlin schaltete der kluge und erfahrene Graf Szögyenyi. Sein Refrain war: „und dann tritt der casus foederis ein“, und als ich die Richtigkeit dieses Schlusses einmal anzuzweifeln wagte, wurde ich wegen „Austrophobie“ verwarnt!

Bei allen Anlässen: Albanien, serbischer Adria-hafen, Skutari, ferner bei der Bestimmung der Grenzen Albaniens stellten wir uns auf den Standpunkt Österreichs und Italiens, während Sir Ed. Grey selten den französischen oder den russischen unterstützte. Er trat vielmehr meist für unsere Gruppe ein, um keinen Vorwand zu schaffen, wie ihn später ein toter Erzherzog liefern sollte. So gelang es mit seiner Hilfe, den König Nikita aus Skutari wieder herauszulocken. Schon über diese Frage wäre es sonst zum Weltkrieg gekommen, da wir sicherlich nicht gewagt hätten, „unseren Bundesgenossen“ zur Nachgiebigkeit zu veranlassen.

Sir Ed. Grey leitete die Verhandlungen mit Umsicht, Ruhe und Takt. Wenn eine Frage sich zu verwickeln drohte, entwarf er eine Einigungsformel, die das Richtige traf und auch stets Annahme fand. Seine Persönlichkeit genoß bei allen Teilnehmern gleiches Vertrauen.

Wir hatten tatsächlich wieder einmal eine der vielen Kraftproben, die unsere Politik kennzeichnen, glücklich überstanden. Rußland hatte überall vor uns zurückweichen müssen, da es niemals in der Lage war, den serbischen Wünschen Erfolg zu verschaffen. Albanien war als österreichischer Vasallenstaat errichtet und Serbien vom Meere verdrängt. Der Verlauf der Konferenz war daher eine neue Demütigung

für das russische Selbstbewußtsein. Wie 1878 und 1908 hatten wir uns dem russischen Programm entgegengestellt, ohne daß deutsche Interessen im Spiele waren. Bismarck wußte die Fehler des Kongresses durch den geheimen Vertrag und durch seine Haltung in der Battenberg-Frage zu mildern; die in der bosnischen Frage wieder betretene abschüssige Bahn wurde in London weiter verfolgt und später, als sie zum Abgrund führte, nicht rechtzeitig verlassen!

Die Mißstimmung, die damals in Rußland herrschte, kam während der Konferenz durch Angriffe gegen meinen russischen Kollegen und die russische Diplomatie in den russischen Blättern zum Ausdruck. Seine deutsche Herkunft und katholische Konfession, sein Ruf als Deutschenfreund und der zufällige Umstand, daß er sowohl mit dem Grafen Mensdorff wie mit mir verwandt ist, kamen den unzufriedenen Kreisen zustatten. Ohne eine hervorragende Persönlichkeit zu sein, besitzt Graf Benckendorff doch eine Reihe von Eigenschaften, die einen guten Diplomaten kennzeichnen: Takt, gesellschaftliches Geschick, Erfahrung, verbindliches Wesen, natürlichen Blick für Menschen und Dinge. Er war stets bestrebt, eine schroffe Stellungnahme zu vermeiden, und wurde durch die Haltung Englands und Frankreichs auch darin bestärkt.

Ich sagte ihm später einmal: Die Stimmung in Rußland ist wohl sehr antideutsch? Er entgegnete: Es gibt aber auch sehr starke und einflußreiche prodeutsche Kreise, man ist aber allgemein antiösterreichisch, sehr antiösterreichisch!

Es erübrigt sich, hinzuzufügen, daß unsere Austrophilie à outrance nicht gerade geeignet war, die Entente zu lockern und Rußland seinen asiatischen Interessen zuzuführen.

## Balkan-Konferenz

Gleichzeitig tagte in London die Balkan-Konferenz, und ich hatte Gelegenheit, mit den Leitern der Balkanstaaten in Fühlung zu treten. Die bedeutendste Persönlichkeit war wohl Herr Veniselos. Er war damals nichts weniger als deutschfeindlich, besuchte mich wiederholt und trug mit Vorliebe und sogar auf der französischen Botschaft das Band des Roten Adlerordens. Von gewinnender Liebenswürdigkeit mit weltmännischem Auftreten wußte er sich Sympathien zu verschaffen. Neben ihm spielte Herr Danew, der damalige bulgarische Ministerpräsident und Vertrauensmann des Grafen Berchtold, eine große Rolle. Er machte den Eindruck eines verschlagenen und energischen Mannes, und es ist wohl nur dem Einfluß seiner Wiener und Pester Freunde zuzuschreiben, über deren Huldigungen er sich gelegentlich belustigte, daß er sich zu der Torheit des zweiten Balkankrieges verleiten ließ und die russische Vermittlung ablehnte.

Auch Herr Take Jonsescu war öfters in London und besuchte mich dann regelmäßig. Ich kannte ihn von der Zeit her, da ich Sekretär in Bukarest war. Er gehörte auch zu den Freunden des Herrn v. Kiderlen. In London war er bestrebt, durch Verhandlungen mit Herrn Danew Zugeständnisse für Rumänien zu erreichen und wurde dabei von dem sehr befähigten rumänischen Gesandten Misu unterstützt. Daß diese Verhandlungen an dem Widerstande Bulgariens scheiterten, ist bekannt. Graf Berchtold (und natürlich wir mit ihm) war ganz auf Seiten Bulgariens, sonst wäre es wohl gelungen, den Rumänen die gewünschte Genugtuung durch einen Druck auf Herrn Danew zu verschaffen und uns Rumänien zu verpflichten, das durch die Haltung Österreichs während des zweiten

Balkankrieges und danach den Mittelmächten endgültig entfremdet wurde.

### Zweiter Balkankrieg

Die Niederlage Bulgariens im zweiten Balkankrieg und der Sieg Serbiens sowie der rumänische Einmarsch bedeuteten naturgemäß für Österreich eine Blamage. Der Gedanke, diese durch einen Waffengang gegen Serbien auszugleichen, scheint bald in Wien Eingang gefunden zu haben. Die italienischen Enthüllungen beweisen es, und es ist anzunehmen, daß Marquis San Guiliano, der den Plan als eine „pericolosissima aventura“ sehr treffend kennzeichnete, uns davor bewahrt hat, schon im Sommer 1913 in einen Weltkrieg verwickelt zu werden.

Bei der Vertrautheit der russisch-italienischen Beziehungen wird die Wiener Anregung wohl auch in Petersburg bekannt geworden sein. Jedenfalls hat Herr Sasonow in Constanza, wie Herr Take Jonescu mir erzählte, offen gesagt, daß ein Angriff Österreichs auf Serbien für Rußland den Kriegsfall bedeutet.

Als einer meiner Herren im Frühjahr 1914 von Urlaub aus Wien zurückkehrte, erzählte er, Herr v. Tschirschky erklärte, es gäbe bald Krieg. Da ich aber über wichtige Vorgänge stets in Unkenntnis gehalten wurde, hielt ich diesen Pessimismus für unbegründet.

Seit dem Bukarester Frieden scheint tatsächlich in Wien die Absicht bestanden zu haben, eine Revision dieses Vertrages auf eigene Faust durchzuführen und man wartete anscheinend nur auf einen günstigen Anlaß. Auf unsere Unterstützung konnten die Wiener und Budapester Staatsmänner selbstverständlich rechnen. Das wußten sie, denn es war ihnen schon wiederholt „Schlappheit“ vorgeworfen worden.

## Liman von Sanders

Als ich im Dezember 1913 nach längerem Urlaub nach London zurückkehrte, hatte die Frage Liman von Sanders zu einer neuen Verschärfung unserer Beziehungen zu Rußland geführt. Sir Ed. Grey machte mich nicht ohne Besorgnis auf die Erregung aufmerksam, die darüber in Petersburg herrschte! „I have never seen them so excited“.

Ich wurde von Berlin aus beauftragt, den Minister zu bitten, in mäßigendem Sinne in Petersburg zu wirken und uns bei Beilegung des Streites behilflich zu sein. Sir Edward war hierzu gern bereit und seine Vermittlung hat nicht wenig dazu beigetragen, die Angelegenheit zu ebnen. Meine guten Beziehungen zu Sir Edward und sein großer Einfluß in Petersburg wurden auf ähnliche Weise wiederholt benutzt, wenn es galt, dort etwas durchzusetzen.

In den kritischen Tagen des Juli 1914 sagte mir Sir Edward: „Wenn Sie etwas in Petersburg erreichen wollen, wenden Sie sich regelmäßig an mich, wenn ich aber einmal Ihren Einfluß in Wien anrufe, so versagen Sie mir Ihre Unterstützung.“

## Kolonialvertrag

Die guten und vertrauensvollen Beziehungen, die es mir gelang nicht nur in der Gesellschaft und mit den einflußreichsten Persönlichkeiten, wie Sir Ed. Grey und Mr. Asquith, sondern auch bei public dinners mit der Öffentlichkeit anzuknüpfen, hatten eine merkliche Besserung unseres Verhältnisses zu England herbeigeführt. Sir Edward war aufrichtig bemüht, diese Annäherung weiter zu befestigen, und seine Absichten traten besonders in zwei Fragen hervor: dem Kolonial- und dem Bagdadbahnvertrage.

Im Jahre 1898 war zwischen dem Grafen Hatzfeldt und Herrn Balfour ein geheimes Abkommen unterzeichnet worden, das die portugiesischen Kolonien in Afrika in wirtschaftliche Interessensphären zwischen uns und England teilte. Da die portugiesische Regierung weder die Macht noch die Mittel besaß, ihren ausgedehnten Besitz zu erschließen oder sachgemäß zu verwalten, hatte sie sich früher bereits mit dem Gedanken getragen, ihn zu veräußern und ihre Finanzen dadurch zu sanieren. Eine Einigung zwischen uns und England war zustande gekommen, welche die beiderseitigen Interessen begrenzte und die um so größeren Wert besaß, als Portugal sich bekanntlich in völliger Abhängigkeit von England befindet.

Dieser Vertrag sollte wohl äußerlich die Unversehrtheit und Unabhängigkeit des portugiesischen Reiches sichern und er sprach nur die Absicht aus, den Portugiesen finanziell und wirtschaftlich behilflich zu sein. Er stand daher dem Wortlaut nach nicht im Widerspruch zu dem alten englisch-portugiesischen Bündnis aus dem 15. Jahrhundert, das zuletzt unter Karl II. erneuert wurde und den gegenseitigen Besitzstand verbürgte.

Trotzdem war auf Betreiben des Marquis Soveral, der vermutlich über die deutsch-englischen Abmachungen nicht in Unkenntnis blieb, ein neuer Vertrag, der sogenannte Windsorvertrag im Jahre 1899 zwischen England und Portugal geschlossen worden, welcher die alten, niemals außer Kraft gesetzten Vereinbarungen bestätigte.

Die Unterhandlungen zwischen uns und England, die bereits vor meiner Ankunft begonnen hatten, bezweckten, unsern Vertrag von 1898, der auch hinsichtlich der geographischen Abgrenzung manche Unzuträglichkeiten aufwies, umzugestalten und zu ver-

bessern. Dank der entgegenkommenden Haltung der britischen Regierung gelang es, dem neuen Vertrag eine unseren Wünschen und Interessen durchaus entsprechende Form zu geben. Ganz Angola bis an den 20. Längengrad wurde uns zugesprochen, so daß wir an das Kongogebiet von Süden gelangten, außerdem noch die wertvollen Inseln San Thomé und Príncipe, die nördlich des Äquators liegen und dadurch eigentlich dem französischen Interessengebiet zufielen, eine Tatsache, die meinen französischen Kollegen zu lebhaften, wenn auch vergeblichen Gegenvorstellungen veranlaßte.

Ferner erhielten wir den nördlichen Teil von Mozambique, der Licungo bildete die Grenze.

Unseren Interessen und Wünschen wurde seitens der britischen Regierung das größte Entgegenkommen gezeigt. Sir Ed. Grey beabsichtigte uns seinen guten Willen zu bekunden, er wünschte aber auch unsere koloniale Entwicklung überhaupt zu fördern, da England die deutsche Kraftentfaltung von der Nordsee und von Westeuropa nach dem Weltmeer und nach Afrika abzulenken hoffte. „We dont want to grudge Germany her colonial development“, sagte mir ein Mitglied des Kabinetts.

Der Kongostaat sollte auf britische Anregung ursprünglich auch in den Vertrag einbezogen werden, was uns ein Vorkaufsrecht und die Möglichkeit gegeben hätte, ihn wirtschaftlich zu durchdringen. Angeblich mit Rücksicht auf belgische Empfindlichkeiten lehnten wir aber dieses Angebot ab! Vielleicht sollte mit Erfolgen gespart werden? Auch hinsichtlich der praktischen Verwirklichung des eigentlichen unausgesprochenen Zweckes des Vertrages, der späteren tatsächlichen Teilung des portugiesischen Kolonialbesitzes, bot die neue Fassung wesentliche Vorteile

und Fortschritte gegen die alte. Es waren nämlich Fälle vorgesehen, die es uns ermöglichten, zur Wahrung unserer Interessen auf den uns zugewiesenen Gebieten einzuschreiten. Diese Voraussetzungen wurden so weit gefaßt, daß es eigentlich uns überlassen blieb, selbst zu bestimmen, wann „vitale“ Interessen vorlagen, so daß es bei der völligen Abhängigkeit Portugals von England nur darauf ankam, die Beziehungen zu England weiter zu pflegen, um mit englischer Zustimmung unsere beiderseitigen Absichten später zu verwirklichen.

Die Aufrichtigkeit der britischen Regierung, in ihrem Bestreben unsere Rechte zu achten, zeigte sich darin, daß Sir Ed. Grey, noch ehe der Vertrag fertiggestellt oder unterzeichnet war, englische Unternehmer, die in den uns durch den neuen Vertrag zugewiesenen Gebieten Kapitalanlagen suchten und dafür die britische Unterstützung wünschten, an uns verwies mit dem Bemerkten, daß das betreffende Unternehmen in unsere Interessensphäre gehöre.

Der Vertrag war schon zur Zeit des Königsbesuches in Berlin, also im Mai 1913, im wesentlichen fertig. In Berlin fand damals unter dem Vorsitz des Herrn Reichskanzlers eine Besprechung statt, an der auch ich teilnahm und bei der noch einzelne Wünsche festgelegt wurden. Bei meiner Rückkehr nach London gelang es mir mit Hilfe des Botschaftsrats v. Kühnemann, der mit Mr. Parker die Einzelheiten des Vertrages bearbeitete, auch unsere letzten Vorschläge durchzusetzen, so daß der ganze Vertrag schon im August 1913, vor Antritt meines Urlaubs von Sir Ed. Grey und mir paraphiert werden konnte.

Nun sollten aber neue Schwierigkeiten entstehen, die die Unterzeichnung verhinderten und erst nach einem Jahre, also kurz vor Kriegsausbruch, konnte

ich die Ermächtigung erhalten zum endgültigen Abschluß. Zur Unterzeichnung aber ist es nicht mehr gekommen.

Sir Ed. Grey wollte nämlich nur unterzeichnen, falls der Vertrag mitsamt den beiden Verträgen von 1898 und 1899 veröffentlicht wurde. England besitze sonst keine geheimen Verträge und es sei gegen die bestehenden Grundsätze, bindende Abmachungen zu verheimlichen. Er könne daher keinen Vertrag eingehen, ohne ihn zu veröffentlichen. Über Zeitpunkt und Art der Veröffentlichung sei er aber bereit, unseren Wünschen Rechnung zu tragen, vorausgesetzt, daß die Veröffentlichung in längstens Jahresfrist nach Unterzeichnung erfolge.

Im Auswärtigen Amt aber, wo meine Londoner Erfolge zunehmendes Mißvergnügen erregten, und wo eine einflußreiche Persönlichkeit, die die Rolle des Herrn v. Holstein spielte, den Londoner Posten für sich in Anspruch nahm, erklärte man, die Veröffentlichung gefährde unsere Interessen in den Kolonien, da die Portugiesen uns alsdann keine Konzessionen mehr geben würden.

Die Nichtigkeit dieses Einwandes erhellt aus der Erwägung, daß der alte Vertrag den Portugiesen höchstwahrscheinlich ebenso längst bekannt war, wie unsere neuen Abmachungen, angesichts der Intimität der portugiesisch-englischen Beziehungen, und daß bei dem Einfluß, den England in Lissabon besitzt, die dortige Regierung einem deutsch-britischen Einverständnis gegenüber völlig willenslos ist.

Es galt also, einen anderen Vorwand zu finden, um den Vertrag scheitern zu lassen. Die Bekanntgabe des Windsor-Vertrages, der zur Zeit des Fürsten Hohenlohe geschlossen wurde, und der nur eine Erneuerung des niemals außer Kraft getretenen Ver-

trages Karls II. war, könne die Stellung des Herrn v. Bethmann Hollweg gefährden, als Beweis britischer Heuchelei und Perfidie!

Ich wies daraufhin, daß die Einleitung zu unseren Verträgen ganz dasselbe besage, wie der Windsor-Vertrag und wie andere ähnliche Verträge, nämlich, daß wir die souveränen Rechte Portugals wahren und die Unversehrtheit seines Besitzes schützen wollten. Vergebens! Trotz wiederholter Unterredungen mit Sir Ed. Grey, bei denen der Minister immer neue Vorschläge machte für die Veröffentlichung, beharrte das Auswärtige Amt auf seinem Standpunkt und verabredete schließlich mit Sir Ed. Goschen, daß alles so bleiben sollte, wie es bisher gewesen!

Der Vertrag, der uns außerordentliche Vorteile bot, das Ergebnis einer mehr als einjährigen Arbeit, war somit gefallen.

Als ich im Frühjahr 1914 gelegentlich eines Dinners auf der Botschaft, an dem Mr. Harcourt teilnahm, den Gegenstand berührte, erklärte mir der Kolonialminister, er befinde sich in Verlegenheit und wisse nicht, wie sich zu verhalten. Der gegenwärtige Zustand sei unerträglich, da er, Mr. Harcourt, unsere Rechte berücksichtigen wolle, andererseits aber im Zweifel sei, ob er sich nach dem alten Vertrage oder dem neuen zu richten habe. Es sei daher dringend erwünscht, Klarheit zu schaffen und die Sache, die sich nun schon so lange hinziehe, zum Abschluß zu bringen.

Auf einen diesbezüglichen Bericht erhielt ich einen sehr wenig höflichen, aber um so erregteren Erlaß, demzufolge ich mich jeder weiteren Einmischung in der Sache zu enthalten hätte.

Ich bedauere es heute, daß ich nicht daraufhin nach Berlin gefahren bin, um dem Monarchen meinen Posten zur Verfügung zu stellen, und daß ich immer

noch den Glauben an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen mir und den leitenden Persönlichkeiten nicht verloren hatte, ein verhängnisvoller Irrtum, der sich wenige Monate später in tragischer Weise rächen sollte! —

So wenig ich auch damals das Wohlwollen des obersten Reichsbeamten noch besaß, so muß ich ihm die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er bei unserer letzten Unterredung vor Kriegsausbruch, Ende Juni 1914, auf die ich später noch zurückkomme, seine Zustimmung zur Unterschrift und Veröffentlichung erteilte. Trotzdem bedurfte es noch wiederholter Anregungen meinerseits, die von Herrn Dr. Solf in Berlin unterstützt wurden, um endlich Ende Juli 1914 die Genehmigung zu erwirken. Da aber die serbische Krisis damals schon den Frieden Europas bedrohte, mußte die Vollziehung des Vertrages verschoben werden. Auch er gehört zu den Opfern dieses Krieges.

### Bagdad-Vertrag

Gleichzeitig unterhandelte ich in London, dabei wirksam unterstützt durch Herrn von Kühlmann, über den sogenannten Bagdad-Vertrag. Dieser bezweckte tatsächlich die Einteilung Klein-Asiens in Interessensphären, obwohl dieser Ausdruck mit Rücksicht auf die Rechte des Sultans ängstlich vermieden wurde. Sir Ed. Grey erklärte auch wiederholt, daß keine Abmachungen mit Frankreich und Rußland beständen, die die Aufteilung Klein-Asiens bezweckten.

Unter Zuziehung eines türkischen Vertreters, als welcher Hakki Pascha erschien, wurden alle wirtschaftlichen Fragen, die mit den deutschen Unternehmen in Verbindung standen, im wesentlichen den Wünschen der Deutschen Bank entsprechend geregelt. Das wich-

tigste Zugeständnis, das Sir Ed. Grey mir persönlich gemacht hatte, war die Verlängerung der Bahnstrecke bis Basra. Dieser Endpunkt war nämlich unsererseits aufgegeben worden, zugunsten des Anschlusses nach Alexandrette, Bagdad bildete bisher den Endpunkt der Bahn. Für die Schifffahrt auf dem Shat-el-Arab sollte eine internationale Kommission sorgen. Auch an den Hafengebäuden in Basra wurden wir beteiligt und erhielten ferner Rechte an der Tigris-Schifffahrt, die bisher ein Monopol des Hauses Lynch war.

Durch diesen Vertrag wurde ganz Mesopotamien bis Basra unser Interessengebiet, unbeschadet älterer britischer Rechte an der Tigris-Schifffahrt und den Wilcox-Bewässerungsanlagen, ferner das ganze Gebiet der Bagdad- und Anatolischen Eisenbahn.

Als britischer Wirtschaftsbereich galten die Küsten des Persischen Busens und die Smyrna-Aidin-Bahn, als französischer Syrien, als russischer Armenien. Wurden beide Verträge vollzogen und veröffentlicht, so war damit eine Verständigung mit England erreicht, die allen Zweifel an der Möglichkeit einer „anglo-german cooperation“ für immer ein Ende machte.

### Flottenfrage

Die heikelste aller Fragen war und blieb die Flottenfrage. Sie wird nicht immer ganz richtig beurteilt.

Die Schaffung einer mächtigen Flotte am anderen Ufer der Nordsee, die gleichzeitige Entwicklung der bedeutendsten Militärmacht des Festlandes zur bedeutendsten Seemacht desselben, mußte in England zum mindesten als Unbequemlichkeit empfunden werden. Hierüber kann billigerweise kein Zweifel bestehen. Um den nötigen Vorsprung zu behalten, und

nicht in Abhängigkeit zu geraten und die Herrschaft der Meere zu sichern, die Britannien benötigt, um nicht zu verhungern, mußte es zu Rüstungen und Ausgaben schreiten, die schwer auf dem Steuerzahler lasteten. Eine Bedrohung der britischen Weltstellung ergab sich jedoch, wenn unsere Politik die Möglichkeit kriegerischer Verwicklungen gewärtigen ließ. Diese Voraussetzung war bei den Marokkokrisen und der bosnischen Frage in sichtbare Nähe getreten.

Mit unserer Flotte nach den bestehenden Festlegungen hatte man sich abgefunden. Sie war den Briten gewiß nicht willkommen und bildete einen der Gründe, aber nicht den einzigen, für den Anschluß Englands an Frankreich und Rußland, aber wegen der Flotte allein hätte England ebenso wenig zum Schwerte gegriffen, wie etwa wegen unseres Handels, der angeblich den Neid und schließlich den Krieg gezeitigt hat.

Ich vertrat von Anfang an den Standpunkt, daß es trotz der Flotte möglich sei, zu freundschaftlicher Verständigung und Annäherung zu gelangen, wenn wir keine Novelle brächten und eine zweifelsfreie Friedenspolitik betreiben. Auch vermied ich es, von der Flotte zu sprechen, und zwischen Sir Ed. Grey und mir ist das Wort überhaupt nicht gefallen. Sir Ed. Grey erklärte gelegentlich in einer Kabinettsitzung: „The present German Ambassador has never mentioned the fleet to me.“

Während meiner Amtszeit regte bekanntlich Mr. Churchill, der damalige Erste Lord der Admiralität, den sogenannten „Naval holiday“ an und schlug aus finanziellen Gründen und wohl auch um der pazifistischen Richtung in seiner Partei entgegenzukommen, eine einjährige Rüstungspause vor. Amtlich von Sir Ed. Grey wurde der Vorschlag nicht unterstützt, mir

hat er nie davon gesprochen, Mr. Churchill redete mich aber wiederholt darauf an.

Ich bin überzeugt, daß seine Anregung aufrichtig gemeint war, wie überhaupt Winkelzügigkeit nicht im Wesen des Engländers liegt. Es wäre für Mr. Churchill ein großer Erfolg gewesen, dem Lande mit Ersparnissen aufwarten und den Rüstungsalp, der auf dem Volke lastete, erleichtern zu können.

Ich entgegnete, es würde aus technischen Gründen schwer sein, auf seinen Gedanken einzugehen. Was solle aus den Arbeitern werden, die für diese Zwecke geworben seien, was aus dem technischen Personal? Unser Flottenprogramm sei einmal festgelegt und daran ließe sich schwer etwas ändern. Wir beabsichtigten es andererseits auch nicht zu überschreiten. Er kam aber wieder darauf zurück und machte geltend, daß die für ungeheure Rüstungen aufgewendeten Mittel doch besser für andere, nutzbringende Zwecke Verwendung fänden. Ich entgegnete, daß auch diese Ausgaben der heimischen Industrie zugute kämen.

Es gelang mir auch durch Unterredung mit Sir W. Tyrrell, dem Kabinettschef Sir Edwards, die Frage von der Tagesordnung abzusetzen, ohne zu verstimmen, obwohl sie im Parlamente wiederkehrte, und zu verhindern, daß ein amtlicher Vorschlag erging. Es war aber ein Lieblingsgedanke Mr. Churchills und der Regierung, und ich glaube, daß wir durch Eingehen auf seine Anregung sowie auf die Formel 16 : 10 für Großkampfschiffe einen greifbaren Beweis unseres guten Willens und die bei der Regierung vorherrschende Tendenz, mit uns in nähere Fühlung zu kommen, wesentlich befestigen und fördern konnten.

Aber, wie gesagt, es war möglich trotz der Flotte und auch ohne „naval holiday“ zu einer Verständigung zu gelangen. In diesem Sinne hatte ich meine Mission

von Anfang an aufgefaßt und es war mir auch gelungen, mein Programm zu verwirklichen, als der Ausbruch des Krieges alles Erreichte vernichtete.

### Handelsneid

Der Handelsneid, von dem so viel bei uns die Rede ist, beruht auf unrichtiger Beurteilung der Verhältnisse. Gewiß bedrohte das Emporkommen Deutschlands als Handelsmacht nach dem siebziger Kriege und in den folgenden Dezennien die Interessen der britischen Handelskreise, die mit ihrer Industrie und mit ihren Exporthäusern eine Art Monopolstellung besaßen. Der zunehmende Warenaustausch mit Deutschland aber, das an der Spitze aller britischen Exportländer in Europa stand, eine Tatsache, auf die ich in meinen öffentlichen Reden immer hinwies, hatte den Wunsch, mit dem besten Kunden und Geschäftsfreund in guten Beziehungen zu bleiben, gezeitigt und alle anderen Erwägungen allmählich zurückgedrängt.

Der Brite ist matter of fact, er findet sich mit Tatsachen ab und kämpft nicht gegen Windmühlen. Gerade in den kaufmännischen Kreisen fand ich das lebhafteste Entgegenkommen und das Bestreben, die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen zu fördern. Tatsächlich interessierte sich niemand dort für den russischen, italienischen, österreichischen, ja nicht einmal für den französischen Vertreter, trotz seiner bedeutenden Persönlichkeit und seiner politischen Erfolge. Nur der deutsche und amerikanische Botschafter erregten die öffentliche Aufmerksamkeit.

Ich habe, um mit den wichtigen Handelskreisen Fühlung zu bekommen, den Einladungen der Vereinigten Handelskammern sowie der Londoner und Bradford Kammer entsprochen und war Gast der Städte

Newcastle und Liverpool. Überall war ich der Gegenstand herzlicher Huldigungen. Manchester, Glasgow und Edinburgh hatten mich gleichfalls geladen und wollte ich später dorthin gehen.

Auch in allen anderen Kreisen habe ich die liebenswürdigste Aufnahme, ein warmes Entgegenkommen gefunden, bei Hof wie in der Gesellschaft und bei der Regierung.

### Hof und Gesellschaft

Der König, ein harmloser, wohlwollender Mann mit einfachem, gesundem Sinn, common sense, war stets bestrebt, mir Wohlwollen zu zeigen und aufrichtig gewillt, meine Aufgabe zu fördern. Trotz der geringen Macht, die die englische Verfassung der Krone läßt, vermag der Monarch kraft seiner Stellung die Stimmung doch sehr zu beeinflussen, sowohl in der Gesellschaft, wie auch bei der Regierung. Die Krone ist die Spitze der Gesellschaftspyramide, von ihr geht der Ton aus. „Die Gesellschaft“, überwiegend unionistisch (konservativ), befaßt sich mit Einschluß der Damen von jeher eifrig mit Politik. Sie ist im House of Lords wie bei den Commons und daher auch im Kabinett vertreten.

Der Engländer gehört entweder zur Society oder möchte zu ihr gehören. Sein Streben ist und bleibt ein vornehmer Mann, ein Gentleman zu sein, und selbst Politiker bescheidener Herkunft verkehren mit Vorliebe in der Gesellschaft und mit schönen, eleganten Damen.

Der britische Gentleman beider Parteien genießt die gleiche Erziehung, besucht dieselben Colleges und Universitäten, betreibt die nämlichen Sports, sei es nun Golf, Cricket, Lawn-Tennis oder Polo. Alle haben in der Jugend Cricket und Fußball gespielt, sie haben

dieselben Lebensgewohnheiten und verbringen das week-end auf dem Lande. Keine soziale Kluft trennt die Parteien, sondern nur eine politische, die sich in den letzten Jahren nur insofern zu einer sozialen entwickelte, als die Politiker beider Lager sich gesellschaftlich mieden. Man durfte selbst auf dem neutralen Boden einer Botschaft beide Lager nicht mischen, da die Unionisten seit der Veto- und der Homerulebill die Radikalen ächteten. Als wenige Monate nach meiner Ankunft das Königspaar bei uns speiste, verließ Lord Londonderry nach Tisch das Haus, um nicht mit Sir Ed. Grey zusammen zu bleiben. Aber es ist kein Gegensatz, der in der Kaste und Erziehung liegt, wie in Frankreich, es sind nicht zwei getrennte „Welten“, sondern dieselbe „Welt“ und das Urteil über einen Ausländer ist ein gemeinsames und nicht ohne Einfluß auf seine politische Stellung, ob nun Mr. Asquith regiert oder Lord Lansdowne.

Ein Gegensatz der Kaste besteht in England nicht mehr seit der Zeit der Stuarts und nachdem die Welfen und die Whig-Oligarchie im Gegensatz zu dem toristischen Landadel die bürgerlich-städtischen Kreise emporkommen ließen. Es ist vielmehr ein Gegensatz der politischen Meinungen über staatsrechtliche oder kirchliche Fragen, oder über Steuerpolitik. Gerade Aristokraten, die sich der Volkspartei, den Radikalen anschließen, wie Grey, Churchill, Harcourt, Crewe, wurden von der unionistischen Aristokratie am meisten gehaßt. Niemals begegnete man einer dieser Herren in den großen aristokratischen Häusern, außer bei ihnen selbst und bei den Parteifreunden.

Wir wurden in London mit offenen Armen aufgenommen und beide Parteien überboten sich in Zuvorkommenheit. Es wäre fehlerhaft, gesellschaftliche Beziehungen bei dem engen Verhältnis, das in England

zwischen Politik und Gesellschaft besteht, zu unterschätzen, selbst wenn die große Mehrheit der oberen Zehntausend sich in Opposition zur Regierung befindet.

Zwischen Herrn Asquith und dem Duke of Devonshire besteht eben nicht die unüberbrückbare Kluft, wie etwa zwischen Herrn Briand und dem Duc de Doudeauville. Sie verkehren zwar in Zeiten erregter Spannung nicht miteinander, sie gehören zwei gesonderten gesellschaftlichen Gruppen an, es sind aber doch Teile derselben Gesellschaft, wenn auch verschiedener Stufen, deren Mittelpunkt der Hof ist, sie haben gemeinsame Freunde und Lebensgewohnheiten, sie kennen sich meist von Jugend an und sind auch oft verwandt und verschwägert.

Erscheinungen wie Mr. Lloyd George, der Mann des Volkes, ursprünglich kleiner Advokat und self-made-man, sind Ausnahmen. Selbst Dr. Burns, Sozialist, Arbeiterführer und Autodidakt, suchte Fühlung in der Gesellschaft. Bei dem verbreiteten Bestreben, als Gentleman zu gelten, als dessen unerreichtes Vorbild der große Aristokrat noch immer erscheint, ist das Urteil gerade der Gesellschaft und ihre Haltung nicht zu unterschätzen.

Nirgends spielt daher die gesellschaftliche Eignung eines Vertreters eine größere Rolle als in England. Ein gastfreies Haus mit freundlichen Wirten ist mehr wert als die profundesten wissenschaftlichen Kenntnisse, und ein Gelehrter mit provinziellen Wesen und allzu kargen Mitteln würde trotz allen Wissens keinen Einfluß gewinnen.

Was der Brite haßt, ist a bore, a schemer, a prig, was er liebt, ist a good fellow.

## Sir Edward Grey

Sir Edward Greys Einfluß war in allen Fragen der auswärtigen Politik nahezu unbeschränkt. Zwar sagte er bei wichtigen Anlässen: „I must first bring it before the cabinet“, doch schloß dieses sich seinen Ansichten regelmäßig an. Seine Autorität war unbestritten. Obwohl er das Ausland gar nicht kennt, und außer einer kurzen Reise nach Paris niemals England verlassen hatte, beherrschte er alle wichtigen Fragen durch langjährige parlamentarische Erfahrung und natürlichen Überblick. Französisch versteht er ohne es zu sprechen. In jungen Jahren in das Parlament gewählt, hatte er bald angefangen, sich mit Auslandspolitik zu befassen. Unter Lord Roseberry parlamentarischer Unterstaatssekretär des Auswärtigen, wurde er 1906 unter Mr. Campbell-Bannermann Staatssekretär und bekleidet diesen Posten nunmehr seit zehn Jahren.

Aus einer alten im Norden Englands begüterten Familie stammend, die bereits den bekannten Staatsmann Earl Grey geliefert hatte, schloß er sich dem linken Flügel seiner Partei an und sympathisierte mit Sozialisten und Pazifisten. Er übertrug die Theorie auch auf sein Privatleben, das sich durch die größte Einfachheit und Anspruchslosigkeit auszeichnet, obwohl er über reichliche Mittel verfügt. Jede „Repräsentation“ liegt ihm fern. Er hatte in London nur ein kleines Absteigequartier, gab niemals „Dinners“, außer dem einen amtlichen im Foreign Office zu Königs Geburtstag. Wenn er ausnahmsweise einige Gäste bei sich sah, so war es zu einem einfachen Essen oder Frühstück in ganz kleinem Kreise und mit weiblicher Bedienung. Auch mied er große Geselligkeiten und Feste.

Das week-end verbringt er, wie seine Kollegen, regelmäßig auf dem Lande, doch nicht mit eleganten,

großen Parties. Meist bleibt er allein in seinem Cottage im Newforest, wo er lange Spaziergänge macht, um Vögel zu beobachten als leidenschaftlicher Naturfreund und Ornithologe. Oder aber er ging nach dem Norden auf sein Gut, wo er Eichhörnchen fütterte, die den Weg durchs Fenster fanden, und verschiedene Arten Wasservögel züchtet.

Mit Vorliebe begab er sich gelegentlich nach Norfolk, um seltene Reiherarten, die nur dort nisten, beim Brüten in den Sümpfen zu beobachten.

In seiner Jugend ein berühmter Krieket- und Racketspieler, ist jetzt sein Hauptsport das Angeln nach Lachs und Forellen in den schottischen Gewässern in Begleitung seines Freundes Lord Glenconnor, des Bruders von Mrs. Asquith. „All the rest of the year I am looking forward to it“. Er hat ein Buch über den Angelsport herausgegeben.

Als wir ein week-end mit ihm allein bei Lord Glenconnor in der Nähe von Salisbury verbrachten, kam er auf dem Zweirad angefahren und kehrte ebenso nach seinem etwa 30 englische Meilen entfernten Cottage zurück.

Die Einfachheit und Lauterkeit seines Wesens verschafften ihm auch die Achtung seiner Gegner, die mehr auf dem Gebiete der inneren wie der auswärtigen Politik zu suchen waren. Lügen und Intrigen liegen ihm gleichmäßig fern.

Seine Frau, die er zärtlich liebte, und von der er sich niemals trennte, starb infolge eines Sturzes aus einem Wagen, den sie selbst lenkte. Einer seiner Brüder wurde bekanntlich durch einen Löwen getötet.

Wordsworth ist sein Lieblingsdichter und er konnte ihn auswendig vortragen.

Der kühlen Ruhe seines britischen Wesens fehlt

nicht der Sinn für Humor. Als er bei uns frühstückte in Gesellschaft der Kinder und deren deutsche Unterhaltung hörte, meinte er: „I cant help thinking how clever these children are to talk German so well“ und freute sich über den Witz.

So sieht der Mann aus, der als „Lügen-Grey“ und als Anstifter des Weltkrieges verschrien wird.

### Mr. Asquith

Mr. Asquith ist ganz anderer Art. Jovialer Lebemann, Freund der Damen, namentlich der jungen und hübschen, liebt er heitere Geselligkeit und gute Küche und wird dabei von seiner lebenslustigen jüngeren Gattin unterstützt. Ehemals bekannter Advokat mit reichem Einkommen und langjähriger Parlamentarier, dann Minister unter Mr. Gladstone, Pazifist wie sein Freund Grey und Freund einer Verständigung mit Deutschland, behandelte er alle Fragen mit der heiteren Ruhe und Sicherheit eines erfahrenen Geschäftsmannes, dessen gute Gesundheit und vortreffliche Nerven durch fleißiges Golfspiel gestählt sind.

Seine Töchter gingen in deutsche Pensionate und sprachen fließend Deutsch. Wir waren nach kurzer Zeit mit ihm und seiner Familie befreundet und seine Gäste auf dem Lande in dem kleinen Hause an der Themse.

Um auswärtige Politik kümmerte er sich nur in seltenen Fällen; wenn wichtige Fragen vorlagen, dann war natürlich die letzte Entscheidung bei ihm. In den kritischen Tagen des Juli kam Mrs. Asquith wiederholt zu uns, um zu warnen, und war schließlich ganz verzweifelt über die tragische Wendung. Auch Herr Asquith war am 2. August, als ich ihn besuchte, um einen letzten Versuch im Sinne einer abwartenden

Neutralität zu machen, ganz gebrochen, wenn auch vollkommen ruhig. Die Tränen liefen ihm über beide Wangen hinunter.

### Nicolson

Im Foreign Office hatten neben dem Minister Sir A. Nicolson und Sir W. Tyrrell den stärksten Einfluß.

Ersterer war nicht unser Freund, aber seine Haltung gegen mich war immer durchaus korrekt und zuvorkommend. Unsere persönlichen Beziehungen waren die besten. Auch er wollte den Krieg nicht, als wir aber gegen Frankreich zogen, hat er zweifellos im Sinne des sofortigen Anschlusses gearbeitet.

Er war der Vertrauensmann meines französischen Kollegen, mit dem er in dauernder Fühlung stand, auch wollte er Lord Bertie in Paris ablösen.

Bekanntlich war Sir Arthur vorher Botschafter in Petersburg und hatte den Vertrag des Jahres 1907 abgeschlossen, der es Rußland ermöglichte, sich dem Westen und dem nahen Orient wieder zuzuwenden.

### Tyrrell

Viel größeren Einfluß als der permanente Unterstaatssekretär besaß der Kabinettschef oder „private Secretary“ Sir Edwards: Sir W. Tyrrell. Dieser hochintelligente Mann hatte in Deutschland das Gymnasium besucht und sich nachher der Diplomatie zugewandt, war aber nur kurze Zeit im Ausland gewesen. Zunächst schloß er sich der damals unter den jüngeren britischen Diplomaten modernen antideutschen Richtung an, um später ein überzeugter Befürworter der Verständigung zu werden. In diesem Sinne hat er auch Sir Ed. Grey beeinflusst, mit dem er sehr intim war.

## Haltung des Amtes

Der Mißmut gewisser Herren über meine Londoner Erfolge und über die Stellung, die ich mir in kurzer Zeit machen konnte, war unbeschreiblich. Schikanöse Erlasse wurden erlassen, um mein Amt zu erschweren, ich blieb in völliger Unkenntnis der wichtigsten Dinge und wurde auf die Mitteilung belangloser, langweiliger Berichte beschränkt. Geheime Agentennachrichten über Dinge, die ich ohne Spionage und die nötigen Fonds nicht erfahren konnte, waren mir niemals zugänglich, und erst in den letzten Tagen des Juli 1914 erfuhr ich zufällig durch den Marineattaché die geheimen englisch-französischen Abmachungen über das Zusammenwirken beider Flotten im Falle eines Krieges. Auch andere wichtige und dem Amt längst bekannte Vorgänge, wie der Briefwechsel Grey-Cambon, wurden mir vorenthalten.

## Kriegsfall

Ich hatte bald nach meiner Ankunft die Überzeugung gewonnen, daß wir unter keinen Umständen einen englischen Angriff oder eine englische Unterstützung eines fremden Angriffs zu befürchten hätten, daß aber unter allen Umständen England die Franzosen schützen würde, falls wir sie angriffen. Diese Ansicht habe ich in wiederholten Berichten und mit ausführlicher Begründung und großem Nachdruck vertreten, ohne jedoch Glauben zu finden, obwohl die Ablehnung der Neutralitätsformel bei der Mission Haldane und die Haltung Englands während der Marokkokrise recht deutliche Winke waren. Dazu kamen noch die bereits erwähnten und dem Amte bekannten geheimen Abmachungen.

Ich wies immer wieder darauf hin, daß England als

Handelsstaat bei jedem Kriege zwischen europäischen Großmächten außerordentlich leiden, ihn daher mit allen Mitteln verhindern würde, andererseits aber eine Schwächung oder Vernichtung Frankreichs im Interesse des europäischen Gleichgewichts und um eine deutsche Übermacht zu verhindern niemals dulden könne. Das hatte mir bald nach meiner Ankunft Lord Haldane gesagt. In ähnlichem Sinn äußerten sich alle maßgebenden Leute.

### Serbische Krise

Ende Juni begab ich mich auf Allerhöchsten Befehl nach Kiel, nachdem ich wenige Wochen vorher in Oxford Ehrendoktor geworden war, eine Würde, die dort vor mir kein deutscher Botschafter seit Herrn von Bunsen bekleidet hatte. An Bord des „Meteor“ erfuhren wir den Tod des Erzherzog-Thronfolgers. S. M. bedauerte, daß dadurch seine Bemühungen, den hohen Herrn für seine Ideen zu gewinnen, vergeblich waren. Ob der Plan einer aktiven Politik gegen Serbien schon in Konopischt festgelegt wurde, kann ich nicht wissen.

Da ich über Wiener Absichten und Vorgänge nicht unterrichtet war, maß ich dem Ereignis keine weitgehende Bedeutung bei. Ich konnte später nur feststellen, daß bei manchen österreichischen Aristokraten ein Gefühl der Erleichterung andere Empfindungen überwog.

In Berlin angekommen, sah ich den Reichskanzler und sagte ihm, daß ich unsere auswärtige Lage für sehr befriedigend hielt, da wir mit England so gut ständen wie schon lange nicht. Auch in Frankreich sei ein pazifistisches Ministerium am Ruder.

Herr von Bethmann Hollweg schien meinen Opti-

mismus nicht zu teilen und beklagte sich über russische Rüstungen. Ich suchte ihn zu beruhigen und betonte namentlich, daß Rußland gar kein Interesse habe, uns anzugreifen, und daß ein solcher Angriff auch niemals die englisch-französische Unterstützung finden würde, da beide Länder den Frieden wollten. Darauf ging ich zu Herrn Dr. Zimmermann, der Herrn von Jagow vertrat, und erfuhr von ihm, daß Rußland im Begriffe sei, 900 000 Mann neuer Truppen aufzustellen. Aus seinen Worten ging eine unverkennbare Mißstimmung gegen Rußland hervor, das uns überall im Wege sei. Es handelte sich auch um handelspolitische Schwierigkeiten. Daß General von Moltke zum Kriege drängte, wurde mir natürlich nicht gesagt. Ich erfuhr aber, daß Herr von Tschirschky einen Verweis erhalten, weil er berichtete, er habe in Wien Serbien gegenüber zur Mäßigung geraten.

Auf meiner Rückreise aus Schlesien auf dem Wege nach London hielt ich mich nur wenige Stunden in Berlin auf und hörte, daß Österreich beabsichtige, gegen Serbien vorzugehen, um unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen.

Nachträglich erfuhr ich, daß bei der entscheidenden Besprechung in Potsdam am 5. Juli die Wiener Anfrage die unbedingte Zustimmung aller maßgebenden Persönlichkeiten fand.

Dann bekam ich die Weisung, hinzuwirken, daß die englische Presse eine freundliche Haltung einnehme, wenn Österreich der großserbischen Bewegung den „Todesstoß“ versetze, und durch meinen Einfluß möglichst zu verhindern, daß die öffentliche Meinung gegen Österreich Stellung nähme. Die Erinnerungen an die Haltung Englands während der Annexionskrise, wo die öffentliche Meinung für die serbischen Rechte auf Bosnien sympathisierte, sowie auch an die wohl-

wollende Förderung nationaler Bewegung zur Zeit Lord Byrons und Garibaldis, dieses und anderes sprach sehr gegen die Wahrscheinlichkeit einer Unterstützung der geplanten Strafexpedition gegen die „Fürstenmörder“, daß ich mich veranlaßt sah, dringend zu warnen. Ich warnte aber auch vor dem ganzen Projekt, das ich als abenteuerlich und gefährlich bezeichnete, und riet, den Österreichern Mäßigung anzuempfehlen, da ich nicht an die „Lokalisierung des Konflikts“ glaubte.

Herr von Jagow antwortete mir, Rußland sei nicht fertig, etwas „Gepolter“ würde es wohl geben, aber je fester wir zu Österreich ständen, um so eher würde Rußland zurückweichen. Österreich beschuldige uns schon so der „Flaumacherei“, und so dürften wir nicht „kneifen“. Die Stimmung in Rußland würde andererseits immer deutschfeindlicher, und da müßten wir es eben riskieren.

Angesichts dieser Haltung, die, wie ich später erfuhr, auf einem Bericht fußte, daß Rußland unter keinen Umständen sich rühren werde, und die uns veranlaßten, den Grafen Berchtold zu möglichster Energie anzufeuern, erhoffte ich die Rettung von einer englischen Vermittlung, da ich wußte, daß Sir Edward Greys Einfluß in Petersburg im Sinne des Friedens zu verwerten war. Ich benutzte daher meine freundschaftlichen Beziehungen zum Minister, um ihn vertraulich zu bitten, in Rußland zur Mäßigung zu raten, falls Österreich, wie es schien, von den Serben Genugtuung verlangt.

Zunächst war die Haltung der englischen Presse ruhig und den Österreichern freundlich, da man den Mord verurteilte. Allmählich aber wurden immer mehr Stimmen laut, welche betonten, daß, so sehr eine Ahndung des Verbrechens nötig sei, eine Ausbeutung des-

selben zu politischen Zwecken nicht zu rechtfertigen wäre. Österreich wurde eindringlich zur Mäßigung aufgefordert.

Als das Ultimatum erschien, waren alle Organe mit alleiniger Ausnahme des stets notleidenden „Standard“ einig in der Verurteilung. Die ganze Welt — außer in Berlin und Wien — begriff, daß es den Krieg, und zwar den Weltkrieg bedeutete. Die britische Flotte, welche zufällig zu einer Flottenschau versammelt war, wurde nicht demobilisiert.

Ich drängte zunächst auf eine möglichst entgegenkommende Antwort Serbiens, da die Haltung der russischen Regierung keinen Zweifel mehr an dem Ernst der Lage ließ.

Die serbische Antwort entsprach den britischen Bemühungen, denn tatsächlich hatte Herr Paschitch alles angenommen, bis auf zwei Punkte, über die er sich bereiterklärte, zu unterhandeln.

Wollten Rußland und England den Krieg, um uns zu „überfallen“, so genügte ein Wink nach Belgrad, und die unerhörte Note blieb unbeantwortet.

Sir Edward Grey ging die serbische Note mit mir durch und wies auf die entgegenkommende Haltung der Regierung in Belgrad hin. Wir boten dann seinen Vermittlungsvorschlag, der eine beiden Teilen annehmbare Auslegung dieser beiden Punkte vereinbaren sollte. Unter seinem Vorsitz wären Herr Cambon, Marquis Imperiali und ich zusammengetreten, und es wäre leicht gewesen, eine annehmbare Form für die strittigen Punkte zu finden, die im wesentlichen die Mitwirkung der k. und k. Beamten bei den Untersuchungen in Belgrad betrafen. In einer oder zwei Sitzungen war alles bei gutem Willen zu erledigen und schon die bloße Annahme des britischen Vorschlages hätte eine Entspannung bewirkt und unsere Be-

ziehungen zu England weiter verbessert. Ich befürwortete ihn daher dringend, „da sonst der Weltkrieg bevorstehe, bei dem wir alles zu verlieren und nichts zu gewinnen hätten.“ Umsonst. Es sei gegen die Würde Österreichs, auch wollten wir uns in die serbische Sache nicht mischen, wir überließen sie unserm Bundesgenossen. Ich solle auf „Lokalisierung des Konflikts“ hinwirken.

Es hätte natürlich nur eines Winkes von Berlin bedurft, um den Grafen Berchtold zu bestimmen, sich mit einem diplomatischen Erfolg zu begnügen und sich bei der serbischen Antwort zu beruhigen. Dieser Wink ist aber nicht ergangen. Im Gegenteil, es wurde zum serbischen Kriege gedrängt. Es wäre ein zu schöner Erfolg gewesen!

Nach unserer Ablehnung bat Sir Edward Grey uns, mit einem Vorschlag hervorzutreten. Ich konnte keine andere Antwort erhalten, als daß es ein „kolossales Entgegenkommen“ Österreichs sei, keine Gebietswerbungen zu beabsichtigen.

Sir Edward Grey wies mit Recht darauf hin, daß man auch ohne Gebietserwerbung ein Land zum Vasallen erniedrigen kann und daß Rußland hierin eine Demütigung erblicken und es daher nicht dulden werde.

Der Eindruck befestigte sich immer mehr, daß wir den Krieg wollten. Anders war unsere Haltung in einer Frage, die uns doch direkt gar nichts anging, nicht zu verstehen. Die inständigen Bitten und bestimmten Erklärungen des Herrn Sasonow, später die geradezu demütigenden Telegramme des Zaren, die wiederholten Vorschläge Sir Edwards, die Warnungen des Marquis San Giuliano und des Herrn Bollati, meine dringenden Ratschläge, alles nützte nichts, in Berlin blieb man dabei: Serbien muß gezüchtigt werden.

Je mehr ich drängte, um so weniger wollte man einlenken.

Da entschloß sich letzterer am 29. zu der bekannten Warnung. Ich entgegnete, daß ich stets berichtet hätte, wir würden mit der englischen Gegnerschaft rechnen müssen, falls es zum Kriege mit Frankreich käme. Wiederholt sagte mir der Minister: „If war breaks out, it will be the greatest catastrophe the world has ever seen.“

Die Ereignisse überstürzten sich bald darauf. Als endlich Graf Berchtold, der bis dahin auf Berliner Weisungen den starken Mann spielte, sich zum Einlenken entschloß, und auch Herr von Bethmann Hollweg den Mut verlor, wurde die russische Mobilmachung, nachdem Rußland eine ganze Woche vergeblich unterhandelt und gewartet hatte, mit dem Ultimatum und der Kriegserklärung beantwortet.

#### Englische Kriegserklärung

Noch immer sann Sir Edward Grey nach neuen Auskünften. Am 1. August vormittags kam Sir W. Tyrrell zu mir, um mir zu sagen, sein Chef hoffe noch immer, einen Ausweg zu finden, Ob wir neutral bleiben wollten, falls Frankreich es auch täte? Ich verstand, daß wir dann bereit sein sollten, Frankreich zu schonen, er aber hatte gemeint, daß wir überhaupt, also auch gegen Rußland neutral bleiben. Das war das bekannte Mißverständnis. Sir Edward Grey hatte mich für den Nachmittag bestellt. Da er sich gerade in einer Kabinettsitzung befand, rief er mich an das Telephon, nachdem Sir W. Tyrrell gleich zu ihm geeilt war. Nachmittags sprach er nunmehr von der belgischen Neutralität und von der Möglichkeit, daß wir und Frankreich uns bewaffnet gegenüberständen, ohne uns anzugreifen.

Es war also überhaupt kein Vorschlag, sondern nur eine Anfrage ohne Verbindlichkeit, da, wie ich früher schon gemeldet, bald darauf unsere Besprechung stattfinden sollte. Die Nachricht wurde aber in Berlin, ohne erst die Unterredung abzuwarten, zur Grundlage einer weitgehenden Aktion gemacht.

Dann kam der Brief des Herrn Poincaré, der Brief Bonar Laws, das Telegramm des Königs Albert. Die Schwankenden wurden im Kabinett, bis auf drei Mitglieder, die austraten, umgestimmt.

Ich hatte auf eine abwartende Haltung Englands gehofft. Auch mein französischer Kollege fühlte sich keineswegs sicher, wie ich aus privater Quelle erfuhr. Noch am 1. hatte der König dem Präsidenten ausweichend geantwortet. In dem Telegramm aus Berlin, das die „drohende Kriegsgefahr“ ankündigte, war aber England schon als Gegner mitgenannt. Man rechnete also bereits in Berlin mit dem Kriege gegen England.

Vor meiner Abreise empfing mich am 5. Sir Edward Grey in seiner Wohnung. Auf seinen Wunsch war ich hingegangen. Er war tiefbewegt. Er sagte mir, er werde stets bereit sein, zu vermitteln, „we don't want to crush Germany.“ Diese vertrauliche Unterredung ist leider veröffentlicht worden. Damit hat Herr von Bethmann Hollweg die letzte Möglichkeit zerstört, über England den Frieden zu erlangen.

Unsere Abreise vollzog sich durchaus würdig und ruhig. Vorher hatte der König seinen equerry Sir F. Ponsonby zu mir gesandt, um sein Bedauern über meine Abreise auszusprechen, und daß er mich nicht mehr sehen könne. Prinzeß Louise schrieb mir, die ganze Familie betrauerere unseren Fortgang. Mrs. Asquith und andere Freunde kamen zum Abschied in die Botschaft.

Ein Extrazug brachte uns nach Harwich. Dort war eine Ehrenkompanie für mich aufgestellt. Ich wurde wie ein abreisender Souverän behandelt. So endete meine Londoner Mission. Sie scheiterte nicht an den Tücken der Briten, sondern an den Lücken unserer Politik.

### Rückblick

Wenn ich jetzt nach zwei Jahren mir alles rückwärtsschauend vergegenwärtige, so sage ich mir, daß ich zu spät erkannte, daß kein Platz für mich war in einem System, das seit Jahren nur von Tradition und Routine lebte und das nur Vertreter duldet, die so berichten, wie man es lesen will. Vorurteilslosigkeit und unabhängiges Urteil werden bekämpft, Unfähigkeit und Charakterlosigkeit gepriesen und geschätzt, Erfolge aber erregen Mißgunst und Beunruhigung! —

Ich hatte den Widerstand gegen die wahnsinnige Dreibundpolitik aufgegeben, da ich einsah, daß er zwecklos war, und daß man meine Warnungen als „Austrophobie“, als fixe Idee hinstellte. In der Politik, die nicht Akrobatentum oder Aktensport ist, sondern das Geschäft der Firma, gibt es keine Philie oder Phobie, sondern nur das Interesse des Gemeinwesens. Eine Politik aber, die sich bloß auf Österreicher, Magyaren und Türken stützt, muß in Gegensatz zu Rußland geraten, und schließlich zur Katastrophe führen.

Trotz früherer Irrungen war im Juni 1914 noch alles zu machen. Die Verständigung mit England war erreicht. Wir mußten einen wenigstens das Durchschnittsmaß politischer Befähigung erreichenden Vertreter nach Petersburg senden und Rußland die Gewißheit geben, daß wir weder die Meerengen beherrschen, noch die Serben erdrosseln wollten. „Lâchez

l'Autriche et nous lâcherons les Français", sagte uns Herr Sasonow. Und M. Jules Cambon sagte Herrn von Jagow: „Vous n'avez pas besoin de suivre l'Autriche partout.“

Weder Bündnisse noch Kriege, sondern nur Verträge, die uns und andere schützten und einen wirtschaftlichen Aufschwung sicherten, der in der Geschichte ohne Vorgang war! War Rußland aber im Westen entlastet, so konnte es sich wieder nach Osten wenden, und der anglo-russische Gegensatz trat alsdann automatisch ohne unsere Mitwirkung hervor, nicht minder aber der russisch-japanische.

Wir konnten auch der Frage der Rüstungsbeschränkung nähertreten und brauchten uns um österreichische Wirrnisse nicht mehr zu kümmern. Österreich-Ungarn aber war dann der Vasall des Deutschen Reiches auch ohne Bündnis und namentlich ohne Liebesdienste, die schließlich zum Kriege führen für die Befreiung Polens und die Vernichtung Serbiens, obwohl deutsche Interessen gerade das Gegenteil heischen.

### Ankunft

In Berlin angekommen, sah ich sofort, daß ich zum Sündenbock für die Katastrophe gemacht werden sollte, die unsere Regierung im Gegensatz zu meinen Ratschlägen und Warnungen verschuldet wenn auch nicht gewollt hatte.

Von amtlicher Seite wurde geflissentlich verbreitet, ich hätte mich durch Sir Edward Grey täuschen lassen, denn wenn er den Krieg nicht gewollt, würde Rußland nicht mobilisiert haben.

„Was geht denn Serbien Rußland an?“ sagte mir ein Kollege nach achtjähriger Amtszeit in Petersburg.

## Schuldfrage

Wir haben, wie aus allen amtlichen Veröffentlichungen hervorgeht, und auch durch unser Weißbuch nicht widerlegt wird, das durch seine Dürftigkeit und Lückenhaftigkeit auffällt,

1. den Grafen Berchtold ermutigt, Serbien anzugreifen, obwohl kein deutsches Interesse vorlag und die Gefahr eines Weltkrieges uns bekannt sein mußte (ob wir den Wortlaut des Ultimatums gekannt, ist völlig gleichgültig);
2. in den Tagen zwischen dem 23. und 30. Juli 1914, als Herr Sasonow mit Nachdruck erklärte, einen Angriff auf Serbien nicht dulden zu können, die britischen Vermittlungsvorschläge abgelehnt, obwohl Serbien unter russischem und britischem Drucke nahezu das ganze Ultimatum angenommen hatte und obwohl eine Einigung über die beiden fraglichen Punkte leicht zu erreichen war;
3. am 30. Juli, als Graf Berchtold einlenken wollte, und ohne daß Österreich angegriffen war, auf die bloße Mobilmachung Rußlands hin ein Ultimatum nach Petersburg geschickt und am 31. Juli den Russen den Krieg erklärt, obwohl der Zar sein Wort verpfändete, solange noch unterhandelt wird, keinen Mann marschieren zu lassen, also die Möglichkeit einer friedlichen Beilegung geflissentlich vernichtet.

Ist es zu verwundern, wenn angesichts dieser Tatsachen außerhalb Deutschlands nahezu die gesamte Kulturwelt uns die Schuld am Weltkriege beimißt?

## Feindlicher Standpunkt

Ist es nicht begreiflich, daß unsere Feinde erklären, nicht eher ruhen zu wollen, bis ein System vernichtet ist, das eine Bedrohung seiner Nachbarn bildet? Sie befürchten, in einigen Jahren wieder zu den Waffen greifen zu müssen und wieder ihre Provinzen überannt und ihre Städte und Dörfer vernichtet zu sehen? Haben nicht diejenigen anscheinend recht behalten, die weissagten, daß der Geist Treitschkes und Bernhardis das deutsche Volk beherrsche, der den Krieg als Selbstzweck verherrlicht und nicht als Übel verabscheut, daß bei uns noch der feudale Ritter und Junker, die Kriegerkaste regiere und Ideale und Werte gestalte, nicht aber der bürgerliche Gentleman, daß die Liebe zur Mensur, die die akademische Jugend be-seelt, auch denen erhalten bleibt, die die Geschicke des Volkes leiten? Hatten nicht die Ereignisse in Zabern und die parlamentarischen Verhandlungen des Falles dem Ausland gezeigt, wie staatsbürgerliche Rechte und Freiheiten bei uns bewertet werden, wenn militärische Machtfragen entgegenstehen?

In die Worte Euphorions kleidete der geistvolle, seither verstorbene Historiker Cramb, ein Bewunderer Deutschlands, die deutsche Auffassung:

„Träumt Ihr den Friedenstag?  
Träume, wer träumen mag!  
Krieg ist das Losungswort!  
Sieg! und so klingt es fort!“

Der „Militarismus“, eigentlich eine Schule des Volkes und ein Instrument der Politik, macht die Politik zum Instrument der Militärmacht, wenn der patriarchalische Absolutismus des Soldatenkönigtums eine Haltung ermöglicht, die eine, militärisch-junker-

lichen Einflüssen entrückte Demokratie nicht zulassen würde.

So denken unsere Feinde, wenn sie sehen, daß trotz kapitalistischer Industrialisierung und trotz sozialistischer Organisierung die Lebenden, wie Friedrich Nietzsche sagt, noch von den Toten regiert werden. Das vornehmste feindliche Kriegsziel, die Demokratisierung Deutschlands, wird sich verwirklichen!

### Bismarck

Bismarck, gleich Napoleon, liebte den Kampf als Selbstzweck. Als Staatsmann vermied er neue Kriege, deren Sinnlosigkeit er erkannte. Er begnügte sich mit unblutigen Schlachten. Nachdem er in rascher Folge Christian, Franz Joseph und Napoleon besiegt, kamen Arnim, Pius und Windthorst, Bebel, Richter, Ledochowski und Augusta an die Reihe. Das genügte ihm nicht. Gortschakow hatte ihn wiederholt geärgert. Er wurde bis hart an den Krieg bekämpft, sogar durch Entziehung des Salonwagens. So entstand der traurige Dreibund. Zum Schlusse folgte der Kampf gegen Wilhelm, in dem der Gewaltige unterlag wie Napoleon gegen Alexander.

Politische Ehen auf Tod und Leben geraten nur im staatsrechtlichen, nicht im völkerrechtlichen Verbande. Sie sind um so bedenklicher mit einem brüchigen Genossen. So war das Bündnis von Bismarck auch niemals gemeint.

Die Engländer aber hat er stets schonend behandelt, er wußte, daß es so klüger war. Die alte Victoria wurde von ihm besonders ausgezeichnet, trotz des Hasses gegen die Tochter und gegen politische Engländerei, der gelehrte Beaconsfield und der welt-erfahrene Salisbury umworben und auch der sonder-

liche Gladstone, den er nicht mochte, hatte sich eigentlich nicht zu beklagen.

Das Ultimatum an Serbien war die Krönung der Politik des Berliner Kongresses, der bosnischen Krise, der Londoner Konferenz! Doch war noch Zeit zur Umkehr! —

Was vor allem zu vermeiden war: der Bruch mit Rußland und England, das haben wir glücklich erreicht!

### Unsere Zukunft

Heute nach zweijährigem Kampfe kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß wir auf einen bedingungslosen Sieg über Russen, Franzosen, Italiener, Rumänen und Amerikaner nicht hoffen dürfen, mit dem „Niederringen“ unserer Feinde nicht rechnen können. Zu einem Kompromißfrieden gelangen wir aber nur auf Grundlage der Räumung der besetzten Gebiete, deren Besitz für uns überdies eine Last und Schwäche und die Gefahr neuer Kriege bedeutet. Daher soll alles vermieden werden, was diejenigen feindlichen Gruppen, die für den Kompromißgedanken vielleicht noch zu gewinnen wären, den britischen Radikalen und den russischen Reaktionären ein Einlenken erschwert. Schon von diesem Gesichtspunkte aus ist das polnische Projekt ebenso zu verwerfen, wie jeder Eingriff in belgische Rechte oder die Hinrichtung britischer Bürger, vom wahnwitzigen U-Boot-Plane gar nicht zu reden.

„Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“. Richtig. Also nicht in Polen und Belgien, in Frankreich und Serbien. Das ist die Rückkehr zum Hl. Römischen Reich, zu den Irrungen der Hohenstaufen und Habsburger. Es ist die Politik des Plantagenets, nicht die der Drake und Raleigh, Nelson und Rhodes. Drei-

bundpolitik ist Rückkehr zur Vergangenheit, Abkehr von der Zukunft, dem Imperialismus, der Weltpolitik. „Mitteleuropa“ ist Mittelalter, „Berlin-Bagdad“ eine Sackgasse, nicht der Weg ins Freie zu unbegrenzten Möglichkeiten, zur Weltmission des deutschen Volkes! —

Ich bin kein Gegner Österreichs oder Ungarns oder Italiens und Serbiens, oder irgendeines anderen Staates, sondern nur ein Gegner einer Politik, die uns von unseren Zielen ablenken und auf die schiefe Ebene der Kontinentalpolitik bringen mußte. Sie war nicht deutsche, sondern k. u. k. Hauspolitik. Die Österreicher hatten sich daran gewöhnt, das Bündnis als einen Schirm zu betrachten, unter dessen Schutz sie nach Belieben Ausflüge in den Orient machen konnten.

Und welches Ergebnis des Völkerringens haben wir zu gewärtigen? Die Vereinigten Staaten von Afrika werden britisch sein wie die von Amerika, Australien und Ozeanien. Und die lateinischen Staaten Europas werden, wie ich schon vor Jahren sagte, in dasselbe Verhältnis zu dem Vereinigten Königreich geraten, wie die lateinischen Schwestern Amerikas zu den Vereinigten Staaten. Der Angelsachse wird führen. Das durch den Krieg erschöpfte Frankreich wird sich nur noch enger an Großbritannien anschließen.

Und in Asien wird der Russe und Japaner sich ausbreiten mit seinen Grenzen und Sitten und der Süden wird den Briten bleiben.

Die Welt wird den Angelsachsen, Russen und Japanern gehören und der Deutsche allein bleiben mit Österreich. Seine Machtherrschaft wird die des Gedankens und des Handels sein, nicht aber die der Bürokraten und Soldaten. Er war zu spät erschienen

und die letzte Möglichkeit, das Versäumte nachzuholen, ein Kolonialreich zu gründen, hat der Weltkrieg vernichtet.

Denn wir werden die „Söhne Jahwes“ nicht verdrängen, das Programm des großen Rhodes wird sich erfüllen, der in der Ausbreitung des Britentums, im britischen Imperialismus das Heil der Menschheit erblickte.

Tu regere imperio populos Romane memento!  
Hae tibi erunt artes; pacisque imponere morem.  
Parcere subjectis et debellare superbos.

## DIPLOMATIE UND DEMOKRATIE

AUFZEICHNUNGEN VOM SOMMER 1917

### I

**D**er Gesandte macht mir viel Verdruß, ich habe es vorausgesehen. Er ist der pünktlichste Narr, den es nur geben kann; Schritt vor Schritt und umständlich wie eine Base, ein Mensch, der nie mit sich selbst zufrieden ist, und dem es daher niemand zum Dank machen kann. Ich arbeite gern leichtweg, und wie es steht, so steht es; da ist er imstande, mir einen Aufsatz zurückzugeben und zu sagen: „Er ist gut, aber sehen Sie ihn durch, man findet immer ein besseres Wort, eine reinere Partikel.“ Da möchte ich des Teufels werden. Kein und, kein Bindewörtchen darf außen bleiben, und von allen Inversionen, die mir manchmal entfahren, ist er ein Todfeind; wenn man seine Perioden nicht nach der hergebrachten Melodie heraborgelt, so versteht er gar nichts drin. Das ist ein Leiden, mit so einem Menschen zu tun zu haben.“ —

„Ich fürchte, mein Gesandter und ich halten es zusammen nicht lange mehr aus. Der Mann ist ganz und gar unerträglich. Seine Art zu arbeiten und Geschäfte zu führen, ist so lächerlich, daß ich mich nicht enthalten kann, ihm zu widersprechen und oft eine Sache nach meinem Kopf und meiner Art zu machen, was ihm dann, wie natürlich, niemals recht ist“.

Nun, ich hoffe, meine diplomatischen Mitarbeiter

in London, nebenbei gesagt, vortreffliche Beamte, haben etwas freundlicher über mich geurteilt wie der junge Werther über seinen Chef im Winter 1771/72.

Klagen über die Diplomatie sind nicht neu, wenn sie auch seit dem Zusammenbruch unserer Außenpolitik im Sommer 1914 besonders laut wurden. Geht etwas nicht nach Wunsch oder gar schief, so ist naturgemäß nur die „Diplomatie“ daran schuld, der man schon längst das hohe Gehalt, die vielen Diners und Orden und die bevorzugte Stellung mißgönnt. Zudem hat gar mancher Diplomaten verschiedener Länder gekannt, die mehr durch Äußerlichkeiten und gesellschaftliche Talente glänzten als durch tiefgründiges Wissen oder bemerkenswerte Klugheit, Herren, deren Interessen sich im wesentlichen auf Hofklatsch, Diners, Placements und höchstens noch auf Bridge beschränkten.

Carl Schurz gibt in seinen Lebenserinnerungen anlässlich seiner Madrider Mission eine humorvolle Schilderung seines Antrittsbesuches bei einem Kollegen, von dessen langjähriger Erfahrung am spanischen Hofe er wertvolle Einblicke in die dortigen Verhältnisse erwartete und manches zu lernen hoffte. Statt Aufschlüsse über politische Fragen zu geben, über die der Gesandte anscheinend nie nachgedacht, enthüllte er mit geheimnisvoller Wichtigkeit den Inhalt einer silbernen Kassette und zeigte die Orden, die er zu verschiedenen Zeiten von Kaisern und Königen empfangen, und erklärte, warum der Orden ihm verliehen und welche Auszeichnungen er bedeute.

Auch ich entsinne mich meines ersten Besuches als junger Geschäftsträger an einem mittleren Hofe bei dem damaligen Doyen des dortigen Corps diplomatique, einen alten Junggesellen, der einen südlichen Kleinstaat vertrat. Zwar sprach er mir nicht von Po-

litik, dafür aber um so eifriger von den vielen Duellen seiner Jugend, zu deren Erläuterung er pietätvolle Erinnerungsstücke aus Seide und Tüll hervorholte.

Mit einigen vierzig Jahren hat bei uns ein Diplomat, der sich nichts zuschulden kommen läßt und die nötige Schmiegsamkeit besitzt, es meist schon zum Gesandten gebracht, oft auch ohne bemerkenswerte Anstrengung — es sei denn des Magens und der Beine — und mit Leistungen, die manchmal hauptsächlich im Salon liegen, während andere Beamte im gleichen Alter nur in seltenen Fällen den Rang der Räte erster Klasse erreichen und meist unter weit unvorteilhafteren Bedingungen. Dieses Mißverhältnis fordert nur zu leicht zur Kritik heraus, wenn Mißerfolge eintreten und der Steuerzahler sich fragt, wozu denn eigentlich die hohen Gehälter bezahlt werden, da die Diplomaten doch nichts erreichen und man anscheinend nur den Dümmeren auswählt. Dazu kommt noch, daß bei uns wie anderswo erfolgreiche Bürger das Bedürfnis empfinden, sich feudalisieren zu lassen unter Anwendung von Formen, die der Zeit entlehnt sind, als man sich nach dem Besitze oder der Stammburg nannte. Ist die Namensverschönerung aber einmal erfolgt, die bis vor kurzem in Österreich und Bayern schon bei gewissen Orden eintrat, so bildet der Betreffende einen Bestandteil des „Adels“, auf dessen Schuldkonto das Mißvergnügen über Herrn v. Maier gesetzt wird, während man Herrn Maier vielleicht nachsichtiger beurteilen würde.

Daß ein erheblicher Teil unserer Diplomaten dem eigentlichen Adel angehört, soll nicht geleugnet werden; ich sehe hierin aber keinen Nachteil, wenn nicht etwa „die Abstammung die Begabung ersetzt“, und wenn nicht die Auswahl unter besonderer Bevorzugung aristokratischer Geschlechter und zuungunsten

bürgerlicher Kandidaten erfolgt. Daß unsere meisten Diplomaten ein Adelsprädikat führen, hängt aber damit zusammen, daß die gesellschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen der auswärtigen Vertretung die Auswahl auf den Kreis der Optimaten beschränkt.

Ich bin in früheren Zeiten mehrere Jahre Personaldezernent für unsere Diplomatie gewesen, hatte als solcher die Annahme der Anwärter zu bearbeiten und glaube, sagen zu können, daß es nicht so leicht ist, wie man glaubt, Kandidaten zu finden, die allen Anforderungen gerecht werden. Nach dem Stammbaum habe ich nicht gefragt, auch nicht nach dem Vermögen; ganz Unbemittelte meldeten sich nicht. Manche der jungen Herren hatten damals ein sehr bescheidenes Einkommen und es wurde niemand zurückgewiesen, weil an den vorschrittmäßigen 6000 Mark etwas fehlte. Aber ich sah nach der Tür: Wie kommt er herein? Dann wußte ich ungefähr Bescheid. Aus der folgenden Unterhaltung ergab sich auch bald, wes Geistes Kind er war.

Die juristische Vorbildung bildet ohne Zweifel die beste Grundlage für den diplomatischen Nachwuchs, doch kommt es im allgemeinen weniger auf das Examen an als auf den Menschen. Handelspolitische Kenntnisse sind nützlich, wenn auch nicht unbedingt nötig, da die Konsulate und Generalkonsulate auf diesem Gebiete in der Regel alles Erforderliche leisten und bei besonderen Anlässen, wie bei Handelsvertragsverhandlungen, besondere Vertreter der Zentralbehörde erscheinen. Die meisten überseeischen Posten, wo der Handel die wichtigste Rolle spielt, da wir nicht immer das Glück haben, in den dortigen Präsidenten wertvolle Bundesgenossen zu finden, sind überdies gewöhnlich von ehemaligen Generalkonsuln besetzt, die in die Diplomatie übertreten.

Auch ehemalige Offiziere können ausnahmsweise sich zu guten Diplomaten entwickeln auch ohne akademische Bildung, vorausgesetzt natürlich, daß sie Begabung und Eifer besitzen. Ältere Militärs aber eignen sich wohl nur in seltenen Fällen zum Sprung auf einen höheren diplomatischen Posten; es fehlt ihnen oft die nötige Skepsis, die man sich im Auslande erwirbt, die Fähigkeit, Menschen und Dinge nicht nach einem Schema zu betrachten, die Vielseitigkeit der meisten politischen Fragen und Probleme zu sehen und die „standesgemäße“ Begriffswelt ganz zu unterdrücken.

Ein Rezept für die Herstellung einwandfreier Diplomaten gibt es nicht und kann es nicht geben. Früher wurde das entscheidende Gewicht auf Beherrschung der französischen Sprache gelegt und Bismarck erzählt, er habe manche unter unseren älteren Gesandten gekannt, „die ohne Verständnis für Politik lediglich durch Sicherheit im Französischen in die höchsten Stellen aufrückten“. Nun, heute denken wir anders und unterschätzen vielleicht die Bedeutung dieses Hilfsmittels, das fremde, zum Beispiel österreichische und russische Diplomaten meist besser beherrschen als die unseren.

Wissenschaftliche Bildung? Sie ist zweifellos wünschenswert, schon weil ein ungebildeter Diplomat sich Blößen gibt und komisch wirkt. Ich habe aber unter den älteren Herren nicht nur bei uns Männer gekannt, die nach heutigen Begriffen wenig unterrichtet waren, aber durch Takt und Erfahrung, starke Persönlichkeit, soziale Stellung und natürliche Begabung erheblichen Einfluß besaßen. Man kann ein bedeutender Jurist und Volkswirt sein und alles Erdenkliche wissen, ohne Überblick und Geschick zu besitzen und sich zum Diplomaten zu eignen oder gar

zum Staatsmann. Die britische Diplomatie, die der unsrigen so überlegen sein soll, stellt jedenfalls keine höheren wissenschaftlichen Anforderungen. Es wird dort über Oberflächlichkeit und Unwissenheit noch mehr geklagt, wie hier, und ich las vor einiger Zeit in einer englischen Zeitung, daß ein höherer Diplomat ganz erstaunt war, als er vernahm, daß Galizien nicht zu Ungarn gehört, sondern zu Österreich. Als die Türkei den Krieg erklärte, wollten die Angriffe gegen die britische Diplomatie nicht verstummen, die naiv und ahnungslos sei, die unsere hingegen verschlagen und rührig.

Vermögen? Es heißt: Die Gehälter müssen aufgebessert werden, damit ohne Rücksicht auf Privatvermögen nur „der Tüchtigste“ Verwendung findet. Wer ist der Tüchtigste? Der das beste Examen macht? Sollen die diplomatischen Gehälter, die z. B. im Vergleich zu den britischen nicht glänzend sind, in ein noch größeres Mißverhältnis zu dem sparsam bemessenen Einkommen unserer übrigen Beamten geraten? Kann man einen Botschafter, der kein Vermögen, aber viel Kinder besitzt, davon abhalten, die Hälfte seines Gehalts für seine Familie zurückzulegen, statt es für Repräsentation auszugeben? Muß nicht gerade der Diplomat eine gewisse Unabhängigkeit besitzen, um stets in der Lage zu sein, seinem Gewissen entsprechend zu handeln, statt für seinen Posten zu zittern, der ihm jederzeit und ohne Angabe des Grundes genommen werden kann? Entsendet nicht gerade das demokratische Amerika vorzugsweise reiche Leute als Botschafter, um den Repräsentationspflichten, deren Bedeutung man nicht unterschätzt, zu genügen?

Trotzdem will ich nicht leugnen, daß die Gehälter vielfach ganz ungenügend sind und dringend einer

Aufbesserung bedürfen auch schon wegen der heutigen Valuta, die sich wohl kaum sobald bessern dürfte.

Das Gesandtengehalt beträgt z. B. an gewissen Posten 30 000 Mark, an manchen weniger, selten viel mehr. Davon muß der Gesandte, falls kein staatliches Gebäude vorhanden, für eine würdige Unterkunft etwa 18 000 Mark zahlen. Von dem Rest gehen noch Steuern ab und Geschäftsträgerzulage für den Urlaub. Wie soll das übrige genügen für alle Anforderungen des Lebens? Ist er verheiratet, so kann er sich der Verpflichtung, die an ihn ergangenen Einladungen zu erwidern, erst recht nicht entziehen. Die Toiletten der Gattin verschlingen beinahe schon die übriggebliebene Summe! Die österreichisch-ungarische Diplomatie ist keineswegs eine der schlechtesten und ihre Mitglieder haben meist trotz politischer Wirrnisse eine gute persönliche Stellung, weil sie gewöhnlich Familien angehören, bei denen, wie Bismarck sich ausdrückt, „größere Assurance in höfischen Kreisen und der größere Mangel an Blödigkeit“ ein Produkt der Erziehung ist.

Zum guten Diplomaten gehört neben reichlicher Vorbildung und einigermaßen gesicherter materieller Grundlage vor allem Takt, gesellschaftliche Kultur, natürlicher Blick für Menschen und Dinge, gesunder Menschenverstand, die Fähigkeit, sich beliebt zu machen und fremden Verhältnissen sich anzupassen, Verständnis für den Standpunkt anderer und namentlich für wichtige Posten: politische Urteilskraft.

Diese Dinge liegen jenseits aller Reglements für die Vorbildung unserer Diplomaten und aller lobenswerten Reichstagsreden über die Reorganisation der Diplomatie. „Freie Bahn für den Tüchtigen“ ist gewiß ein empfehlenswerter Leitsatz, er hat aber keinen größeren Wert als die üblichen Wappensprüche, die

sich jeder nach seiner Façon auslegt, etwa wie jedes Volk dem lieben Gott seine eigene Gestalt gibt.

Nach Ansicht gewisser Barden wäre derjenige der Tüchtigste, welcher bei fremden Ministern den eigenen Standpunkt durch kraftvolle Betonung des seinigen „vertritt“ etwa nach Art älterer Kollegen, die gewohnheitsmäßig Ballsoupers und ähnliche Veranstaltungen benützten, um, wenn auch mit anderen Absichten, diese Turnübung nach beiden Seiten zugleich zu praktizieren. Ancillon und mit ihm Bismarck wünschten bekanntlich europäischen Firnis, der doch darin bestehen soll, daß man vermeidet, Anstoß zu erregen.

Ich will nicht behaupten, daß alle unsere Diplomaten den berechtigten Anforderungen entsprächen. Gewiß nicht, nur sind sie sicherlich nicht alle unfähig, wie oft behauptet wird, und im ganzen gewiß nicht schlechter, als die anderer Länder. Hingegen glaube ich, daß die auffallenden Mißgriffe, die in Personalfragen begangen wurden, mehr auf bureaukratische als auf höfische Einflüsse zurückzuführen waren.

Man verwechselt oft Diplomatie im Sinne der auswärtigen Politik mit dem auswärtigen Personal. Ein Diplomat ist nur Organ und Vertreter; er kann nur berichten, seine Wahrnehmungen weitergeben, er kann raten und warnen. Hört man nicht auf ihn und mißachtet seine Ansichten, so ist er machtlos und es ist ungerecht, ihn für Ereignisse verantwortlich zu machen, die er richtig voraussagt und gesehen. Aber selbst, wenn er sich irrt, und auch das soll sich im entscheidenden Moment ereignet haben, so trifft nicht ihn so sehr ein Vorwurf, als diejenigen, die eine Persönlichkeit, über deren Unzulänglichkeit längst niemand im Zweifel war, an wichtiger Stelle beließen.

Sind denn etwa alle Ärzte empfehlenswert oder alle Künstler, Landwirte oder alle ehrsamten Schuhmachermeister? Nur bleibt es jedem überlassen, diese nach eigenen Erfahrungen oder Ansichten zu beurteilen, während die Obrigkeit Beamte, die den Anforderungen nicht genügen, zu entfernen hat. Unfähige Botschafter haben freilich auch ihre Vorzüge. Sie sind bequem. Sie berichten nur so, wie man es gerne liest, haben nie eine eigene Meinung und namentlich erblickt man in ihnen keine persönliche Gefahr! Sie werden daher und mit Recht ganz besonders geschätzt!

Ein fähiger und geeigneter Vertreter kann außerordentlich nützlich sein, vorausgesetzt, daß es ihm gelingt, das Vertrauen der maßgebenden Kreise des fremden Landes zu erwerben und sich Sympathien zu verschaffen. Nur muß er die Unterstützung seiner Regierung finden; wird ihm aber aus anderen Motiven entgegengewirkt, so ist seine Tätigkeit wertlos und er ist nichts weiter als ein vornehmer Privatmann, der Dinners gibt für des Reiches Herrlichkeit.

## II

Auswärtige Politik ist Liebe und Haß für nationalistische Schwärmer, Tradition und Satisfaktion für ignorante Romantiker, Treue und Verrat für naive Philister, Aktensport für krausköpfige Berater, amüsanter Zeitvertreib für gelangweilte Höfe, ihre Karriere für viele Diplomaten, für ungeduldige Generale der Weg zum Ruhme und für deutsche Gelehrte eine terra incognita. In Wahrheit die Geschäfte der eigenen Firma mit fremden Firmen. Auch als Kunst mag sie gelten, wenn sie mit Erfolg neue eigene Bahnen betritt und eine Idee, aber keinen Irrtum verkörpert. Alsdann verrät sie den Unterschied

zwischen Staatskunst und bureaukratischer oder diplomatischer Routine und Mittelmäßigkeit.

Auch zur Zeit Bismarcks waren die Botschafter und Gesandten nicht lauter Leuchten. Wenn wir von Hohenlohe, Schweinitz, Hatzfeldt und etwa noch Arnim und Radowitz absehen, so überragen nur wenige noch das Durchschnittsmaß brauchbarer Vertreter.

Ich enthalte mich absichtlich aller persönlichen Bemerkungen, wenn ich aber sachlich sein will, so muß ich mich fragen: Liegt nicht die Schuld im System?

Das System setzt alles auf eine Karte, es spielt sozusagen auf das große Los! Die Geschicke der Nation liegen in der Hand eines Beamten, der doch nur in seltenen Fällen einer solchen Aufgabe gewachsen ist. „The one man system“, wie die Engländer es nennen. Während bei ihnen jede Frage von Belang erst vor das Kabinett gebracht wird, einem aus etwa 20 Mitgliedern bestehenden Kollegium, das wiederum mit der parlamentarischen Mehrheit in dauernder Fühlung bleibt und in wichtigen Fragen der auswärtigen Politik auch mit der Opposition, liegt bei uns alles in der Hand eines Ministers, der sich von unverantwortlichen, meist ungeeigneten oder auch absonderlichen Untergebenen beraten läßt.

Gewiß hat er die Befehle des Monarchen einzuholen, und dieser fällt die letzte Entscheidung. Bei vielseitiger Inanspruchnahme und mannigfaltigen Interessen fehlt dem Souverän aber die Möglichkeit, alle Fragen zu ergründen und zu beherrschen. Er ist im wesentlichen auf den Vortrag angewiesen, der ihm gehalten wird, und zwar um so mehr, da der Minister ja auch die Verantwortung zu tragen hat und nicht der Monarch. Fällt die Entscheidung in einer wichtigen

Frage gegen den Vortrag aus, so weiß ersterer, was er zu tun hat.

Trotz gelegentlicher temperamentvoller Kundgebungen enthält sich der Monarch viel mehr, als man gewöhnlich annimmt, autokratischer Eingriffe und es ist mir aus der Zeit, wo ich im Auswärtigen Amt vortragender Rat war, und auch seither kein Fall, weder in der auswärtigen Politik noch bei Besetzung wichtiger Stellen im Reichsdienst bekanntgeworden, wo nicht die Entscheidung auf Grundlage ministerieller Vorschläge gefallen wäre.

Wird dieses System, das System der individualisierten Verantwortlichkeit, der Beamten Gewalt nach dem Kriege noch haltbar sein? Muß der monarchische Gedanke zu Schaden kommen, wenn die Verantwortung auf breiterer Basis ruht, wenn an Stelle des einzelnen ein Kollegium tritt und wenn dieses Kollegium wiederum, ohne daß es aus Mitgliedern des Parlaments zu bestehen braucht, mit der Volksvertretung, den Mehrheitsparteien, in engerer Fühlung, in organischem Zusammenhange sich befindet? Werden Fragen, die das Schicksal der Nation entscheiden, noch weiter bürokratisch-patriarchalisch bestimmt werden, ohne daß das Prinzip der Selbstverwaltung auch auf die Geschäfte des Staates und des Reiches übertragen und der Nation ein erweitertes Selbstbestimmungsrecht eingeräumt wird?

Der Geist „wahrer Demokratie“ wird sicherlich auch bei uns einziehen, man mag dies nun für ein Glück halten oder nicht. Das ist Ansichts- und Geschmacksache, aber die notwendige Folge der gewaltigen Ereignisse, die wir seit drei Jahren erleben.

Es wird in Zukunft nicht mehr angehen, Verträge zu schließen oder zu erneuern, die die Nation in einen Krieg verwickeln können, ebensowenig aber be-

stehenden eine entsprechende Auslegung zu geben ohne Zustimmung der Volksvertretung. Auch die Absendung eines Ultimatums oder einer Kriegserklärung wird ohne vorherige Befragung des Parlaments nicht erfolgen können.

Wenn wir in einer Zeit wachsender Demokratisierung und Republikanisierung der Völker die Monarchie ungeschädigt erhalten wollen, so muß sie entlastet werden, sonst läuft die Krone Gefahr, noch mehr als bisher der Kritik ausgesetzt und unter Umständen für Mißgriffe und oder gar für Mißerfolge belastet zu werden, an denen sie keine Schuld trägt.

Die Mitarbeit und Mitverantwortlichkeit der Volksvertretung wird eine Erweiterung erfahren, man mag über Parlamentarier und deren staatsmännische Fähigkeiten denken, wie man will. Den Beamtenstaat, das Autoritätsregime Bismarckscher Prägung werden wir nicht wiedersehen, die Zeit der Vormundschaftsregierungen ist vorbei wie die der Theokratien, und das Recht, „Ja“ zu sagen und „Hoch“ zu rufen vollendeten Tatsachen gegenüber, wird in Zukunft dem Volke nicht mehr genügen.

Der Krieg mag noch so günstig ausgehen, wie wir alle hoffen, das Ergebnis wird niemals den gebrachten Opfern entsprechen, selbst wenn wir fremde Gebiete erobern und unterjochen und damit den Keim zu neuen Kriegen legen. Natürlich entwickeln gerade diejenigen, die vor dem Kriege den Gedanken an Verständigung verhöhnten und den Präventivkrieg predigten, heute den wildesten Appetit und schreien am lautesten nach „Garantien“.

Staatsrechtliche Bedenken werden dem demokratischen Ausbau des Reichsgedankens auf die Dauer nicht wirksam begegnen können. Ich verkenne durchaus nicht die Vorzüge bundesstaatlicher Verfassung

und wünsche sie soweit als möglich erhalten zu sehen. Die Bedeutung des Reiches als Träger der wichtigsten Interessen der Nation ist aber im Laufe der Jahre gewachsen, seine Zuständigkeit hat sich erweitert, es hat sich wie jeder andere „Konzern“ entwickelt und ausgestaltet. Dieser Prozeß konnte nur unter Preisgabe gewisser Rechte der Einzelstaaten erfolgen. Das Reich ist heute etwas anderes als ein „ewiger Bund“ souveräner Staaten. Nichts bleibt stehen, πάντα ρεῖ und es mußte so kommen, falls nicht eine rückläufige Bewegung eintrat, die zur Auflösung führt.

Die Einzelstaaten werden genötigt sein, zugunsten des Ganzen weitere Opfer zu bringen, wie auch jeder einzelne Bürger. Auch hier gibt es kein starres Festhalten an den bestehenden Rechten und Verhältnissen, die eben den neuen Erfordernissen anzupassen sind. Wenn Bismarck heute so oft zitiert wird, um zu beweisen, daß an der Reichsverfassung nichts geändert werden darf, so ließen sich auch nach anderer Richtung Zitate des großen Staatsmannes ausfindig machen, die mindestens ebenso lehrreich wären, die aber vorläufig besser unerwähnt bleiben. An einen Krieg gegen nahezu alle übrigen Planetenbewohner hat er wohl nicht gedacht, als er die Verfassung schuf, und diese auch nicht für alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen eines mehrjährigen Kampfes berechnet. Übrigens ist die Frage recht heikel, weshalb eigentlich Bayern und Thüringer, Oldenburger und Lipper eine größere Berechtigung haben für staatliches Sonderleben und Berücksichtigung der „Stammesart“ als Hannoveraner, Schleswig-Holsteiner und Hessen-Nassauer? Was bei dem einen als Tugend gilt, gilt bei dem anderen als Laster. Der große Kanzler, auf den man sich so gern beruft, hat nicht vor legitimistischen und sentimentalischen Erwägungen haltgemacht,

nicht vor prinzipiellen, sondern vor praktischen Rücksichten. Die Forderungen des Augenblicks halfen ihm über alle Bedenken, die die Scheu, am Bestehenden zu rühren, damals vielleicht noch mehr als heute in den Weg stellte. Die Macht der Gewohnheit und weitverzweigte persönliche Interessen, die sich an das Hergebrachte knüpfen und durch jede Umgestaltung grausam zerrissen werden, bildeten von jeher das Haupthindernis für notwendige Wandlungen.

Der Krieg nun und namentlich die neuen Schulden, deren Höhe sich vorläufig wohl noch ebensowenig übersehen läßt wie ihre Verzinsung und Tilgung, haben die Zentralisierung gefördert, eine neue Lage, neue Aufgaben und Probleme erstehen lassen, deren Bedeutung alle anderen Rücksichten erdrücken wird, zu deren Bewältigung die bisherigen Grundlagen unseres öffentlichen Lebens nicht mehr ausreichen. Schon heute ist das Reich im Pfandbesitz von etwa einem Drittel unseres ganzen Nationalvermögens. Und Besitz bedeutet Macht, und wirtschaftliche Fragen haben von jeher den Ausschlag gegeben im Leben des Volkes. —

Vielleicht gehen wir dann auch einer Demokratisierung der Diplomatie entgegen. Wird es ihr zum Vorteil gereichen? Oder wird sie gar ganz abgeschafft? Einstweilen aber würde ich einem jungen Freunde sagen, der alles Erforderliche besäße, nur keine irdischen Glücksgüter: „Werde was du willst, nur nicht Diplomat; das ist nicht der Weg, der zu gesicherter, unabhängiger Lebensstellung führt. Man muß sie mitbringen!“

## DIE WURZELN DER KATASTROPHE

BETRACHTUNGEN ÜBER DIE DENKWÜRDIGKEITEN DES  
BOTSCHAFTERS GENERAL VON SCHWEINITZ, ZUGLEICH  
EINE KRITIK AN BISMARCKS AUSWÄRTIGER POLITIK

### I

Wer die kürzlich erschienenen Denkwürdigkeiten des Botschafters General v. Schweinitz aufmerksam liest, muß zu der Überzeugung gelangen, daß dieser Mann, der von 1876—92 Botschafter in St. Petersburg und vorher Gesandter und Botschafter in Wien, beziehungsweise Militärbevollmächtigter am russischen Hofe war, ein Memoirenwerk von ungewöhnlicher Bedeutung, eine Geschichtsquelle ersten Ranges hinterlassen hat. Wenn die Lektüre beendet ist, bedauert man, daß dieser Diplomat nicht der Nachfolger Bismarcks wurde. Man bedauert auch, daß es nicht noch einen dritten Band gibt. Dieses Bedauern steigert sich, wenn man vernimmt, daß die große Fülle des hinterlassenen Materials aus technischen Gründen bedeutende Kürzungen erheischte, um einen dritten Band zu verhindern.

Ich habe nie die Ehre gehabt, dem General von Schweinitz persönlich näherzutreten, er galt aber schon in meiner Jugend als der bedeutendste Botschafter der Ära Bismarcks. Seine Denkwürdigkeiten rechtfertigen diesen Ruf, und ich glaube nicht, daß die Erinnerungen irgendeines anderen unserer Diplomaten,

es sei denn die „Gedanken und Erinnerungen“, sich mit den vorliegenden vergleichen ließen. Man fühlt die Nähe eines großen und edlen Mannes, und wir wissen, daß auch damals beide Eigenschaften nicht immer vereinigt waren! Der ungewöhnliche Wert des Werkes liegt aber namentlich in der mutigen und schonungslosen Darlegung gewisser Irrtümer, die schließlich zur großen Katastrophe geführt haben, die wir erlebten, und in der freimütigen Kritik der Mißgriffe des ersten Kanzlers, den General v. Schweinitz wie kaum ein anderer verehrte, und dessen Wohlwollen er hauptsächlich seinen Aufstieg zu verdanken hatte. Wenn heute das Dogma von der außenpolitischen Unfehlbarkeit des Meisters zu dem Glaubensbekenntnis gewisser Kreise gehört, und wenn häufig jeder Zweifel daran als eine Verletzung nationaler Pietät betrachtet wird, so zeigen doch die vorliegenden freimütigen Darlegungen, daß die Wurzeln der Katastrophe bis auf jenes Zeitalter zurückreichen, in dem die Entfremdung mit Rußland, die schließlich zum Weltkrieg geführt hat, und vor der Herr von Schweinitz dauernd warnte, bereits ihren Anfang nahm.

Schweinitz begriff vollkommen, daß die Anlehnung an Rußland die wichtigste Grundlage unserer Großmachtstellung war, er wußte, daß die Erhaltung des zaristischen Systems, es mochte sein, wie es wollte, unseren Interessen entsprach, er sah auch, daß die ebenso undankbare wie schikanöse Haltung des Diktators in den 70er und 80er Jahren zu einer gefährlichen Spannung führte, — er verstand aber nicht, daß wir zwischen Rußland und Österreich optieren mußten, und daß ein Zusammengehen mit beiden unmöglich war. Seine streng konservativ-legitimistische Einstellung führte ihn zu einer Überschätzung des

Wertes des Habsburgerreiches, dessen Anachronismus er nicht fühlte, da er in ihm eine wichtige Stütze des monarchischen Prinzips erblickte.

Herr v. Schweinitz hat jedenfalls gezeigt, daß patriotische Gesinnung, an der niemand bei ihm zweifelt, mit mutiger Meinungsäußerung sehr wohl vereinbar ist, und daß die Vaterlandsliebe nicht notwendigerweise einen Diplomaten dazu verpflichtet, alles gut zu heißen und zu verteidigen, was die hohe Obrigkeit veranlaßt und verschuldet!

Der Schwerpunkt seiner Ausführungen liegt jedenfalls in seiner Petersburger Botschafterzeit.

Sehr anmutig schildert zunächst der Verfasser, der im Jahre 1822 auf dem schlesischen Gute seines Vaters geboren wurde, die damaligen ländlichen Verhältnisse und seine Jugend. Man sieht, wie die damaligen Gutsbesitzer nach den Befreiungskriegen, ganz ähnlich wie die heutigen, unter den wirtschaftlichen Folgen des Krieges zu leiden hatten. Drollig erscheint es ferner, wenn er erzählt, daß zwar ein Theologe Hauslehrer war, daß er aber niemals jemanden im Hause habe beten sehen, und daß er als Kind nie in die Kirche geschickt wurde.

Dann kam die Potsdamer Zeit beim Ersten Garderegiment zu Fuß. Wir blicken in das Hauptquartier jener Kaste, die im alten Staate eine so einflußreiche Stellung einnahm, deren Anschauungen auf die meisten anderen Stände übergriffen, ein Organismus, der einen Staat im Staate bildete, die Politik leider auch beeinflußte und bei Hofe maßgebend war, der Großes geleistet, aber auch manches verschuldet hat, der bedeutende Männer hervorbrachte, aber einen etwas mittelalterlichen Wertmesser für das gesamte staatliche und bürgerliche Leben schuf. Sechszwanzig Friedensjahre werden als eine Last emp-

funden, weil das Avancement dadurch litt und der Krieg die einzige Möglichkeit bot zu rascher Karriere. Der Verfasser schildert sehr anschaulich den Thronwechsel 1840 mit den unausbleiblichen Uniformwechseln, die dann folgten, er schildert die Vorbereitungen für „die große Epoche, welche uns durch die Stadien der Enttäuschung und Erniedrigung, durch ernste Arbeit und blutigen Kampf zu der Höhe geführt hat, auf welcher wir unter dem großen Kaiser Wilhelm standen.“ Aus seinen Zeilen spricht der „Potsdamer Geist“, der die Autokratie zur Voraussetzung hat, und dessen Bismarck sich bediente für seine politischen Zwecke, der aber auch leider nachher im Reiche übermäßigen Ausdruck fand.

War nicht der große Staatsmann selbst bis zu einem gewissen Grade eine Verkörperung des „Potsdamer Geistes“, der auf junkerlich-militärischen Voraussetzungen beruhte? In welchem anderen Lande würde wohl ein Staatsmann, der niemals Heerführer war, als Kürassier sich zeigen und als solcher in einem auf dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht beruhenden Reichstag erscheinen? Kann man sich ein Denkmal Cavours oder Gortschakows oder gar Disraelis als Kürassier vorstellen? Hat es nicht etwas Groteskes, wenn ein Botschafter oder Minister als Husarenleutnant oder Rittmeister einherstieft und die Ziviluniform verschmäht, die allerdings mehr durch Handarbeit glänzte als durch guten Geschmack?

„Unsere Begeisterung für das legitime Königstum war so tief und fest begründet, daß wir jeder nationalen Erscheinung, die damit im Widerspruch stand, also vor allem der deutschen, auf Einheit gerichteten, mit Haß und Verachtung gegenüberstanden.“

Die Frankfurter Jahre (1854 bis 1857) als Adjutant des Generals Grafen Waldersee brachten

Schweinitz zuerst in intimere Fühlung mit Bismarck, und man kann sagen, daß sie der Ausgangspunkt seiner späteren glänzenden Laufbahn waren. Hier erweitern sich seine Interessen, bisher überwiegend militärische, in der Richtung der großen Politik. Er wurde zum Schüler Bismarcks, dessen Absichten er später an wichtigen Stellen zu vertreten hatte, den er stets bewunderte, aber keineswegs immer zustimmend beurteilte.

Schweinitz war sodann einige Jahre Adjutant beim späteren Kronprinzen. Er bestätigt, daß wir 1859 im Mai und Juni uns zum Kriege gerüstet hatten, da der Entschluß des Prinzregenten feststand, den Österreichern zu Hilfe zu kommen, sobald Napoleon den Mincio überschritt. Also die italienische Einheit sollte damals ebenso verhindert werden, wie später die serbische! Während Bismarck, damals Gesandter in Petersburg, und auch einige Diplomaten liberaler Richtung sich gegen die Unterstützung Österreichs aussprachen, schrieb Moltke Denkschriften, die auch den Botschafter Schweinitz von der Notwendigkeit überzeugten, daß die Mincio-Linie in den Händen Österreichs bleiben müsse. Es klingt heute merkwürdig, aber aus der reaktionären Einstellung der damaligen Zeit verständlich, wenn Schweinitz hinzufügt: „Wenn wir damals im Verein mit Deutschland und Österreich das Napoleonische Kaisertum niedergeworfen hätten, so würden wir eine erträgliche Stellung in Deutschland erlangt haben; freilich keine Suprematie wie jetzt, aber auch kein allgemeines Stimmrecht, keinen kirchlichen Kampf und keine Verwirrung aller Begriffe von Sittlichkeit und Recht.“

Bismarck erkannte damals, was er leider später vergaß, daß die eigentliche Gefahr nicht in Paris, sondern in Wien zu suchen war.

Im Jahre 1861 wurde Schweinitz Militärattaché in Wien. Hier erlag er ganz dem Zauber des Wiener Lebens und der vornehmen eleganten Gesellschaft, der aristokratischen Generale, der großen Familien, welche eine Stellung einnahmen, die mit den bescheidenen Berliner Verhältnissen keinen Vergleich zuließ. Der ausgesprochen feudale Charakter des damaligen Österreich entsprach seinem konservativen Geschmack und begründete eine auch in späteren Jahren sich geltend machende Überschätzung dieses Staatswesens. „Denn ich war fest in dem Glauben, daß nur durch aufrichtiges Einverständnis mit Österreich der Kampf gegen die Revolution und die unabweisbare Reform der Bundesverfassung zu gutem Ende geführt werden könnten.“ Aus Rücksicht auf die Empfindlichkeiten des Wiener Hofes und aus Abneigung gegen das revolutionäre Italien war er gegen einen Besuch des Kronprinzen am Turiner Hofe und wußte bei der italienischen Reise des Kronprinzen, den er begleitete, jede Berührung mit dem italienischen Königshause zu verhindern.

Dann sehen wir Schweinitz wieder als Adjutant beim Kronprinzen von 1863 bis 1865. Als das Kronprinzliche Paar auf einer Reise durch die Altmark Schönhausen berührte, erwartete sie Bismarck zu Pferde an der Grenze seines Gutes. „Der Kronprinz war kühl, aber höflich, während die Prinzessin den Gruß des Ministerpräsidenten kaum erwiderte und immer nach der anderen Seite hinsah, als er neben dem Wagen einhertrabte.“

Mit seiner Ernennung zum Militärbevollmächtigten in Petersburg, einer Stellung, die er von 1865 bis 1869 innehatte, und die ihn in dauernde Fühlung mit dem Zaren brachte, beginnt die eigentliche politische Laufbahn des späteren Botschafters.

Bemerkenswert sind seine Äußerungen über die damalige Haltung Alexanders II. und deren Motive: „Unser Verhältnis zu Rußland im Jahre 1865 war im ganzen ein gutes, trotz unserer nationalen Bestrebungen, welche in der schleswig-holsteinschen Frage Kraft und Ernst gezeigt hatten. Glücklicherweise teilte Kaiser Alexander die allgemeine Meinung, welche in Herrn v. Bismarck den Hort des Konservatismus erblickte und von ihm glaubte, daß, wenn er die Waffen der Revolution selbst in die Hand nahm, dies nur geschehe, um sie zu zerbrechen, nicht aber um sie gegen die deutschen Fürsten zu gebrauchen.“ Ferner lesen wir: „Die Hauptsache, welche zu unseren Gunsten entschied, war freilich anderswo zu suchen, nämlich in der tiefen Verstimmung, welche zwischen Frankreich und England einerseits und Rußland andererseits nach der polnischen Insurrektion eingetreten war.“

Glänzend sind auch folgende Ausführungen: „Wenn nun jene Stimmung, welche der Austausch von Höflichkeiten beim Pariser Kongreß und in Stuttgart genährt hatte, zur Zeit des Dänischen Krieges noch fortgedauert hätte, so wäre die Lostrennung der Herzogtümer unmöglich gewesen; aber der polnische Aufstand hatte die ganze Situation verändert, und Bismarck hatte dies augenblicklich verstanden und gründlich ausgenutzt. Kaum war nämlich die Insurrektion ausgebrochen, als der preußische Ministerpräsident mitten im heftigsten Kampf gegen die Opposition im eigenen Lande offen Partei für Rußland ergriff; ungebeten, ja fast gegen den Wunsch der Petersburger Regierung und mehr noch der Warschauer Statthalterchaft drang ihnen Bismarck unsere guten Dienste auf. Die ziemlich ungeschickt gemachte, vom Generaladjutanten Alvensleben abgeschlossene Konvention

vom 8. Februar 1863 wurde in Rußland und bei uns, selbst von den Konservativen, getadelt, und zwar so heftig, daß sie halb und halb verleugnet werden mußte; in Paris und London rief sie einen Sturm hervor; in Wien machte man sich über sie lustig. Bismarck aber wußte sehr wohl, was er tat, und, abgesehen von jener nicht glücklichen Form des Abkommens, ist dieses als ein Meisterstück des großen Politikers zu bewundern." An einer anderen Stelle:

„Am Nachmittage jenes 15. Februar 1763, in dessen Frühe der Hubertusburger Friede unterzeichnet wurde, schrieb Friedrich der Große an Katharina II. und bot ihr seine Dienste in den Wirren an, welche die bevorstehende polnische Königswahl in Aussicht stellte. Mit diesem denkwürdigen Tage begann die Gemeinsamkeit der preußisch-russischen Interessen im Weichsellande und infolgedessen ihre Solidarität in den meisten europäischen Fragen.“

Als der Krieg gegen Österreich sich vorbereitete und Bismarck dazu entschlossen war, betrachtete Alexander II. diesen Kampf als ein Unglück. Er hatte sich noch nicht von den Überlieferungen der Heiligen Allianz freigemacht, und wie sein Vater den Österreichern zum Schutze der Legitimität gegen das revolutionäre Ungarn Hilfe leistete, so sah auch Alexander in der Revolution den gemeinsamen Feind, der aus einem solchen Kriege nur Vorteile ziehen würde. Der national-orthodoxe Gedanke, der später unter Moskauer Einflüssen zu einem wachsenden Gegensatz zu Österreich führte, wick damals noch in Petersburg dem legitimistischen Solidaritätsgefühl der Dynastien.

In St. Petersburg hatte Schweinitz seinen ersten diplomatischen Erfolg. An der Seite eines schwachen Gesandten, der wegen seiner Austrophilie von Bismarck völlig unorientiert blieb, fiel dem damaligen

Oberstleutnant die Aufgabe zu, die Berliner Politik bei Alexander zu vertreten und ihm von jedem natürlich höchst unerwünschten Druck auf Berlin abzuhalten.

„Ich sehe jetzt mit hoher Befriedigung auf jene schwere Zeit zurück, in welcher ich mit mehr Festigkeit als man in Petersburg bei den Vertretern Preußens zu finden gewohnt war, den Standpunkt meiner Regierung verteidigte.“

Tatsächlich gelang es ihm trotz mächtiger Gegenwirkungen namentlich von seiten der deutschen fürstlichen Verwandtschaft, eine Einmischung des Zaren zu verhindern. Ihm hatte es Bismarck mit zu verdanken, daß er seine größte staatsmännische Tat, die Lösung der deutschen Frage im kleindeutschen Sinne, ungehindert ausführen konnte.

Bemerkenswert ist auch, was Schweinitz über die Stimmung Alexanders II. gegen Napoleon III. sagt: „Das Vorgehen Napoleons in der polnischen Sache hatte ihm bald darauf dem Kaiser von Rußland für immer entfremdet, und letzterer hat seitdem bis zum Tage von Sedan in seiner Ansicht über jenen Aventureur nicht einen Augenblick geschwankt.“

Seine eigene damalige Lage und die Schwierigkeiten, denen er gegenüberstand, charakterisiert Schweinitz durch folgende Worte: „Ohne jede Instruktion von meinem Hofe, ohne eine Zeile von Bismarck, ohne Kenntnis von unserer Politik, mußte ich diese einem mächtigen Selbstherrscher gegenüber verteidigen, der von seiner Gemahlin, von seiner Schwester und von einer Schar deutscher fürstlicher Verwandten ununterbrochen gegen uns gereizt wurde. Unser Gesandter verhielt sich passiv, der Vizekanzler war gegen uns, ebenso die russischen Gesandten in

Berlin und Paris; nur einen Bundesgenossen hatte ich, einen mächtigen, im Herzen jenes edlen Monarchen, welcher auf dem siebenten Teil der Erdoberfläche unumschränkt gebot. Seine Pietät für das Andenken seiner Mutter, die Erinnerung an seine Kindheit und Jugend, die so innig mit preußischen Dingen verknüpft waren, und sein bewundernswertes Verständnis für die Tugenden unseres Heeres erwiesen sich stärker als alle feindlichen Einflüsterungen und wie die wohlbegründeten Mahnungen politischer Ratgeber."

Mit dem im Jahre 1867 eingetretenen Gesandtenwechsel, wobei Graf Roedern von Prinz Reuß abgelöst wurde, hörte die anormale politische Rolle des Verfassers auf.

Von 1869 bis 1876 war Schweinitz Gesandter beziehungsweise Botschafter in Wien. Zuerst ward ihm ein überaus kühler Empfang zuteil, da bei Hof und in der Gesellschaft das Jahr 1866 noch zu frisch in der Erinnerung stand. Noch über das unselige Bündnis hinaus dauerte bekanntlich die Abneigung der leitenden Wiener Kreise gegen alles „Preußische“, der freilich andererseits die in bürgerlichen Kreisen heimische, nationale, auf Annäherung und sogar auf Anschluß gerichtete Bewegung allmählich entgegen wuchs. Erst unter Wilhelm II., der sich einer gewissen Beliebtheit in Wien erfreute, wurden Hof und Gesellschaft uns freundlicher gestimmt.

Als der Krieg mit Frankreich unvermeidlich wurde, erklärte Graf Beust, daß Österreich neutral bleiben wolle. Schweinitz hatte aber guten Grund, an der Aufrichtigkeit dieser Äußerung zu zweifeln. Erst als Beust sich davon überzeugt hatte, daß Graf Bray, der bayrische Ministerpräsident, und die übrigen Süddeutschen nicht gegen Preußen Stellung nehmen würden, war die Gefahr einer sofortigen Unter-

stützung Frankreichs beseitigt. Trotzdem berichtet Schweinitz, daß der Kaiser, Erzherzog Albrecht und der Kriegsminister schnelle Erfolge der Franzosen herbeisehnten, um dann loszubrechen. Wieviel wir damals der Haltung Alexanders II. zu verdanken hatten, geht aus der Bemerkung hervor, daß, früher als alle anderen, Graf Beust verstand, wessen sich Österreich von Rußland zu gewärtigen hätte, sobald es Anstalten zur Teilnahme am Kriege machte. „Graf Beust aber wußte, auch ohne Choteks\*) Berichte und ohne Andeutung von mir, daß Rußland nicht untätig bleiben würde, wenn Österreich sich rührte.“ — „Ich meinerseits habe in Wien während des ganzen Krieges nie ein Wort davon gesagt, daß wir das Versprechen des Zaren besaßen, er werde dreimalhunderttausend Mann an die Grenze rücken lassen, wenn Österreich sich am Kriege beteilige.“

Sehr betroffen ist Schweinitz durch das Telegramm, das Wilhelm I. an Alexander II. nach dem Präliminarfrieden von Bordeaux gerichtet hat: „So stehen wir am Ende eines glorreichen aber blutigen Krieges, der uns durch beispielslose Frivolität aufgedrungen worden ist. Nie wird Preußen vergessen, daß es Ihnen verdankt, daß der Krieg nicht äußerste Dimensionen angenommen hat. Gott segne Sie dafür! Ihr fürs Leben dankbarer Wilhelm.“ Er fügt hinzu: „Also nur der russischen Drohung, nicht dem Wiener Bürgersinn, nicht der deutschen Gesinnung und der Weisheit des Grafen Beust (!), nicht dem magyarischen Einfluß verdanken wir die Neutralität Österreich-Ungarns!“

Von der Dankbarkeit gegen Rußland ist später allerdings wenig mehr zu spüren gewesen, wenn auch

\*) Österreichisch-ungarischer Botschafter in St. Petersburg.

bei Wilhelm I., so doch leider keinesfalls bei seinem Minister.

Die ersten Anzeichen einer Verstimmung zwischen Berlin und Petersburg zeigten sich im Jahre 1874 anlässlich der Amtsernennung Serranos als Präsidenten der spanischen Republik. Hierüber schreibt Schweinitz: „Dann aber schrieb ich dem Fürsten, daß ich, nachdem er mich seit 20 Jahren mit Wohlwollen erfreut und meine Karriere befördert habe, es ihm schuldig sei, offen zu gestehen, daß ich bedauern würde, wenn Rußland, ohne dessen Freundschaft wir die nationale Politik 1866 und 1870 nicht hätten durchführen können, jetzt Serranos wegen beleidigt würde. Kaiser Alexander war indigniert, außer sich und mehr geneigt, dem Fürsten Gortschakow Gehör zu schenken, wenn dieser das ohnehin zunehmende Mißtrauen gegen Fürst Bismarck zu steigern suchte.“

Über die berühmte „Krieg in Sicht“-Affäre, die den eigentlichen Ausgangspunkt unserer Entfremdung mit Rußland bildet, welche schließlich zum Weltkriege geführt hat, schreibt Schweinitz: „Am 10. Mai war Kaiser Alexander auf der Reise nach Ems durch Berlin gekommen. Einige unvorsichtige Äußerungen des Herrn v. Radowitz und der berühmte „Krieg in Sicht?“-Artikel der „Post“ gaben dem Fürsten Gortschakow Gelegenheit, die Rolle des Friedensstifters zu spielen. Er telegraphierte an verschiedene Gesandtschaften, daß jetzt jede Kriegsgefahr beseitigt sei, und bald wurde in Frankreich verkündigt, daß Kaiser Alexanders Machtwort den Fürsten Bismarck verhindert habe, über Frankreich herzufallen. Der Kaiser Alexander aber hat mir später oft gesagt, er habe während seiner damaligen Anwesenheit in Berlin kein Wort von Kriegsgefahr oder Rüstungen sprechen

gehört und erst, als er schon in Ems war, mit Erstaunen vernommen, daß er einen Krieg verhindert haben sollte. Von jenem Zeitpunkte datierte der Haß des deutschen Kanzlers gegen den russischen, darunter haben viele Unschuldige leiden müssen."

Die „Krieg in Sicht“-Affäre war der erste Schritt auf dem Wege nach Versailles! Man mißtraute dem großen Manne, der sich eigentlich schon überlebt hatte, und dessen große Zeit zwischen 1862 bis 1871 lag, in Petersburg ebenso sehr wie in London.

## II

Der bei weitem wichtigste Teil der Auszeichnungen des Generals v. Schweinitz bezieht sich auf die Zeit von 1876 bis 1892, als er Botschafter in Petersburg war und die Entfremdung zwischen Berlin und Petersburg trotz seiner Warnungen infolge des Großen Bismarcks gegen Gortschakow immer stärker in Erscheinung trat. Daß die Epigonen später in dieser Richtung kräftig weiter schritten, war ja selbstverständlich. So kam es zur Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages und zur Russisch-Französischen Allianz von 1892. Wir sehen aus den Ausführungen des Herrn v. Schweinitz, daß damals im Gegensatz zu der von Moskau aus unter Leitung von Aksakow sich rührenden nationalistisch-orthodoxen Bewegung, die zuerst die slawophile und dann die panslawistische hieß, und die sich vornehmlich gegen Österreich und die Türkei richtete und gegen uns insofern, als wir uns schützend vor beide stellten, der Zar noch im Banne der Heiligen Allianz stand. Der „Monarch ging dann zu der Tagesfrage, der orientalischen, über und sprach seine Befriedigung aus, daß eine Übereinstimmung der sechs Mächte durch das einträchtige Zusammenhalten der

drei Kaiserreiche herbeigeführt sei, welches ohne den Namen der Heiligen Allianz deren Inhalt und Wirkung habe. Ich stimmte dem Kaiser bei, als er sagte, daß er volles Vertrauen in die Wiener Politik setzte, gipfelte doch meine Instruktion in dem Satze, allem zuzustimmen, worin Rußland und Österreich einig würden." (!)

Auch Bismarck klammerte sich noch immer an den Gedanken des Drei-Kaiser-Bundes und sah nicht, daß in den meisten Ländern der Staatsgedanke von der dynastischen auf die nationale Grundlage überging, von der konservativen zur liberalen und demokratischen, und daß daher zwischen Rußland und Österreich auf die Dauer keine Freundschaft möglich war.

Wie sehr Fürst Gortschakow übrigens bestrebt war, das gute Verhältnis zu Bismarck wieder herzustellen, zeigt das folgende: „Die unselige Friedensstiftung vom Jahre 1875 wurde gleich an einem der ersten Tage vom Fürsten Gortschakow zum Gegenstande einer Unterhaltung gemacht. Er wünschte sein damaliges Verhalten zu erklären und zu rechtfertigen und schilderte die Aufregung, in welcher er die in Berlin beglaubigten Botschafter gefunden hatte. Die Grundlosigkeit ihrer Befürchtungen, die er nicht einen Augenblick geteilt, öffentlich darzulegen, sei der einzige Zweck gewesen, den er verfolgt habe, als er das bekannte Telegramm nach Karlsruhe sandte, durch welches die geängstigte Welt beruhigt werden sollte. „Es ist ja natürlich,“ fügte der Fürst hinzu, „daß ein Riese gefürchtet wird.“ Er erging sich dann in Versicherungen seiner Freundschaft und Bewunderung für den Fürsten Bismarck, der sich seinen Schüler genannt habe, ein Scherz, der nur in dem Sinne gelten könne, wie Raphael Schüler des Perugino war.“

Am 18. April 1876 sagte Herr v. Giers, genau wie 1914 Herr Sasonow: „Nous n'avons pas de programme, si ce n'est paix, mais nous ne pouvons pas laisser écraser la Serbie.“

Immer weiter tritt das Bestreben hervor — auch auf russischer Seite — möglichst im bisherigen Nichtstun zu verbleiben, unbequeme Situationen zu vermeiden und den „status quo“ im Orient zu erhalten.

Die bosnischen Unruhen im Jahre 1876 und die Haltung Serbiens und Montenegros bereiteten den Mächten arge Verlegenheiten. Sie spielten Vogel-Strauß-Politik und sahen nicht, daß die Unabhängigkeit und Einigkeit der Balkanvölker sich nicht verhindern, höchstens hinausschieben ließ. Hätten wir schon damals den Russen freie Hand gelassen, auch Österreich gegenüber, statt letzteres immer zu unterstützen und zu schützen, und unser völliges Desinteressement erklärt, so konnte es niemals einen Weltkrieg geben! Hierzu berichtet Schweinitz: „Gegen uns fing man schon damals an, etwas mißtrauisch zu werden; in einem bemerkenswerten Artikel vom 3. Juni sagte die russische „St. Petersburger Zeitung“: „Aus den Berliner Verhandlungen ist zu ersehen, daß Fürst Bismarck lange nicht so nachgiebig ist in bezug auf die Wünsche und Bestrebungen Rußlands, als wir zu erwarten berechtigt waren. Im Gegenteil, der deutsche Reichskanzler hat sich in vieler Beziehung mehr auf die Seite Österreichs gestellt, und infolgedessen hat das ursprüngliche Programm des Fürsten Gortschakow einige wesentliche Veränderungen erfahren.“

Unter dem Druck dieser Verhältnisse und um freie Hand gegen die Türkei zu gewinnen, beging dann Gortschakow den verhängnisvollen Fehler der Reichstadter Abmachungen, die den Österreichern als Kompensation den Erwerb Bosniens in Aussicht stellten.

Wie wenig Verlaß aber auf diesen Drei-Kaiser-Bund war, erhellt aus der Anfrage, die General von Werder zur großen Entrüstung Bismarcks am 1. Oktober 1876 im Auftrage Alexanders II. aus Livadia nach Berlin richtete, nämlich: welche Haltung wir im Falle eines russischen Angriffs auf Österreich einnehmen würden?

Schon damals fühlten wohl die russischen Machthaber, daß die südslawische und auch die ruthenische Frage nicht anders als durch Krieg zu lösen sei, und Alexander II. hoffte, daß die Dankesschuld, die wir ihm für seine Haltung 1866 und 1870 zollten, und auf die Wilhelm I. in einem kurz vorher durch General v. Manteuffel überbrachten Brief noch besonders hinwies, uns veranlassen würde, eine entsprechende Haltung einzunehmen. Große Wut in Berlin über Werders Brief, obwohl wir uns in ähnlichen Lagen und mit gutem Erfolg auch des Militärbevollmächtigten v. Schweinitz bedient hatten!

Schon in dieser dem Türkenkriege vorhergehenden Periode zeigt sich beim Zaren und bei seinem Kanzler eine dauernde Verstimmung über die Haltung Bismarcks, auf dessen dankbare Unterstützung man gerechnet und in dem man sich enttäuscht sah. Immer neue Klagen über die laue Haltung der Berliner Regierung in der orientalischen Frage, immer wiederholte Mahnungen für die Dankesschuld von 1866 und 1870, wie für einen Wechsel, der nicht honoriert wird!

Unter dem Eindruck dieser Mißstimmung, die noch durch gereizte und vorwurfsvolle Erlasse aus Berlin genährt wurde, fänden die ersten Annäherungsversuche von französischer Seite statt. Fürst Gortschakow leugnet jede amtliche Unterstützung, fügt aber hinzu: „Les empereurs sont d'accord, mais pas les empires.“

Durch die ganze Zeit vor dem Berliner Kongreß

zieht sich eine dauernde Gereiztheit, eine ununterbrochene Pikiertheit, verbunden mit Sticheleien. Die üble Laune des Diktators gegen Gortschakow, der sein Selbstgefühl verletzt hatte, der vermessen genug gewesen war, den Friedensstifter zu spielen, kommt überall zum Ausdruck. Andererseits glaubte Alexander II. im Bewußtsein der ungeheueren Dienste, die er uns geleistet, und ohne die die Bismarcksche Politik undenkbar war, einen Anspruch auf unsere Dankbarkeit und Unterstützung zu besitzen. Daß unsere Haltung diesen Erwartungen nicht entsprach, bildet den Gegenstand dauernder Vorwürfe und Vorstellungen. Bismarck war bestrebt, zwischen Rußland einerseits und Österreich und England andererseits zu lavieren, und das war es, was man ihm in St. Petersburg verübelte.

Während des Türkenkrieges trat wieder ein Umschwung der allgemeinen Stimmung zu unseren Gunsten ein. Hierüber berichtet der Verfasser: „Ich muß übrigens anerkennen, daß trotz des damals hervortretenden slawischen Übermuts eine verständige Anerkennung der Dienste zutage trat, welche wir der russischen Politik bis dahin geleistet hatten; das Überschreiten der Donau und das schnelle Vordringen Gurkos gerade auf Adrianopel zu hatte den einsichtigeren Politikern in Moskau zur Erkenntnis gebracht, daß Rußland alles dieses nur wagen konnte, weil es Deutschlands sicher war; und so ging, Ende Juli 1877, von Moskau der Vorschlag aus, eine Dankadresse an den Kaiser Wilhelm zu richten, um der Erkenntlichkeit des russischen Volkes für die freundschaftliche Haltung Deutschlands Ausdruck zu geben; gleichzeitig bildete sich ein Damenkomitee, um die Anfertigung eines kostbaren Teppichs vorzubereiten, welcher dem Fürsten Bismarck überreicht werden sollte.“

Während also das Verhältnis zu Berlin und auch zu Wien sich während des Balkankrieges gebessert hatte, und man in Rußland anerkennende Worte fand für unsere freundschaftliche Haltung, weiß der Botschafter von neuen Verstimmungen zu berichten, die sich nach Beendigung des Krieges einstellten. So war Alexander II. wütend über einen Brief Wilhelms I., „er sei vom Minister diktiert, es stände kein Wort von Freundschaft drin.“ Bemerkenswert ist, daß Fürst Gortschakow gegen einen Kongreß nichts einzuwenden hatte, da er immer noch auf unsere volle Unterstützung rechnete und gern einen Krieg mit England vermeiden wollte. Auch Berlin war ihm recht als Kongreßort, Wien oder London lehnte er ab. Ganz klar formuliert Gortschakow seinen Standpunkt, wenn er sagt: „Sie sollten jetzt etwas mehr tun! Sie sagen immer, wenn Rußland und Österreich einig sind, dann stimmen wir zu; das ist jetzt nicht genug.“ Schweinitz fügt hinzu: „Und hiermit kam er wieder auf das zurück, was Kaiser Alexander im Jahre 1870 getan hätte.“

Damals standen wir am Wendepunkt. Der alte Drei-Kaiser-Bund, an dem offiziell zwar noch festgehalten wurde, auch auf russischer Seite, war infolge des wachsenden russisch-österreichischen Gegensatzes brüchig, wir mußten zwischen Rußland und Österreich wählen, mit beiden auf die Dauer zusammenzugehen, war nicht mehr möglich. Daß Bismarck sich für Österreich entschied, war sein größter, sein verhängnisvollster Irrtum.

Im allgemeinen wird angenommen, daß es der Kongreß selbst war, der die Entfremdung mit Rußland herbeiführte. Aus den Aufzeichnungen des Botschafters entnehmen wir, daß das nicht der Fall war,

es war Bismarcks Haltung auf dem Kongreß, die verstimmt, und der die Schuld am Zurückweichen Rußlands zugeschrieben wurde. „Bei Fürst Gortschakow, der glücklich ist, weil wir den Kongreß in Berlin empfangen.“ „Der Kaiser bezeichnete das Zustandekommen des Kongresses und dessen friedentiftenden Ausgang als dringend wünschenswert.“

Doch das Mißtrauen gegen Bismarck und die Erregung über seine Haltung traten bald wieder hervor, als letzterer eine Vorkonferenz anregte. England und Österreich nahmen eine drohende Haltung gegen Rußland ein, um so größeren Wert hatte unsere Freundschaft. Am 21. März 1878 berichtet Schweinitz: „Mehrere russische Zeitungen sprechen die Behauptung aus, daß Fürst Bismarck im Verein mit Graf Andraszy die von Rußland erkämpften Erfolg schmälern wolle.“

Während Fürst Gortschakow fortfährt, in elegischem Tone über unsere Haltung zu sprechen, ist Mac Mahon bereits bestrebt, sich den Russen zu nähern.“ Er erklärt: „Qu'il voulait marcher avec la Russie.“

Als Schweinitz den Auftrag erhielt, Rußland zu Zugeständnissen an Österreich zu veranlassen, um es nicht in die Arme Englands zu treiben, bemerkt er hierzu: „Ich ersuchte Herrn v. Giers,\*) sich Aufzeichnungen von meinen Eröffnungen zu machen und sie zur Kenntnis des Kaisers zu bringen; er sagte, sie würden Seine Majestät schmerzlich berühren. Dies kann auch nicht anders sein, denn seit Beginn des Krieges haben Kaiser, Regierung und Presse oft genug die Erwartung ausgesprochen, daß Deutschland, gleich wie

---

\*) Vertreter des Fürsten Gortschakow und später Minister des Äußern.

Rußland im Jahre 1870, einen Druck auf Österreich üben würde; das unglückselige Danktelegramm aus Versailles und die Sendung Mantuffels nach Warschau im Herbst 1876 berechtigten zu solchen Hoffnungen; ich habe von Anfang an, auch schon in Livadia im Oktober jenes Jahres, daran gearbeitet, diese Hoffnungen abzuschwächen; dennoch muß es jetzt auf den Kaiser Alexander einen furchtbaren Eindruck machen, wenn ihm zur Gewißheit wird, daß wir, statt Österreich zur Milderung seiner exorbitanten Ansprüche zu ermahnen, ihn auffordern, letztere zu befriedigen."

Deutlicher kann man es nicht aussprechen, daß wir schon damals im Begriff waren, Rußland in die Arme Frankreichs zu treiben.

Am 22. Juni 1878 schreibt der Verfasser: „Prinz Alexander von Hessen, der Bruder der Kaiserin, kam heute von Zarskoje Selo herein und besuchte mich; er sagte: „Es geht sehr schlecht beim Kongreß; Andraszy treibt geradezu zum Kriege; wenn der Kaiser Alexander diesen Forderungen nachgibt, dann kann er ja gar nicht Kaiser bleiben; er sagt geradezu: „Si on veut m'acculer, me mettre entre la guerre et l'humiliation de la Russie, mon choix est fait.“ Fürst Bismarck hat es in der Hand."

Als der Verfasser während des Kongresses in Berlin war, beklagte sich Gortschakow über Bismarcks Haltung sogar im Gegensatz zu der von Lord Beaconsfield. Nach einem Besuch beim Staatssekretär von Bülow schreibt Schweinitz: „Es konnte mir aber doch keinen Augenblick verborgen bleiben, daß meine Auffassung unseres Verhältnisses zu Rußland an entscheidender Stelle nicht gutgeheißen wird."

In einer Denkschrift des Generals Schweinitz vom

Herbst 1883 heißt es: „Als er (Graf Peter Schuwalow)\*) nun durch uns in Berlin viel mehr erreichte, als er zu ertrotzen imstande gewesen wäre, wurde teils durch Fürst Gortschakow, teils durch die Presse, welche durch Erregung von Unzufriedenheit die Regierung zu liberalen Reformen drängen wollte, dasjenige, was ein Erfolg Rußlands war, zur Niederlage gestempelt. Seit jener Zeit steht am Hofe, im Heer und in allen Schichten der russischen Gesellschaft das Axiom fest, daß Rußland in Berlin geschädigt und gedemütigt wurde, und — weil dies gerade in Berlin geschah — so schiebt man alle Schuld auf uns; ebenso sinnlos und nicht minder allgemein wie einst in Frankreich der Ruf nach „Revanche pour Sadowa“ ist in Rußland der Wunsch, den Berliner Vertrag zu rächen. Diese Stimmung wurde künstlich erzeugt in den Wochen unmittelbar nach dem Kongreß, als der greise Kanzler, von Berlin zurückkehrend, beim Kaiser in Zarskoje Selo wohnte; gesteigert und genährt wurde sie während des ganzen folgenden Jahres, als Kommissionen auf verschiedenen Punkten der Balkanhalbinsel tagten, um die Grenzen zu bestimmen und die neuen Staatsgebilde zu konstruieren; die Fragen wegen Arab-Tabia, wegen der albanischen, an Montenegro abzutretenden Distrikte und andere, oft recht unbedeutende Meinungsverschiedenheiten, bei welchen wir stets auf Österreichs Seite traten, erbitterten den Kaiser und die öffentliche Meinung, soweit von einer solchen in Rußland die Rede sein kann, aufs äußerste; dann folgten die Abmachungen von Gastein und Wien im Herbst 1879; aber mehr Haß als alles dies haben unsere pflichtmäßigen (?) Sicherheitsmaßregeln gegen die Pest von Webljanka

\*) Russischer Botschafter in London und Vertrauter Alexander I.

erregt, welche geradezu einen Wendepunkt der Stimmung der Russen gegen die Deutschen bezeichnen." Im Februar 1879 schreibt der Verfasser: „Aus Berlin kamen unangenehme Telegramme, welche neue vexatorische Sperrmaßregeln gegen Rußland in Aussicht stellten, obgleich gar keine Pest mehr existiert.“ Ferner: „Die russische Presse wird recht feindlich. Der „Golos“\*) bezeichnet den gegenwärtigen Zeitpunkt als einen besonders günstigen, um sich Frankreichs Dankbarkeit zu sichern, indem man es aus seiner Isolierung befreit. Ich berichtete natürlich oft über diese Sprache der Zeitungen und fügte hinzu: „Viele, die noch vor sechs Wochen den Gedanken einer Annäherung an Frankreich von sich gewiesen haben würden, sind heute geneigt, darauf einzugehen. Der Grund hierfür liegt darin, daß die an sich schmerzliche Ausführung des Berliner Friedens mit den, von den westlichen Nachbarn angeordneten, unserer Initiative zugeschriebenen Sperrmaßregeln zusammenfällt.“

Bald darauf schreibt Schweinitz, daß Bismarck einen neuen angeblichen Pestfall wünscht, um Rußland noch mehr schikanieren zu können, als er es ohnehin schon tut! Dann hatte Schweinitz eine Unterhaltung mit dem Minister Walujew, der ihm nicht verhehlte, daß unsere Pestsperrung dort Mißtrauen erzeuge, Mißmut und die Neigung zum „Franzöisieren“ bedeutend steigere.

Der Zar hatte sich gegen General v. Werder dahin ausgesprochen, daß die Pestschikanen nichts anderes seien als Bismarcks Rache für Gortschakows Depesche von 1875 („Krieg in Sicht“) wegen vermeintlicher Friedensstiftung. Mit dem russischen Botschafter Oubril verkehre Fürst Bismarck gar nicht

\*) Bedeutendes liberales Organ.

mehr. Bei jeder orientalischen Frage antwortete man in Berlin, man müsse sicher erst in Wien erkundigen!

Zu Kaisers Geburtstag am 22. März hielt Schweinitz, erregt durch die übellaunige Politik seiner Regierung, „welche dem Kaiser Alexander die ehrlich gemeinte Ausführung des Berliner Vertrags erschwerte und die Absicht, ihn so zu reizen, daß er sich ins Unrecht setze, wohl durchschauend“, eine Rede, welche dieses unverhüllt aussprach. Man kann den Mut und den Charakter dieses Mannes nicht genug bewundern!

Interessant ist auch, was Schweinitz über die inneren Zustände sagt: „Die Ansicht, daß es in Rußland nicht mehr lange so fortgehen kann, wie es jetzt geht, gewinnt im In- und Ausland immer mehr Boden. Die Selbstherrschaft, sagt man, passe nicht mehr für die Zeit, man irrt hierin; mehr als je ist sie gerade jetzt geboten, aber sie existiert nicht mehr; sie ist zur Selbsterhaltung abgeschwächt. Mit dem zunehmenden Marasmus der Staatsgewalt wächst die Dreistigkeit der nihilistischen Sekte und die Unzufriedenheit aller Gebildeten; die große Masse des Volkes bleibt noch unbewegt. Sieht man ab von diesen noch nicht in Bewegung geratenen neun Zehnteln der Bevölkerung, so darf man behaupten, daß der Rest, also die Mehrzahl der Besitzenden, Lesenden und Denkenden, jetzt von der Notwendigkeit überzeugt ist, daß die Regierung durch die Heranziehung anderer Kräfte neu belebt und gestärkt werde. „Es muß wohl weit gekommen sein“, sagte General Trepow unlängst zu einem Bekannten, „wenn Schuwalow und ich verfassungsmäßige Zustände herbeiwünschen.“ Entschiedene Gegner solcher Reformen dürften im Augenblick nur diejenigen sein, welche von den Süßig-

keiten des jetzigen Systems leben. Diese stehen nun aber dem Throne am nächsten, halten Charaktere und Talente fern und bestärken den Monarchen in dem Glauben, daß die Millionen, welche Gott und dem Zaren treu sind, genügenden Schutz gegen das Häuflein der Nihilisten gewähren. Es mag ja auch wahr sein, daß es ein leichtes wäre, die Studenten in Charkow durch die Bauern erschlagen zu lassen, aber wenn die Autokratie nur auf der stumpfen, duldenden Masse und auf dem servilen, genießenden Amtsadel ruht, dann kommt sie ins Wanken."

Wie sehr Bismarck bestrebt war, die Russen zu ärgern, beleuchtet ferner die Tatsache, daß der englische Botschafter, Lord Dufferin, zu Schweinitz bemerkte, unser Londoner Botschafter habe Lord Salisbury erklärt, „que le gouvernement allemand ne voyait pas de raison pourquoi les Turcs n'entreraient pas dans la Roumélie orientale.“ „Dieses ist stark! Statt des erbetenen coup d'épaule gaben wir dem Grafen Schuwalow einen coup de pied“, bemerkt Schweinitz.

Der als Deutschenfreund bekannte Botschafter in London, Graf Peter Schuwalow, bat Schweinitz, „er möge alles tun, damit das Band zwischen Deutschland und Rußland nicht nur nicht gelöst, sondern nicht einmal gelockert werde.“ „Vous voyez“, sagte er halb scherzhaft, „on me croit payé par l'Allemagne et je ne puis rien faire; si je leur dis, demandez donc telle ou telle chose par Oubril on me répond, qu'on ne pourrait plus s'exposer à de nouvelles humiliations.“

### III

#### BOTSCHAFTER IN PETERSBURG. — DAS DEUTSCH- ÖSTERREICHISCHE BÜNDNIS

**F**ür die rabiante Stimmung, in die Bismarck sich Rußland gegenüber hineinredete, um schließlich zum verhängnisvollen Schlage, dem österreichischen Bündnis, zu gelangen, sprechen die Aufzeichnungen des Botschafters vom 5. April 1879, über seinen Besuch beim Diktator. Daß Prinz Arenberg, damals Sekretär an der Botschaft in St. Petersburg, beim Mundieren einer Denkschrift, die r's so machte, daß sie wie w's aussahen, bildete zunächst den Gegenstand des Anstoßes. Nachdem Bismarck alles getan hatte, was er konnte, um Rußland in die Arme unserer westlichen Gegner zu treiben, erfahren wir: „Das beständige Kokettieren Gortschakows mit Frankreich, die endlosen Rüstungen Miljutins, die Avant-Garden-Stellung der russischen Kavallerie an unserer Grenze, die tob-süchtige Sprache der Petersburger und Moskauer Presse haben im Kanzler die Überzeugung zur Reife gebracht, daß kein Verlaß mehr auf Rußland ist und selbst auf den Beherrscher nicht in demselben Grade wie früher; man könne sich also nicht um der unsicheren russischen Freundschaft willen mit den anderen Mächten verfeinden, und namentlich nicht mit England und Österreich. Mit letzterem müsse vielmehr ein engeres Verhältnis angestrebt werden, welches zu einem organischen, ohne Zustimmung der parlamentarischen Körperschaften nicht lösbaren, zu entwickeln sei.“ Man sieht, daß der Meister schon damals nicht mehr auf der früheren Höhe war und sich mehr von persönlichen Stimmungen leiten ließ, als von staatsmännischen Gesichtspunkten!

„Am Schluß der Unterhaltung kam der Fürst nochmals auf die r's und w's in dem Arenbergschen Mundum zu sprechen, dann wurde der österreichische Botschafter angemeldet, und ich ging, ohne daß der Kanzler eine einzige Frage über russische Zustände an mich gerichtet hätte.“ Man höre und staune! Das also war der große Mann in der Nachkriegszeit, der Wotan unserer Teutonen!

Auch Bleichröder bestätigt: „Wir stehen schlecht mit Rußland, sehr schlecht!“ Trotz aller Sticheleien und Demütigungen war Alexander II. immer noch bemüht, die alten traditionellen Beziehungen aufrecht zu erhalten. Er ließ keine Gelegenheit vorbeigehen, ohne die üblichen höfisch-militärischen Courtoisien zur Schau zu tragen. Regimentsfeste, Paraden und ähnliche Schaustellungen, die aber am Hofe eines Autokraten nicht bedeutungslos sind, werden benutzt, um seiner Sympathie für uns und unsere Waffenerfolge Ausdruck zu verleihen. Zutrinken und Erinnerung an Königgrätz und ähnliche, wohlgemeinte Brimborien! Immer noch klammerte er sich an den Gedanken der deutsch-russischen Interessengemeinschaft. Wie systematisch damals Bismarck eine antirussische Politik trieb, erhellt aus den Äußerungen Alexanders II. am 7. August 1879: „Ich habe einen Brief von Lobanow bekommen; er beklagt sich, daß Ihre Delegierten jedesmal gegen die unsrigen stimmen; bei jeder Frage, die aufgeworfen wird, sagt Ihre Regierung, daß sie kein Interesse an derselben habe, instruiert aber ihre Vertreter, mit Österreich zu votieren, auch wenn sie vorher unsere Ansicht als sachlich berechtigt anzuerkennen schien; so war es in Ost-Rumelien, und so ist es jetzt wieder an der türkisch-montenegrinischen Grenze wegen Mrkowitz. Die Österreicher haben ohne große Opfer zwei

Provinzen annektiert, und Rußland hat nichts als seinen alten bessarabischen Besitz zurückbekommen, und Sie nehmen überall die Partei Österreichs gegen uns, auch dann, wenn wir gar nichts für uns fordern. Wenn Sie wollen, daß die Freundschaft, welche uns hundert Jahre lang verbunden hat, fort-daure, dann sollten Sie dies ändern. Il est tout naturel que le contrecoup se produise ici; vous voyez le langage, que tiennent les journaux; cela finira d'une manière très sérieuse. J'en écrirai à l'Empereur quand je lui répondrai à la bonne lettre qu'il vient de m'envoyer." „Der Ton dieser Apostrophe“, sagt Schweinitz, „war mild, fast traurig, nichts weniger als drohend, und dies ist wesentlich für die Schätzung der Worte „cela finira d'une manière très sérieuse.“ Das haben wir 1914 leider gesehen! Die Folgen dieser Politik machten sich natürlich fühlbar. „Es sind viele französische Gäste im Lager; sie werden mit der ihnen gebührenden Achtung und Artigkeit, aber ohne jede demonstrative Bevorzugung behandelt. Wohl aber würde ein russischer Gegenbesuch, von welchem man schon seit einiger Zeit spricht, unsere Aufmerksamkeit verdienen; es heißt nämlich, daß General Obrutschew nach Frankreich geschickt werden soll.“

Die Haltung Alexanders beleuchten folgende Aufzeichnungen: „Kaiser Alexander will unterscheiden zwischen der Person des Kaisers Wilhelm und dessen Regierung, das heißt Bismarck; obwohl unsererseits ihm und Fürst Gortschakow gegenüber oft genug dasselbe geschah, so konnte ich ihm doch unmöglich auf dieses Gebiet folgen. Je irritierter sich der Kaiser zuweilen gegen Bismarcks Verfahren ausdrückte, um so demonstrativer wurde er gleich darauf in seinen Freund-

schaftsergüssen für unseren Kaiser und die preußische Armee."

Über das Entstehen des unseligen Bündnisses mit Österreich erzählt der Verfasser, wie Bismarck die russische Mißstimmung, die er doch verschuldet hatte, und die in dem bekannten Brief Alexanders II. vom 15. August 1879 an Wilhelm I. zum Ausdruck kam, sowie die Entsendung des mit einer Französin verheirateten Generals Obrutschew zu den französischen Manövern benützte, um Wilhelm I. das Bündnis mit Österreich annehmbar zu machen. Inzwischen hatte zum großen Verdruß Bismarcks die bekannte Monarchen-Zusammenkunft in Alexandrowo stattgefunden, die den Zaren zu der Äußerung veranlaßte: „Gott sei Dank, ein Krieg mit Deutschland ist unmöglich!“ Bismarck aber suchte in einer 30 Seiten langen Denkschrift an den Kaiser darzulegen, daß die alte und bewährte Freundschaft mit Rußland nicht mehr sicher und nur auf Alexander beruhe, und daß auch dieser nicht mehr verläßlich sei! Deshalb müßten wir uns nach anderer Anlehnung umsehen und sorgfältig vermeiden, die unsichere russische Bundesgenossenschaft durch Zugeständnisse zu erkaufen, welche uns Österreich entfremdeten oder die Stellung des Ministeriums Waddington gefährdeten, an dessen Erhaltung uns viel gelegen sei. Der Kaiser machte zu dieser Stelle die Bemerkung: „Also ich soll mich auf die zwei Augen des Herrn Waddington mehr verlassen als auf die des Kaisers Alexander.“

Bekanntlich und glücklicherweise ging Graf Andraszy nicht auf den Wunsch Bismarcks ein, ein organisches Verhältnis zu schaffen, das nur mit Zustimmung der beiden Parlamente zu lösen war! Also eine Rückkehr zum alten Heiligen Römischen Reiche mit den Hohenzollern statt

der Habsburger und mit dem Balkan statt des Apennin! Die magyrischen und österreichischen Russophoben bereiten dem Fürsten, in dem sie mit Recht den Träger einer antirussischen Politik erblickten, in Wien große Ovationen. Schweinitz aber schreibt: „Dagegen gingen wir schwere Verbindlichkeiten ein, deren Umfang ich zwar nicht genau kenne, von denen ich aber weiß, daß sie uns wegen Interessen, die uns fernliegen, in einen Krieg mit Rußland verwickeln können. Diese Abmachungen waren weder politisch noch militärisch nach dem Geschmack unseres Kaisers; deshalb ließ Fürst Bismarck den General Moltke ein Mémoire schreiben welches den Kaiser umstimmen sollte. Graf Moltke tat, was man von ihm verlangte; er sagte: „Wenn das Deutsche Reich nicht stark genug ist, um allein mit Frankreich fertig zu werden, so hat es überhaupt keine Berechtigung zur Existenz; folglich ist eine Verpflichtung Österreichs, uns beizustehen, überflüssig; dagegen ist uns eine Allianz bei einem zweiseitigen Angriff von West und Ost aus sehr wertvoll.“ Alles dies klingt sehr schön, ist aber sophistisch und verfehlt deshalb die Wirkung auf den klaren, gesunden Kopf unseres Kaisers; besonders schwer aber wurde es ihm, daß er jetzt, nachdem er soeben mit Alexander II. die innigsten Freundschaftsbeteuerungen ausgetauscht hatte, seinen Namen unter einen Traktat setzen sollte, der ihn zur Kriegserklärung an Rußland verpflichten konnte. Der Kaiser schildert mir in einfacher, ergreifender Weise den schweren Kampf, den er innerlich und äußerlich durchzumachen hatte; er sei nahe daran gewesen, zu abdizieren, als Bismarck ihm be-

stimmt erklärte, daß er zurücktreten werde „und Bismarck ist notwendiger als ich“, sagte der edle Herr. Schließlich erlangte Graf Stolberg, den Bismarck nach Baden schickte, die Unterschrift des Monarchen, und jetzt handelte es sich nur darum, was man dem Kaiser Alexander sagen solle, um den Widerspruch zwischen den Gesprächen von Alexandrowo und den Wiener Abmachungen in einem milden Lichte erscheinen zu lassen.“

Immer wieder frage ich mich: Wie war es möglich, daß keiner unserer Staatsmänner und Diplomaten die Verfehltheit dieser Politik erkannte, und daß niemand begriff, daß das Bündnis mit Österreich ein Unsinn war und mithin der ganze Dreibund, daß nur ein einziger unserer Diplomaten dauernd davor warnte, sich mit Österreich zu sehr einzulassen. Diese Erkenntnis hat dem Betreffenden allerdings den Ruf eines „Austrophoben“ eingetragen, der schon deshalb bedenklich war, weil der Wert unserer Diplomaten nicht nur nach dem Grade ihrer Unfähigkeit, sondern auch nach der Temperatur ihrer Einstellung zu Österreich beurteilt wurde.

Die Antwort ist einfach. Die Macht und der Fluch des Autoritätsglaubens enthebt von der Mühe selbständigen Denkens, einer Fähigkeit, die allerdings nicht alle besitzen. Wie wenige erkennen oder wagen es auszusprechen, daß der Bismarck der 70er und 80er Jahre nicht mehr auf der Höhe der Vorkriegszeit stand! Nichts liegt mir ferner als die Absicht, den Manen des großen Mannes die verdiente Ehrfurcht zu versagen, ich meine aber, daß die aufrichtige Bewunderung für seine großen Leistungen, die zur deutschen Einigkeit führten, sehr wohl vereinbar ist mit einer freimütigen Kritik seiner Handlungen im Zeitalter der Diktatur! Es ist ein Vor-

teil der englischen Verfassung, daß die Parteien sich ablösen und es selten vorgekommen ist, daß ein Minister länger als 10 Jahre hintereinander an der Macht bleibt.

Als letzte Instruktion bekam Schweinitz vor seiner Abreise nach Petersburg die Worte zu hören: „Also kühl bis ans Herz hinan!“ „Auch gegen den Kaiser?“ „Auch gegen den Kaiser!“

„Die Erregung des Fürsten,“ schreibt Schweinitz, „gegen die kaiserlichen Freunde von Alexandrowo ist so groß, daß gar kein ruhiger Gedankenaustausch möglich ist.“ Man würde es nicht für glaubhaft halten, wenn nicht jeder Zweifel an der Zuverlässigkeit des Autors völlig ausgeschlossen wäre.

Wie groß die damalige Machtstellung Bismarcks war, beleuchtet die Bemerkung: „Es pfeift hier alles aus demselben Loch; alles hängt ganz allein von Bismarck ab, nie gab es eine so vollständige Alleinherrschaft, nicht etwa bloß auf Furcht, sondern auf Bewunderung mit freiwilliger Unterordnung der Geister begründet.“

Unsere Haltung hatte der Stimmung Vorschub geleistet, daß wir die Absicht hatten, Rußland anzugreifen. „Es ist nämlich durch die jetzt massenhaft aus dem Auslande und namentlich aus Deutschland zurückkehrenden Russen hier (in St. Petersburg) der Glaube verbreitet worden, daß der Krieg gegen Rußland eine bei uns fest beschlossene Sache sei. Warum wir einen solchen Krieg führen wollen, wissen sie nicht zu sagen, aber sie lassen es sich nicht ausreden, daß sie jetzt an die Reihe kommen, nach dem Vorgange Österreichs und Frankreichs geschlagen zu werden.“

Man vergegenwärtige sich einmal die damalige Lage. Wir hatten Frankreich besiegt und ge-

demütigt, es betrachtete die elsäß-lothringische Frage als eine offene Wunde an seinem Körper, die nur die Zeit heilen konnte, nicht aber rauhe Eingriffe von fremder Hand. So wenig wie der Papst offiziell auf den „pouvoir temporel“ verzichten konnte ohne seine Stellung zu untergraben, obwohl die Kurie genau wußte, daß der Kirchenstaat niemals wieder erstehen würde, konnte Frankreich Elsaß-Lothringen offiziell preisgeben, obwohl die Franzosen nicht daran zweifelten, daß sie niemals wieder in Metz oder Straßburg einziehen würden, es sei denn — durch unsere Torheit. Sie wußten, daß weder Rußland noch England an der elsäß-lothringischen Frage Interesse hatten, und daß sie niemals für die „Revanche“ auf deren Hilfe rechnen konnten. Mit den Franzosen war ein korrekter Modus vivendi zu erreichen, falls wir mit Geschick und Takt ihre Empfindlichkeiten schonten und ihnen nicht dauernd unsere Überlegenheit zu fühlen gaben. Alle unsere Vertreter in Paris haben übereinstimmend in dem Sinne berichtet, daß man dort den Revanchekrieg nicht wollte, wenn auch gelegentlich davon die Rede war. Die Revancheidee war für die Franzosen dasselbe wie für die Juden der Messias oder für die Araber der Mahdi. Man hoffte — und das gab der Nation ein Ideal, das weder verwirklicht werden konnte noch sollte.

Mit England gab es damals noch keine Reibungsflächen, die Flottenfrage war noch nicht geboren, die Weltpolitik mit ihren Kolonien und ihrem Handel hatte noch nicht eingesetzt oder war erst in ihren Anfängen. Man wollte damals wie auch später immer sich mit uns verständigen, war aber auch schon damals entschlossen einen Angriff auf Frankreich nicht zuzulassen.

Mit Österreich war unter Andraszy eine Verständigung unschwer zu erreichen, auch ohne Bündnis, eine Rückkehr zur Politik à la Beust nicht mehr zu befürchten. Das hätten weder die Deutschen, noch die Magyaren zugelassen. Alles kam darauf an, sich mit Rußland auf der alten Grundlage der dynastischen Freundschaft und des völligen Fehlens aller wirklichen Gegensätze zu verständigen. Was der Zar von unserer wartete, war eine warme Unterstützung der russischen Orientpolitik in Anerkennung der uns geleisteten ungeheueren Dienste. Statt dessen trat Bismarck ganz offen in das gegnerische Lager über, versäumte keine Gelegenheit, um Rußland zu reizen, und schloß mit Österreich ein gegen Rußland gerichtetes Bündnis!

Im Januar 1880 schreibt Schweinitz: „Der Kaiser (Alexander) beklagte sich bitter über die immer und immer wiederkehrenden Zeitungsgerüchte von russischen Truppenansammlungen an unserer Grenze und ließ deutlich durchblicken, daß er darin die Absicht vermute, unseren Kaiser mißtrauisch gegen Rußland zu machen und ihn allmählich an den Gedanken zu gewöhnen, daß ein Krieg mit demselben unvermeidlich sei.“ Ferner sagte der Zar: „Sie werden begreifen, daß mir die Begegnung des Fürsten Bismarck mit dem Grafen Andraszy gleich nach der Zusammenkunft von Alexandrowo sehr unangenehm war.“ Über den Inhalt der Wiener Abmachungen sprach er kein Wort; er sagte nur: „Unsere gemeinschaftlichen Feinde suchen uns zu entzweien und freuen sich jetzt; ich bin immer treu geblieben in meiner Überzeugung von der Notwendigkeit guter Beziehungen zu Ihnen und in diesen Gesinnungen werde ich auch sterben.“

Von der immer gefährlicher werdenden revolutionären Bewegung im Innern bedroht, von seinem „besten Freunde“ verlassen und über dessen Haltung enttäuscht, ist Alexander auch noch den Angriffen der nationalen Richtung ausgesetzt, die Rußland um die Erfolge des Sieges gebracht glaubt, schon weil Konstantinopel nicht eingenommen wurde. Schweinitz bemerkt hierzu: „Daß die Unzufriedenheit mit den Erfolgen des Sieges, der als eine Niederlage gilt, sich insofern gegen den Zaren richtet, als man bestrebt war, die Schuld auf Deutschland zu wälzen, und der Zar bei dem politisierenden Teil der Bevölkerung als der alleinige Vertreter der in den Jahren 1866 und 1870/71 befolgten deutschfreundlichen Politik gilt. Jeder gegen Deutschland gerichtete Vorwurf traf daher ihn mit.“

Am 22. März 1880 (Kaisers Geburtstag) schreibt Schweinitz: „Der Kaiser leitete seinen Toast mit einer längeren Rede ein, welche sich merklich von den Trinksprüchen früherer Jahre unterschied. Sie war sorgfältig redigiert und memoriert und wurde mit Akzentuierung gesprochen. Der Kaiser war sichtlich erregt und erbittert durch die neuesten Angriffe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ und durch die Presseenthüllungen in der Dislokationsfrage. Je wärmer seine Glückwünsche und seine Versicherungen von der Freundschaft für unseren Monarchen waren, um so deutlicher klang es heraus, daß er für dessen Minister andere Gesinnungen hegt; die Emphase, mit welcher er die Fortdauer der hundertjährigen Freundschaft anrief, ließ erkennen, daß er dieselbe für gefährdet hielt.“

Das zunehmende Mißtrauen gegen uns hatte bekanntlich zu Truppenverschiebungen nach den westlichen Gouvernements geführt. Große Kavallerie-

massen waren vorgeschoben worden. Die Tatsache bildete den Gegenstand gereizter Beschwerden des Fürsten Bismarck. „Man muß toll sein,“ rief der Zar aus, „um zu glauben, daß ich Deutschland angreifen wolle; ich werde aber die Stellung meiner Truppen nicht ändern und ich hoffe, daß ich hiervon nichts mehr hören werde.“ Am 19. August 1880 notiert Schweinitz: „Die nicht immer freundliche und zuweilen sogar verletzende Sprache der Wiener Staatsmänner schreibt man hier dem Gefühl der Sicherheit zu, welches ihnen das zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland bestehende Verhältnis einflößt.“

In welcher Erregung sich Bismarck damals befand (1880) zeigen folgende Ausführungen, die den Eindruck eines geradezu krankhaften Zustandes erwecken: „Hierauf sprach er über unser Verhältnis zu Österreich, welches, die Gagernschen Träumereien verwirklichend, ein organisches, von den Launen der Regenten und Minister unabhängiges, nur durch die drei Parlamente lösbares werden sollte. Meinen Hinweis auf Polen beantwortete er, ebenso wie im Frühjahr 1879, mit der entsetzlichen Behauptung, man könne Polen zeitweise wieder herstellen, etwa unter einem österreichischen Erzherzog; später, wenn es seine Dienste gegen Rußland geleistet, könne man es immer wieder teilen. Er wolle lieber katholisch werden als russisch, habe jedoch zu keinem von beiden Lust, ziehe es überhaupt, wie von jeher vor, anständig unterzugehen, als sich schlecht behandeln zu lassen; wenn der Himmel einfiere, seien alle Spatzen tot; weit hinaus, in ferne Zukunft Politik machen zu wollen, sei Blödsinn.“

Beim Tode Dostojewskis schreibt der Verfasser: „Er war auch wirklich kein Nihilist, wohl aber einer von jenen Autoren, deren Schriften die Köpfe ver-

wirren, die Herzen krank machen und die Jugend un-  
lustig, untätig, pessimistisch stimmen; denn, wie so  
viele seiner Zeitgenossen, schildert er mit Vorliebe  
und raffiniertem Scharfsinn die Leiden und Ver-  
brechen, ohne den Weg zur Sühne, zur Versöhnung  
und Erlösung zu zeigen. Solch ein struppiger, kon-  
fuser, schwarz auf grau malender Märtyrer war aber  
besonders geeignet, um in der jetzigen russischen Ge-  
sellschaft gefeiert zu werden, und dies war auch  
während der letzten Jahre der Fall; dennoch hätte  
niemand erwarten können, daß man solches Aufheben  
von ihm machen würde, wie jetzt bei seinem Leichen-  
begängnis geschah. Gegen hundert Deputationen  
nahmen an dem Trauerzuge teil; daß eine große Volks-  
menge sich anschloß, ist natürlich, und ebenso natür-  
lich ist, daß das Volk nicht wußte, um wen es sich  
handelte? Ein Muschik fragte, wer denn da begraben  
werde? „Ein Zivilgeneral“, antwortete ihm ein anderer,  
„ein alter Schulmeister“, sagte ein dritter. Darin aber  
sind die Augenzeugen einig, daß mehr Volk und mehr  
Ordnung bei diesem Begräbnis war, als bei dem der  
Kaiserin, und hierin, in der Ordnung, erblicken er-  
fahrene Männer das Neue, das Bezeichnende, das Be-  
drohliche dieser Manifestation.“

Man sieht, daß selbst ein so bedeutender und  
hochgebildeter Mann wie Schweinitz sich bei seinen  
Urteilen über zeitgenössische Erscheinungen, die im  
Widerspruch zu seiner politischen Einstellung und  
zu seiner literarischen Geschmacksrichtung standen,  
von Traditionen beeinflussen ließ. Man muß unwill-  
kürlich an das Urteil Friedrichs II. über Goethe  
denken.

## IV

BOTSCHAFTER IN PETERSBURG. — MIT RUSSLAND  
ODER MIT ÖSTERREICH

**B**is zum Tode Alexanders II. \*) hatten immer noch Verhandlungen über eine Erneuerung des Dreikaiser-Bundes stattgefunden. Man wollte noch nicht begreifen, daß die Orientinteressen Rußlands und Österreichs unvereinbar waren, und klammerte sich an das Ideal der konservativ-monarchistischen Solidarität. Schweinitz schreibt hierüber nach dem Tode des Zaren: „Ich konnte mir aber doch nicht verhehlen, daß diese wichtige Sache sowohl in Wien als auch hier mattherzig betrieben wird. Weder dort noch hier wünscht man aufrichtig eine bindende Verständigung, welche man überdies für unmöglich hält, sowohl das Wiener als auch das Petersburger Kabinett wirbt um unsere Gunst, auf Kosten des Dritten. Alexander III. bleibt vorläufig noch auf der von seinem Vater vorgezeichneten Linie; er hat aber neulich schon gesagt: „Bedeutet dies alles nicht, daß eine Verständigung mit diesem Österreich überhaupt unmöglich ist?“

Es scheint heute geradezu unfaßlich, daß ein Mann wie Bismarck nicht den Anachronismus des Habsburger Reiches einsah und die Unmöglichkeit, mit ihm und mit Rußland zusammenzugehen. Man wird mir entgegen, daß auch das zaristische Rußland ein Anachronismus war! Gewiß, nur gab es dort eine durch eine allmächtige Bureaukratie vertretene nationale und kirchliche Idee, die das gewaltige Reich beherrschte, und die es zu einem weit mächtigeren politischen Faktor machte, als die brüchige Donau-

\*) Am 13. März 1881.

monarchie, in der jeder einheitliche Staatsgedanke fehlte, es sei denn der dynastische. Ein geistreicher Franzose sagte: „L'Autriche est une unité gastronomique!“ Auch war durch die Unterstützung der russischen Orientpolitik für uns nicht die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Österreich oder mit einer anderen Großmacht zu gewärtigen, wohl aber mußten wir durch die Unterstützung Österreichs früher oder später in einen Konflikt mit Rußland hineintreiben und letzteres außerdem den Westmächten gefügig machen.

Nach seinem Sturz hat Bismarck das Fehlerhafte seiner Russenpolitik wohl eingesehen und immerfort „Zurück zu Rußland“ und „Durch dick und dünn mit Rußland“ gepredigt. Wenn auch später wieder eine Annäherung bezw. Verständigung zwischen Rußland und Österreich erreicht wurde, so wurden damit nur Gegensätze zeitweilig überbrückt, keineswegs aber beseitigt! —

Schon im November 1881 besprach Bismarck mit Schweinitz die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland und Frankreich! Bei dem völligen Mangel an Reibungsflächen mit Rußland und der Schwäche Frankreichs war diese Hypothese ganz und gar unwahrscheinlich, geradezu ungeheuerlich!

Daß selbst Alexander III., der ungleich seinem Vater nicht in den alten Traditionen aufgewachsen war, trotzdem zu der Erkenntnis gelangte, daß die aufrichtige Freundschaft mit Deutschland der Angelpunkt seiner Politik sein mußte, bestätigt Herr v. Giers (Minister des Äußern) dem Botschafter v. Schweinitz im September 1883.

Nach dem Tode Gortschakows wollte Bismarck wieder einlenken und sich gut mit Rußland stellen.

Leider wurde aber trotzdem das Bündnis mit Österreich erneuert, und alles blieb eigentlich beim alten.

Die Stimmung gegen Österreich beleuchtet von Schweinitz im Mai 1884 folgendermaßen. „Ich habe in Berlin darauf hingewiesen, daß die übertriebene Zärtlichkeit, welche seit vorigem Herbst an die Stelle unserer früheren vexatorischen Unfreundlichkeit getreten ist, die Russen zu dem Glauben verleitet, daß sie ihrer üblen Laune gegen Österreich Raum geben dürfen. Die nationale Agitation der Slawophilen, durch uns gelähmt, hat einen kirchlichen Platz gemacht, welche sich gegen Österreich richtet. Nun gibt es in Rußland, wenn auch weniger in St. Petersburg als in Moskau und auf dem Lande, viele wohlhabende und einflußreiche Leute, welche dem politischen Panslawismus wegen seines revolutionären Charakters abhold, in Glaubenssachen kampfbereit und der Zustimmung der Volksmasse sicher sind. Dies ist die Armee des Herrn Pobjedonoszew. Seit der äußerlich günstigen Gestaltung der Beziehungen Rußlands zu uns kommt die Gehässigkeit gegen Österreich-Ungarn in der Presse und in der Agitation unter den Ruthenen zu stärkerem Ausdruck. Die freundliche Erwiderung, welche unser Entgegenkommen hier findet, ist weniger in einer durchgreifenden Änderung der gegen uns gehegten Gesinnungen als in der Hoffnung auf Lockerung unseres Einvernehmens mit der Habsburger Monarchie, welches heut notwendiger ist als zu Lebzeiten Alexanders II., begründet.“ Warum dieses Einvernehmen so notwendig war, verschweigt allerdings der Verfasser, der doch eigentlich wissen mußte, daß das Habsburger Reich sich in völliger Abhängigkeit von uns befand und gar keinen anderen Schutz und keine andere Anlehnung finden konnte!

Man sieht ferner, wie Herr v. Giers immer be-

strebt war, alles zu vermeiden, was dem Drängen der Slawophilen nach den Meerengen Vorschub leisten konnte, und wie das offizielle Rußland diesem Drucke Widerstand leistete. Daher wünscht der Minister auch nicht eine Loslösung Ägyptens von der souveränen Macht.

Schon damals beginnt die russische Gereiztheit gegen Österreich wegen Serbien sich zu zeigen. Herr v. Giers beklagt sich über Milan und ist mißtrauisch gegen Österreich. „Ich will gewiß keinen Krieg mit Österreich,“ sagte der russische Minister, „aber glauben Sie mir, es ist nicht ehrlich, dem König Milan gegenüber ist es gebunden pp.“

In Skierniewice, wo Bismarck den Russen den Kaiser Franz Joseph geradezu aufgedrängt hatte, finden wir den Verfasser an der Seite des Diktators und dessen Söhne. Franz Josef sprach sich nicht ohne Besorgnis über die russische Balkanpolitik, die zwar „korrekter“ geworden sei, die aber noch besser werden müsse, da sonst Umstände eintreten könnten, die ihn zwingen würden, trotz Friedensliebe „dem Vorgehen Rußlands energisch entgegenzutreten.“ Natürlich mit unserer Unterstützung, denn allein war er dazu nicht in der Lage!

Wie Bismarck die Reichsgründung beurteilte, zeigt eine Bemerkung, die er im April 1868 dem Verfasser gemacht hat: „Der Reichskanzler sprach über das deutsche Parlament in der während der letzten Zeit öfter gehörten geringschätzigen Weise: „Es kann wohl dahin kommen, daß ich das, was ich gemacht habe, wieder zerschlagen muß; die Leute vergessen, daß dem jetzt bestehenden Bunde dasselbe passieren kann, was dem Frankfurter Bundestage 1866 geschehen ist; die Fürsten können von ihm zurücktreten und einen neuen bilden, ohne den Reichstag.“

Also ohne jede Mitwirkung der Volksvertretung, lediglich auf dynastischer Grundlage glaubte der Gründer des Reiches, eine neue Verfassung der Nation aufzwingen zu können, und das im Zeitalter des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und der — außer uns, Rußland und der Türkei — parlamentarisch regierten Staaten!

Gerüchte über eine russisch-französische Annäherung beziehungsweise Allianzvorschläge tauchten im Herbst 1886 mit größerer Bestimmtheit auf und fanden Unterstützung durch Äußerungen französischer Minister an unseren Botschafter in Paris. Schweinitz war in der Lage, die Grundlosigkeit zu bekräftigen, fügt aber hinzu, daß nunmehr der Augenblick gekommen sei, um für oder gegen Rußland sich zu entscheiden, selbst auf die Gefahr hin, Österreich wenigstens zeitweise fallen zu lassen. Hierin wurde er durch Graf Peter Schuwalow\*) bestärkt, der ihm sagte: „Auf diese Weise werden wir nie zu einem gesicherten Zustande kommen; solange Fürst Bismarck stets das Einverständnis zwischen Österreich und uns zur Vorbedingung seiner Unterstützung macht, wird Kaiser Alexander sein Mißtrauen beibehalten; wie stark dieses ist, wissen Sie; jetzt glaubt er, daß Sie ihn zum Einrücken in Bulgarien verlocken wollen. Und in der Tat, was ist dies für ein Dreibund, in welchem zwei gegen den dritten verbündet sind? Schreiben Sie doch dem Fürsten Bismarck, er möge durch eine geeignete Vertrauensperson dem Kaiser eine historische Remémoration vorlegen lassen, in welcher ihm klar gemacht würde, daß Ihr Anschluß an Österreich im Herbst 1879 lediglich durch unsere

---

\*) Russischer Botschafter in London und Vertrauensmann des Zaren.

Fehler, unter anderem durch den Brief Alexanders II. vom 15. August herbeigeführt worden ist. Der Kaiser, der dieses alles nicht weiß, wird gewiß einsehen, daß, wenn wir künftighin ähnliche Fehler vermeiden, die Notwendigkeit Ihres Bündnisses mit Österreich wegfällt. Warum sollten wir nicht ein festes Bündnis mit Ihnen schließen, worin Rußland Ihnen den Besitz der neuerworbenen Provinzen garantiert? Wenn eines Tages in der Zeitung stünde: Rußland und Deutschland haben einen Vertrag geschlossen, in welchem sie sich gegenseitig ihren Besitzstand gewährleisten, so würde bei uns niemand etwas dagegen einzuwenden haben; wenn aber bekannt würde, was jetzt zwischen uns beiden und Österreich abgemacht ist, so würde in ganz Rußland Entrüstung laut werden. Es ist nicht unbekannt, daß der Kaiser als unverrückbares Ziel den Besitz der Meerengen im Auge hat; wenn Sie uns hierbei keine Hindernisse in den Weg legen und den Widerspruch Österreichs nicht immer unterstützen wollten, dann könnten wir einen Vertrag zu zweien schließen, durch welchen Sie sich ein für allemal Ruhe vor Frankreich schaffen."

An unserer Weigerung, Österreich preiszugeben, scheiterte damals wie später jede wirkliche Verständigung mit Rußland, die die einzige Möglichkeit bot, den Weltfrieden dauernd zu sichern: „Lâchez l'Autriche, et nous lâcherons les Français“, sagten uns noch die russischen Staatsmänner kurz vor Ausbruch des Weltkrieges. Es war immer dasselbe Lied, immer mit demselben Ergebnis.

Ferner berichtet Schweinitz während der bulgarischen Wirren 1866: „Die Petersburger und Moskauer

Presse beschuldigt uns, daß wir alle feindlichen Mächte gegen Rußland zu vereinigen suchten; der Kaiser wurde mißtrauischer denn je; Katkow hatte schon im September den Anschluß an Frankreich empfohlen. Herr v. Giers war sowohl bei seinem Souverän, als auch bei seinen Kollegen und in der öffentlichen Meinung diskreditiert." Im Auftrag des Herrn Katkow, des Führers der panslawistischen Bewegung, wurde dem Verfasser eröffnet, daß Rußland unser bester Freund sein würde, wenn wir uns von Österreich lossagen wollten. Am 3. Februar berichtet Schweinitz: „Der Kaiser behielt mich fast dreiviertel Stunden bei sich und sprach freundlich und offenherzig über Bulgarien und die hessischen Verwandten, über Frankreich, über unser Parlament und besonders über Österreich. Wie schon mehrmals, so auch jetzt, betonte er seine Hochachtung für Kaiser Franz Joseph und den Wunsch, in Friede und Freundschaft mit ihm zu bleiben, aber mit der österreichisch-ungarischen Regierung sich auf nichts mehr einzulassen.“

Bald darauf schreibt der Verfasser, daß er keine Garantie dafür übernehme, daß der Zar in der Lage sein würde, sein Volk, falls es abermals zu einem deutsch-französischen Kriege käme, zurückzuhalten, daß er sich aber in seiner Überzeugung nicht irre machen lasse, daß Alexander III. nicht geneigt sei, sich mit der französischen Republik einzulassen.

Am 27. Februar 1887 bemerkt Schweinitz: „Der Feldjäger kam mit ganz unglaublichen Ankündigungen von Zoll- und Pressekrieg!“

Über den berühmten Rückversicherungsvertrag erfahren wir, daß es Graf Peter Schuwalow war, der die erste Anregung dazu gab, und daß sein Bruder Paul,

der Botschafter in Berlin, viel weiter gehen wollte als Bismarck.

Im Jahre 1887 schreibt der Verfasser: „Herr von Giers ist ohnmächtig der Presse gegenüber und über den Wunsch der Russen, sich Frankreich zu nähern, kann sich niemand wundern angesichts unseres Bündnisses mit Österreich.“ Also Schweinitz bestätigt hiermit, daß es unser Bündnis mit Österreich war, das die Russen in die Arme Frankreichs trieb und treiben mußte.

## V

### ABSCHLUSS DER PETERSBURGER BOTSCHAFTERZEIT.

#### — DAS RUSSISCH-FRANZÖSISCHE BÜNDNIS

**H**errn v. Holstein, der schon damals anfang, eine einflußreiche und verhängnisvolle Rolle zu spielen, charakterisiert der Verfasser durch folgende Worte: „Dieser Sonderling, der mir Achtung abnötigte, als er im Jahre 1864 vor Düppel in den vordersten Reihen den Verwundeten beistand, der auch jetzt im stillen viel Gutes tut, hat einen hämischen Charakter, läßt sich durch persönliche Abneigung beeinflussen und schadet, ohne daß es bekannt wird, durch die gehässige Weise seiner Presseleitung; bedeutender Verstand ist ihm nicht abzusprechen, aber er hat, obwohl ganz gerade gewachsen, den Geist und den Charakter eines Buckligen. Die großen Gefahren, in welche wir durch die gegenwärtige, etwas zu gekünstelte und doch mit rauher, ja manchmal mit roher Hand geführte Politik geraten sind, begreift Baron Holstein vollkommen.“

Geradezu unglaublich klingt, was Schweinitz im Dezember 1887, also bald nach Abschluß des berühm-

ten Rückversicherungsvertrages berichtet: „Man legte mir eine Denkschrift des Grafen Moltke vor, in welcher der berühmte Stratege nachzuweisen versuchte, daß man sofort, mitten im Winter, den Krieg an Rußland erklären müsse. Dieses Memoire war in Wien mitgeteilt worden und außerdem hatte sich unser dortiger Militärattaché ganz in demselben Sinne gegen den Kaiser Franz Joseph ausgesprochen. Ich erklärte, daß ich diese Ansicht entschieden bekämpfe; durch einen solchen Angriff würden wir die Macht Rußlands verdoppeln, die unsere halbieren, denn während das friedliebende russische Volk durch einen Einbruch in sein Land zu höchster Opferwilligkeit begeistert werden würde, dürfte die Notwendigkeit eines mit so großen Opfern zu führenden Winterfeldzuges weder unserem Bundesrate noch der deutschen Nation einleuchten.“ Und dann wunderte man sich in Berlin über das russische Mißtrauen und über Anbiederungsversuche mit Frankreich. Bei der bekannten Indiskretion der k. und k. Diplomatie konnten solche Dinge doch kein Geheimnis bleiben!

Den gesundesten Menschenverstand zeigte, wie immer, der alte Kaiser, der bekanntlich nur unter Hochdruck seine Zustimmung zur Allianz mit Österreich gab. Schweinitz bemerkt: „Von der Mithilfe der Italiener bei dem drohenden Kriege mit zwei Fronten verspricht sich der Kaiser Wilhelm wenig und belächelte traurig die Berechnung Moltkes, wonach 150 000 Italiener innerhalb dreier Tage nach dem Oberrhein transportiert werden sollen.“

Am 29. Dezember 1887 bemerkt Herr v. Giers: „Ici le sentiment prédomine que nous serons attaqués au printemps.“

Über das bekannte Verbot Bismarcks an die Reichsbank, russische Werte zu lombardieren, er-

fahren wir: „Am 17. Januar besuchte mich der Finanzminister Wischnegradski und sprach sehr interessant über die schweren Schläge, welche wir dem russischen Staatskredit beigebracht haben. „Ich bin im Prinzip gegen alle Repressalien“, sagte er, „und im vorliegenden Falle ganz besonders, und zwar aus dem Grunde — daß ich keine Repressalien zu ergreifen imstande bin.“ In glatter Form aber mit stillem Grimme bezeichnete der Minister Bismarcks Verbot an die Reichsbank, die russischen Werte zu lombardieren, als eine äußerst empfindliche und gehässige Maßregel, welche dadurch, daß sie unmittelbar vor der Ankunft des Zaren in Berlin erfolgte, zu einer Brutalität wurde, die die russische Gesellschaft aufs äußerste indignierte und den Kaiser insultierte; er vermied natürlich solche Ausdrücke, aber was er meinte, war verständlich.“

Am 5. Februar 1888 schreibt Schweinitz: „Bismarck telegraphierte mir, er werde morgen im Reichstage sprechen in beruhigendem Sinne; ich ging zu Giers, um ihm dies zu sagen. Ich fand ihn in trüber Stimmung; die hiesigen Zeitungen sprechen nämlich in verächtlichem Tone von der russischen Diplomatie, welche sich seit zehn Jahren von uns dүpiieren ließ, wie aus dem veröffentlichten deutsch-österreichischen Vertrage hervorgehe. „C'est une profonde humiliation“, sagte er, „nous sommes garottés.“ Ferner lesen wir: „Jemand sagte: „A la Russie il ne reste que le choix entre une grande bētise et la rēsigation; Heureusement elle s'est dēcidee pour cette derniere.“

Zu Kaisers Geburtstag 1889 schreibt Schweinitz: „Man kann sich nicht darüber täuschen, daß wir kein Vertrauen mehr finden, selbst bei Giers nicht!“ Im November 1889 war Schweinitz in Friedrichsruh.

Hierüber berichtet er: „Nach dem Frühstück machte der Fürst eine lange Waldfahrt mit Herrn v. Helldorff\*) und mir, und mit großem Interesse hörte ich schweigend ihrem Gespräche über die Tagesfrage, das Sozialistengesetz, zu. Der Parteimann war gekommen, um den Kanzler zu vermögen, daß er auf den Ausweisungspargraphen verzichte, für welchen die Nationalliberalen nicht stimmen wollten, und den selbst die Konservativen für schädlich hielten. Der Fürst ging auf nichts ein, sagte, daß er keine „Schwanzklemmerei“ und „Drückebergerei“ dulde, daß die Zeit für „Blut und Eisen“ sich nähere und dergleichen mehr.“ (!)

„Es ist kein Zweifel“, schreibt v. Schweinitz im Dezember 1890 nach dem Besuche Alexanders III., „daß der Besuch in Berlin einen vortrefflichen Eindruck hinterlassen hat, und daß der Zar jetzt wirklich von der Besorgnis vor einem deutschen Angriffskriege befreit ist. Hiermit ist viel gewonnen, denn durch diese Furcht, welche von unseren Gegnern beständig genährt und durch die dem Grafen Waldersee zugeschriebenen Intrigen bestärkt wurde, ist der Kaiser Alexander dauernd beeinflusst und zu stets zunehmenden Kriegsvorbereitungen bewogen worden.“

Nach Bismarcks Sturz glaubte der Zar, der Diktator sei wegen seiner „russophilen“ Politik entlassen worden, und fürchtet, daß Waldersee, von dem er genau wußte, daß er auf den prophylaktischen Krieg hinarbeite, sein Nachfolger werde. Trotz vieler und schwerer Mißgriffe wurde der Rücktritt des Diktators vom Zaren bedauert, weil dieser doch nicht glaubte, daß der große Mann es zum Kriege hätte kommen lassen, und er nunmehr völlig unbekannt und unberechenbaren Größen gegenüberstand. Der Zar be-

\*) Führer der Konservativen im Reichstage.

auftragte Schweinitz, in Berlin zu sagen, daß er darauf vertraue, daß durch die Entlassung des Fürsten weder in den persönlichen Beziehungen der Monarchen noch in den politischen der Staaten eine Änderung eintreten werde.

Zum Kapitel der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages berichtet Schweinitz, daß Wilhelm II. den Botschafter Graf Paul Schuwalow in früher Morgenstunde aus tiefem Schläfe habe wecken und zu sich bestellen lassen, um ihm zu erklären, daß er bereit sei, sofort abzuschließen! Herr v. Holstein war es, der den Vertrag zu Fall brachte, mit Hilfe der Herren Graf Berchem und Baron Marschall. Leider ließ sich auch Herr v. Schweinitz, der für die Erneuerung war, namentlich durch den Reichskanzler v. Caprivi umstimmen. Dieser brave Mann hatte Wilhelm II. vorgeschlagen, „daß der russische Vertrag nicht erneuert werde, besonders um der Gefahr zu entgehen, in welche uns dessen Bekanntwerden versetzen würde; absichtlich oder zufällig zur Kenntnis des Wiener Kabinetts gebracht, würde er uns dieses entfremden.“ (!) O sancta simplicitas! Botschafter Graf Paul Schuwalow war sehr erregt und aufgebracht und fühlte sich seiner Regierung gegenüber bloßgestellt. Nach Petersburg zurückgekehrt, findet Schweinitz Herrn v. Giers „konsterniert“.

Über seine Audienz beim Zaren schreibt der Verfasser: „Sehr geringschätzend sprach der Monarch von unserer Tripleallianz, die sich wohl bald auflösen würde, weil die Lasten, die sie unseren Bundesgenossen aufbürde, gar zu schwer seien, besonders für Italien; aber dies schade ja nichts, wenn Rußland und Deutschland fest zusammenhielten, dann müßten alle anderen ruhig

zusehen. „L'Autriche continue á faire ses petites cochonneries“, so fuhr der Kaiser fort, „aber auch dies hat nichts zu bedeuten, wenn wir einig sind.“ Er fragte nach General v. Caprivi, ob dieser nicht etwa so wie Graf Waldersee zum Kriege dränge?“

Ferner fügt Schweinitz hinzu: „Als mich der Zar bald nach Empfang der Nachricht zu sich beschied, ließ er dem großen Staatsmann Gerechtigkeit widerfahren, indem er sagte, Fürst Bismarck habe zwar manchmal Rußland recht weh getan, aber jetzt sei man doch zu richtigem Verständnis seiner Tätigkeit beim Berliner Kongreß gekommen; auch habe er, der Zar, namentlich bei der letzten Unterredung in Berlin, das volle Vertrauen gewonnen, daß der Fürst keine feindlichen Absichten hege. Auf Wunsch des Zaren ist dann der Presseleitung die Weisung erteilt worden, dafür zu sorgen, daß die Zeitungen nicht zu lebhaft für den Fürsten Bismarck Partei ergreifen. Der Fürst hat den Russen manches Leid zugefügt; er hat eine Tripleallianz gegen sie zuwege gebracht, den Wert ihrer Papiere und den Kurs ihres Rubels herabzudrücken gesucht und sie durch vexatorische Maßnahmen aufs äußerste gereizt, zum Beispiel zur Zeit der vermeintlichen Pest von Wetljanka, aber es würde ihnen doch lieber gewesen sein, wenn er im Amte geblieben wäre, sie wußten, daß er keinen Krieg wollte, und daß er aus politischer Überzeugung taub blieb für die Klagen der baltischen Deutschen, der Lutheraner und der Kolonisten. Viele waren ihm auch wohl dankbar, daß er sie durch seine Friedensliga vor ihren eigenen panslawistischen oder chauvinistischen Verführern schützte.“

Man sieht, daß trotz aller Reibungen und Provokationen in Rußland der Rücktritt des Diktators bedauert wurde, weil man doch nicht glaubte, daß er

den Krieg mit Rußland wollte. „L'Empereur“, so hat der Minister (Giers) schon mehrere Male gesagt, „regrette pourtant la démission du Prince de Bismarck“, aber sowohl bei ihm wie bei seinem kaiserlichen Herrn, ist der beste Wille vorhanden, die guten Beziehungen zu pflegen und womöglich noch besser zu gestalten.“

Immer wieder kommt Herr v. Giers auf den Wunsch zurück, doch noch in irgendeiner Form ein Abkommen mit Deutschland zu treffen, irgend etwas „Schriftliches“. Hierzu bemerkt Schweinitz: „Ich darf hierbei nicht unterlassen, die unvorgreifliche persönliche Ansicht auszusprechen, daß, wenn wir die weit entgegenkommenden Anträge des russischen Ministers völlig abweisen, er oder sein Nachfolger gezwungen sein würde, die Anlehnung, die er bei uns nicht findet, anderwärts zu suchen.“

Als Schweinitz an Kaisers Geburtstag vom Zaren empfangen wurde, machte er seiner Überzeugung gemäß das Thema von der Solidarität der Interessen der Monarchien zur Grundlage seiner Ausführungen. Der Zar ging nur zögernd darauf ein und stimmte eigentlich nur für Deutschland und Rußland zu. Von Österreich wollte er natürlich nichts wissen und betonte, man könne sich mit Österreich auf nichts einlassen. Immer wieder dasselbe Lied: „Mit euch wollen wir gut Freund sein, aber laßt uns in Ruh' mit den faulen Österreichern!“ Bei uns immer wieder taube Ohren!

Über die damals beginnende Anlehnung an Frankreich, die unter anderem durch die Verleihung des Andreasordens an Präsident Carnot zum Ausdruck kam, schreibt Schweinitz: „Nach den Vorgängen vom

19. bis 22. März vorigen Jahres (1890)\*) konnte er uns nicht überraschen, daß Rußland mehr Anlehnung an Frankreich suchte als zuvor; hierzu war es nicht nur berechtigt, sondern sogar gezwungen."

Nun folgen weitere Ereignisse, die dem Abschluß des französisch-russischen Bündnisses vorhergingen. „Bei meiner am 1. August (1891) erfolgten Rückkehr fand ich alle meine russischen und diplomatischen Bekannten unter dem überwältigenden Eindruck, den die Begeisterung der Volksmassen bei der Einfahrt der französischen Schiffe in der Newa und beim Empfange ihrer Offiziere im Stadthause hervorgebracht hatte. Ruhige und erfahrene Beobachter versicherten, in keinem Lande je eine so leidenschaftliche und dabei so naiv-herzliche Massendemonstration gesehen zu haben. Es war wohl nicht weise von der russischen Regierung, aus übler Laune gegen den Dreibund Demonstrationen zu gestatten und sogar zu provozieren, durch welche die Massen lernen, ihr Schwergewicht zur Geltung zu bringen. Wenngleich hiervon für den Augenblick keine üblen Folgen zu erwarten sind, so darf man sich doch darüber keiner Täuschung hingeben, daß der Zar heute weniger frei in seiner Entschließung über Krieg und Frieden ist, als vor vierzehn Tagen. Die Verleihung des Andreasordens an den Präsidenten Carnot bezeichnete die erste Stufe, die Marseillaise an der Hoftafel in Peterhof die zweite, die Entfesselung der Volkshaufen die dritte. Je größer die Raserei der Massen war, um so sicherer konnte man erkennen, wie fern ihnen alle Kriegslust liegt.“ Nachher schreibt Schweinitz: „Man fühlte sich hier nicht nur isoliert, sondern bedroht, und man erkannte als notwendig, den sensationellen Erscheinungen, unter

\*) Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags.

welchen die Erneuerung des Dreibundes zutage trat, eine sensationelle Manifestation gegenüberzustellen."

Wie groß das Mißtrauen immer noch gegen uns war, zeigt eine Äußerung des Herrn Pobjedonoszew Ende 1891, die die unverhohlene Angst vor einem deutschen Angriff erkennen ließ, die Herr von Giers als nicht von ihm, aber von fast allen russischen Staatsmännern geteilt bezeichnete!

Geradezu elegisch ist die Stimmung des Verfassers bei Abschluß seiner Petersburger Tätigkeit! Das Jahr 1892 ist das letzte, er fühlt, daß sein auf dynastischer Tradition und Interessengemeinschaft bestehendes Programm nicht mehr aufrecht zu halten ist, er sieht den Zusammenbruch seines Lebenswerkes. „Als nun gar durch provozierendes Benehmen bei der Erneuerung des Dreibundes Rußland in die Arme Frankreichs gedrängt wurde, da kam ich mir, als ich nach dem Besuche der französischen Flotte in Kronstadt ins Lager von Krasnoje Selo ritt, wie ein Don Quixote der Legitimität vor."

Auf die aus Berlin an ihn gerichtete Frage, ob es eine Kriegspartei gäbe, antwortete Schweinitz: „Weder am Hofe, noch in der hohen Beamtenwelt, noch im Reichsrat und am wenigsten im Bestande des Ministeriums des Äußeren wüßte ich eine Persönlichkeit zu bezeichnen, von welcher sich sagen ließe, daß sie mit Bewußtsein zum Kriege treibe." Auf die fernere Frage, ob die von russischen Staatsmännern geäußerten Besorgnisse vor deutschen oder österreichischen Angriffsplänen ernst gemeint sind oder nur zum Scheine gesagt, antwortete Schweinitz kurz vor seinem Rücktritt: „Trotz seiner Verehrung für Kaiser Franz Joseph hat Alexander III.

ein tiefwurzelndes Mißtrauen gegen die österreichisch-ungarische Politik und eine geringe Meinung von der Widerstandsfähigkeit des Wiener Kabinetts gegen ungarische und polnische Bestrebungen. Der Kriegsminister und die Generale Dragomirow und Gurko kennen diese Auffassung des Monarchen und bestärken ihn in derselben; neue Geldforderungen für Augmentationen, Dislokationen, Befestigungen, Bahn- und Straßenbauten werden Seiner Majestät gegenüber mit dem fast zum Axiom gewordenen Satze motiviert, daß Österreich-Ungarn, Deutschlands sicher, Rußland angreifen wolle. Die wiederholten, nur ungerne eingestellten Bemühungen des Herrn v. Giers, „etwas Schriftliches“ zu haben, „nurein paar Zeilen“, wodurch Rußland gegen einen solchen Angriff gesichert würde, erklären sich aus dieser vorgefaßten Meinung. Durch unsere Abweisung der uns gestellten Zumutung wurde man in jenem Wahne bestärkt und zum Anschluß an Frankreich bestimmt. Herr v. Giers geht in seinem Mißtrauen nicht so weit wie der Zar und in seinen Besorgnissen nicht so weit, wie die Generale; er ist aber nicht stark genug, um ihren Verdächtigungen der Wiener Politik Schranken zu setzen, und gerade hierzu bedurfte er so dringend der „paar Zeilen“.

Am Ende seiner hochbedeutenden Denkwürdigkeiten, die mit seinem im Jahre 1892 erfolgten Rücktritt aufhören, betont Schweinitz, daß er viele Beweise dafür erhalten habe, daß man in höchsten Kreisen Angriffspläne bei uns vermutet. „So unbegründet dieses russische Mißtrauen gegen uns und Österreich auch sein mag, so ist es doch nicht als zur Schau getragen, sondern als aufrichtig zu bezeichnen; durch den Ton,

in welchem die österreichisch-ungarische und ein Teil der deutschen Presse über den Notstand spricht, wird das Mißtrauen zu ernster Besorgnis gesteigert, und dies ist insofern schädlich, als es zu erhöhter Tätigkeit auf militärischem Gebiet, wofür Anzeichen vorliegen, und zu sorgfältigerer Pflege der etwas erkaltenden französischen Freundschaft führt."

Bei seinem Abschied warnt Herr v. Schweinitz den Reichskanzler v. Caprivi vor der Art, wie die Geschäfte im Auswärtigen Amt geführt werden. Eine Persönlichkeit, welche „nicht ganz richtig im Kopfe“ sei, übe zu großen Einfluß aus. Gemeint ist Herr v. Holstein. Und dieser Beamte, den der Verfasser zutreffend charakterisiert, und der durch die neuesten Enthüllungen auch in anderer Richtung recht bedenklich erscheint, war im ganzen Epigonen-Zeitalter der eigentliche Leiter des wichtigsten Teiles der Staatsgeschäfte, der auswärtigen Politik! Noch nach seinem Rücktritt und noch über sein Grab hinaus bis 1914 war sein System erkennbar!

Zum Schluß erwähnt noch der Verfasser die Tatsache, daß wir in jedem Augenblick das frühere Verhältnis zu Rußland um den Preis der Trennung vom Dreibund wiederherstellen können.

Man fragt sich, gegen wen wir dann die Bündnisse brauchten? Gegen wen die wahnwitzigen Rüstungen?

Die Erinnerungen des Botschafters v. Schweinitz haben dazu beigetragen, den Glauben an die Unfehlbarkeit des Meisters gründlich zu erschüttern, indem sie darlegen, daß die letzten Wurzeln der Katastrophe auf ihn zurückreichen. Leider haben die Epigonen dafür gesorgt, daß seine großartige Schöpfung nach kurzer Lebensdauer kläglich zusammenbrach!

## BRIEFE UND ZUSCHRIFTEN

### I

FRIEDRICH NAUMANN AN FÜRST LICHNOWSKY

Berlin, 30. 7. 1917

**E**w. Durchlaucht haben einen Aufsatz über „Das Österreichische Problem“ geschrieben, den ich mit Interesse und meist auch mit Zustimmung gelesen habe, bis ich zu den letzten Sätzen gelangte, die mich veranlassen, Ew. Durchlaucht zu antworten. Die betreffenden Sätze lauten:

„Wir sollen uns aber hüten, durch phantasievolle Programme wie „Mitteleuropa“ die Österreicher zur Preisgabe ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit zu drängen, und es ihnen überlassen, im freien Wettbewerb mit uns die orientalischen Märkte zu versorgen. Alles, was die Meistbegünstigungsklausel Dritten gegenüber ausschließt, wäre für uns wie für sie von Übel! Jede Erneuerung des Heiligen alten Reiches ist ein Irrtum, auch wenn es statt der römischen die byzantinische Richtung einschlägt und die industrielle statt der sacerdotalen Salbung erhält.“

Als Schriftsteller von Beruf mache ich zunächst Eurer Durchlaucht mein Kompliment über die feine Leichtigkeit, mit der hier zahlreiche Gründe und lange Gedankenreihen zu einer kurzen, scheinbar selbstverständlichen Abwehr zusammengefaßt werden. Es findet sich aber, wenn ich mir gestatten darf, Kritik

zu üben, neben echter Kunst in diesem kleinen Abschnitt auch eine artistische Verwendung mehrdeutiger Worte, die zwar den Glanz erhöht, aber der Deutlichkeit nicht dient. Ich denke dabei besonders an den letzten Satz über das Heilige alte Reich und seine beabsichtigte neuzeitliche Wiederholung. Was bedeutet in diesem Zusammenhange der Klang „byzantinisch“? Ist er nur ein poetischer Ausdruck für die türkische Bundesgenossenschaft, oder sollen die Worte römisch und byzantinisch noch weitere Erinnerungsreihen wecken? Soll die „industrielle Salbung“ ein ästhetisch-moralisches Abneigungsgefühl ahnen lassen? Kurz, welche literarische Tropfenmischung findet hier statt? Kein Mensch wird in Abrede stellen, daß eine einfache Erneuerung des vergangenen Heiligen römischen Reiches deutscher Nation unmöglich ist, aber, das zu versichern, ist nicht besonders nötig. Wenn trotzdem in der gegenwärtigen Zeit die Erinnerungen früherer Geschichtsgemeinschaft zwischen uns und den Österreichern stärker hervorgehoben werden, so gibt das doch noch kein Recht, die neue Verbindung von vornherein mit der Hinterlassenschaft der alten zu belasten. Auch ist es falsch, die industrialistische Tendenz als den Wesenskern der neuen Gestaltung hinzustellen, denn wenn auch alles Geschichtliche in dieser unserer Gegenwart von selbst einen industriell-kapitalistischen Charakter annimmt, so ist der Ausgangspunkt der mitteleuropäischen Bestrebungen nicht ein ökonomischer, sondern ein politischer: die im Kriege erprobte Waffenbrüderschaft soll und muß zur Dauererscheinung erhoben werden. (!)

Etwas bewußte Artistik finde ich auch im Gebrauch des Wortes „phantasievoll“ für das Programm von Mitteleuropa, denn im Begriffe Phantasie liegen Schöpferkraft und Wahn so nahe beieinander, daß der

Leser kaum ganz entscheiden kann, ob mehr an das eine oder an das andere gedacht ist. Wenn Ew. Durchlaucht den Wahn, das Unzulängliche und Unmögliche in einer nicht verletzenden Form bezeichnen wollten, so widerspricht dem einigermaßen die sonst aufgewendete Energie des Gegensatzes. Auch in den Augen von Ew. Durchlaucht ist die Idee von Mitteleuropa etwas wie eine geistige Macht, ein gestaltender Gedanke, nur freilich ein Gedanke, den zu bekämpfen Sie als unnötig ansehen.

Was vom reichsdeutschen Standpunkt aus die Gegengründe Ew. Durchlaucht gegen die dauernde und engere Verbindung mit Österreich-Ungarn sind, ist an dieser Stelle nicht völlig ausgesprochen und muß darum hier unerörtert bleiben. Man ersieht aus den Darlegungen, die dem oben zitierten Schlußsatz vorhergehen, daß Sie keineswegs ein Gegner des politischen Bündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn an sich sind. (?) Wer sollte das auch sein? Es handelt sich also nur um das Maß und die Geschlossenheit der aufzurichtenden Verträge, es handelt sich darum, daß die Österreicher nicht zur „Preisgabe ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit“ gedrängt werden. In diesen Worten liegt unsere Gegensätzlichkeit und zugleich das unglaubliche Mißverständnis Ew. Durchlaucht. (!)

Da ich bei einem neutralen Bureau auf englische und französische Zeitungsausschnitte über „Mitteleuropa“ abonniert bin, ist es mir ganz geläufig, den Gedanken zu lesen, den Ew. Durchlaucht hier aussprechen. Mit Methode wird von der Entente der Zusammenhang des österreichischen und des ungarischen Staates dadurch zu stören gesucht, daß die Nationalitäten gegeneinander ausgespielt werden, zugleich aber wird die Monarchie täglich fürsorglich gewarnt, sich

nicht zum Vasallenstaat herabdrücken zu lassen. Da Ew. Durchlaucht selbst anführen, daß in Österreich eine „höfische Aristokratie mit anglomanischer Kultur- und Geschmacksrichtung“ zu treffen sei, ist die englische Methode, Mißtrauen auszustreuen, vom englischen Standpunkt aus vielleicht nicht schlecht. Was mich in Erstaunen setzt, ist also nicht das Auftauchen dieses Gedankenganges, sondern seine Übernahme durch Ew. Durchlaucht.

Da Ew. Durchlaucht an anderer Stelle sicherlich nicht ohne Absicht schreiben, daß der Weltkrieg durch staatsmännische Unfähigkeiten entfesselt sei, so darf ich voraussetzen, daß von Ihrer Seite eine falsche Behandlung der Beziehungen der zwei mitteleuropäischen Reiche nicht gewünscht werden kann. Muß es nun aber nicht einen schwer erträglichen Eindruck machen, wenn ein reichsdeutscher Mann hohen Ansehens als Mitunterstützer der täglichen englischen Verdächtigungen auftritt? Die englische Preßabteilung weiß, was sie tut und will, ich aber frage mich vergeblich, welcher rationelle Grund vorliegen kann, ihr beizuspringen. Ohne Zweifel würde ich ein gewisses Verständnis für diesen gewagten Akt der Beschuldigung eigener Staatsgenossen haben, wenn tatsächlich ein Stück davon wahr wäre, daß Österreich (und Ungarn) zur Preisgabe ihrer wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit gedrängt werden sollen, denn das würde ein Verbrechen am Geiste der Waffenbrüderlichkeit und Treue sein. (?) Aber in aller Welt, wo findet sich eine derartige gefährliche Absicht? Wem soll sie zugeschrieben werden? Soll etwa der Verfasser des Buches „Mitteleuropa“ sie haben oder wer sonst? Sind die deutschen Unterhändler, die nach Wien fahren, damit belastet. Ich darf wohl sagen, daß mir die mitteleuropäischen Bestrebungen allseitig be-

kannt sind, und auf Grund dieser meiner Kenntnis versichere ich, daß hier eine durchaus schiefe Darstellung der Sachlage vorliegt.

So blind und kleindenkend ist keiner von uns, die wir für Mitteleuropa uns bemühen, daß wir annehmen könnten, ein herabgedrücktes Österreich könne uns ein fester und treuer Bundesgenosse sein. Im Gegenteil, wir wünschen mit ganzer Überzeugung ein stolzes, sich aufrichtendes Österreich und Ungarn, denn nur zwischen Starken und Gleichgeachteten schließt sich der nötige Bund guten Willens. Es müssen nicht nur alle Formen der beiderseitigen Staatssouveränität gewahrt werden, nein, darüber hinaus muß ein weit besseres gegenseitiges Achten und Verstehen Platz greifen, als es bis heute vielfach vorhanden ist. Zusammen als eine große Staaten- und Völkerfamilie (!) treten wir in die Weltgeschichte ein, wir binden uns beiderseits freiwillig aneinander um des Lebens willen. Dieser Zusammenschluß ist für alle Beteiligten die bestmögliche Steigerung aller ihrer eigenen Kräfte und Fähigkeiten. Mögen Ew. Durchlaucht das als Phantasie bezeichnen, so glaube ich meinstenfalls, es sei eine jener Phantasien, aus denen die neuen Geschichtsperioden geboren werden.

Daß beim engeren Zusammenschluß von Mitteleuropa der zentrale Staatsvertrag von einer Reihe von Nebenverträgen umgeben sein wird, ist ohne weiteres klar. In diesen Bereich gehören die Fragen von den orientalischen Märkten und von der Meistbegünstigungsklausel. Wenn ich Abmachungen über diese Dinge als Nebenverträge bezeichne, so soll darin keine Herabsetzung ihrer sachlichen Bedeutsamkeit liegen, sondern nur zum Ausdruck kommen, daß wir beiderseits erst wissen müssen, ob wir den Staatsver-

trag und die Militärkonvention machen, ehe wir abschließend zu den Wirtschaftsverträgen übergehen. Auf Grund welthistorischer Gemeinsamkeit können beide Teile sich bei den handelspolitischen Kämpfen viele unnötige Reibung ersparen. Wenn man die Sätze Eurer Durchlaucht liest, so könnte man den Eindruck gewinnen, als wünschten die österreich-ungarischen Industriellen eine ungehemmte deutsche Konkurrenz auf den balkanischen Märkten, als sei es eine Preisgabe von wirtschaftlicher Unabhängigkeit, wenn wir vielleicht Abmachungen treffen, die auf eine Art von Rayonierung hinauslaufen. Wer die Dinge kennt, weiß, daß die Verhältnisse genau umgekehrt liegen! Österreich und Ungarn haben den Wunsch, in ihrer notwendigen industriellen Ausdehnung auf dem Balkan von Deutschland aus möglichst wenig gehindert zu werden. Wieweit sich deutsche Zugeständnisse an diesen Wunsch mit den berechtigten Bestrebungen einzelner reichsdeutscher Exportindustrien ausgleichen lassen, ist eine der vielen Fachfragen des mitteleuropäischen Wirtschaftsproblems, aber nicht im entferntesten eine Möglichkeit oder Gelegenheit, Österreich oder Ungarn unselbständig zu machen. Und was die Meistbegünstigungsklauseln anlangt, so sind die durch die zahlreichen Kriegserklärungen fast schon zur Sage geworden. Ob die Wirtschaftswelt nach dem Kriege sich wieder auf der Meistbegünstigungsmethode aufbauen wird, kann auch der weitblickendste Wirtschaftspolitiker heute nicht entscheiden, aber selbst angenommen, das Meistbegünstigungssystem feiert eine fröhliche Auferstehung, so ist dann sicherlich der wirtschaftliche Zusammenschluß der zwei mitteleuropäischen Wirtschaftsbereiche kein Hindernis. Wir vergeben dann die Meistbegünstigung gemeinsam, wie es andere

Staatengruppen wahrscheinlich auch tun werden. Doch das zu erörtern, wird noch viel Zeit und Gelegenheit sein! Noch wissen wir nicht, was das Ergebnis der jetzt versammelten Konferenzen sein wird, und diese Konferenzen sind wiederum nichts als Hilfserscheinungen im langen Prozesse des Zusammenwachsens.

Das, was mir Ew. Durchlaucht gegenüber die Feder in die Hand gedrückt hat, sind die Sätze über Preisgabe der Unabhängigkeit Österreichs, die ich als einen Stoß betrachte, der nicht erfolgen durfte. Dieses auszusprechen hielt ich für Pflicht.

In vorzüglichster Verehrung Fr. Naumann.

## II

AN HERRN FRIEDRICH NAUMANN, M. D. R. Berlin, 1. 8. 1917

**E**uer Hochwohlgeboren möchte ich zunächst verbindlich danken für die freundliche Zustimmung, die Sie, mit Ausnahme der von Ihnen wiedergegebenen Schlußsätze, meinen kurzen Ausführungen erteilten, die über die inneren Gegensätze in Österreich und deren Entwicklung erschienen sind. Um so mehr muß ich es daher bedauern, daß wir uns über das von Ihnen so warm, und wie ich aus Ihren bisherigen Veröffentlichungen entnehmen konnte, so glanzvoll vertretene Thema „Mitteleuropa“ nicht in Übereinstimmung befinden.

Es war natürlich nicht meine Absicht, das ganze Gebiet der wirtschaftlichen und politischen Fragen zu berühren, die das mitteleuropäische Projekt zur Erörterung stellt, als ich mir anzudeuten erlaubte, daß wirtschaftliche Abhängigkeit die politische nach sich zieht. Man vermeidet es doch gern, einem Freunde zu sagen, daß man sich für den Stärkeren hält, man tut es höchstens dann, wenn man unfreundschaftlichen Regungen vorzubeugen beabsichtigt! Es wäre daher beinahe unzeit, wenn ich sagen wollte, daß ich uns in der von Euer Hochwohlgeboren so warm befürworteten G. m. b. H. als den kräftigsten Genossen betrachte, dem für ein ersprießliches und einheitliches Zusammenwirken die Führung zufallen müßte. Zwischen Führung und Abhängigkeit besteht aber bekanntlich

ein Zusammenhang, der vielleicht nicht notwendigerweise auf Finalität, wohl aber auf Kausalität beruht. Ich weiß die Entrüstung, mit der Euer Hochwohlgeboren den Verdacht illoyaler Gesinnungen gegen den bewährten Freund und erprobten Leidensgefährten von sich weisen, vollauf zu würdigen und muß es lebhaft bedauern, daß Sie mich in dem Sinne verstanden, als ob ich beabsichtigte, Sie einer an Felonie grenzenden Absicht zu zeihen. Nichts lag mir ferner, und ich möchte besonders zum Ausdruck bringen, daß ich mich den Auffassungen über den „Geist der Waffenbrüderschaft und Treue“, die Euer Hochwohlgeboren so warm und eindrucksvoll verdolmetschen, in vollstem Umfang anschließen, selbst wenn es mir bisher nicht gelang, mich von der Übertragbarkeit unserer beiderseitigen idealen Wertung der Bundesgenossenschaft auf das ja leider etwas materielle Gebiet der Handelspolitik zu überzeugen. Man behauptet ja allgemein, daß in Geldsachen die Gemütlichkeit aufhört, und ich kann mich des Eindrucks nicht entschlagen, daß das bisher so ungetrübte Einvernehmen, als dessen Befürworter Sie mich mit Recht erkannt haben, durch die bisherige Trennung der Konten und Kassen nicht gelitten hat. Ein Zusammenschluß auf Grundlage gemeinsamer Handelspolitik nach außen, also gegen die jetzigen Gegner und Neutralen, würde die Preisgabe wichtiger Interessen einzelner Mitglieder zugunsten des Vereins zur Voraussetzung haben, den Verzicht auf wichtige Einnahmequellen, Opfer, die nur zu leicht dahin führen, als Benachteiligung ausgelegt zu werden und eine Trübung der brüderlichen Gefühle zu verursachen, insbesondere wenn die betroffenen Erwerbskreise, die vielleicht nicht immer so idealistisch denken wie wir, die lästigen Vereinbarungen öffent-

lich bekämpfen oder gar heimlich zu umgehen sich anschicken.

Euer Hochwohlgeboren wird es sicherlich bekannt sein, welche Schwierigkeiten sich bereits innerhalb der k. u. k. Monarchie der gemeinsamen Wirtschaftspolitik beider Reichshälften entgegenstellen. Die Klagen der österreichischen Industrie über das Bestreben der ungarischen Regierung, die dortige jüngere und weniger entwickelte Industrie auf Kosten der diesseitigen zu schützen und trotz gemeinsamen Zollgebietes eine handelspolitische Abgrenzung zu errichten, haben schon wiederholt die Eintracht beider Staaten zerstört, von den Sorgen, die die Erneuerung des „Ausgleiches“ regelmäßig verursacht, gar nicht zu reden, da beide Staaten sich bei Bemessung des „Schlüssels“ zu den gemeinsamen Ausgaben benachteiligt wähnen. Ohne den bundesbrüderlichen Gesinnungen unserer magyarischen Freunde zu nahe treten zu wollen, möchte ich doch bezweifeln, daß sie dem Eingang deutscher Industrieprodukte, die auf Grundlage eines Vorzugstarifs und älterer Entwicklung mit den österreichischen jedenfalls eine erfolgreiche Konkurrenz aufnehmen könnten, bereitwilliger und zum Nachteil der ihrigen Tore und Märkte öffnen würden. Wenn es schon schwer fällt, für die auf ganz verschiedener Wirtschaftsstufe stehenden Teile der k. u. k. Monarchie eine einheitliche Grundlage für ihre Wirtschaftspolitik zu finden, so vermag ich mir die Lösung nicht vorzustellen, wenn die Frage durch den Zutritt eines so mächtigen Wirtschaftskörpers wie das Deutsche Reich noch belastet wird, für dessen Warenausfuhr übrigens überseeische Länder bisher eine Richtung wiesen, die für unsere Bundesgenossen weit weniger in Betracht kam.

„Zusammen als eine große Staaten- und Völker-

familie treten wir in die Weltgeschichte ein!“ Diese erhebenden Worte von programmatischer Tragweite würden mich sicherlich noch mehr begeistern, als sie es tun, wenn ich nicht das Gefühl hätte, daß wir uns doch schon seit einiger Zeit in der Weltgeschichte befinden, uns darin bis zum Kriege sehr wohl fühlten und uns auch nicht über Mangel an Gegenliebe bei unseren Verbündeten zu beklagen brauchten, wenigstens nicht nach meinen persönlichen Erfahrungen, die auf jährlichem Aufenthalt in meinem Wohnsitz in Österreich fußen. Andererseits höre ich aber, daß nicht immer in allen Familien Eintracht und Friede walten, als deren Voraussetzung viele die Einheitlichkeit sowohl der Autorität wie des Portemonnaies betrachten, wenn deren Träger auch nicht notwendigerweise der pater familias zu sein braucht.

Eine wahrhaft altruistische Gesinnung, die ich auch als die Grundlage politischer Ethik betrachte, tritt aus dem Wunsche Euer Hochwohlgeboren hervor, den deutschen Absatz auf den orientalischen Märkten zugunsten der österreichisch-ungarischen Konkurrenz zu beschränken, und ich kann mich in vollster Übereinstimmung mit Ihren Ansichten erklären, wenn Sie sagen, daß „Österreich und Ungarn den Wunsch haben, in ihrer notwendigen industriellen Ausdehnung auf dem Balkan von Deutschland aus möglichst wenig behindert zu werden.“ Das ist auch ganz meine Überzeugung. Etwas skeptischer bin ich leider hinsichtlich der von Euer Hochwohlgeboren vorgeschlagenen „Rayonierung“ des Balkans, die doch einer Einteilung in Interessensphären gleichkäme, wie wir sie mit Rücksicht auf die berechtigten Empfindlichkeiten der Pforte vor dem Kriege nicht für Kleinasien amtlich festzustellen wagten. Nur im entferntesten Afrika und Asien war dieser Begriff bisher im

Gebrauch, wo es sich nicht um junge, unabhängige, aufstrebende Staatswesen handelte, die sich ungern, wenn auch nur wirtschaftlich aufteilen lassen, sondern um solche, deren Hilflosigkeit fremden Schutz und Eingriff verschuldete.

Einem Schriftsteller von Beruf, und wie ich mir erlauben möchte, Sie anzureden, einem berühmten Parlamentarier und Volkswirt, wird es mir doppelt sauer, in einer Frage wie die der Meistbegünstigung entgegenzutreten. Mir fehlen das umfangreiche Material, die fachmännischen Kenntnisse, die langjährige Erfahrung, die Euer Hochwohlgeboren besitzen. Ein Blick in die Statistik lehrt mich aber, daß schon vor dem Hinzutritt Amerikas in die Reihen unserer Verfolger von dem vor dem Kriege etwa 10 Milliarden Mark betragenden Export des Deutschen Reiches etwa die Hälfte nach den uns jetzt feindlichen Ländern ging, etwa das Vierfache des Wertes der Waren, die unsere heutigen Bundesfreunde von uns abnahmen, und daß das britische Reich mit etwa 20 Prozent an der Spitze unserer Kunden stand. Ich hatte bisher geglaubt, daß es eine der wichtigsten Aufgaben sein wird, die uns beim Friedensschluß erwarten, alle Hindernisse hinwegzuräumen, die sich der Wiederanknüpfung der durch den Krieg zerrissenen Handelsbeziehungen entgegenstellen. Als solches betrachte ich vor allem unseren Ausschluß von der Meistbegünstigung oder eine Differenzierung zu unseren Ungunsten in den Tarifen, wie sie von der Pariser Wirtschaftskonferenz geplant zu sein scheint.

Obwohl ich leider nicht wie Euer Hochwohlgeboren bei einem neutralen Bureau auf englische und französische Zeitungsausschnitte über „Mitteleuropa“ abonniert bin, glaube ich doch bemerkt zu haben, daß der Hinweis auf die sicherlich zu Unrecht in imperia-

listischem Sinne gedeuteten mitteleuropäischen Bestrebungen ein wirksames Agitationsmittel bildet für einen wirtschaftlichen Zusammenschluß gegen uns und für die Zurückstellung auseinandergehender Sonderinteressen der Alliierten. Auch glaube ich nicht, daß wir in der Lage wären, den Minimaltarif oder die Meistbegünstigung für uns zu begehren, wenn wir sie nicht auch anderen gewähren.

Ich möchte den Vorwurf „unglaublichen Mißverstehens“ nicht erwidern, schon weil er mir nicht als sehr höflich erschiene, es hat mich aber überrascht, daß Sie meine Bemerkung, jede Erneuerung des Heiligen alten Reiches sei ein Irrtum, auch wenn es statt der römischen die byzantinische Richtung einschlägt und die industrielle statt der sacerdotalen Salbung erhält, mit sichtlicher Erregung beanstanden. Daß ich unter „byzantinisch“ nicht höfische, sondern geographische Tendenzen meinte, brauche ich wohl als Antwort auf die an mich gerichtete Frage nicht zu versichern? Euer Hochwohlgeboren Erklärung, der Ausgangspunkt der mitteleuropäischen Bestrebungen sei kein ökonomischer, sondern ein politischer, enthebt mich eigentlich jeden weiteren Kommentars, da Analogien und Erinnerungen sich durch den politischen Charakter des beabsichtigten Zusammenschlusses beinahe automatisch aufdrängen, auch wenn wir nicht „Mitteleuropa“ mit Mittelalter verwechseln.

Zum Schlusse möchte ich bitten, mir noch eine persönliche Bemerkung zu gestatten. Ich bin kein Renommist. Ich liebe nicht Renommisten. Das vorausgeschickt möchte ich bemerken, daß ich doch den Mut besitze, mich zu einer Auffassung zu bekennen, selbst wenn ich dabei Gefahr lief, gelegentlich in einer englischen Zeitung etwas ähnliches zu lesen und von Ihnen alsdann der „Mitunterstützung täg-

licher englischer Verdächtigungen" geziehen zu werden. Daß „Mitteleuropa" von gegnerischer Seite zu unserem Schaden ausgebeutet wird, habe ich bereits oben erwähnt, und es mag dies ja auch in mehrfacher Hinsicht versucht worden sein. Einen Grund, um mich für das Projekt zu erwärmen, vermag ich aber hierin nicht zu erblicken, selbst dann nicht, wenn meine Ansichten mit bewundernswerter Eristik bekämpft werden.

In vorzüglichster Verehrung

Lichnowsky.

### III

AN DAS PREUSSISCHE HERRENHAUS

Berlin, 20. 4. 1918

**E**s ist gegen mich ein Antrag aus § 9 der Verordnung vom 12. Oktober 1854 gestellt worden. Obwohl ich eigentlich ebensowenig glaubte, mich gegen den Verdacht verteidigen zu müssen, daß mein Verhalten in der Frage der vielerwähnten „Denkschrift“ nicht der Würde des Hohen Hauses entspräche, wie etwa mich zu wehren gegen die in der Tagespresse erschienenen Schmähungen und Entstellungen, so halte ich mich doch für verpflichtet, der zur Prüfung jenes Antrages eingesetzten Kommission über den eigentlichen Sachverhalt nachstehend einige Aufklärung zu geben:

Meine durch unerhörte Indiskretion verbreiteten und veröffentlichten Betrachtungen werden bisher wohl den meisten der Herren entweder nur in Auszügen bekannt sein, die in der Tagespresse mit gehässigen Kommentaren erschienen sind, oder aber aus den von unbekannter Seite veranstalteten Abdrücken, die schon durch den gefälschten Titel: „Die Schuld der deutschen Regierung am Weltkriege“ meiner intimen Aufzeichnung das Kennzeichen einer fremden Tendenz aufprägen.

Die von meinem Privatsekretär auf der Schreibmaschine mit wenigen Durchschlägen hergestellte Niederschrift bezeichnete sich: „Meine Londoner Mission 1912—1914.“ Sie sollte meine persönliche

Haltung als Botschafter in London gegenüber unsachlichen und unbegründeten Angriffen vor mir selbst und meiner Familie rechtfertigen und außerdem meine dortigen Eindrücke und Erlebnisse und meine politischen Gedankengänge festhalten. Sie waren für das Familienarchiv bestimmt und ist von mir nur einer ganz kleinen Zahl mir nahestehender Persönlichkeiten, bei denen strengste Diskretion zu erwarten war, mitgeteilt worden.

War es bei dem intimen Charakter der Schrift selbstverständlich, daß meine Person im Mittelpunkt der Darstellung stand, so muß letzterer Umstand peinlich berühren, wenn jemand es zu unternehmen wagt, die Schuld am Weltkriege als Überschrift zu wählen.

Die Druckschrift legt mir auch in den Mund, ich hätte das Scheitern meiner Mission auf die „Tücken“ unserer Politik geschoben. Meine Niederschrift aber spricht nicht von „Tücken“, sondern von „Lücken“ unserer Politik.

Hinsichtlich der Veröffentlichung kann ich mir auch nicht einmal den Vorwurf der Fahrlässigkeit machen. Daß ich im intimsten Kreise und unter strengster Diskretion, zumal angesichts der selbst aus amtlichen Kreisen zu Unrecht gegen mich erhobenen Vorwürfe, meine Gedankengänge besprochen habe, wird kein Politiker als ein Vergehen betrachten.

Es haben nun alle Herren meine Niederschrift streng diskret behandelt, nur einer hat sich zu der Unvorsichtigkeit verleiten lassen, dem Hauptmann von Beerfelde aus der Politischen Abteilung des Generalstabes, der sich wiederholt bei ihm über politische und wirtschaftliche Fragen zu orientieren suchte, die Schrift für 24 Stunden anzuvertrauen gegen die unbedingte Verpflichtung, sie nur persönlich zu lesen und nach Ablauf dieser Frist ihm wieder zuzustellen.

Der Offizier hat entgegen dieser Zusage trotz wiederholter dringender Erinnerung die Schrift noch ein bis zwei Tage länger behalten und in weltfremder Verkennung der Bedeutung der Schrift und in dem Wahn, sie könnte zur Herbeiführung des Friedens dienen, etwa 50 Abdrucke davon herstellen lassen, und sie Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Kronprinzen, dem Herzog von Braunschweig, dem Prinzen Max von Baden, dem Generalfeldmarschall von Hindenburg, dem Generalquartiermeister Ludendorff, dem Staatssekretär des Kolonialamtes Dr. Solf, dem Staatssekretär des Reichsschatzamt Grafen von Roedern, dem Generalstab und anderen offiziellen Stellen und hervorragenden Persönlichkeiten zugeschickt. Es scheint nicht, daß von irgendeinem dieser Herren oder seinen Vorgesetzten etwas geschehen ist, um dieser Verbreitung entgegenzutreten. Ich selbst habe erst einige Wochen später Kenntnis von dem bedauerlichen Vorgang erhalten und sofort versucht, die Einziehung der versandten Exemplare herbeizuführen. Leider hatte der Hauptmann von Beerfelde die Schrift inzwischen Parlamentariern und Journalisten zugesandt, so daß sich meine Bemühungen um die Einziehung als vergeblich erwiesen. Ich habe mich darauf dem damaligen Reichskanzler, Herrn Dr. Michaelis, zur Verfügung gestellt und bin seither in steter Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt bestrebt gewesen, der weiteren Verbreitung, namentlich aber der Übertragung der Schrift ins Ausland entgegenzuwirken.

Ich glaube aussprechen zu dürfen, daß ich mit einer derartigen Indiskretion nicht rechnen konnte.

Alles dies ist in dem gegen mich von dem Herrn Oberstaatsanwalt beim Landgericht I Berlin eingeleiteten Ermittlungsverfahren eingehend erörtert und

klargestellt. Ich habe deshalb auch das Herrenhaus durch meinen Rechtsvertreter, Herrn Geh. Justizrat Dr. von Gordon, bitten lassen, von meiner Immunität als Herrenhausmitglied abzusehen und dem Oberstaatsanwalt die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen. Dieses Verfahren wird, so hoffe ich, auch weiter dartun, daß ich mich niemanden gegenüber einer Verletzung des Dienstgeheimnisses schuldig gemacht habe.

Handlungen können es hiernach nicht sein, durch die in meiner Person die Würde des Hohen Hauses verletzt wäre.

Ist es etwa die Gesinnung, die aus meiner Niederschrift spricht? Ich glaube zuversichtlich: nein! Denn ich habe keinen Gedanken zum Ausdruck gebracht, der nicht von zahlreichen Politikern auch innerhalb des Herrenhauses selbst geteilt würde.

Die Gedankengänge, denen ich Ausdruck geben wollte, sind kurz die folgenden:

Erstens wollte ich zeigen, daß eine Verständigung mit England, die den ausgesprochenen Zweck meiner Mission bildete, sehr wohl zu erreichen und nahezu erreicht war, als der Weltkrieg ausbrach, und daß das englische Kabinett bereitwilligst die Hand dazu bot. Die beiden fertiggestellten Verträge über die portugiesischen Kolonien und über die Bagdadbahn, in denen das Londoner Kabinett ein weitgehendes Entgegenkommen an den Tag legte, lieferten sprechende Beweise hierfür. Ist doch in ganz ähnlicher Weise die englisch-französische Verständigung 1904 durch einen Vertrag über nordafrikanische und die englisch-russische 1907 durch einen solchen über asiatische Interessen entstanden. Ferner lag mir daran, festzustellen, daß England den Krieg nicht gewollt hat, sondern entsprechend meiner Londoner Bericht-

erstattung nur zum Schutze Frankreichs und Belgiens eingriff.

In allen wesentlichen Punkten hat auch Herr von Jagow in seinen Erwiderungen meine Ansichten bestätigt, indem er erklärt: „Auch er glaube an die Friedensliebe Sir Edward Greys und an seinen ernstesten Wunsch, mit uns zu einer Verständigung zu gelangen.“

Die englische Regierung habe „eine Politik verfolgt, die auf eine Verständigung hinzielte.“ Der ehemalige Staatssekretär betont ausdrücklich, er habe „eine deutsch-englische Annäherung für erwünscht und eine Verständigung über die Punkte, wo unsere Interessen sich berührten bzw. kreuzten, auch für erreichbar“ gehalten. Ferner erklärte er, es sei nicht richtig, „daß im Amt die Berichte, England werde unter allen Umständen die Franzosen schützen, nicht Glauben gefunden hätten.“

Der zweite Gedanke, den ich ausführen wollte, war, daß unsere politische Orientierung seit dem Berliner Kongreß, jedenfalls aber seit Kündigung des Rückversicherungsvertrages, auf einem Irrtum beruhte, der mit der Zeit zum Weltkriege führen mußte. Denn der immer enger werdende Anschluß an Österreich-Ungarn brachte uns in einen scharfen Gegensatz zu Rußland, wenn wir uns den österreichisch-ungarischen Orientinteressen dienstbar machten, wie bei der bosnischen Krise, der Londoner Botschafter-Konferenz und schließlich im Juli 1914. Eine derartige Übertragung der an sich fragwürdigen Bündnispolitik auf orientalische Fragen war auch ganz gegen die Absichten des Fürsten Bismarck, wie sie in den „Gedanken und Erinnerungen“ zum Ausdruck kommen. Der Anschluß Rußlands an die Westmächte war das Ergebnis der Verstimmung, die unsere Haltung in den Balkanfragen seit dem Berliner Kongreß, namentlich

aber seit Kündigung des Rückversicherungsvertrages in Rußland auslöste. Auf diese Weise war eine wachsende Entfremdung zwischen uns und unserem traditionellen Freunde, dessen Haltung unsere Erfolge in den Befreiungs- wie in den Einigungskriegen ermöglicht, und dessen besondere Pflege der sterbende alte Kaiser anempfohlen hatte, im Laufe der Jahre eingetreten. Ich wollte nachweisen, daß der gegenwärtige Weltkrieg nicht in einer mangelhaften Verständigung mit England wurzelt, sondern in einer langjährigen Vernachlässigung unserer Beziehungen zu Rußland, die den Angelpunkt unserer Auslandspolitik bilden sollten, da uns keinerlei Interessengegensätze trennten. Ich kann mich für diese Auffassung auch auf Bismarck berufen und auf die Kritik, die er an der Kündigung des Rückversicherungsvertrages geübt hat. Eindringlich hat er davor gewarnt, zwischen Berlin und Petersburg einen „unheilbaren Riß“ eintreten zu lassen.

Drittens und schließlich wollte ich darlegen, daß wir den Krieg zwar nicht gewollt, da wir bis Ende Juli 1914 nicht an den Ernst der Lage glaubten und die „Lokalisierung des Konflikts“ für möglich hielten, daß wir aber durch unsere Haltung überall im Auslande den Anschein erweckt haben, wir hätten ihn gewollt. Sowohl die Ablehnung des von mir mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Weltkrieg dringend befürworteten englischen Vermittlungsvorschlages wie die Nichtbeantwortung der russischen Anregung, den Streitfall dem Haager Schiedsgericht zu unterbreiten, werden in diesem Sinne gedeutet. Namentlich belastet uns in den Augen des Auslandes die schroffe Zurückweisung jeder Einmischung in die serbische Frage und unser Standpunkt, daß wir nur unter Ausschluß gerade dieser eigentlichen Streitfrage eine

Vermittlung zwischen Österreich und Rußland zulassen wollten. Auch die an Rußland erfolgte Kriegserklärung, ohne daß Österreich-Ungarn angegriffen war, und in dem Augenblick, wo Graf Berchtold (siehe englisches Blaubuch Nr. 137 und 161, österreichisches Rotbuch Nr. 53 und Nr. 56, französisches Gelbbuch Nr. 120) einlenken wollte, mußte das Ausland in jenem Eindruck bestärken. Österreich-Ungarn ist bekanntlich erst am 5. August in den Krieg eingetreten.

„Vom ersten Anfang des Konfliktes an haben wir auf dem Standpunkt gestanden, daß es sich hierbei um eine Angelegenheit Österreichs handle, die es allein mit Serbien zum Austrag zu bringen haben würde. Wir haben daher unser ganzes Bestreben darauf gerichtet, den Krieg zu lokalisieren und die anderen Mächte zu überzeugen, daß Österreich-Ungarn in berechtigter Notwehr und durch die Verhältnisse gezwungen, sich zum Appell an die Waffen habe entschließen müssen. Wir haben nachdrücklich den Standpunkt vertreten, daß kein Kulturstaat das Recht habe, in diesem Kampfe gegen Unkultur und politische Verbrechermoral Österreich in den Arm zu fallen und die Serben ihrer gerechten Strafe zu entziehen. In diesem Sinne haben wir unsere Vertreter im Auslande instruiert.“ Deutsches Weißbuch, Denkschrift vom 3. August 1914.

Der Konflikt sollte eben „lokalisiert“ werden. An die Möglichkeit dieser „Lokalisierung“ glaubte man aber nur in Berlin und Wien.

Den Vorwurf, meine Ausführungen könnten dem Ansehen des Reiches abträglich sein, glaube ich durch den Hinweis auf die nachstehende Stelle des Deutschen Weißbuches (Denkschrift vom 3. August 1914) entkräften zu können:

„Unter diesen Umständen mußte Österreich sich sagen, daß es weder mit der Würde noch mit der Selbsterhaltung der Monarchie vereinbar wäre, dem Treiben jenseits der Grenze noch länger tatenlos zuzusehen. Die k. und k. Regierung benachrichtigte uns von dieser Auffassung und erbat unsere Ansicht. Aus vollem Herzen konnten wir unserem Bundesgenossen unser Einverständnis aussprechen, daß seine Aktion, die er für notwendig hielt, um der gegen den Bestand der Monarchie gerichteten Bewegung in Serbien ein Ende zu machen, unsere Billigung finden würde. Wir waren uns hierbei wohl bewußt, daß ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte. Wir konnten aber in Erkenntnis der vitalen Interessen Österreich-Ungarns, die auf dem Spiele standen, unserem Bundesgenossen weder zu einer mit seiner Würde nicht zu vereinbarenden Nachgiebigkeit raten, noch auch ihm unseren Beistand in dem schweren Moment versagen.“

Aus diesen amtlichen Darlegungen der Kriegsursachen geht folgendes hervor:

- a) daß Österreich-Ungarn beabsichtigte, Serbien gegenüber zu „Taten“ überzugehen (d. h. also zum Kriege),
- b) daß es uns von dieser Absicht „benachrichtigt“ hat,
- c) daß wir „aus vollem Herzen“ unser Einverständnis ausgesprochen haben, mit der Versicherung, daß eine „Aktion“ gegen Serbien unsere Billigung finden würde (d. h. also, daß wir Österreich-Ungarn zum Kriege gegen Serbien ermutigt haben),
- d) „daß wir uns hierbei wohl bewußt waren, daß

ein etwaiges kriegerisches Vorgehen Österreich-Ungarns gegen Serbien Rußland auf den Plan bringen und uns hiermit unserer Bundespflicht entsprechend in einen Krieg verwickeln könnte." (Wir wußten demnach genau, daß wir den Weltkrieg zu gewärtigen hätten, denn daß England für Frankreich eintreten würde, hatte ich stets berichtet),

e) daß wir dem Grafen Berchtold „nicht zur Nachgiebigkeit geraten“, sondern ihm unter allen Umständen unseren Beistand zugesagt haben.

Ferner heißt es im Rundschreiben des Reichskanzlers an die Bundesregierung:

„Sollte indes wider Erhoffen durch ein Eingreifen Rußlands der Brandherd eine Erweiterung erfahren, so würden wir getreu unserer Bundespflicht mit der ganzen Macht des Reiches die Nachbarmonarchie zu unterstützen haben.“

Die deutschen amtlichen Darlegungen besagen hiernach ganz unzweideutig, daß wir nicht überfallen worden sind, indem wir eingestandenermaßen bereit waren, auch um den Preis eines Weltkrieges uns „mit der ganzen Macht des Reiches“ ad majorem Austriae gloriam und für die dynastischen Interessen der Lothringer einzusetzen.

Während ich also den Standpunkt verrete, daß wir nicht an ein Eingreifen Rußlands geglaubt, den Krieg also nicht gewollt haben, erklärt aber das Weißbuch, wir wären ganz bewußt und in voller Erkenntnis der Tragweite unserer Haltung in den Weltkrieg hineingesteuert.

Ich glaube hiermit den Beweis erbracht zu haben,

daß die amtlichen Darlegungen viel belastender für uns sind als die meinigen.

Man kann ja auch einen Krieg wollen, das ist an sich noch kein Verbrechen. Es handelt sich immer nur darum, ob man ihn für zweckmäßig und notwendig hält oder nicht. Das ist eben Ansichtssache. Bismarck sagt in den „Gedanken und Erinnerungen“, er habe zu drei Kriegen „geraten“; auch damals sind wir also nicht überfallen worden.

Das in der Rede des Herrn von Bethmann Hollweg vom 19. August veröffentlichte Telegramm an Herrn v. Tschirschky vom 29. Juli abends, die einzige bekanntgegebene Weisung nach Wien im Sinne der Mäßigung, zeigt, daß wir im letzten Augenblick, als endlich auch in Berlin der Ernst der Lage erkannt wurde, zum Einlenken bereit waren. Dann kam die russische Mobilmachung, unser Ultimatum und unsere Kriegserklärung an Rußland, die den Weltkrieg entfesselte.

Kritik zu üben ist das gute Recht aller Staatsbürger. Wenn man die innere Politik der Regierung tadeln darf, so muß dasselbe auch für die äußere gelten. Gerade die Konservative Partei hat bekanntlich an der inneren Politik des Herrn von Bethmann Hollweg die schärfste Kritik geübt. Ich bin nun zu meinem lebhaften Bedauern nicht in der Lage, die auswärtige Politik dieses Staatsmannes ebenso zu schätzen, wie dies anscheinend andere Mitglieder des Hohen Hauses tun; aber ich sehe nicht, wie diese Auffassung die Würde der Kammer irgendwie berühren könnte.

Natürlich waren aber alle meine Kritiken nicht für die Öffentlichkeit oder auch nur für weitere Kreise bestimmt. Niemand bedauert mehr als ich, daß meine intimen freimütigen Erörterungen durch eine unglück-

selige Verkettung, Freunden und Feinden zugänglich geworden sind. Doch glaube ich sagen zu dürfen, daß die Annahme, die in meine Rechte eingreifende Publikation tue den vaterländischen Interessen schweren Abbruch, zum mindesten stark übertrieben ist. Alles Wesentliche war aus den verschiedenen amtlichen Veröffentlichungen längst bekannt und unsere waren, wie ich oben ausgeführt habe, ja eigentlich viel ungünstiger für uns als meine Auffassung.

General Smuts hat kürzlich in einer Rede erklärt, daß die Erwiderung des Herrn v. Jagow viel belastender sei, wie meine Aufzeichnungen und die Enthüllungen des — mir übrigens ganz unbekanntem — Herrn Mühlon. Und in einer Londoner Korrespondenz ausländischer Organe ist zu lesen, daß man in den Kreisen des britischen Parlaments der Offenherzigkeit des ehemaligen Botschafters mit Mißtrauen gegenüberstehe, da man argwöhne, die deutsche Regierung habe die Veröffentlichung veranlaßt, um eine Verständigung mit England anzubahnen und um die von Lord Lansdowne geführte Bewegung zu stärken.

Ich darf zum Schlusse wohl darauf hinweisen, daß ich mir, obschon nach meiner Rückkehr aus London von vielen Seiten ohne genügende Kenntnis der Tatsachen angegriffen, nicht ohne Selbstüberwindung in der Öffentlichkeit die größte Zurückhaltung auferlegt habe. Ich habe stets erklärt, daß, solange der Weltkrieg dauere, ich auf alle jene Angriffe nicht antworten würde. Ich hege die feste Überzeugung, daß die Herren der Kommission sich der Erkenntnis nicht verschließen werden, daß streng vertrauliche Darlegungen, die die Ansicht vertreten, der Weltkrieg hätte sich vermeiden lassen, ohne die angeführten Tatsachen im Widerspruch mit den amtlichen Veröffentlichungen stehen, der Würde eines Mitgliedes des

Hohen Hauses nicht Abbruch tun können. Ebenso wenig glaube ich befürchten zu müssen, daß irgendein Mitglied des Hohen Hauses, dem anzugehören ich seit 16 Jahren die Ehre habe, an meiner patriotischen Gesinnung den allergeringsten Zweifel hegt.

Ich hoffe zuversichtlich, mich in der Annahme nicht zu täuschen, durch meine obigen Erläuterungen eine ruhige und objektive Beurteilung des ganzen peinlichen Vorfalles nicht unwesentlich gefördert zu haben und sehe daher mit vollem Vertrauen der Erledigung des überraschenden Antrages entgegen, der sicherlich nicht ganz unbeeinflußt war durch die in gewissen Organen der Tagespresse gegen mich erschienenen gehässigen Angriffe und Verleumdungen.

#### IV

AUFRUF AN DIE BRITISCHE NATION\*) Berlin, 14. 11. 1918

**A**n die britische Nation und ihre leitenden Staatsmänner wende ich mich in dieser Stunde der Not und der Niederlage, nicht in amtlicher Eigenschaft, sondern als Privatmann, als Freund Englands, als einer der unzähligen Deutschen, die diesen unseligen Krieg von Anfang an verurteilt und trotz aller Schrecknisse, deren Zeugen wir seit über vier Jahren gewesen sind, niemals den Glauben an den Gerechtigkeitssinn des britischen Volkes, seine loyale Gesinnung und an seinen aufrichtigen Wunsch nach Beendigung dieses Bruderkampfes uns die Hand der Versöhnung zu bieten gezweifelt haben. Ich wende mich an meine vielen persönlichen Freunde, in erster Linie an Lord Lansdowne, Lord Grey und Mr. Asquith und bitte sie, ihren weitreichenden Einfluß, ihr hohes persönliches Ansehen, das sie über jeden Unterschied der Partei erhebt, für die hohen Ideale der Menschlichkeit und Gerechtigkeit, die ihre politische Vergangenheit kennzeichnen, in die Wagschale zu werfen.

Nachdem die Zwecke erreicht sind, für die England in den Krieg eintrat, der Schutz Belgiens und Frankreichs und schließlich die Verwandlung Deutschlands in ein Staatswesen auf demokratischer Grundlage, vermag ich immer noch nicht zu glauben, daß das Bedürfnis nach Rache, der Wunsch, das deutsche Volk zu erwürgen, alle anderen Gesinnungen zurückdrängt, die vor dem Kriege das britische Volk beherrschten und deren Zeuge ich bei so vielen Anlässen gewesen bin.

\*) Dieser Aufruf erschien im „Vorwärts“.

Wenn ich seit Beginn des Krieges niemals mich gescheut habe zu erklären, daß es nicht der Vernichtungswille war, wie eine lärmende Presse behauptete, der die britische Regierung in den Krieg trieb, so habe ich darauf gerechnet und mit mir zahlreiche politische Freunde, daß die Haltung Englands nach Beendigung des Streites meine Auffassung bestätigen und den Beweis dafür erbringen wird, daß der Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit auch die Wirren des Krieges überdauern und dem deutschen Volke, das so fürchterliche Opfer gebracht hat und bringen muß, nichts auferlegen wird, was dessen Erdrosselung bedeutet und die spätere Wiederanknüpfung der zerrissenen Bande mit England unmöglich macht.

Die uns auferlegten Waffenstillstandsbedingungen sind aber von einem Geiste beseelt, den man nicht anders als den der Rache bezeichnen kann, da ihre gewissenhafte Durchführung Elend und Hungersnot, Anarchie und Chaos unfehlbar im Gefolge hätte. Keine Regierungsgewalt wäre imstande, die Folgen derartiger Zustände abzuwehren, ganz Europa, die gesamte Kulturwelt vor der ansteckenden Gefahr ordnungsfeindlicher Tendenzen zu bewahren, der Übertragung des russischen Terrorismus, des größten und gefährlichsten Feindes der Demokratie und der Freiheit auf alle übrigen Mitglieder der Staatengesellschaft zu steuern! In ihrem eigensten Interesse müssen unsere bisherigen Gegner, und an ihrer Spitze die große britische Nation sich sagen, daß sie uns behilflich sein sollten, die Ordnung aufrechtzuerhalten, statt es uns unmöglich zu machen, daß sie dem deutschen Volke, das in seiner überwiegenden Mehrheit den Krieg nicht gewollt hat und den aufrichtigen Wunsch hegt, als werktätiges Mitglied der großen

Völkerfamilie den Weg der Versöhnung und friedlichen Arbeit zu betreten, die Grundlagen nicht entziehen dürfen, die erforderlich sind für den Wiederaufbau nach beispielloser Katastrophe, für die Errichtung eines neuen, friedlichen, demokratischen Staatswesens.

Brauche ich darauf hinzuweisen, daß ein Gewaltfrieden unter grausamer Ausbeutung unserer gegenwärtigen Lage das Ideal des Völkerbundes, den künftigen Weltfrieden, gefährden würde, ein Frieden mit Bedingungen, die unseren finanziellen und wirtschaftlichen Ruin herbeiführen, daß die Zerstückelung des Vaterlandes, die Abtrennung geographisch und wirtschaftlich unentbehrlicher Gebiete, welche ihren Wohlstand, ihre Blüte deutscher Verwaltung, deutscher Ordnung verdanken, die Vernichtung der Arbeit vieler Generationen und die Preisgabe geschlossener deutscher Volksteile bedeuten würde?

Ich spreche als deutscher Patriot und zugleich als Freund Englands zum britischen Volke, zu allen Engländern, die aus dem Greuel dieses Krieges den Sinn für Menschlichkeit und Gerechtigkeit gerettet, deren politischer Fernblick nicht durch Leidenschaften getrübt ist und frage sie, ob sie uns helfen wollen, einen Zustand zu schaffen, der auf neuen Grundlagen die spätere Versöhnung und Wiederannäherung, die Wiederherstellung der beiden Nationen unentbehrlichen Handelsbeziehungen, die gegenseitige friedliche Arbeit im Dienste des Gesamtmenschheitsgedankens ermöglicht, oder ob sie diese Grundlage zerstören, das deutsche Volk verkrüppeln, dem Chaos preisgeben und dadurch den Weltfrieden und die Weltordnung illusorisch machen wollen?

Nicht an das Mitleid, an die Einsicht wende ich mich und hoffe, daß mein Ruf nicht ungehört bleibt!

V

AN HERRN THEODOR WOLFF,

Chefredakteur des Berliner Tageblattes      Kuchelna, 26. 5. 1925

Gestatten Sie mir als früherem Mitarbeiter und langjährigem Leser Ihres geschätzten Blattes zu der unseligen Flaggenfrage kurz das Wort zu ergreifen.

Ich habe es, wie sehr viele andere, lebhaft bedauert, daß in Weimar die schwarzweißrote Flagge, die Weltkurs besitzt und unter deren ruhmreichen Farben wir den Weltmarkt eroberten, abgeschafft wurde, und zwar in erster Linie wohl auf Betreiben des damaligen österreichischen Vertreters, Herrn Professor Hartmann, der den Anschlußgedanken unter dem schwarzrotgoldenen Panier für aussichtsreicher hielt. Ganz abgesehen davon, daß die Frage, ob der Anschluß überhaupt wünschenswert erscheint, außerordentlich strittig ist, während die andere Frage, ob die „alliierten und associierten Mächte“ ihn gestatten würden, meiner Ansicht nach nicht von Farben, sondern von Interessen abhängt, war es, gering gesagt, eine Übertreibung, wenn die angebliche Rücksichtnahme auf eine Bevölkerung, die wenig mehr als ein Zehntel derjenigen des Reiches ausmacht, so weit ging, daß ihretwegen die Flagge des neugeeinten Deutschen Reiches gegen die 48er großdeutschen Farben eingetauscht wurde.

Hat doch selbst die Restauration in Frankreich die revolutionäre Trikolore nicht abgeschafft: „La Tricolore á fait le tour du monde.“

Da nun aber verfassungsgemäß die schwarzrot-goldene Flagge besteht, so läßt sie sich nicht einfach ignorieren, zumal sie sich zum Symbol der republikanischen Staatsform entwickelt hat. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß das gesamte Auslandsdeutschtum wie die Mehrheit aller bürgerlichen Parteien bis in die Reihen des Zentrums und der Demokraten an den alten Farben des Norddeutschen Bundes und Deutschen Reiches festhält und nichts vom Flaggenwechsel wissen will.

Aus diesem Dilemma vermag — hier teile ich die Auffassung Ihres heutigen Morgenblattes — eine neue phantasievolle „Kunstflagge“ nicht hinauszuführen, selbst wenn sie alle Vorzüge des „Esperanto“ besäße. Sie würde niemand befriedigen und den heutigen Wirrwarr nur noch vermehren. Wir besäßen alsdann statt zweier Flaggen drei!

Ich möchte mich daher der Auffassung anschließen, daß hier der Volksentscheid am Platze wäre. Spricht das deutsche Volk in seiner Mehrheit sich zugunsten der einen oder der anderen Flagge aus, so ist die Frage für immer erledigt. Eine andere Lösung sehe ich nicht.

Mit dem Anheimstellen beliebiger Verwendung meines Briefes

Ihr sehr ergebener

Lichnowsky.

## VI

AN SEINE EXZELLENZ HERRN GROSSADMIRAL V. TIRPITZ

Kuchelna, 3. 11. 1926

**E**uer Exzellenz haben mir die Ehre erwiesen, einen unter dem 26. Dezember 1914 an Sie gerichteten vertraulichen Brief in Ihrem soeben erschienenen neuen Dokumentenwerke der Öffentlichkeit zu übergeben.

Ich habe nicht den geringsten Grund, meine damalige Ansicht zu verleugnen, daß es uns nicht gelingen wird, „den Frieden zu diktieren“, und daß daher der Verständigungsfrieden über England das zu erstrebende Ziel sei. Diesen Standpunkt habe ich sowohl im Gegensatz zu Euer Exzellenz als auch zu den meisten politischen und militärischen Persönlichkeiten während des ganzen Krieges leider ohne Erfolg vertreten, und die Ereignisse haben mir nur zu sehr recht gegeben. Es ist aber bisher Sitte gewesen, daß die Veröffentlichung von Schriftstücken, die weder einen dienstlichen noch einen geschäftlichen Charakter tragen, nicht ohne Zustimmung des Absenders erfolgt, und ich hätte mit besonderem Vergnügen mein Einverständnis gegeben, aber natürlich gewünscht, daß ironische Schlußbemerkungen über einen befreundeten Diplomaten als nicht zur Sache gehörig in Fortfall kommen.

Meine Überraschung über die Bekanntgabe meines Briefes war aber um so größer, als ich einem in dem gedachten Werke gleichfalls veröffentlichten Briefe an Herrn Admiral v. Capelle vom 16. Oktober 1914

die Ansichten entnehme, die Sie über meine Menschenkenntnis und Befähigung besitzen.

Ich bin natürlich sehr weit davon entfernt, das Vertrauen, daß ich Euer Exzellenz bei verschiedenen Anlässen entgegenbrachte, als einen der Gründe für den Vorwurf mangelnder Urteilskraft zu betrachten. Die völlige Übereinstimmung unserer Ansichten über die leitenden Staatsmänner der Wilhelmstraße und über deren Politik vor Kriegsausbruch hatte eine Annäherung zwischen uns herbeigeführt. Wir begegneten uns auch in der Überzeugung, daß unsere Flotte die Teilnahme Englands am Kriege nicht verschuldet hat, daß England auch ohne die Flottenfrage und ohne die belgische Neutralitätsverletzung ein zweites Sedan niemals zugelassen hätte, und in diesem Sinne hatte ich stets berichtet, ohne freilich im Auswärtigen Amt Glauben zu finden.

Wenn ich trotzdem noch im letzten Augenblick, wie aus den von Ihnen gleichfalls gedruckten Depeschen hervorgeht, eine abwartende Haltung Englands erhoffte, so geschah das mit Rücksicht auf den unbedingten Friedenswillen der britischen Regierung und der gesamten Nation und auf die sehr geteilte Stimmung im Kabinett.

Euer Exzellenz werden mir jedoch zugeben müssen, daß mein Urteil über den Verlauf des Krieges, über die Notwendigkeit eines Verständigungsfriedens und namentlich über die Wirkungen des uneingeschränkten U-Boot-Krieges sich als richtiger erwies, als das Programm der „Vaterlandspartei“, das uns zum Frieden von Versailles geführt hat.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung verbleibe ich

Euer Exzellenz sehr ergebener      Lichnowsky.

## VII

AN DIE REDAKTION DER „SCHLESISCHEN ZEITUNG“

IN Breslau

Berlin, 10. 12. 1926

**U**nter dem Titel: „Deutsche Diplomatie in England“ veröffentlichen Sie in Nr. 594 vom 7. d. M. Ihres Blattes eine Zuschrift, in der es heißt, meine „Schuld am deutschen Vaterlande“ sei deshalb so groß, weil in meiner während des Krieges durch eine bedauernswerte Indiskretion und nach Schluß des Krieges mit Zustimmung des Auswärtigen Amtes veröffentlichten Denkschrift der deutschen Regierung Kriegswillen „angedichtet“ wird. Ich möchte meinen, daß die poetische Veranlagung sich in diesem Falle nicht auf meiner Seite, sondern auf der Ihres Korrespondenten befindet, in dem ich einen früheren, längst abgebauten Kollegen wieder zu erkennen glaube. Hätte dieser — der übrigens vollkommen richtig die Blößen unserer damaligen Politik bei der Zentrale sucht, „wo sie allein liegen“, und nicht an der Peripherie — sich die Mühe genommen, meine Denkschrift aufmerksam zu lesen, so hätte er gefunden, daß ich nirgends andeute oder ausspreche, daß unsere Regierung den Weltkrieg gewollt hat. „Die ganze Welt — außer in Berlin und in Wien — begriff, daß es (das Ultimatum an Serbien) den Krieg, und zwar den Weltkrieg bedeute.“ Ich will durchaus nicht leugnen, daß ich in der Denkschrift schwere Anklagen gegen die damaligen Leiter des Auswärtigen

Amtes erhebe, die trotz meiner fortwährenden Warnungen, daß der Weltkrieg bevorstehe, „bei dem wir alles zu verlieren und nichts zu gewinnen haben“ bis zum letzten Augenblick, anscheinend beeinflusst durch eine andere Berichterstattung, an die „Lokalisierung des Konfliktes“ ebenso glaubten wie auch an die italienische „Bundestreue“ für den unwahrscheinlich gehaltenen Fall eines allgemeinen Krieges. Ich führe lediglich aus, daß die schroffe Haltung unserer Regierung in den kritischen Tagen im Auslande als Kriegswillen verstanden werden mußte und uns in der Kriegsschuldfrage schwer belastet. Daß die Herren aber den Weltkrieg nicht wollten, geht schon daraus hervor, daß sie, als ihnen endlich der Ernst der Lage klar wurde, zu Verhandlungen bereit waren. Da kam die russische Mobilmachung und unsere Kriegserklärung an Rußland und Frankreich. Herr von Jagow meinte, etwas „Gepolter“ würde es schon geben. Man hielt die unzweideutige Sprache des Herrn Sasonow nur für „Bluff“.

Mit der Bitte, dieser Zuschrift in Ihrem geschätzten Blatte Aufnahme zu gewähren

Ihr sehr ergebener

Fürst Lichnowsky.

## VIII

AN DIE HERREN PROFESSOR DR. ALBRECHT MENDELSSOHN-BARTHOLDY UND DR. FRIEDRICH THIMME\*)

Berlin, 21. 12. 1926

**Z**u den Fußnoten in Band 39 der „Großen Politik“ der europäischen Kabinette“ auf Seite 622 und auf Seite 633 erlaube ich mir zu bemerken:

1. Mir war von den zwischen den englischen und französischen Marine- und Generalstäben festgelegten Abreden sowie von dem Briefwechsel Grey-Cambon während meiner amtlichen Tätigkeit in London nichts bekannt. Das Auswärtige Amt hatte mir vielmehr die Kenntnis des gesamten, nach dem Kriegsausbruch am 16. Oktober 1914 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten, durch Geheimagenten beschafften Materials absichtlich vorenthalten.

2. Nicht durch meine vorgesetzte Behörde, sondern durch eine höhnische Bemerkung des durch das Reichsmarineamt informierten Marineattachés von Müller, der sich über meine Unkenntnis belustigte, erhielt ich die erste Andeutung über englisch-französische marinetechnische Verabredungen, und zwar in der letzten Zeit meines Londoner Aufenthalts.

---

\*) Da eine Einigung zwischen Herrn Dr. Thimme und mir nicht zustande kam, sehe ich mich veranlaßt, meine an ihn bezw. an die Herausgeber der großen Aktensammlung gerichtete Beschwerde zu veröffentlichen.

3. Falls das Auswärtige Amt der Ansicht war, ich lasse mich durch Grey „einwickeln“, und falls man in Berlin Grund zur Annahme hatte, Sir Edward Grey sei kein „ehrlicher, wahrheitsliebender Staatsmann“, so war es Pflicht des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes, mich unter Vorlage des nötigen Materials zu informieren und zu warnen.

4. Letzteres ist aber weder bei meinem am 29. Juni erfolgten Besuch beim Reichskanzler und bei Herrn Unterstaatssekretär Zimmermann noch sonst erfolgt. Herr von Bethmann Hollweg beklagte sich lediglich über die russischen Rüstungen und wies auf den peinlichen Eindruck hin, den gewisse Veröffentlichungen über englisch-russische Abmachungen hervorriefen.

5. Ihre Behauptung, ich sei von dem Briefwechsel Sasonow-Benckendorff, ebenso wie dem Grey-Cambonschen unterrichtet gewesen, ist demnach unrichtig; weder der Reichskanzler, noch sonst jemand hat mir hiervon jemals Mitteilung gemacht.

6. Die Feststellung des Herrn von Jagow, auf die Sie Bezug nehmen, ich sei über die „wichtigsten Dinge, soweit sie für meine Mission von Belang waren, nicht in Unkenntnis gelassen worden“, ist eine Unwahrheit. Es muß ihm genau bekannt sein, daß mir gerade „wichtige Dinge“, die ich unbedingt hätte wissen müssen und die für meine Mission von größter Bedeutung waren, absichtlich vorenthalten wurden und zwar um mich (wenn möglich) irre zu führen und zu blamieren! Die Leitung unserer auswärtigen Politik lag damals nahezu unumschränkt in der Hand des Herrn Wilh. von Stumm, des würdigen Nachfolgers des Herrn Fritz von Holstein, der von dem Gedanken geleitet, mein Nachfolger in London zu werden, meine dortige Tätigkeit

mit der bereitwilligen Unterstützung des Herrn von Jagow mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln lahmzulegen und zu sabotieren bestrebt war. So sollte unter anderem auch der längst fertige Kolonialvertrag zu Fall gebracht werden. Rechnet etwa Herr von Jagow den Briefwechsel Grey-Cambon und die französisch-englischen Marineabmachungen nicht zu den „wichtigsten Dingen?“ War ferner die Mission Ballin an Grey und Haldane, die im Juli 1914 erfolgte, anscheinend um meine Stellung in London zu untergraben, und von der ich erst im Jahre 1915 erfuhr, etwa ein „unwichtiges Ding“, das für meine Mission ohne „Belang“ war?

Als Zeugen für meine obigen Erklärungen würde ich nötigenfalls die Herren Staatssekretäre a. D. Dr. Zimmermann und Richard von Kühlmann, meinen damaligen Botschaftsrat, namhaft machen.

Mit der Bitte, diese Richtigstellung dem nächsten Bande Ihrer Veröffentlichungen anfügen zu wollen, hochachtungsvoll ergebenst

Lichnowsky.

IX

AN DIE HERREN PROFESSOR DR. ALBRECHT MENDELSSOHN-BARTHOLDY UND DR. FRIEDRICH THIMME

Berlin, 22. 12. 1926

Bezugnehmend auf mein Schreiben vom 21. d. M. möchte ich mir gestatten zu Ihrer Fußnote auf Seite 129, Band 37, darauf hinzuweisen, daß ich für die Richtigkeit meiner Behauptung, daß Herr Wilh. von Stumm, der damalige politische Dirigent, bestrebt war, den Kolonialvertrag zu sabotieren, auch noch außer den beiden genannten Herren noch die Herren Reichsminister a. D. Dr. Rosen, damals Gesandter in Lissabon, und Botschafter Dr. Solf, damals Staatssekretär des Reichskolonialamtes, nötigenfalls als Zeugen namhaft machen würde.

Mit der Bitte, auch diesen Nachtrag aufnehmen zu wollen

hochachtungsvoll ergebenst

Lichnowsky.

## X

AN DR. FRIEDRICH THIMME, BERLIN

Davos-Platz, 4. 1. 1927

**S**ehr geehrter Herr Doktor! Ihre freundlichen Zeilen vom 28. vorigen Monats sind mir hierher nachgesandt worden und erlaube ich mir, dazu das Nachstehende zu bemerken:

Zunächst muß ich hervorheben, daß der Grey-Cambonsche Briefwechsel mit den englisch-russischen Marineverabredungen doch nichts zu tun hat. Mithin hätte der Reichskanzler, falls er mir nähere Mitteilungen am 29. Juli 1914 über die englisch-russischen Verabredungen gemacht hat, den gedachten Briefwechsel gar nicht zu berühren gebraucht. Meine damalige Unterredung mit Herrn von Bethmann Hollweg währte kaum eine halbe Stunde. Er beschränkte sich, wie ich bereits hervorgehoben habe, mehr auf allgemeine Redensarten und Klagen über die russischen Rüstungen und streifte nebenbei auch das Thema der russisch-englischen Abmachungen, die bereits im Mai im „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht wurden. Irgendwelche Tatsachen hat er mir nicht mitgeteilt, und der etwas pythische Ausdruck, ich sei „in großen Zügen“ orientiert worden, dürfte daher nicht zutreffen, da seine Äußerungen weder Neues noch etwas Positives enthielten. Ich muß daher unbedingt bestreiten, daß der Reichskanzler am 29. Juni mir irgendeinen wichtigen Einblick gewährt hat.

Es handelt sich für mich auch nicht um die Frage, ob er die bereits durch die Presse veröffentlichten russisch-englischen Verabredungen gestreift hat oder nicht, sondern darum, ob er mir geheime und dem Auswärtigen Amte genau bekannte Tatsachen, wie das englisch-französische Marineabkommen, den Briefwechsel Sasonow-Benckendorff oder den Briefwechsel Grey-Cambon und ähnliches zu meiner Kenntnis gebracht hat, wie es seine Pflicht gewesen wäre. Auch wäre es sehr merkwürdig, wenn Herr von Bethmann Hollweg über eine so wichtige Unterredung keine Aufzeichnungen hinterlassen hätte. Daß er, wie Sie meinen, mir deutlich zu erkennen gegeben hat, daß an den Veröffentlichungen über die englisch-russischen Marineabmachungen etwas Wahres und Authentisches sein müsse, mag richtig sein, aber auch das nur andeutungsweise, und wie sie vieldeutig sagen, „in großen Zügen“.

Beweise unter Namhaftmachung der geheimen Quellen habe ich niemals verlangt, wohl aber die absichtliche Verheimlichung von Informationen festgestellt, die für meine Mission von größter Bedeutung waren, wie die sämtlichen nach Kriegsausbruch in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten geheimen Aktenstücke. Sehr merkwürdig erscheint es mir auch, daß der berühmte Grey-Cambonsche Briefwechsel erst im Juni 1914 zur Kenntnis des Auswärtigen Amtes gekommen sein sollte! Es ist jedenfalls auffallend, daß dieser Briefwechsel, der im November 1912 stattfand, so lange für uns ein Geheimnis blieb, während der Briefwechsel Benckendorff-Sasonow schon nach wenigen Wochen bekannt wurde. Diese Tatsache würde jedenfalls ein höchst ungünstiges Licht auf das Funktionieren des geheimen Dienstes des Auswärtigen Amtes

werfen. Nach meinen Nachrichten gelangte letzteres bereits im Winter 1912/13 in den Besitz obiger Korrespondenz. Leider stehen mir hier nicht die nötigen Aktenstücke zur Verfügung, doch glaube ich mich zu entsinnen, daß der genannte Briefwechsel in der Reihe der zeitlich geordneten und in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlichten Geheimakten an einer der vorderen Stellen sich befindet. . . . .

Ihr Angebot, mit den von mir namhaft gemachten Herren nochmals Rücksprache zu nehmen und danach eventuell eine Erweiterung Ihrer obenerwähnten Richtigstellung eintreten zu lassen, nehme ich gern an. Ich möchte schließlich noch bemerken, daß ich zu Herrn von Schubert, dem jetzigen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem damaligen zweiten Sekretär der Londoner Botschaft, volles Vertrauen besitze, und daß er in der Lage sein muß, Ihnen jede gewünschte Aufklärung zu geben und meine Angaben im wesentlichen zu bestätigen.

Mit vorzüglicher Hochachtung Euer Hochwohlgeboren  
sehr ergebener

Fürst Lichnowsky.



Erster Abschnitt

DER SERBISCH-ÖSTERREICHISCHE STREIT

AN DER ANFANGS 1914

London, 14. 11. 1913

MEINE LONDONER BERICHTE

Die Ereignisse der letzten Wochen sind so schnell und unvorhersehbar verlaufen, daß die Spannung der letzten Tage wesentlich nachgelassen habe und kein Grund mehr vorliegt, sie noch mehr zu glauben. Er habe dem belgischen Vertreter in Belgrad den Auftrag erteilt, bei der dortigen Regierung im Sinne der Maßregeln zu wirken und ihr vorzuschlagen, daß sie sich als Vermittlerin der europäischen Großmächte verschütten solle, falls ein Einverständnis mit dem russischen Vorschlag einer Gefangenenerweiterung in der Richtung der belgischen Grenze vorläge. Er habe sich auch der Auffassung des belgischen Botschafters nach dem besten Weg zur Befriedigung der berechtigten Wünsche der serbischen Volks zu gelangen zu sein, sicherer Handlungsweg mit entsprechendem Nutzen über die Verbindung mit dem Adriatischen Meer. In demselben Sinne habe er bestimmt, daß das russische Kommando auf die verbündete Regierung einzuwirken werde, um in Belgrad nicht im Zweifel darüber zu lassen, daß auf eine Unterstützung von außen nicht zu rechnen sei. Die österreichisch-ungarische Regierung habe bisher Willigkeit an den Tag gelegt, und es sei nur zu hoffen, daß sie sich nicht weiter ändern werde.

MEINE LONDONER BERICHTE

## Erster Abschnitt

### DER SERBISCH-ÖSTERREICHISCHE STREIT

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 14. 11. 1912

Sir E. Grey, welcher mich heute nachmittag empfing, drückte mir wiederholt seine Genugtuung darüber aus, daß die Spannung der letzten Tage wesentlich nachgelassen habe und kein Grund mehr vorliege, um an ernsthaftere Verwickelungen zu glauben. Er habe dem britischen Vertreter in Belgrad den Auftrag erteilt, bei der dortigen Regierung im Sinne der Mäßigung zu wirken und ihr vorzustellen, daß sie sich alle Sympathien der europäischen Großmächte verschmerzen würde, falls sie eigensinnig auf dem einseitigen Verlangen nach einer Gebietserweiterung in der Richtung des Adriatischen Meeres verharre. Es biete sich nach der Auffassung des britischen Kabinetts noch ein anderer Weg, um zur Erfüllung der berechtigten Wünsche des serbischen Volkes zu gelangen: ein gesicherter Handelsweg mit entsprechendem Hafen oder die Verbindung mit dem Ägäischen Meer. In demselben Sinne habe, wie er bestimmt wisse, das russische Kabinett auf die serbische Regierung eingewirkt, so daß man in Belgrad nicht im Zweifel darüber sein könne, daß auf eine Unterstützung von außen nicht zu rechnen sei. Die österreichisch-ungarische Regierung habe bisher Mäßigung an den Tag gelegt, und es sei nur zu hoffen, daß sie sich nicht werde hinreißen

lassen, gegen Serbien gewaltsam vorzugehen, falls letzteres den Warnungen zum Trotz auf einer Besitzergreifung am Gestade der Adria bestehen sollte. In Belgrad wisse man auch, daß die Schaffung eines fait accompli nach dieser Richtung die spätere endgültige Feststellung der Grenzen in keiner Weise beeinflussen könne, da letztere nicht ohne Zustimmung der Großmächte erfolgen werde. Im Prinzip seien auch alle damit einverstanden, daß Albanien als autonomer Staat aus den Wirren hervorgehen müsse.

Auf meine Bemerkung, daß wir gern bereit sein würden, den britischen Wünschen gemäß uns ihrem Schritt anzuschließen, der bezwecke, Konstantinopel vor einer Besitznahme durch die Bulgaren zu bewahren, falls britischerseits in Petersburg weiter im Sinne der Ruhe und Mäßigung in der serbischen Frage gewirkt würde, entgegnete der Minister, daß bereits Verhandlungen zwischen Türken und Bulgaren im Gange seien, wonach wohl der Krieg als beendet zu betrachten wäre und eine Besetzung Konstantinopels nicht mehr zu befürchten sei, während andererseits das Petersburger Kabinett den Serben gegenüber sich in voller Übereinstimmung mit London befände.

Ich benutzte diesen Anlaß, um zu betonen, wie sehr wir den Ausführungen des Herrn Asquith beipflichteten, wonach es wünschenswert sei, keine der orientalischen Fragen gesondert zu behandeln, sondern ihre Erledigung in ihrer Gesamtheit abzuwarten, daß aber das schroffe Auftreten der serbischen Regierung uns genötigt habe, zu einer einzelnen Gefahrstellung zu nehmen, von der Österreich-Ungarn sich an einer empfindlichen Stelle getroffen fühlte. Der Minister pflichtete dieser Äußerung vollkommen bei und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bis zur gemeinsamen Regelung aller orientalischen Fragenprobleme

die Gemüter Zeit haben würden, sich wesentlich zu beruhigen, und daß es gelingen werde, allen Zündstoff bis dahin zu entfernen. Zum Schluß drückte er seine lebhafteste Befriedigung darüber aus, daß es gelungen sei, in dieser Frage mit uns Hand in Hand zu gehen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich hierzu in Zukunft immer häufiger Gelegenheit bieten werde.

Mein französischer und italienischer Kollege, denen ich im Foreign Office begegnete, sprachen sich in ähnlichem Sinne aus und hatten ebenfalls beruhigende Nachrichten erhalten.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 15. 11. 1912

**S**ir A. Nicolson bemerkte bei einer gelegentlichen Konversation, die Haltung Österreichs in der gegenwärtigen Krise verdiene größte Anerkennung. Wien habe gegenüber serbischen Provokationen in bewundernswerter Weise würdevolle Ruhe bewahrt. Die Serben hätten sich durch ihren lärmenden Größenwahn alle Sympathien entfremdet. Ihre arrogante Sprache werde jedoch von den Großmächten am besten als komische Leistung angesehen.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 18. 11. 1912

**M**ein russischer Kollege sagte mir heute, die russische Note nach Belgrad sei noch viel schärfer ausgefallen als die der hiesigen Regierung. Im Auslande werde aber der Einfluß Rußlands in Serbien sehr überschätzt, und namentlich jetzt nach den Erfolgen ihrer Waffen hätten die Serben erklärt, sich von jeglicher Vormundschaft befreien zu wollen, sowohl von

der russischen als auch der österreichischen. Es sei daher schwer berechenbar, was sie in dem bestehenden Streitfall mit Österreich beschließen würden. Glücklicherweise seien die Beziehungen zwischen Sasonow und Graf Berchtold, wie ersterer dem Grafen Benckendorff hier versichert hat, ausgezeichnet und vertrauensvoll, was für die friedliche Beilegung aller streitigen Fragen sehr ins Gewicht fiele.

Wenn noch Verhältnisse herrschten wie zur Zeit Aehrenthal-Iswolsky, so würde die Lage viel bedenklicher sein. Wenn Österreich sich der Besetzung des Sandschak widersetzt hätte, so würde die Petersburger Regierung dem Drang der öffentlichen Meinung kaum haben Widerstand leisten können. Wegen Albaniens aber, das nach übereinstimmender Meinung aller Großmächte selbständig werden sollte, werde niemand Krieg führen wollen. Auch die hiesige Regierung wolle absolut keinen Krieg und habe die österreichischen Wünsche in Belgrad unterstützt, weil sie wußte, daß eine andere Haltung die Kriegsgefahr nicht unwesentlich hätte verschärfen können.

Schließlich meinte noch Graf Benckendorff, daß der gewöhnlich gut unterrichtete bulgarische Gesandte sich dahin geäußert, daß seine Regierung zwar Konstantinopel nicht behalten und nicht einmal einnehmen wolle, da sie der Ansicht sei, daß Bulgarien es nicht „verdauen“ könne, beziehungsweise die Folgen einer Besetzung, Blutvergießen, kirchliche (schismatische) Schwierigkeiten usw. fürchtete, daß aber das siegreiche Heer, wenn es nicht bald gelänge, zwischen Türkei und Bulgarien ein direktes Einvernehmen herzustellen, ein ganz unberechenbarer Faktor sei und unter Umständen der bulgarischen Regierung seinen Willen aufnötigen würde.

Bei Gelegenheit der gestrigen Audienz, die mir in Windsor gewährt wurde, um mein Beglaubigungsschreiben zu überreichen, hatte ich nach dem darauffolgenden Mahle eine längere Unterredung mit Sir Ed. Grey. Er schien weniger zuversichtlich hinsichtlich der auswärtigen Lage als bei meiner ersten Besprechung, die Behandlung der beiden österreichischen Konsuln durch die Serben hatte auf ihn einen unangenehmen Eindruck gemacht, und er schien weitere Schwierigkeiten zu befürchten. Er meinte, Österreich-Ungarn sei vollkommen berechtigt, dafür Genugtuung zu verlangen.

Er fürchtete aber, daß, falls es zu einem österreichisch-serbischen Zusammenstoß kommen sollte, die öffentliche Meinung in Rußland die dortige Regierung, die sich bisher durchaus einwandfrei benommen und einen überaus scharfen Wasserstrahl nach Belgrad gerichtet habe, mit sich fortreißen werde. Sir E. Grey verneinte, in dieser Richtung ungünstige Nachrichten aus den beteiligten Hauptstädten erhalten zu haben, war aber sichtlich bekümmert über die Unsicherheit der Lage. Es schien ihm vor allem daran zu liegen, einen Ausweg zu finden, der beiden Parteien annehmbar wäre, und als solchen nannte er mit einer gewissen Überzeugung die Überlassung eines ganz schmalen Streifens längs der montenegrinischen Grenze bis an die Adria an die Serben.

Ich entgegnete hierauf, daß diese Lösung mir bedenklich erschiene, da es kaum anzunehmen sei, daß die österreichische Regierung nach der entschlossenen Haltung, die sie bisher in der Frage des serbischen Adriahafens eingenommen, darauf eingehen werde, und daß sie einen Rückzug wohl auch schwer ohne

Preisgabe ihres politischen Ansehens bewerkstelligen könne. Die irrendentistische Bewegung in den südlichen slawischen Provinzen der Monarchie sei viel zu beachtenswert, als daß letztere es wünschen könne, von Serbien vollkommen umklammert zu werden. Auch bestünden in jenen Gebirgsgegenden technische Hindernisse, die es unwahrscheinlich machten, daß es sich für Serbien um wirtschaftliche Interessen handle bei seinem Wunsch, zur Adria zu gelangen.

Der Minister gab dies zu, meinte aber wiederholt, daß er nicht die Abtretung ganz Nordalbaniens, wie es Serbien ursprünglich verlangte, sondern nur einen schmalen Streifen im Auge habe. Wenn Montenegro am Meer sei, so könne doch Österreich auch Serbien hinlassen.

Ich suchte ihm, so gut ich konnte, diesen Gedanken auszureden unter Hinweis auf die Tatsache, daß nicht nur die beiden anderen Genossen des Dreibunds die Doppelmonarchie in ihrer ablehnenden Haltung unterstützten, sondern auch bisher die britische Regierung und das Petersburger Kabinett den Standpunkt des Grafen Berchtold vollauf gewürdigt hätten.

Ich hatte bei dieser Unterredung wieder den Eindruck, daß man hier vor allem bemüht ist, größeren europäischen Verwickelungen vorzubeugen, und daß dieser Gesichtspunkt alle anderen Interessen bei der Frage der endgültigen Lösung des Balkanproblems zurückdrängt. Es ist der britischen Regierung im Grunde ziemlich gleichgültig, wie die Teilung der türkischen Beute ausfällt, wenn nur dabei kein europäischer Krieg entsteht, der Großbritannien zwingt, Stellung zum Streit zu nehmen. Auch wünscht man den Frieden oder wenigstens den Waffenstillstand möglichst bald geschlossen zu sehen und ist daher auch nicht einmal besonders erfreut über den jüng-

sten türkischen Erfolg bei Tschataldja, da man hiervon eine Erstarkung des türkischen Selbstvertrauens und eine Erlahmung des Willens zur Ruhe auf ottomanischer Seite befürchtet.

Sir E. Grey versprach mir schließlich, darauf hinzuwirken, daß die entstandenen Streitigkeiten möglichst dilatorisch behandelt werden, da sie dadurch erfahrungsgemäß an Schärfe verlieren, und darauf hinzuwirken, daß alle Fragen möglichst zusammen und nicht vereinzelt behandelt werden.

Für morgen nachmittag hat mich der Minister zu sich gebeten. Es sollen dabei auch Kolonialfragen zur Erörterung kommen.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 25. 11. 1912

**B**ei meinem heutigen Besuch bei Sir E. Grey brachte ich unter Hinweis auf die bekannten englischen Wünsche die Äußerung des Herrn Sasonow zur Sprache und legte nahe, in Petersburg im Sinne größerer Zurückhaltung zu wirken. Der Minister entgegnete, es sei ihm nicht bekannt, daß die russische Regierung sich im Sinne des serbischen Hafens festgelegt habe, im Gegenteil, soweit ihm bekannt, habe sie immer in Belgrad zur Mäßigung und Ruhe geraten. Herr Sasonow habe wahrscheinlich zwischen den übertriebenen serbischen Forderungen und der schroff ablehnenden Haltung Österreich-Ungarns in der Frage des serbischen Adriaufens einen Mittelweg finden wollen, ohne sich auf die Seite der einen oder anderen Partei zu schlagen. Auch ihm, Sir E. Grey, schwebte als mögliche Lösung ein derartiges Kompromiß vor, wobei er diesmal von einem neutralisierten Streifen Landes unter serbischer Kontrolle sprach, der das Meer mit dem Königreich verbände.

Ganz klar schien der Minister mir nicht zu sein über die staatsrechtliche Form seines Vorschlags, auch wiederholte er, daß er vorläufig nicht endgültig Stellung zu der Frage nehmen wolle und die Regelung der ganzen Angelegenheit am besten nach Friedensschluß im Zusammenhang mit den übrigen Fragen zu erfolgen habe.

Sir E. Grey, den ich darauf hinwies, daß die britische und deutsche Regierung durch die Gemeinsamkeit des Wunsches verbunden seien, den Frieden zu erhalten und alles zu vermeiden, was die Lage verschärfen könne, stimmte meiner Auffassung vollkommen bei und erklärte, nach wie vor in diesem Sinne wirken zu wollen. Er faßt übrigens die Lage ohne jede Nervosität und durchaus optimistisch auf und erklärte die russischen und österreichischen Rüstungen als lediglich vorbereitende Maßnahmen. Er hofft, wenn es gelungen sei, zwischen Türken und Bulgaren den Frieden zu schließen, die dann noch übrigbleibenden Fragen zwischen den Großmächten friedlich erledigt zu sehen. Als solche betrachtet er, wie bereits berichtet, die Frage der Inseln, Albanien und den serbischen Hafen und meint, daß man im übrigen den Abmachungen der Kriegführenden stillschweigend zustimmen könne. Auch erzählte er, er habe den Türken geraten, nicht erst über einen Waffenstillstand, sondern gleich über den Frieden zu verhandeln, da letzterer die Tschataldjalinie nicht in sich schlösse, während der Waffenstillstand daran gescheitert sei, daß die Türken es ablehnten, durch Überlassung derselben sich dem Sieger wehrlos zu überantworten.

Was die ägäischen Meer-Inseln beträfe, so werde England keine Ansprüche erheben, solange dies nicht von seiten einer der anderen Großmächte geschehe.

Der Minister schien mir geneigt zu sein, einen Teil der Inseln den Griechen zu überlassen. Was mit Mazedonien geschehe, erklärte er, sei ihm gleichgültig.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 26. 11. 1912

Gestern sagte mir mein russischer Kollege, russische militärische Maßnahmen finden deshalb statt, weil Mobilmachung in Rußland so viel langsamer vor sich gehe als in Österreich und namentlich in Deutschland. Man müsse sich eben auf alle Fälle bereithalten. Herr Sasonow sei durchaus friedlich und habe hier serbischen Gesandten überaus schroff angefahren und sich über serbische Anmaßungen beschwert. In seinem Charakter liege es, sich leicht zu ereifern und dann sich schärfer auszusprechen, als er wirklich meinte. Es sei daher leicht möglich, daß er sich gegen fremde Diplomaten über die gegenwärtige Krisis in einer Form geäußert, die nicht dem beabsichtigten Eindruck entspräche.

Graf Benckendorff, mit dem ich verwandt bin, und der mir hier besonders vertrauensvoll entgegentritt, sieht die Gefahr der Lage nicht so sehr in der serbischen Frage, über die man sich wohl einigen werde, als in der Möglichkeit neuer türkischer Erfolge. Nach allen ihm auß Rußland zugegangenen Nachrichten befürchte er für diesen Fall einen Druck der öffentlichen Meinung zugunsten der Balkanstaaten beziehungsweise gegen Österreich, dem keine Regierung werde widerstehen können. Das Schreckgespenst der Revolution sei keineswegs abgetan. Jede russische Regierung fürchte sich vor derselben. Es sei daher schwer, unbedingt mit den amtlichen Kreisen zu rechnen, und unmöglich zu sagen, wer eigentlich die Geschicke des Reiches in der Hand habe.

Ich hatte den Eindruck, daß die Ausführungen des Grafen, der auf gute Beziehungen zur deutschen Vertretung Wert legt, aufrichtig waren und auf genauer Kenntnis der Verhältnisse beruhen. Sie dürften daher Beachtung verdienen.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 15. 11. 1912

Der Sir Edward Grey nahestehende parlamentarische Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten Mr. Acland hielt am Sonnabend eine Rede in Rochdale, in der er betonte, daß vom Beginn der Balkankrise bis zum gegenwärtigen Augenblick die Regierungen von Deutschland und England in ununterbrochenen, engen und freundschaftlichen Beziehungen zueinander gestanden hätten. Wenn Schwierigkeiten beständen, so seien sie jedenfalls nicht durch Maßnahmen der englischen Regierung hervorgerufen, sondern könnten höchstens, wenn überhaupt, durch Äußerungen nicht verantwortlicher Personen wie Lord Roberts entstehen. Im weiteren Fortgang seiner Rede geht Mr. Acland erneut auf die bekannte Agitationsrede Lord Roberts ein und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Generalfeldmarschall die seinen Worten gegebene Auslegung, Deutschland würde England angreifen, sobald es die Macht dazu habe, als irrig zurückweise. Trotzdem hätte er, Acland, einen klaren Widerruf seiner Äußerungen seitens Lord Roberts lieber gesehen, da er fürchte, daß dieselben in Deutschland besonders von Chauvinisten öfters gegen England ins Feld geführt werden würden. Jedenfalls könne er versichern, daß England niemals eine derartige aggressive Gewaltpolitik, wie sie in

Lord Roberts Worten zum Ausdruck komme, betreiben würde, ebensowenig wie er glaube, daß Deutschland je daran denke.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 27. 11. 1912

Unsere heutige Besprechung, die im Anschluß an das Frühstück bei Mr. Asquith im Foreign Office stattgefunden, leitete Sir E. Grey mit der Bemerkung ein, daß er befriedigende Nachrichten aus Petersburg über die Audienz erhalten habe, die der Kaiser von Rußland dem österreichisch-ungarischen Botschafter erteilt. Die Aussichten für eine friedliche Lösung des Gegensatzes seien dadurch nicht unwesentlich gebessert. Auch wisse er, daß Herr Sasonow unentwegt bemüht sei, einen Ausgleich in dem österreichisch-serbischen Zwist zu finden, wobei der russische Minister des Äußern betont habe, daß er bemüht sei, möglichst unparteiisch zu erscheinen. Auch habe der hiesige russische Botschafter ihm mitgeteilt, daß die russische Regierung die Hoffnung hege, einen wirtschaftlichen Ausgang für Serbien nach der Adria zu erreichen, der für Österreich annehmbar sei.

Ihm, Sir E. Grey, sei die Frage des Adriahafens vollkommen gleichgültig. Er sei lediglich von dem Bestreben geleitet, eine Lösung zu vereinbaren, die es verhindere, daß eine oder mehrere der europäischen Großmächte in den Streit hineingezogen würden. Die Folgen einer derartigen Ausdehnung des Krieges würden unabsehbar sein, und es sei heute ganz unberechenbar, wer alsdann an dem Kampf beteiligt werden könnte.

Ich betonte, wie sehr ich seit meiner Ankunft den Eindruck gehabt, daß unsere beiden Länder, von dem gemeinsamen Wunsche zur Erhaltung des europäischen

Friedens geleitet, in der gegenwärtigen Krise Hand in Hand gegangen seien, und wie ich die Hoffnung hege, daß dieses Zusammengehen sich auch im weiteren Verlauf dieser Frage und auch bei künftigen Ereignissen werde ermöglichen lassen. Es sei daher auch wünschenswert, daß wir gemeinsam bei befreundeten Mächten im Sinne der Mäßigung wirkten und von Maßnahmen abrieten, die unserem gemeinschaftlichen Ziele, der Erhaltung des Friedens, abhold scheinen. Als eine solche müßten in erster Linie die militärischen Vorbereitungen Rußlands erscheinen, die geeignet seien, Gegenzüge hervorzurufen.

Sir E. Grey erwähnte entschuldigend, daß auch auf russischer Seite der Besuch des österreichischen Generalstabschefs in Berlin nicht verfehlt habe, einen gewissen Eindruck hervorzurufen und neue Rüstungen zu rechtfertigen.

Ob der Minister sich in dem gewünschten Sinne in Petersburg verwenden wird, entzieht sich meiner Beurteilung. Ich glaube aber, daß meine Ausführungen nicht verfehlt haben, Eindruck auf ihn zu machen, und daß er fortfahren wird, seinen Einfluß im Sinne der Mäßigung und der Erhaltung des Friedens geltend zu machen. Er bedauerte, daß der Frieden in der Türkei noch immer nicht geschlossen sei, und daß man erst über einen Waffenstillstand unterhandele, da es leicht sei, zu einer Einigung zwischen den Mächten zu gelangen, wenn erst der Friedensschluß vorläge. Man könne alsdann gewisse Fragen wie die mazedonische aus den Verhandlungen zwischen den Großmächten ausscheiden und sich auf diejenigen beschränken, die letztere lediglich interessieren. England stelle die drei von mir bereits genannten in den Vordergrund: den serbischen Hafen, Albanien und die ägäischen Inseln.

An den anderen Mächten sei es nun, auch ihrerseits mit ihren Angelegenheiten hervorzutreten.

Herr von Kiderlen-Waechter habe, so bemerkte der Minister im Laufe der Unterhaltung, einen Meinungsaustausch über die wichtigsten Punkte vor Zusammentritt der endgültigen Beratung angeregt. Er, Sir E. Grey, meine, daß es sich empfehlen würde, wenn in einer der europäischen Hauptstädte die betreffenden Botschafter unformell zusammenträten, um nach den Unterweisungen ihrer Regierungen über die betreffenden Punkte zu beraten und, wenn möglich, eine Einigung herbeizuführen. Es sei gleichgültig, wo das geschähe. Herr Poincaré habe eine Konferenz angeregt unter Zuziehung der Vertreter der Balkanstaaten. Dies sei aber erst nach dem Friedensschluß möglich. Eine derartige Vorbesprechung scheine ihm geeigneter zu sein zur Erreichung des gesteckten Zieles als ein Hin und Her zwischen den Kabinetten, das Mißverständnisse und Verzögerungen nicht ausschliesse.

Die Versicherung, daß Österreich-Ungarn nicht beabsichtigt, in die kriegerischen Operationen Serbiens in Albanien einzugreifen, nahm der Minister, wie ich schließlich bemerken darf, mit sichtlicher Befriedigung entgegen.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 4. 12. 1912

Sir E. Grey ließ mich heute zu sich bitten und eröffnete unsere Unterhaltung mit der Bemerkung, er habe sich lebhaft über die warmen Worte gefreut, die der Herr Staatssekretär im Reichstag über unsere beiderseitigen Beziehungen gesprochen habe, da sie vollkommen seinen Wünschen und Ansichten entsprächen. Leider habe er — so fuhr er fort — keine sehr beruhigenden Nachrichten aus Österreich-Ungarn

erhalten, indem von dort die Meldung weiterer verstärkter Mobilmachungen an ihn gelangt sei. Sodann richtete er an mich die Frage, ob wir noch immer auf dem früheren, von Herrn von Kiderlen-Waechter auch wiederholten Standpunkt uns befänden, keine Frage gesondert, sondern alle zusammen nach dem Friedensschluß behandeln zu wollen. Ich bejahte lebhaft und gab meiner Verwunderung darüber Ausdruck, wie er daran zweifeln könne, daß wir das von Herrn Asquith seinerzeit verkündete und von uns bereitwilligst angenommene Programm verlassen können. Er erwiderte, er fürchte, daß die Rede des Herrn Reichskanzlers, der zu seiner Überraschung die Möglichkeit eines Krieges zwischen den Kontinentalgruppen schon jetzt betont habe, ihn zu dieser Frage veranlaßte und fragte mich, ob ich den Eindruck habe, daß dieselbe in dem Sinne gedeutet werden könne, daß wir Österreich-Ungarn für alle Eventualitäten und für alle Schritte, die es glaubte, in seinem Interesse unternehmen zu sollen, die Rückendeckung gewährleisten, also gewissermaßen einen Blankowechsel ausstellen wollten. Er befürchte, daß eine so weitgehende Unterstützung der österreichischen Politik unserem gemeinsamen Ziele, der Erhaltung des Friedens und der Mäßigung auf beiden Seiten, unzutraglich sein und die österreichische Widerstandslust stählen werde.

Sir E. Grey anerkannte dies und meinte, daß es ihm vor allem daran läge, daß keine zweite Lage entstände wie im Jahre 1909. Denn er sei überzeugt, und diesen Satz wiederholte er zweimal mit besonderer Betonung, daß Rußland zum zweiten Male

einen Rückzug wie damals nicht antreten, sondern lieber zu den Waffen greifen werde. Es käme also alles darauf an, daß die serbische Hafenfrage sich nicht derartig zuspitze, daß eine von den beiden Großmächten gezwungen sei nachzugeben. Sein ganzes Bestreben gehe vielmehr dahin, daß der österreichisch-serbische Streit in Gemeinschaft mit allen anderen Fragen derart behandelt werde, daß es möglich sei, Kompensationen zu schaffen, indem man den Sandschak und andere Gebiete mit in den Handel hineinzöge. Er könne eine gewisse Besorgnis nicht unterdrücken, daß die Rede Euerer Exzellenz, obwohl sie von der hiesigen Presse im allgemeinen günstig aufgenommen worden sei, dazu beitragen könne, den serbisch-österreichischen Streit von den anderen Fragen zu sondern und das scharfe Hervortreten der europäischen Gruppen, deren Gegenüberstellung er ängstlich zu vermeiden gesucht habe, zu betonen. Denn es käme ihm vor allem darauf an, daß aus dem Streite keine Ehren- oder Parteisache der bestehenden Gruppen entstände, damit es möglich sei, daß unsere beiden Länder, die bisher gewissermaßen als Unbeteiligte und mit dem gleichen Interesse an der Erhaltung des Friedens auch fernerhin Hand in Hand arbeiteten, in Wien bezw. Petersburg vermittelnd wirkten und auch die Grundlage zu fernerm politischen Zusammengehen schaffen könnten. Entstände aber ein europäischer Krieg dadurch, daß Österreich gegen Serbien vorginge, und Rußland, durch die öffentliche Meinung gezwungen, und um nicht abermals eine Demütigung wie 1909 zu erleben, in Galizien einmarschiere, was uns zur Hilfsleistung veranlassen

würde, so sei die Beteiligung Frankreichs unausbleiblich und die weiteren Folgen unabsehbar.

Es ist zum zweiten Male, daß er mir gegenüber diese letztere nicht mißzuverstehende Anspielung gebraucht. Von verschiedenen ihm sehr nahestehenden Persönlichkeiten ist mir in dieser Hinsicht in den letzten Tagen übereinstimmend gesagt worden, daß die hiesige Regierung schon deshalb bestrebt ist, einer europäischen Verwicklung unter allen Umständen vorzubeugen, weil sie fürchtet, daß durch dieselbe die angebahnte Annäherung mit uns wieder in Frage käme; denn es sei für England, obwohl keine geheimen Abmachungen mit Frankreich beständen, ein unbedingtes Lebensinteresse, zu verhindern, daß dieses Land von uns völlig niedergeworfen werde, man würde sich also für den Fall, den man hier vorausieht, daß wir die Franzosen besiegen, unbedingt genötigt sehen, für dieselben einzutreten.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 9. 12. 1912

**I**ch möchte meine hiesigen Eindrücke, über die ich bei verschiedenen Anlässen berichtet habe, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, dahin zusammenfassen, daß nicht nur die britische Regierung, sondern auch die überwiegende Mehrheit aller für politische Berechnungen in Frage kommenden Personen und Kreise ein gutes Verhältnis zu Deutschland lebhaft wünschen. Jeder Anlaß, um diesem Bestreben Ausdruck zu geben und ein bestehendes Einvernehmen mit uns öffentlich zu bekunden, wird daher mit Freu-

den benutzt. Man will mit uns in Freundschaft und Frieden leben, und der Wiederhall, den die letzten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs sowohl wie auch meine hiesige Rede in allen Kreisen gefunden haben, sowie auch die Haltung der englischen Presse in der letzten Krisis, welche es fast ausnahmslos vermied, von einem Gegensatz der Gruppen in der serbischen Frage zu sprechen, zeigt die Richtigkeit obiger Auffassung.

Sir Edward Grey wird bei seiner auswärtigen Politik und namentlich in den gegenwärtigen heiklen Fragen vor allem von dem Wunsche geleitet, den Frieden zu erhalten und mit der Kaiserlichen Regierung in allen wichtigen Angelegenheiten Hand in Hand zu gehen. Nichts wäre ihm daher unangenehmer als eine Zuspitzung der Gegensätze, die einen friedlichen Ausgang nicht mehr ohne eine moralische Niederlage der einen der beiden Parteien ermöglichen würde. Indem er den Vorschlag gemacht hat, keine der Fragen getrennt zu behandeln, sondern sie vereint auf dem Wege gegenseitiger Kompromisse zu erledigen, schwebte ihm der Gedanke vor, daß auf diese Art allein ein einseitiger Rückzug zu verhindern sei. Denn wenn das offizielle Rußland sich auch keineswegs mit den serbischen Forderungen identifiziere, so sei es doch klar, daß in Rußland starke Sympathien für die Serben bestünden, und daß daher, um der russischen Regierung die bisherige gemäßigte Haltung zu erleichtern, alles vermieden werden müsse, was wie eine Drohung oder wie ein Druck gedeutet werden könne. Die starken Rüstungen Österreichs schienen ihm aus diesem Grunde nicht willkommen zu sein und ihn zu beunruhigen.

Wenn auch Herr Iswolsky im Jahre 1909 den Rückzug nicht infolge eines von uns ausgehenden Druckes

angetreten hat, so ist doch die Erinnerung an die wenig glänzende Rolle, die die russische Diplomatie damals spielte, noch zu lebendig und das Wort von der „schimmernden Wehr“ noch zu frisch in Erinnerung, als daß die hiesige Regierung, der, ich wiederhole es, vor allem darum zu tun ist, einer festländischen Verwicklung vorzubeugen, nicht vor der Wiederkehr einer ähnlichen Lage berechnete Besorgnisse hegen sollte. Sie wünscht also mit anderen Worten, alles zu vermeiden, was dahin gedeutet werden könnte, als ob die russische Regierung einem äußeren Druck weichen sollte, und hat die Botschafterbesprechung mit der Absicht angeregt, daß aus derselben weder Sieger noch Besiegte hervorgehen sollten, und daß dort die serbische Frage durch gegenseitiges Entgegenkommen eine für Österreich und Rußland gleich annehmbare Lösung finden würde.

Das sind die Gründe, weshalb man hier nicht wünscht, daß von irgendeiner Seite die Beteiligung an diesen Besprechungen an Bedingungen geknüpft werde, die nach außen wenigstens sich erst als ein Ergebnis der Beratungen darzustellen hätten, daß man also in den Fehler der *petitio principii* ver falle. Aus denselben Gründen hat ferner auch die Rede Euerer Exzellenz Beunruhigung hervorgerufen. Der Hinweis auf die Bündnistreue wurde als Fanfare gedeutet in einem Augenblick, wo man Orgeltöne gewünscht hatte.

Wir haben mit der Tatsache zu rechnen, und in diesen Dingen ist weder kürzlich eine Wendung eingetreten, noch dürfte eine solche zu erwarten sein, daß Englands Politik uns gegenüber eine friedliche und freundschaftliche ist, daß aber keine britische Regierung es mit den Lebensinteressen des Landes vereinbar halten würde, eine

weitere Schwächung Frankreichs zuzulassen. Nicht Abmachungen geheimer Natur oder die Ränke Eduards VII. noch auch die Nachwirkungen der marokkanischen Schwierigkeiten sind es, welche diese Haltung begründen, sondern die vom englischen Standpunkte verständliche Erwägung, daß nach einem zweiten Zusammenbruch Frankreichs wie im Jahre 1870 das britische Volk einem einzigen übermächtigen festländischen Machtfaktor sich gegenüber befinden würde, und daß dieser Gefahr unter allen Umständen vorzubeugen sei.

Wenn es auch immer mißlich ist, in der Politik prophezeien zu wollen, so glaube ich dennoch es aussprechen zu können, daß man uns nur dann angreifen wird, wenn wir in Frankreich einmarschieren und das erste siegreiche Gefecht geliefert haben. Aber auch schon eine Kriegserklärung an Frankreich oder von Frankreich an uns würde die Mobilisierung der britischen Flotte nach sich ziehen, während der Krieg mit Rußland allein, falls ein solcher überhaupt denkbar ist, das Eingreifen der britischen Seemacht noch nicht notwendigerweise zur Folge haben würde.

Das ist die Lage, mit der wir zu rechnen haben, welche es aber ermöglicht, unsere beiderseitigen Beziehungen ohne Preisgabe unserer Interessen weiter auszugestalten und zu pflegen, falls wir den Briten Entgegenkommen zeigen und ihre Empfindlichkeiten schonen, und das sind die Gründe, aus denen Sir Edward Grey und der gesamten hiesigen Regierung die friedliche Beilegung des serbischen Streites so sehr am Herzen liegt.

Lichnowsky.

## Zweiter Abschnitt

### VOR DER BOTSCHAFTERVERSAMMLUNG UND DER FRIEDENSKONFERENZ

DER STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES VON  
KIDERLEN AN DEN BOTSCHAFTER IN LONDON FÜRSTEN  
VON LICHNOWSKY

Berlin, 18. 11. 1912

**E**w. pp. bitte ich, Sir E. Grey persönlich aufzusuchen und ihm folgendes mitzuteilen: Die Gefahr der Lage erblicke ich darin, daß bei dem aus Anlaß des Friedensschlusses auf dem Balkan zu erwartenden Beratungen der Mächte von einzelnen dieser Mächte gewisse Präventionen der Balkanstaaten unterstützt würden, die von andern als unannehmbar bezeichnet würden. Das Wesentliche zur Erhaltung des Friedens scheint mir daher zu sein, daß die Mächte vor Beginn der Verhandlungen mit den Balkanstaaten sich über ein bestimmtes Programm und insonderheit über die nach ihrer Ansicht zulässigen und nicht zulässigen Forderungen der Balkanstaaten einigten.

Zunächst käme Albanien in Betracht, wo unsere Bundesgenossen Österreich und Italien besondere Interessen geltend zu machen hätten. Die Zurückhaltung Österreichs gegenüber den direkten serbischen Provokationen verdiene Anerkennung, sie sei aber nur möglich unter der Voraussetzung, daß serbische Besatzungen keine Rechte auf Definitivum schaffen könnten. Es wäre nützlich, dies den Serben auch von

anderer Seite jetzt schon klar zu machen. Wegen der anscheinend von allen Seiten gewünschten Autonomie Albaniens erschiene es nicht möglich, dies Land durch serbisches Territorium in zwei Teile zu zerschneiden, wohl aber glaubten wir eine Verständigung auf etwa folgender Basis möglich:

Es wäre gut, wenn Österreich die Konzessionen, die es an Serbien für möglich hält, möglichst eingehend präziserte und den Mächten mitteilte, daß bei den Verhandlungen, die bei Friedensschluß zu erwarten sind, eine feste Basis vorliegt.

Wir denken uns nach dem, was wir bisher aus Wien erfahren, als Basis einer Verständigung mit Serbien Gewährung einer sicheren Schienenverbindung, die von albanesischer Territorialhoheit in gewissen Grenzen unabhängig zu einem dem serbischen Export garantierten Adriaafen ohne serbischen eigentlichen Territorialerwerb führt, gesicherter Transit für Serbien auf bosnischen Bahnen und gesicherter Transit für Österreich nach Saloniki sowohl auf serbischen Bahnen als auf eventuell zu erbauender Sandshakbahn. Rußland habe Wünsche, so viel wir wüßten, bezüglich Konstantinopels und Adrianopels, sowie des Berges Athos.

Es würde nun nützlich sein, alle diese Wünsche genau zu präzisieren und sich zum voraus über ein von allen Großmächten zu unterstützendes Programm noch vor Beginn der Verhandlungen mit den Balkanstaaten zu einigen.

Damit würde auch der Asquithschen Idee entsprochen, keine einzelnen Fragen zuvor herauszugreifen. Österreich habe dies Serbien gegenüber befolgt, und wir nehmen an, daß dies auch seitens Rußlands Bulgarien gegenüber geschehe.

Falls Sir E. Grey diesem Gedankengang zustimmt,

wäre es vielleicht nützlich, wenn er ihm in Petersburg und Paris Eingang zu verschaffen suchte, während wir ein gleiches in Wien und Rom tun würden. Einer gefälligen Drahtmeldung über die Aufnahme, die Ihre Mitteilungen bei Sir E. Grey gefunden, sehe ich mit Interesse entgegen. Kiderlen.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 20. 11. 1912

**I**ch habe mit Sir E. Grey soeben im Sinne der mir erteilten Weisung gesprochen. Der Minister schien im allgemeinen ganz einverstanden zu sein, erklärte jedoch, mir augenblicklich keine bestimmte Antwort geben zu können, da er sich die einzelnen Punkte überlegen müsse. Er bat mich, morgen nachmittag wiederzukommen, um mir dann Bescheid zu geben.

Ganz allgemein bemerkte er, daß meine Mitteilung zwei getrennte Fragen enthielte, die der Vorbesprechung zwecks Einigung über ein gemeinsames Programm und andererseits die Aufforderung, in Belgrad im Sinne der Anregung zu wirken, daß die serbischen Besetzungen kein Recht auf Difinitivum schaffen könnten. Ohne sich auf diese Frage näher einzulassen, erklärte er nur, daß das Prinzip eines autonomen Albaniens bereits die Frage der Bestimmung seiner Grenzen in sich schlosse. Er schien mir auf diesem Wege der heiklen Angelegenheit der serbischen Adriawünsche ausweichen zu wollen. Im übrigen machte er sich über unseren Standpunkt Notizen, ohne etwas gegen unsere Vorschläge einzuwenden. Weiterer Drahtbericht folgt morgen. Lichnowsky

Bei meinem heutigen Besuch sagte mir Sir E. Grey, daß er der Auffassung Euerer Exzellenz von der Notwendigkeit eines frühzeitigen Meinungs-austausches zwischen den Großmächten durchaus zustimme.

Was die zu verhandelnden Fragen selbst betreffe, so kämen für ihn zunächst im wesentlichen drei Punkte in Betracht:

1. Die Autonomie Albaniens,
2. die Verbindung Serbiens mit der Adria und
3. die Ägäischen Inseln.

Was Konstantinopel und Adrianopel beträfe, so schiene nach den bekanntgewordenen Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Bulgaren und Türken die Frage auszuscheiden, da die beiden kriegführenden Parteien sich hierüber einigen würden. Unter dieser Voraussetzung könnte das hiesige Kabinett ebenso unbeteiligt an der Lösung dieser Frage bleiben, wie wir es ersichtlich täten. Rußland würde sich dann wohl auch zufriedenstellen. Der Berg Athos genieße heut schon eine Sonderstellung und könnte sie auch behalten.

Aus den ferneren Äußerungen des Ministers entnahm ich,

1. daß das Schicksal der griechischen Inseln der Regierung besonders am Herzen liegt, und
2. daß der von mir schon an anderer Stelle gekennzeichnete Gedanke, eine mögliche Lösung der serbischen Frage durch Gewährung eines schmalen Gebietsstreifens an Serbien längs der montenegrinischen Grenze zu finden, hier immer mehr Fuß gefaßt hat. Der Minister bezeichnet zwar diese Ansicht durchaus nicht als die einzige und endgültige Form, um den serbischen Wünschen gerecht zu werden, meinte aber, daß trotz der österreichischen Bedenken,

auf die ich wiederum hingewiesen, dieser Gedanke nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen sei. Meiner Frage, ob man diese Auffassung in Paris und Petersburg teile, wich er aus mit dem Bemerkten, daß er glaube, daß im allgemeinen die Ansicht herrsche, daß die Besprechung dieser Lösung nicht von der Hand zu weisen sei.

Da der Minister sich anscheinend mit seinen Ententefreunden schon ins Einvernehmen gesetzt hatte und ich gestern von meinem französischen Kollegen, den ich traf, ehe ich Sir Edward Grey getroffen hatte, erfuhr, daß er von unserer Anregung über Paris unterrichtet war, so glaubte ich, namentlich im Hinblick auf die abweichende Auffassung, die die hiesige Regierung in der kritischen serbischen Frage vertritt, von einer besonderen Anregung absehen zu sollen, unsere Schritte in Paris und Petersburg zu unterstützen.

Im übrigen erklärte der Minister wiederholt, daß es ihm vor allem darauf ankäme, einen Ausweg zu finden, der die Erhaltung des europäischen Friedens gewährleiste, und einen Konflikt zu vermeiden, in welchen einen oder mehrere Großmächte hineingezogen werden könnten. Seine geäußerten Auffassungen sollten daher nur als Grundlage der weiteren Besprechungen dienen. Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 1. 12. 1912

**M**ein italienischer Kollege suchte mich gestern auf, um nachstehendes auseinanderzusetzen.

Italien habe vielleicht noch weniger als Deutschland den Wunsch, wegen der serbischen Frage in einen Krieg verwickelt zu werden, namentlich da es

sich nur um einen Handelshafen handeln soll. Man interessiere sich in Rom hauptsächlich für Valona und habe die Griechen wissen lassen, daß die Besetzung dieser Bucht nicht geduldet werden würde. Es sei daher unbedingt notwendig, daß ein Kompromiß gefunden werde zwischen dem österreichischen und dem russischen Standpunkt. Je länger man warte, um so schwieriger werde es, eine Lösung zu finden, die für keinen von beiden eine Demütigung in sich schließe, da die öffentliche Meinung in beiden Ländern schon durch die fortgesetzten Mobilmachungen immer erregter werde und der Krieg dann immer schwerer zu vermeiden sei. Es wäre auch nach seinen Nachrichten ein bedenklicher Irrtum, wenn man annehmen wollte, daß Rußland bloß mobilisiere, um zu bluffen. Die Audienz des Grafen Thurn sei ergebnislos verlaufen, und habe sich der Zar auf einige höfliche und freundliche Redensarten beschränkt, ohne irgendeine Zusicherung zu geben. Sasonow ebensowenig wie ein anderer russischer Minister könne es wagen, Erklärungen zu verlautbaren, die der öffentlichen Meinung, die für die Serben ausgesprochen Partei nähme, entgegen wären, er würde sonst von seinem Platze fortgefegt werden.

Mit diesen Tatsachen müßten wir rechnen, wenn wir einen Krieg vermeiden wollten, und darauf hinwirken, daß bald eine Einigung zustande käme. Nur auf diese Weise sei der allgemeine Krieg zu vermeiden. Marquis Imperiali verglich die Angelegenheit mit der in Neapel beim Feste des heiligen Gennaro üblichen Begegnung zwischen dem Kardinal und dem Sindaco. Keiner von beiden dürfe dem anderen gegenüber sich etwas vergeben, und beide müßten die gleiche Anzahl von Schritten zurücklegen, um sich in der Mitte der Kirche zu treffen.

Ehe dieses Kompromiß nicht vereinbart sei, wäre es auch bedenklich, zu der von Sir Edward Grey vorgeschlagenen Botschafterkonferenz zu schreiten, da diese dann Gefahr lief, ergebnislos zu verlaufen. Bevor nicht Österreich sowohl wie Rußland etwas nachgeben und Entgegenkommen gezeigt hätten, sei es zwecklos, zusammenzutreten und über Dinge zu beraten, über die die Botschafter sich dann doch nicht würden verständigen können. In diesem Sinne hat Marquis Imperiali auch mit Sir E. Grey gesprochen und, wie er sagt, nach Rom berichtet, und ich vermute, daß seine Auffassungen sich im wesentlichen mit denen des Marquis San Giuliano decken.

Ich verfehlte nicht, meinen italienischen Kollegen darauf aufmerksam zu machen, wie wichtig es sei, daß Deutschland und Italien im Interesse des Friedens den österreichischen Standpunkt unterstützten, um nicht durch Uneinigkeit die Gegner zu ermutigen und dadurch die Kriegsgefahr zu erhöhen. Marquis Imperiali gab die Berechtigung dieses Standpunktes vollkommen zu, wiederholte aber, daß es ein Irrtum sei, zu glauben, daß man in Petersburg nur bluffe. Die Lage sei äußerst ernst, und er halte den Krieg für unausbleiblich, falls Österreich nicht geneigt sei, in der Frage des serbischen Hafens etwas mehr Entgegenkommen zu zeigen. Er bat mich, in diesem Sinne in Berlin zu wirken, da nur wir in der Lage wären, auf Wien einen entsprechenden Einfluß zu nehmen. Die Persönlichkeit des englischen Vertreters in Wien sei nicht danach, daß die hiesige Regierung dort viel erreichen könnte, und Graf Mensdorff sei zwar hier gesellschaftlich sehr beliebt, habe aber weder in Wien noch hier großen Einfluß. Auch sollten wir uns nicht darüber täuschen, daß die Stimmung in Frankreich heute eine andere sei wie noch vor drei

Jahren. Die bulgarischen Siege über die Türken hätten auch dazu beigetragen, das Selbstbewußtsein der Franzosen zu erhöhen, und es sei nicht daran zu zweifeln, daß im Falle von Verwickelungen mit Rußland die Franzosen losgehen würden. Auch sei es sicher, daß die Engländer, trotz der augenblicklich besonders hervortretenden Hinneigung zu Deutschland und ihres ausgesprochenen Friedensbedürfnisses nicht würden unbeteiligt bleiben können. Wenn wir siegten, würden sie nicht dulden, daß Deutschland ein drückendes Übergewicht auf dem Kontinent erhält.

Was den Ort der Botschafterbesprechung anbelangt, so scheint, wie ich Äußerungen meines russischen und italienischen Kollegen entnehme, Sir E. Grey Paris vorzuschweben, schon weil er das Französische nicht beherrscht. Marquis Imperiali würde London für den geeigneten Ort halten und hält Paris für bedenklich wegen des Herrn Iswolsky und einen kleinen Ort wie den Haag nicht für geeignet, weil alsdann die Sache durch Entsendung besonderer Vertreter die Formen eines Kongresses annehmen und den Absichten des hiesigen Kabinetts nicht mehr entsprechen würde.

Ich möchte mich den Ausführungen meines italienischen Kollegen, denen vielleicht auch ein Auftrag aus Rom zugrunde lag, insofern anschließen, als ich glaube, daß ein von uns ausgehender Vorschlag, der London als den Ort der botschafterlichen Vorbesprechung bezeichnet, hier einen günstigen Eindruck hervorrufen und in der Öffentlichkeit als ein Beweis unserer gefestigten Beziehungen aufgefaßt werden würde. Auch müßte die Vermittlerrolle, die Sir E. Grey alsdann zufiele, weiter dahin wirken, ihn in seiner bisherigen mehr unparteiischen Haltung zu bestärken.

Lichnowsky.

**E**uer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß ich nach Eingang des österreichischen und italienischen Einverständnisses Sir Edward Goschen auf die Sondierung wegen der Botschafterkonversation heute nachstehendes geantwortet habe:

„Die Kaiserliche Regierung hat von dem Vorschlage Sir E. Greys, die Botschafter der sechs Großmächte in einer der europäischen Hauptstädte zu unverbindlichen Besprechungen über mehrere vom internationalen Standpunkt besonders wichtige Fragen des Balkanproblems zu ermächtigen, mit lebhafter Genugtuung Kenntnis genommen. Sie erblickt in dem vorgeschlagenen Verfahren ein geeignetes Mittel, den Geschäftsgang zu vereinfachen und zu beschleunigen, und würde es begrüßen, wenn als Ort der Konversation London gewählt wird, von wo die Anregung ausgegangen ist. Für den Fall, daß Sir E. Grey hiermit einverstanden ist, erklärt sich die Kaiserliche Regierung bereit, Fürst von Lichnowsky ohne Verzug mit den erforderlichen Instruktionen zu versehen. Sie setzt dabei voraus, daß bei der Konversation der Botschafter auch nach außen der Eindruck einer formellen Konferenz vermieden werden wird.

Da Rumänien sich in Anbetracht seiner gewichtigen Stellung und Interessen am Balkan in der gleichen Lage wie die Großmächte befindet und bei den Friedensverhandlungen der Kriegführenden als einzige Balkanmacht nicht zu Worte kommen wird, befürwortet die Kaiserliche Regierung, zu den Besprechungen der Botschafter auch den rumänischen Gesandten hinzuzuziehen. Alleruntertänigst Kiderlen.

Sir E. Grey mit London einverstanden, falls hierin in Paris keine Unfreundlichkeit erblickt werde, da dort bekannt, daß er Paris vorgeschlagen, und da von Poincaré auch erste Anregung zu einer Konferenz ausgegangen. Ich erwiderte, daß uns, soviel mir bekannt, Paris auch recht gewesen wäre, daß aber von verschiedenen Seiten, und nicht etwa bloß von uns, Bedenken gegen die Persönlichkeit des Herrn Iswolsky laut geworden wären.

Ich glaube, daß, falls es gelingt, eine Form zu finden, um die Empfindlichkeiten des Herrn Poincaré zu schonen, man hier gern zustimmen wird, da man sich den gegen Paris bestehenden Bedenken keineswegs verschließt.

Mit der Zuziehung des rumänischen Gesandten schien der Minister einverstanden, auch wiederholte er, daß jeder Anschein eines feierlichen Kongresses vermieden werden sollte, und daher auch alle Eröffnungsfeierlichkeiten wegfallen würden. Man würde sich, so drückte er sich aus, einfach an einen runden Tisch setzen.

Der Berliner Anregung entsprechend, habe er die Tagesordnung für die Botschafterbesprechung dahin entworfen, daß

1. diejenigen Punkte festgestellt würden, welche auszuschneiden seien, da man sie den Kriegführenden allein überlassen wolle,

2. diejenigen, die die beim Berliner Verträge beteiligten Mächte interessierten, und mit denen man sich daher zu befassen habe, und

3. Besprechung dieser letzteren Punkte zum Zweck, eine Einigung über dieselben zu erzielen und alsdann mit entsprechenden Vorschlägen an die vertretenen Regierungen sich zu wenden.

Einen in diesem Sinne gehaltenen Erlaß, den der Minister nach Wien gerichtet hat, gab er mir zur Einsicht. Derselbe schließt mit dem rührenden Wunsch, das kommende Weihnachtsfest möge als Ergebnis der Besprechungen der Menschheit den Frieden bringen.

Als Kuriosum erzählte er mir noch, daß die Balkanstaaten über London als Friedensort verfügt hätten, ohne hier anzufragen, und daß ihm hierüber nur von der bulgarischen Regierung eine amtliche Verständigung gemacht worden sei.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 10. 12. 1912

Sir E. Grey, dessen Stimmung ein sicheres Barometer für den Stand der Friedensaussichten abgibt, empfing mich heute wieder in heiterer Laune. Der Minister erklärte sich mit Rücksicht auf den allgemein dahin geäußerten Wunsch damit einverstanden, daß die Botschafterbesprechungen hier stattfinden. Er hat dies auch bereits mehreren meiner Kollegen heute mitgeteilt. Sir E. Grey legt besonderen Wert darauf, daß möglichst bald damit begonnen werde, da er der Ansicht ist, daß alsdann weniger Gefahr vorliegt für unerwartete Vorfälle zwischen Österreich und Serbien. Seien einmal die Besprechungen im Gange, so sei es unwahrscheinlich, daß man sich in Österreich werde zu irgendeinem gewaltsamen Schritt hinreißen lassen, durch den die Verhandlungen unterbrochen werden könnten. Die Haltung Österreichs flöße dem Minister noch immer Besorgnis ein. Er zeigte mir ein Telegramm aus Wien, worin von neuen Truppenverschiebungen an die serbische und russische Grenze die Rede war. Er

wolle diesen militärischen Maßnahmen keine übertriebene Bedeutung beimessen, man könne aber nie wissen, wohin sie führten, namentlich da die Angelegenheit des mißhandelten Konsuls noch immer nicht beigelegt wäre.

Der Minister will dem Grafen Mensdorff, der morgen früh nach Wien reist, weil Graf Berchtold ihn gerufen hat, noch besonders einprägen, daß er in Wien zur Ruhe und Mäßigung raten ließe, um zu verhindern, daß noch vor der Botschafterbesprechung sich Zwischenfälle ereigneten.

Dem serbischen Geschäftsträger, der seinen Rat erbeten hat, angesichts der Gerüchte über bevorstehende österreichische Maßnahmen hat der Minister zur Ruhe und Vorsicht geraten, da keine der Mächte Lust habe, die friedliche Beilegung der Angelegenheit in Frage zu stellen, und sich dem Spruch der Mächte zu unterwerfen.

Über die von Wien aus gestellte Bedingung hat der Minister sich anscheinend mit Rücksicht auf die Haltung Rußlands inzwischen beruhigt. Er meinte, die Begrenzung Albaniens werde in einer der ersten Sitzungen zur Sprache kommen und eine der schwierigsten Fragen bilden. Auch möchte er, falls bis dahin alle Botschafter mit Instruktionen versehen sind und Graf Mensdorff zurück ist, am Montag beginnen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 10. 12. 1912

Wie ich von gut unterrichteter journalistischer Seite höre, hat sich Herr Poincaré bis in die neueste Zeit energisch gesträubt, London als Ort der Botschafterkonferenz anzunehmen, weil er sich nicht

entschließen konnte, auf seinen Lieblingsgedanken zu verzichten, den Glanz seiner Amtsführung am Quai d'Orsay durch eine internationale Konferenz zu erhöhen. Auf diese Weise hat der französische Minister Sir E. Grey, der die Schwäche seines französischen Kollegen kannte, die Annahme Londons als Ort der Botschafterkonferenz sehr erschwert und die Unstimmigkeiten, die zwischen ihm (Poincaré) und Herrn Cambon bestanden, nicht verringert. Herr Cambon trat von Anfang an für die Wahl Londons ein, da er die Zusammensetzung des hiesigen diplomatischen Korps einer vernünftigen Lösung für günstiger hielt, als dies in Paris der Fall gewesen wäre.

Herr Poincaré wirft dem hiesigen französischen Botschafter wohl mit Recht vor, dieser habe bis zum letzten Augenblick in seiner Berichterstattung den Ausbruch eines Balkankrieges für unwahrscheinlich erklärt und dadurch dazu beigetragen, daß die französische Politik von den Ereignissen überrascht worden sei.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 13. 12. 1912

**S**ir Edward Grey hat sich in den letzten Tagen eingehend mit den Fragen der bevorstehenden Botschafterbesprechung in London beschäftigt. Er will sie soweit als irgend tunlich jedes formellen Charakters entkleiden, insbesondere kein Protokoll führen lassen, sondern nur zu Aufzeichnungen schreiten, wenn der zwanglose Gedankenaustausch in den einzelnen Fragen ein Ergebnis geliefert habe.

Nach Sir Edwards Grey Absichten solle die Botschafterbesprechung, ohne sich mit Kleinigkeiten aufzuhalten, die Hauptpunkte rasch durchberaten und

sich dann vertagen mit dem Vorbehalte, wieder zusammenzutreten, wenn neuer, wichtiger Beratungstoff vorliege.

Der Minister hofft, die Hauptarbeit in vier bis fünf Sitzungen erledigen zu können und scheint an die Möglichkeit zu denken, Fragen, welche umfangreiche Einzelerörterungen nötig machen wie die der Dette Publique und der Bahnen besonderen Kommissionen zuzuweisen.

Sir Edward Grey scheint in den letzten Tagen noch einen ausführlichen Gedankenaustausch mit dem russischen Kabinett gepflogen zu haben, über dessen Ergebnis er im Privatgespräch Befriedigung äußerte, da er jetzt ganz sicher zu sein glaubt, daß Rußland eine durchaus friedliche und versöhnliche Politik verfolgen werde.

Die Stimmung Österreich gegenüber ist in hiesigen Regierungskreisen nach wie vor günstig, die Berechtigung des österreichischen Standpunktes wird in vieler Beziehung anerkannt, dabei aber immer wieder betont, daß ein Überspannen des Bogens Serbien gegenüber die ernstesten Gefahren mit sich bringen könnte. Die fortgesetzten Rüstungen Österreichs fahren daher fort, hier lebhaft zu beunruhigen.

Von den Balkanvölkern erfreut sich hier nur Bulgarien ausgesprochener Sympathien, die Serben haben durch lärmendes Auftreten und Interviews wie die von den Friedensdelegierten dem „Temps“ gewährten hier sehr verstimmt. Sie werden voraussichtlich von Sir E. Grey eine sehr deutliche Sprache zu hören bekommen.

Lichnowsky.

Sir E. Grey hat den beteiligten Botschaftern soeben vorgeschlagen, die erste Besprechung morgen um halb vier stattfinden zu lassen. Die Verhandlungen sollen geheimgehalten und kein Protokoll geführt werden. Nur wenn Beschlüsse gefaßt sind, sollen sie zu Papier gebracht werden. Der Minister will gleich mit der albanischen Frage anfangen und die Grenzen Albaniens, welches bis an Montenegro heranreichen soll, in großen Zügen festlegen. Dann will er Frage der wirtschaftlichen Verbindung Serbiens mit der Adria ganz im Sinne der im Telegramm Nr. 217 enthaltenen Auffassung zur Sprache bringen. Die möglichst einstimmig gefaßten Beschlüsse sollen den Mächten vorgelegt werden, und hofft der Minister durch Vorwegnahme dieser beiden Punkte die gefährlichsten Fragen möglichst rasch zu erledigen.

Die innere Abgrenzung ihrer Neuerwerbungen will er den Kriegführenden überlassen und die ägäischen Inseln erst später erörtern.

Sir E. Grey, welcher bereits mit meinen Kollegen außer dem Grafen Mensdorff, der erst heute Abend zurückkehrt, gesprochen hatte, schien wieder sehr zuversichtlich zu sein und sagte, er hoffe zu einem günstigen Ergebnis zu gelangen. Wir, Deutschland und England, hätten die ganze Zeit in der gleichen Richtung gearbeitet, und es würde ihn freuen, wenn unsere gemeinsamen Bemühungen zum Ziele führten.

Lichnowsky.

### Dritter Abschnitt

#### DER ANFANG DER BOTSCHAFTER- VERSAMMLUNG UND DIE KOLLEKTIV- DEMARCHE DER MÄCHTE IN KONSTANTINOPEL

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 17. 12. 1912

**B**ei der heutigen ersten Botschafterbesprechung, der Sir E. Grey persönlich vorsah, konnte Graf Benckendorff gestützt auf seine Instruktionen eine sehr entgegenkommende Haltung einnehmen. Es wurden nachstehende Punkte einstimmig vereinbart:

Erstens. Albanien unabhängig und lebensfähig, garantiert und kontrolliert ausschließlich durch die Mächte unter der Souveränität oder Suzeränität des Sultans. Mein russischer Kollege hatte hierzu die Anregung gegeben, und sein Vorschlag wurde angenommen, nachdem der Zusatz: „Mit beschränkter Anzahl ottomanischer Truppen, deren Stärke dann festzusetzen wäre“ fallen gelassen worden war, da derselbe zu Bedenken Anlaß gab. Ebenso wurde: „Von den Mächten ernannter und vom Sultan bestätigter Gouverneur“ ausgelassen; statt dessen mein österreichischer und italienischer Kollege gebeten, ihre Regierungen zu veranlassen, „ihre Ansichten über die Grundlagen der zukünftigen Organisation dieser Unabhängigkeit“ auszuarbeiten und uns diese Projekte alsdann vorzulegen.

Zweitens wurde einstimmig angenommen, daß Al-

banien neutralisiert werden sollte. Graf Benckendorff hatte nur die Neutralisierung der Häfen und der Küste vorgeschlagen, sich aber auch mit dieser Fassung einverstanden erklärt.

Drittens gelangt zur Annahme:

„Einverstanden, daß auf jeden Fall die Grenzen des unabhängigen Albanien im Norden sich mit denen Montenegros, im Süden mit denen Griechenlands berühren.“ Graf Benckendorff erklärte sich mit dieser Fassung, welche serbische Hoheitsrechte an der Adria ausschließt, einverstanden. Schwierigkeiten entstanden nur insofern, als Graf Mensdorff die prinzipielle Festlegung heutiger Grenze Montenegros als Nordgrenze Albaniens wünschte, während Graf Benckendorff erklärte, daß seine Regierung in die Verhandlungen der Kriegführenden mit der Türkei hinsichtlich ihrer zukünftigen Grenzen sich nicht einmischen wolle, er daher nicht in der Lage sei, sich auf die jetzige Südgrenze Montenegros festzulegen. Graf Berchtold hält aber an der Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien nach dem Prinzip der ethnographischen Abgrenzung fest. Marquis Imperiali erklärte, ohne Instruktionen zu sein, und hat sich dieselben für morgen erbeten. Die weitere Besprechung der albanischen Grenzen soll daher morgen stattfinden, und wird Graf Mensdorff dann weitere Vorschläge unterbreiten. Hinsichtlich der serbischen Verbindung mit der Adria wurde folgende Fassung einstimmig angenommen:

„Der Zugang für seinen Handel wird Serbien mittels eines freien und neutralen albanischen Hafens reserviert, der von der internationalen Eisenbahn unter europäischer Kontrolle und unter dem Schutz einer internationalen Truppenmacht bedient wird, mit Beförderungsfreiheit für alle Waren einschließlich

Kriegsmunition." Auch hier hatte ein russischer Vorschlag als Grundlage gedient, und wurde Graf Benckendorff gebeten, bei seiner Regierung über die Einzelheiten die Ausarbeitung eines Projekts anzuregen.

Geheimhaltung vereinbart, kein Protokoll. Den Vorsitz wird Sir E. Grey persönlich weiterführen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 17. 12. 1912

**W**ie mir Sir E. Grey soeben mitteilt, sollen unsere Besprechungen Freitag abend geschlossen werden, und hofft derselbe, bis dahin das bisher vorliegende Material zu erledigen. Am Sonnabend beabsichtigt der Minister gleich den meisten übrigen Mitgliedern des Kabinetts einen zehntägigen Urlaub anzutreten und erst am 30., am Tage der Wiedereröffnung des Parlaments, hier einzutreffen. Nötigenfalls sollen unsere Sitzungen danach wieder aufgenommen werden.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 18. 12. 1912

**D**er Führer der serbischen Abgesandten, Herr Nowakowitsch war eben bei mir und fragte mich, ob ich glaubte, ihm raten zu sollen, die Erledigung der serbischen Wünsche hinsichtlich der Adria den Mächten vertrauensvoll zu überlassen und diesen Punkt aus den Friedensverhandlungen auszuschalten. Ich bestärkte ihn in dieser Auffassung und sagte ihm, die Mächte seien Serbien gegenüber von freundschaftlichen Gesinnungen erfüllt und würden gewiß den serbischen Wünschen um so mehr Rechnung tragen, je entgegenkommender und ruhiger die Haltung der ser-

bischen Vertreter wäre. Er beklagte sich über die Haltung der Nachbarmonarchie, welche fortführe, die serbische Bevölkerung zu beunruhigen. Auch schien er zu befürchten, daß man seinem Vaterlande überhaupt keine Gebietserweiterung gönnen würde. Ebenso wünschte er zu wissen, ob alle Mächte über die Gewährung eines wirtschaftlichen Verbindungsweges nach und eines neutralen Hafens an der Adria einig seien. Ich erklärte ihm, daß ich über unsere Verhandlungen nicht reden könnte, daß ich aber glaubte, in der Lage zu sein, ihn hinsichtlich dieser beiden Punkte beruhigen zu können.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 18. 12. 1912

Die heutige Sitzung eröffnete Sir E. Grey mit der Mitteilung, daß der serbische Geschäftsträger ihm mitgeteilt habe, die serbischen Delegierten seien in demselben Sinne unterrichtet worden, wie Herr Nowakowitsch es mir bereits mitteilte. Der Geschäftsträger habe noch hinzugefügt, er hoffe, der Wunsch der Mächte würde ihnen in einer Form mitgeteilt werden, die es der öffentlichen Meinung in Serbien erleichtern würde, nachzugeben. Es wurde hierauf einstimmig beschlossen, unsere Regierungen zu befragen, ob sie im Falle der Zustimmung zu unseren gestrigen Beschlüssen damit einverstanden wären, daß diese Beschlüsse von Sir E. Grey nächsten Freitag dem serbischen Geschäftsträger mitgeteilt würden als das Ergebnis unserer Beratungen und als der einheitliche Wille der Mächte unter der Voraussetzung, daß Serbien bei dem Entschluß, auf jede Gebietserweiterung an der Adria zu verzichten, verbliebe. Hiervon hofften wir eine Beschleunigung der Friedensverhandlungen und eine Festlegung des serbischen Stand-

punkts. Gleichzeitig hiermit soll am Freitag abend vor der Vertagung unserer Beratungen ein Communique in der hiesigen Presse erscheinen, welches als das Ergebnis der Besprechungen die albanische Autonomie und die Gewährung eines freien wirtschaftlichen Verbindungsweges an einen neutralen Hafen an der Adria für Serbien verkündet. Von dieser Veröffentlichung, zu welcher ich gleichfalls um telegraphische Zustimmung bitte, verspricht sich Sir E. Grey eine erhebliche Beruhigung der öffentlichen Meinung, die, falls nichts verlautbar würde, zu der Annahme gelangen könnte, unsere Beratungen seien gescheitert.

Die Abgrenzung Albaniens wurde bis auf Freitag vertagt, da Marquis Imperiali hinsichtlich Skutari noch ohne Unterweisung war und Graf Mensdorff die von Wien mitgebrachte Karte, deren Vorhandensein er nur mir und meinem italienischen Kollegen bekanntgab, und auf welcher die österreichische Auffassung von den neuen Grenzen Albaniens eingezeichnet ist, noch nicht vorlegen wollte. Prisren ist nämlich dort preisgegeben, was Graf Mensdorff erst als Zugeständnis für Skutari gelten lassen möchte. Er wurde aufgefordert, uns nächsten Freitag die Wünsche seiner Regierung vorzulegen.

Vertraulich sagte mir Sir E. Grey, daß, falls es wegen Skutari zu Schwierigkeiten käme, er außerstande sei, nochmals auf die russische Regierung einzuwirken. Letztere habe sich unter seiner und der französischen Mitwirkung bereits überaus entgegenkommend erwiesen. Nun sei es an uns, der deutschen und der italienischen Regierung, auf Österreich einzuwirken für den Fall, daß Rußland, was er noch nicht wisse, auf der Abtretung von Skutari an Montenegro bestehen sollte. Graf Benckendorff ist noch ohne Anweisungen, doch dürfte die Frage am Freitag nach-

mittag zur Sprache kommen. In ähnlichem Sinne hat der britische Minister auch mit meinem italienischen Kollegen gesprochen.

Es gelangten hierauf die ägäischen Inseln zur Sprache. Graf Benckendorff gab namens seiner Regierung die Erklärung ab, daß sie nicht wünsche, daß irgendeine Macht in den Besitz der Inseln Tenedos, Imbros, Lemnos und Samothrake gelange, denen eine Autonomie gewährt werden solle. Es gelangte hierauf der britische Antrag einstimmig zur Annahme: „Welches auch die künftige Lage der Inseln des Ägäischen Meeres sein wird, sind wir doch der Ansicht, daß sie unter der Garantie der Mächte neutralisiert werden müssen.“ Über die Besitzfrage lagen keine Anträge vor, doch war die Stimmung überwiegend für eine Autonomie.

Was Kreta anlangt, so kam man dahin überein, daß, falls die Insel im Friedensschluß von der Türkei an die Griechen abgetreten würde, hiergegen keine Einwände zu erheben seien.

Mein französischer Kollege gab folgende Erklärung ab: „Die französische Regierung steht betreffs Konstantinopels fest auf dem Standpunkt der Aufrechterhaltung des status quo. Diese Stadt muß also im Besitz des ottomanischen Kaiserreiches bleiben. Die Türkei muß außerdem in Europa ein Gebiet längs des Marmarameeres und der Dardanellen behalten.“ Diese Erklärung fand allgemeine Zustimmung.

Mein österreichischer Kollege erklärte: „Wir halten dafür, daß die Stellung des Hafens von Saloniki und der dorthin führenden Eisenbahn unter dem Gesichtspunkt der Wahrung unserer Handelsinteressen geregelt werden.“ Auch diese Auffassung erweckte keinen Widerspruch.

Nächste Sitzung Freitag nachmittag. Hierauf Ver-  
tagung bis Neujahr. Sir E. Grey begibt sich auf sein  
Gut in Northumberland. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 18. 12. 1912

**H**err Danew hat hier mehreren meiner Kollegen er-  
klärt, die Verbündeten würden mit der Türkei  
geschlossen verhandeln und von ihr die Abtretung  
ihres europäischen Besitzes westlich einer zu verein-  
barenden Linie zwischen dem Ägäischen und dem  
Schwarzen Meer mit Einschluß von Adrianopel ver-  
langen. Sollte die Türkei nicht nachgeben wollen, so  
würde Bulgarien den Krieg unweigerlich fortsetzen.  
Die Teilung des abgetretenen Gebiets mit Ausnahme  
von Albanien würden die Verbündeten alsdann unter-  
einander vornehmen. Lichnowsky.

DER STAATSEKRETÄR DES AUSWÄRTIGEN AMTES VON  
KIDERLEN AN DEN BOTSCHAFTER IN LONDON, FÜRSTEN  
VON LICHNOWSKY

Berlin, 20. 12. 1912

**N**ach Ew. pp. Telegramm Nr. 207 ist türkische Sou-  
veränität oder Suzeränität über Albanien ohne  
weiteres angenommen worden. Wie wir anderweit  
hören, soll über diesen Punkt erst längere Diskussion  
stattgefunden haben, wobei russischer Botschafter für  
Oberhoheit der Pforte besonders eingetreten und  
durch Ew. pp. lebhaft unterstützt worden sei.

Kiderlen

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 20. 12. 1912

**Ü**ber alle gefaßten Beschlüsse haben längere Ver-  
handlungen stattgefunden, über die ich aber nur  
dann ausführlich berichtet habe, wenn sie zu Be-

denken und erheblichen Abänderungen Anlaß gegeben haben. Der Vorschlag, der dem Beschluß ad 1 zugrunde lag, war von der russischen Regierung ausgegangen, und habe ich ihn deshalb unterstützt, weil ich im Hinblick auf die so überaus entgegenkommende Haltung des Petersburger Kabinetts in der wichtigen Frage des Adriaufens es um so mehr für angezeigt hielt, die russischen Wünsche zu fördern, als auch Graf Mensdorff nur gegen die Anwesenheit türkischer Truppen Bedenken erhoben, und die mir im Telegramm Nr. 217 erteilten Unterweisungen ausdrücklich von einer Autonomie Albaniens sprechen, was doch wohl die wenn auch nur nominelle Oberhoheit des Sultans voraussetzen läßt. Ferner wies ich darauf hin, daß, falls Mazedonien der Türkei nicht erhalten bleibe, das davon ja völlig losgelöste Albanien dem Machtbereich der Osmanen tatsächlich entrückt sein würde.

In der Frage der türkischen Truppen vertrat ich den Standpunkt, daß es nicht so sehr auf die prinzipielle Zulassung derselben ankomme als auf ihre Zahl, die sich ja auf eine Art Leibwache des Gouverneurs beschränken ließe.

Schließlich möchte ich noch bemerken, daß die am Schluß meines Telegramms 207 erwähnte Anregung, die russische Regierung zur Ausarbeitung eines Projekts hinsichtlich des serbischen Verbindungsweges mit der Adria zu veranlassen, wieder fallengelassen worden ist, und daß wir nur den österreichischen und italienischen Entwürfen für die Organisation der albanischen Autonomie entgegensehen.

Lichnowsky.

Die heutige Sitzung, die abermals Sir E. Grey persönlich leitete, befaßte sich zunächst mit der Feststellung des heute abend erscheinenden Communiqués und mit der Mitteilung an den serbischen Geschäftsträger. Letztere wird dem in meinem Telegramm Nr. 207 sub 1 und 3 gemeldeten Wortlaut entsprechen, den zweiten Punkt aber nicht enthalten, weil hinsichtlich der gesamten Neutralisierung Albaniens Graf Benckendorff die Zustimmung seiner Regierung noch nicht erhalten hat. Das Communiqué aber wird in abgekürzter Form erscheinen.

Graf Benckendorff hatte vorher erklärt, daß seine Regierung den obigen Vereinbarungen zustimme unter folgender Voraussetzung:

„Zuerkennung der Wahl der Richtung der Eisenbahn und des Endhafens an Serbien. Jede Garantie der Freiheit der notwendigen Studien für die Wahl und die Trassierung der Bahn für die serbische Regierung gegen die Schwierigkeiten, die etwa die zukünftige albanische Regierung verursachen könnte. Recht Serbiens, an der internationalen Kontrolle der Bahnlinie und des Hafens teilzunehmen.“

Alle Botschafter mit alleiniger Ausnahme des Grafen Mensdorff hielten diese Voraussetzungen für berechtigt und stimmten ihnen zu. Mein österreichischer Kollege erklärte jedoch, sich hierzu nicht äußern zu können, und schien die den Serben eingeräumten Vergünstigungen als zu weitgehend zu betrachten. Der Zusatz wurde daher ad referendum genommen unter der ausdrücklichen Erklärung, daß die angenommene Fassung ihn nicht ausschließe.

Hierauf legte Graf Mensdorff seine albanischen Wünsche vor, die nicht nur Skutari, sondern auch

Ipek und Prisren umschließen. Graf Benckendorff bezeichnet den Drin als Ostgrenze und will bei der nächsten Sitzung eine Karte vorlegen. Vorläufig erklärte er, daß es unmöglich sei, ethnographisches Prinzip bis zum äußersten durchzuführen, da dies zu unmöglichen Gebilden führen würde. Die allgemeine Ansicht ging dahin, daß auf Grund der ethnographischen Verhältnisse Abrundungen und Kompromisse notwendig seien. Beschlüsse wurden nicht gefaßt und die nächste Sitzung für den zweiten Januar anberaumt.

Zum Schluß bat mich Sir E. Grey noch einmal, in Berlin dahin zu wirken, daß wir die österreichische Regierung veranlassen, in der Frage Skutari Nachgiebigkeit zu zeigen. Diese Angelegenheit ist heute nicht verhandelt worden. Sir E. Grey meinte, er habe bisher alles erreicht, was wir haben wollten, und es habe ihm nicht geringe Mühe gekostet, es durchzusetzen. Sollten sich aber in diesem Falle Schwierigkeiten ergeben, so sei er außerstande, uns wieder zu helfen, und genötigt, sich auf die andere Seite zu stellen. Dasselbe hat er meinem italienischen Kollegen auch noch einmal gesagt.

Beim Abschied sprach der Minister mir in warmen Worten seine Freude darüber aus, daß sich unsere Besprechungen so bewähren, und daß sich die allgemeinen Beziehungen in den letzten Wochen soviel günstiger gestaltet hätten.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 20. 12. 1912

Beim vorläufigen Abschluß der hiesigen Botschafterbesprechungen glaube ich hervorheben zu müssen, daß der günstige Eindruck, den ich während meiner bisherigen hiesigen Tätigkeit von der Haltung der

britischen Regierung und namentlich von den Absichten Sir E. Greys gewonnen habe, durch seine Haltung als Leiter unserer Zusammenkünfte nicht unwesentlich bestärkt worden ist. Als Vater des Gedankens, durch einen mündlichen Meinungsaustrausch unter persönlich befreundeten Diplomaten den bestehenden Gegensätzen ihre Schärfe zu nehmen, war er während unserer Verhandlungen sichtlich bemüht, den Eindruck einer Parteilichkeit zu vermeiden und eine vermittelnde Stellung, soweit dies nötig war, einzunehmen.

Wenn wir es seiner Friedensliebe und dem Friedensbedürfnis des britischen Volkes zu verdanken haben, daß das Gewicht der englischen Stimme in den aufregenden Wochen, die hinter uns liegen, so schwer und entscheidend zugunsten einer besonnenen und gemäßigten Haltung der politischen Freunde Englands ins Gewicht fiel, so glaube ich hieraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß wir auch für die Zukunft mit einer ähnlichen Haltung der britischen Regierung rechnen dürfen. Denn es liegt kein Grund zur Annahme vor, daß Großbritannien, falls es sich wirklich mit der Absicht trüge, gegen uns feindlich vorzugehen, eine so günstige Gelegenheit wie diese unbenutzt würde vorbeigehen lassen, oder daß es nach erfolgter Beilegung des kontinentalen Zwistes plötzlich und ohne jeden Grund Lust haben sollte, über uns herzufallen.

Im Gegenteil, die deutsch-englischen Beziehungen sind, wie auch maßgebende Mitglieder des hiesigen Kabinetts in Privatgesprächen erklärt haben, seit langem nicht so günstig gewesen wie heute, und es liegt Grund zur Annahme vor, daß die durch das Zusammenwirken in der letzten Krise gefestigte Annäherung, falls keine störenden Ereignisse

dazwischen treten, sich weiter entwickeln wird. Die Haltung, die die maßgebenden hiesigen Persönlichkeiten mir gegenüber ausnahmslos eingenommen haben, und die Stimmung im britischen Publikum weisen darauf hin, daß der Wunsch, mit uns in ungetrübter Harmonie zu leben, ein aufrichtiger und allgemein empfundener ist.

Man wird mir vielleicht entgegenhalten, daß die englischen Rüstungen zur See mit ihrer unausbleiblichen Agitation gegen den deutschen Feind auf eine andere Richtung der britischen Politik hinweisen, daß wieder neue Forderungen bevorstehen, und daß die Zugehörigkeit des britischen Reiches zu einer Gruppe, die uns, gering gesagt, abhold gestimmt ist, ein weniger rosiges Bild der auswärtigen Richtung der britischen Politik erkennen lassen.

Ich beabsichtige nicht, hier in alle Einzelheiten der Flottenfrage hineinzusteigen, um so mehr als dieselben ja hinlänglich bekannt und erörtert sind. Für mich aber liegt es auf der Hand, daß es für das britische Reich, das auf die ausländische Zufuhr angewiesen ist, unerläßlich erscheint, in der Lage zu sein, seine Lebensadern, das heißt seine Zufuhrwege, gegen alle Möglichkeiten zu schützen, und daß das Anwachsen der deutschen Seemacht als willkommener Anlaß benutzt wird, um Flottenforderungen zu begründen. Die Weltmachtstellung Großbritanniens steht und fällt mit seiner Übermacht zur See, und wir würden, falls wir die Verantwortung hätten, für die Geschichte des britischen Reiches, diese Übermacht sicherlich mit derselben Fürsorge zu erhalten suchen, wie dies die britischen Minister anstreben.

Was schließlich die sogenannte Ententepolitik betrifft, so glaube ich, daß ihre Festigkeit in direkter Abhängigkeit steht von der Wärme der Beziehungen

Englands zu uns, und daß das einzige Mittel, das es gibt, um diese Freundschaft zu lockern, darin besteht, daß wir den Engländern gegenüber ihre Ententefreundschaften nach Tunlichkeit ignorieren und ferner auch alles möglichst vermeiden, was hier zu Mißtrauen und Unruhe Veranlassung geben könnte. Der Tag, an dem England sich mit Frankreich und Rußland formell entloben und uns reumütig in die Arme sinken wird, wird niemals kommen, es sei denn, daß wir geschlagen werden. Die Mächtigsten haben zu allen Zeiten in einem gewissen Gegensatz gestanden, und namentlich hat England durch den ganzen Lauf seiner Geschichte jede kontinentale Übermacht nur unwillig ertragen, bzw. dieselbe, wenn sie sich zur Alleinherrschaft auszugestalten drohte, bekämpft. Es wird daher zur Wahrung seiner Sicherheit und seines Einflusses im übrigen Europa dafür sorgen, daß ein gewisser „balance of power“ besteht, ein Gegengewicht gegen eine gewisse Machtgruppe, und wird unter allen Umständen seine schützende Hand über Frankreich halten. Man achtet uns hier, man schätzt, man überschätzt uns vielleicht, und aus diesem Gefühle, das man mitunter geneigt wäre, Furcht zu nennen, geht das Bestreben hervor, uns einzuengen, nicht aber die Lust, uns zu bekriegen. Dazu sind die gemeinsamen Interessen zu groß, die wirtschaftlichen Verbindungen zu eng und bedeutend, die materiellen Verluste selbst eines siegreichen Krieges zu empfindlich. Dazu ist man hier auch zu bequem geworden, das Volk ist friedliebend und liebt es, in seinen täglichen Gewohnheiten nicht gestört zu werden. Ein Krieg mit uns wäre daher durchaus nicht populär, er würde aber

trotzdem geführt werden, um Frankreich, falls wir es bedrohten, zu schützen. Denn man glaubt hier, daß es nicht in der Lage wäre, sich ohne britische Hilfe der deutschen Übermacht zu erwehren.

In diesem Umstande vermag ich aber für uns eine Bedrohung um so weniger zu erblicken, als bei uns nicht die Absicht besteht, gegen die Franzosen feindlich vorzugehen, und die letzten Ereignisse gelehrt haben, daß auch bei ihnen wie in Rußland der Wunsch überwiegt, mit uns in Frieden zu leben. Der Schutz, den England den Franzosen gewährt, entspricht doch nur etwa demjenigen, den wir den Österreichern und Ungarn zuteil werden lassen für den Fall eines russischen Angriffs, und wir würden es auch nicht verstehen, wenn man in Rußland hierin eine Bedrohung erblicken wollte. Die Beurteilung, die in Paris die deutsch-britische Annäherung der letzten Wochen gefunden hat, und die Unruhe, die sich in Blättern wie dem „Temps“ zu erkennen gab, dürfte schließlich darauf hindeuten, daß dort eine vertrauensvolle Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu England als eine Lockerung der Entente empfunden wird.

Lichnowsky.

AUFZEICHNUNG

Berlin, 22. 12. 1912

**I**ch habe es mir im Verlaufe der bisherigen dreitägigen Botschafterbesprechungen besonders angelegen sein lassen, zwischen dem österreichischen und dem russischen Standpunkt zu vermitteln und den Anschein zu vermeiden, als ob Rußland etwa gedemütigt oder besiegt aus den Verhandlungen hervorgehen sollte. Als daher in der ersten Sitzung Graf Benckendorff den russischen Vorschlag hinsichtlich der Autonomie

Albaniens einbrachte und hierdurch die bisherigen serbischen Wünsche nach einem Adriahafen vollkommen preisgab, glaubte ich die russischen Vorschläge für die Ausgestaltung des künftigen autonomen Albaniens unterstützen zu sollen, um gewissermaßen den Russen eine goldene Brücke zu bauen. In diesem Sinne habe ich auch versucht, auf Graf Mensdorff zu wirken. Als aber die Frage der Zulassung türkischer Truppen nach Albanien und der Ernennung des Gouverneurs zu Bedenken und weitläufigen Erörterungen führte, wies ich darauf hin, daß die türkische Oberhoheit doch jedenfalls nur eine formale sein würde, da die Voraussetzung für die Ausübung tatsächlicher Machtbefugnisse doch die Autonomie Mazedoniens sein würde. Sei einmal Mazedonien aufgeteilt, so würde Albanien doch völlig losgelöst von dem übrigen Körper des türkischen Reichs sein, es sei also nicht wahrscheinlich, daß die Souveränität des Sultans störend in die Erscheinung träte. Ich erwähnte dieses, um namentlich die Bedenken meines österreichisch-ungarischen Kollegen zu zerstreuen und den russischen Wünschen Entgegenkommen zu zeigen. Von einem Antrag meinerseits war selbstverständlich niemals die Rede, schon deshalb nicht, weil die Zukunft Mazedoniens gar nicht zu dem Programm unserer Besprechungen gehörte. Es scheint hier also ein Mißverständnis bei dem durch seine Zerstreutheit bekannten russischen Botschafter vorzuliegen, das vielleicht damit zusammenhängt, daß in London das Gerücht verbreitet war, Bulgarien wünsche Autonomie Mazedoniens, um dadurch die Griechen herauszuhalten und es später um so leichter erben zu können.

Was Skutari betrifft, so habe ich auch hier versucht, vermittelnd zu wirken, und dem Grafen Mensdorff vorgehalten, daß es sich nicht empfehlen würde,

die bisherigen so überaus günstigen Ergebnisse unserer Beratungen durch ein schroffes Festhalten an diesem Punkte in Frage zu stellen, nachdem das wichtigste den österreichischen Wünschen entsprechend erreicht sei. Auch ich meine, daß es sich empfehlen würde, in dieser wie in der Frage der nördlichen und östlichen Abgrenzung Albaniens in Wien zur Mäßigung zu raten. Sir E. Grey hat sich auf die Seite des Dreibunds in dem Streite um den serbischen Hafen gestellt. Er wird aber, wie er mir und meinem italienischen Kollegen wiederholt gesagt hat, den Wünschen Montenegros auf Skutari nicht entgegenwirken.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 2. 1. 1913

Osman Nisami Pascha suchte mich heute früh auf, um mir zu sagen, daß über alle Punkte zwischen den Türken Einigung erzielt sei bzw. eine Verständigung möglich wäre bis zu einem: Adrianopel. Hierin nachzugeben sei für die Türkei vollkommen unmöglich, und zwar nicht nur aus militärischen Gründen, die es dringend geboten erscheinen ließen, diese Festung zu behalten, die nur etwa 300 Kilometer von Konstantinopel entfernt lag, und die Grenze nicht noch näher zu rücken. Adrianopel sei für die Osmanen etwa, was Moskau für die Russen sei, die ehemalige Residenz mit zahlreichen Heiligtümern und Moscheen, und keine Regierung könne es wagen, dieselbe preiszugeben. Auch Seine Majestät der Sultan, der sich sonst nicht in die Einzelheiten der Verhandlungen mische, sei in diesem einen Punkte unnachgiebig. Die Türkei wünscht nach dem Friedensschluß gute Beziehungen zu Bulgarien zu unterhalten, was aber unmöglich würde, wenn Adrianopel in bulgarische Hände käme, da als-

dann der Wunsch, es wieder zu erobern, zu neuen Kriegen führen würde.

Falls nicht die Mächte einen Druck auf die bulgarische Regierung ausübten, der namentlich von Österreich aus sehr wirkungsvoll sein würde, sei das Scheitern der hiesigen Verhandlungen und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit Bestimmtheit zu erwarten. Ich entgegnete ihm in Übereinstimmung mit den allerhöchsten Weisungen, daß wir den Türken nur zur Mäßigung raten könnten und es nicht verstehen würden, wenn die Friedensaussichten durch die Schroffheit des ottomanischen Standpunkts vernichtet werden sollten. Die Türkei würde alsdann jedenfalls von keiner Seite Unterstützung zu erwarten haben. Er erwiderte, man habe sich durch die Preisgabe der gesamten europäischen Türkei mit alleiniger Ausnahme des Gebiets um Adrianopel sehr entgegenkommend gezeigt, mehr sei von ihm nicht zu erwarten.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 2. 1. 1913

Sir E. Grey bittet mich, heute mittag zu ihm zu kommen, um noch vor der Sitzung mit ihm zu sprechen. Zunächst übermittelte ich ihm den Dank Euerer Exzellenz für seine Beileidskundgebung. Er nahm hierbei Anlaß, dem verstorbenen Staatsmann von Kiderlen-Waechter noch einige warme Worte zu widmen, die sich namentlich auf seine Haltung in der letzten Krise und auf die Förderung bezogen, die Herr von Kiderlen-Waechter dem deutsch-britischen Zusammengehen habe angeeignet lassen.

Hierauf sagte er mir, daß, falls ich damit einverstanden sei, die Abgrenzung Albaniens heute nachmittag nicht verhandelt würde, da namentlich die

Italiener die Besprechung der Angelegenheit noch etwas hinauszuschieben wünschten. Die Skutariffrage gibt dem Minister noch immer zu Bedenken Anlaß, doch hofft er, daß zwischen Wien und Petersburg eine direkte Verständigung sich werde erzielen lassen.

Er schlug vor, heute nachmittag die Inseln zu besprechen, und meinte, daß hierüber zwischen Graf Benckendorff und Herrn Veniselos Verhandlungen stattfänden. Sir E. Grey sagte, daß, falls Rußland seinen ursprünglichen Standpunkt, wonach die vier die Dardanellen beherrschenden Inseln nicht an Griechenland fallen sollten, aufgeben und sich mit einer Neutralisierung begnüge, auch die britische Regierung sich mit dieser Lösung einverstanden erklären würde.

Ich entgegnete, daß wir nur in zweiter Linie an der Frage beteiligt seien und uns daher dem englischen Standpunkt anschließen würden, und werde heute nachmittag die Ansicht vertreten, daß Autonomie aller bisherigen türkischen Inseln, mit Ausnahme Kretas, etwa unter griechischem Protektorat und Neutralisierung eine annehmbare Lösung erschiene, falls sie von den übrigen Mächten gewünscht und vorgeschlagen wird.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 2. 1. 1913

**B**ei Eröffnung der heutigen Sitzung gab Sir E. Grey namens der versammelten Botschafter, sowie in seinem Namen dem schmerzlichen Bedauern über das Ableben des Herrn von Kiderlen Ausdruck und bat mich, dasselbe nach Berlin zu übermitteln.

Sodann erklärte Graf Benckendorff, als die ägäischen Inseln zur Sprache kamen: „Rußland widersetzt sich der Vereinigung sämtlicher Inseln des Ägäischen Meeres mit Griechenland nicht, unter dem Vorbehalt

der Neutralisierung für die vier Inseln und den folgenden Bedingungen:

1. Verpflichtung Griechenlands, die bestehenden Befestigungen, sowohl militärischer wie maritimer Natur, zu schleifen.

2. Verpflichtung, niemals neue Befestigungen oder andere Verteidigungsbauten zu errichten.

3. Verpflichtung, die Inseln nicht für militärische Operationen oder strategische Zwecke zu benutzen, mit welcher Macht Griechenland auch immer im Kriegszustand sein würde.

4. Keiner anderen Macht, die Besitz-, Ausnutzungs- oder anderen Rechte abzutreten, die Griechenland durch die Vereinigung der Inseln mit dem Königreich erhält."

Mein österreichisch-ungarischer und italienischer Kollege erklärten, die Zustimmung ihrer Regierung zu obiger Verlautbarung einholen zu wollen, während mein französischer und englischer Kollege erklärten: „daß sie sich der Vereinigung sämtlicher Inseln mit Griechenland unter den festgesetzten Bedingungen nicht widersetzen“. Ich sagte, daß wir in dem Schicksal der Inseln nicht unmittelbar interessiert seien, ich mich daher jedes Antrags enthalten wollte, auch glaubte ich sagen zu können, daß meine Regierung den Beschlüssen der anderen Mächte über das Schicksal der Inseln sich anschließen würde. Als meine rein persönliche Ansicht gab ich zu verstehen, daß die Ausdehnung der russischen Reserven hinsichtlich der vier den Dardanellen vorgelagerten Inseln auch auf die übrigen ägäischen Inseln, falls dieselben Griechenland einverleibt werden sollten, den in der Sitzung vom 18. v. Mts. gefaßten Beschlüssen hinsichtlich der Neutralisation der ägäischen Inseln entsprechen würde.

Mein französischer Kollege regte die Frage an, ob

die Insel Thasos nicht Bulgarien einverleibt werden sollte wegen ihrer Nähe an der Küste, die nach dem Friedensschluß bulgarisch werden würde. Sir E. Grey erwiderte, daß Griechen und Bulgaren über diesen Punkt selbst zu einer Einigung kommen müßten. Mein russischer und französischer Kollege erklärten hierauf, daß ihre Regierungen nichts gegen eine Einverleibung von Thasos in Bulgarien einzuwenden hätten.

Hinsichtlich Kretas erklärte sich E. Grey und mein französischer und russischer Kollege bereit, die Abtretung der Insel an Griechenland vorzuschlagen. Dem stimmte Marquis Imperiali zu mit der Reserve, daß Italien alsdann erwarte, daß Griechenland seine Ansprüche auf Südalbanien mäßige.

Schließlich wurde mit der Möglichkeit gerechnet, daß die morgige Sitzung der Friedensdelegierten ergebnislos verlaufe und dieselben sich alsdann vielleicht genötigt sähen, sich zur Vermittlung in dem Streit um Adrianopel an die Vertreter der Großmächte zu wenden. Da eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unter allen Umständen zu verhindern sei, wollten wir die Möglichkeit schaffen, ihre Wünsche zu besprechen, und es wurde die nächste Sitzung auf Sonnabend vormittag 11 Uhr anberaumt. Nicht unerwähnt möchte ich noch lassen, daß beschlossen wurde, den neu ernannten rumänischen Gesandten Herrn Misu gelegentlich zur Vernehmung vorzulassen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 6. 1. 1913

Sir E. Grey teilte uns soeben am Schluß der Botschafterbesprechung mit, daß, wie er eben erfahre, türkische Delegierte neue Verhandlungen auf Grund-

lage weiterer Zugeständnisse im Wilajet Adrianopel angeboten, ohne daß jedoch die Stadt Adrianopel dabei zur Sprache käme. Hierauf hat der Vorsitzende, Herr Nowakowitsch, die Sitzung sofort aufgehoben, ohne daß ein neuer Termin verabredet wurde. Friedensverhandlungen sind somit noch nicht endgültig abgebrochen, aber Abbruch vielleicht nahe bevorstehend.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 6. 1. 1913

**B**ei der heutigen Botschafterversammlung habe ich zunächst mitgeteilt, daß wir mit dem vorgeschlagenen Text einer *démarche collective* in Konstantinopel für den Fall des Scheiterns der Friedensverhandlungen einverstanden wären. Das gleiche teilte mein italienischer Kollege mit, mit dem Hinzufügen, daß italienischer Botschafter in Konstantinopel bereits angewiesen worden sei, sich im gedachten Sinne zu äußern, falls seine Kollegen identische Anweisung erhalten. Gleichzeitig hob Marquis Imperiali hervor, daß Punkt 5 italienischerseits nur dahin verstanden werde, daß er nicht die Zustimmung zur Abtretung sämtlicher Inseln in sich schließe und sich auch allein auf die Abtretung von Kreta bezöge; es wurde hierbei von allen Seiten hervorgehoben, daß Punkt 5 in keiner Weise eine Verpflichtung in sich schließe, alle Inseln an Griechenland abzutreten. Graf Mensdorff war ohne Instruktionen, russische Regierung hatte gleichfalls zugestimmt und noch dabei bemerkt, daß sich die Telegramm Nr. 4 gemeldeten vier Bedingungen nur auf die gesamten vier Dardanelleninseln beziehen sollten, daß Griechenland aber auf das Recht verzichten müßte, die anderen etwa erworbenen Inseln an andere Mächte abzutreten.

Herr Poincaré ließ den Punkten 1, 2 und 3 zustimmen und ist einem Kollektivschritt nicht abgeneigt, auch nicht einer Unterstützung desselben durch Kriegsschiffe, aber er würde vorziehen, daß die Schritte der Mächte sich auf die folgenden zwei Punkte beschränken:

1. Abtretung Adrianopels. 2. Regelung der Abtretung der Inselfrage durch die Mächte. Vorläufig schiene es ihm nicht nützlich, über die finanzielle Frage oder die zukünftige Stellung Konstantinopels mit den Türken zu reden, noch auch über die Möglichkeit einer kriegerischen Entwicklung in Kleinasien. Auf unsere Bemerkung, daß es sich nicht darum handele, der Türkei gegenüber Verpflichtungen einzugehen, sondern lediglich darum, den Türken den Ernst der Lage und die Vorteile einer nachgiebigen Haltung vor Augen zu führen, erklärte sich Herr Cambon bereit, in diesem Sinne befürwortend zu berichten.

Sir E. Grey will seinen Botschafter dahin unterrichten, daß er sich bereithalten soll, an der *démarche collective* auf Grund der Vereinbarung über diese Punkte teilzunehmen. Er solle aber von den gemeldeten Reserven des Herrn Poincaré Notiz nehmen und zusammen mit seinen Kollegen den Text mit dem französischen Botschafter vereinbaren. Zugleich teilte er uns mit, daß er für den Fall der *Demarche* auf alle Fälle zwei Kriegsschiffe nach der Besikabai entsenden werde.

Als lediglich persönliche Anregung und unter Betonung, daß ich nicht hierzu beauftragt sei, habe ich das Nachstehende vorgebracht, nachdem ich mich mit meinem österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen ins Einvernehmen gesetzt hatte:

„1. Es scheint mir zu früh, schon jetzt einen Druck oder eine Flottendemonstration vor Konstantinopel

ins Auge zu fassen für den Fall, daß der Kollektivschritt der Mächte scheitert.

2. Es scheint mir angebracht, sich dem von Herrn Poincaré gegenüber Herrn Jonsescu ausgesprochenen Gedanken anzuschließen, dem oben erwähnten Kollektivschritt einen analogen Schritt in Sofia zugunsten einer versöhnlichen Haltung gegenüber den Forderungen Rumäniens folgen zu lassen.

3. Es scheint mir, daß sich Erwägungen der Billigkeit und der Neutralität dem Gedanken, der Türkei sowohl Adrianopel wie auch alle Inseln zu nehmen, entgegenstellen, und daß man ihr, falls sie in der Frage dieser Stadt nachgibt, den Besitz der vier Inseln nahe den Dardanellen und von Mythilene und Chios sichern oder der Hohen Pforte wenigstens die Möglichkeit gewähren muß, einige zu behalten."

Zu Punkt 1 wurde bemerkt, daß es sich allerdings empfehle, die Türken nicht unnötig zu brüskieren, daß man aber auf alle Fälle bereit sein müsse. Zu Punkt 2 erklärte Herr Cambon, nichts von der angeblichen Bemerkung des Herr Poincaré zu wissen. Hierauf gelangte folgender Wortlaut zur Annahme: „Nach der Besprechung der Bemerkung des deutschen Botschafters fragte sich die Versammlung, ob es nicht angebracht sei, Bulgarien, falls es dank der Schritte der Mächte seinen Wünschen entsprechende Friedensbedingungen erhalte, zu verpflichten, sich gegen Rumänien entgegenkommend zu erweisen.“ Die Besprechung zu Punkt 3 wurde vertagt. Nächste Sitzung morgen nachmittag.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 7. 1. 1913

Nach meinen Eindrücken möchte ich nicht recht an die weitgehenden Vermutungen des Marquis di San Giuliano über die künftigen Absichten der Tripel-

entente hinsichtlich der Inseln glauben. Die französisch-russische Haltung erklärt sich vielleicht aus dem Wunsche einer endgültigen Regelung der Inselfrage und aus dem Bestreben, sich Griechenland gefällig zu erweisen, während England, wie mir Sir E. Grey gestern vertraulich sagte, für den Fall des Verbleibens einiger Inseln im türkischen Besitz Ausschreitungen der ottomanischen Truppen befürchtet und für den Fall der Einführung eines autonomen Regimes baldige Verlegenheiten für die Mächte voraussehe, die aus der sofort zu erwartenden Anschlußklärung an Griechenland hervorgehen würden.

Meine gestrige diesbezügliche Anregung wurde übrigens von den Ententevertretern durchaus nicht ohne weiteres zurückgewiesen. Es wurden nur Bedenken dagegen laut, und die Herren nahmen die Frage ad referendum. Vielleicht ließe sich eine Einigung auf der Grundlage erzielen, daß nur die vier Dardanelleninseln türkisch blieben, da Herr Veniselos,<sup>\*)</sup> der soeben bei mir war, mir erklärte, daß es Griechenland vor allem auf den Besitz von Chios und Mythilene ankäme, die die wichtigsten und entwicklungsfähigsten Inseln seien, und dann erst auf Samos, Kos und Rhodos. Sollte es die beiden erstgenannten nicht erhalten, so wolle der König lieber auf alle Inseln verzichten, da die übrigen für Griechenland mehr eine Last seien und ihm bei der Aufteilung der Türkei angerechnet werden würden. Auf die drei Dardanelleninseln schien er geringeren Wert zu legen. Im übrigen erklärte griechischer Minister, daß die Erinnerung an die Schwierigkeiten, die die kretische Autonomie verursachte, ihn nur mit Schrecken an das Wiederaufleben ähnlicher Zustände bei den anderen Inseln denken ließe.

---

<sup>\*)</sup> Griechischer Ministerpräsident.

Ich werde zunächst die Einbringung des italienischen Vorschlags abwarten, da Marquis Imperiali gestern noch ohne Nachricht war. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 7. 1. 1913

Bei der heutigen Botschafterberatung wurde zunächst die Frage erörtert, ob es sich empfehle, schon jetzt mit der verabredeten *démarche collective* in Konstantinopel vorzugehen. Die Ansicht überwiege, daß der Hohen Pforte ein Gesamtschritt der Mächte nicht unwillkommen sein würde, um ihre Nachgiebigkeit unter Hinweis auf den Willen Europas begründen zu können. Auch sei es höchste Zeit, wenn überhaupt, den gedachten Schritt zu tun, da nach dem völligen Abbruch der Beziehungen der Krieg alsbald wieder beginnen würde und es auch für die Türkei schwerer sei, alsdann einzulenken. Eine Einigung sei nun nicht mehr zu erwarten, daher Eile geboten.

Auch die Frage der Flottenkundgebung wurde erörtert, und man gelangte zur Überzeugung, daß auf alle Fälle Schiffe in Bereitschaft zu halten seien. Von Ausführung einer Kundgebung oder nur der Androhung derselben hatte ich, unterstützt von den verbündeten Kollegen, vorläufig abgeraten.

Es wurde hierauf auf Vorschlag Sir E. Greys der nachstehende Text vereinbart:

„Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Botschafter in Konstantinopel Anweisung erhalten sollten, sich über die Abfassung einer Note zu verständigen, indem sie über die Bemerkungen der verschiedenen Regierungen beraten, und sobald als möglich diese Note in einem Kollektivschritt zu überreichen.

In Anbetracht der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und der Unruhen, die da-

raus in Konstantinopel entstehen könnten, ist es notwendig, daß die Mächte sich vorbereiten, den Schutz ihrer Staatsangehörigen und ihrer Interessen sicherzustellen, indem sie Kriegsschiffe nach der Bai von Besika senden, damit diese für jeden Fall zur Hand sind."

Hierauf erklärte Herr Cambon, daß Herr Poincaré etwa folgende Fassung für die Mahnung an die Türkei zum Einlenken wünsche:

„Nehmt Euch in acht, wenn Ihr die Feindseligkeiten wieder aufnehmt, wird die Frage Konstantinopels und vielleicht die Kleinasiens aufgerollt werden. Um diesen Teil Eures Reiches zu entwickeln, der von jetzt ab Eure einzige Stärke bilden wird, werdet Ihr nicht auf die finanzielle Hilfe Europas zählen können, wenn Ihr durch Euren Widerstand gegen die Ratschläge der Großmächte den Krieg verlängert.“

Man kam darin überein, daß die Botschafter in Konstantinopel gemeinsam den genauen identischen Text vereinbaren sollten.

Es gelangte hierauf die Inselfrage zur Besprechung. Mein österreichisch-ungarischer und mein italienischer Kollege vertraten die Ansicht, daß die den Dardanellen und der kleinasiatischen Küste vorgelagerten Inseln der Türkei verbleiben sollten. Sir E. Grey erklärte, die Frage morgen im Kabinett besprechen zu wollen. Als seine vorläufige Ansicht gab er zu erkennen, daß England nicht gewillt sei, türkische Truppen auf den Inseln wieder zuzulassen und die Verantwortung für die Folgen zu übernehmen.

Während der Teepause fragte ich Sir E. Grey vertraulich, weshalb wohl Frankreich für den Anschluß der Inseln an Griechenland eintrete. Er entgegnete, es sei, um den Griechen gefällig zu sein, und aus

Angst, daß etwa die Italiener doch noch auf den Gedanken kommen könnten, sich auf einer derselben festzusetzen. Es wurde auch die Anregung besprochen, den Türken den Besitz einiger Inseln im Falle der Nachgiebigkeit in Aussicht zu stellen, und man kam dahin überein, daß es unmöglich sei, sich bei der Kürze der Zeit über diese Frage zu einigen.

Von den verbündeten Kollegen wurde der Gedanke eines Druckes in Sofia zugunsten Rumäniens vorgebracht und von mir unterstützt. Der Gedanke wurde von der anderen Gruppe durchaus nicht bekämpft, aber einigermaßen lau vertreten, doch glaube ich, daß alle eintretendenfalls für freundschaftliche Vorstellungen in Sofia zu haben sein werden.

Graf Benckendorff brachte hinsichtlich Inseln noch in Ergänzung der neulichen Klausel die nachstehende Bedingung vor: „die Souveränität oder die Besetzung keiner anderen Macht abzutreten.“

Nächste Sitzung Donnerstag nachmittag.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 8. 1. 1913

**H**alte italienischen Standpunkt in der Inselfrage für völlig aussichtslos, da hiesige Regierung entschlossen ist, in dieser Frage nicht nachzugeben und Inseln den Griechen zu überlassen. Befürchtungen des Marquis di San Giuliano erscheinen mir, wie gesagt, auch sehr übertrieben. Habe Grund zur Annahme, daß britische Regierung von uns in dieser Frage Entgegenkommen erwartet. Dafür will, wie ich vertraulich erfahre, Sir E. Grey versuchen, in Petersburg eine für Österreich annehmbare Lösung der Skutarifrage zu erreichen.

Genaue Formulierung der Note soll unter Berück-

sichtigung französischer Wünsche in Konstantinopel zwischen Botschaftern vereinbart werden, halte daher Wiederaufrollung der ganzen Frage in morgiger Sitzung nicht für zweckmäßig.

Punkt drei nach englischer Fassung sollte eine an die Türkei gerichtete Drohung enthalten, nicht aber eine grundsätzliche Regelung der Dettfrage den Balkanverbündeten gegenüber ins Auge fassen.

Herr Poincaré wollte, wie Herr Cambon wiederholt hervorgehoben, hauptsächlich den Anschein vermeiden, als wollten wir der Türkei die Aussicht auf finanzielle Unterstützung eröffnen.

Werde, falls sich Gelegenheit bietet, mich entsprechend äußern, glaube aber, daß endgültige Fassung hier nicht mehr vereinbart wird.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 8. 1. 1913

Sir E. Grey hatte mich soeben zu sich gebeten und erzählte mir, er habe gerade eine längere Unterredung mit Reschid Pascha und Tewfik Pascha gehabt. Er habe den Herren keinen Zweifel über den Ernst der Lage gelassen und ihnen vorgehalten, daß sich ihre Stellung nur verschlechtern könne, falls neue kriegerische Mißerfolge eintreten.

Die türkischen Vertreter entgegneten, es sei unmöglich nachzugeben, nicht nur aus militärischen, sondern auch aus innerpolitischen Gründen. Sodann sagte er mir, Herr Babington Smith von der Nationalbank in Konstantinopel sei an ihn mit der Frage herangetreten, ob es ihm recht sei, wenn die Türkei von diesem Finanzinstitut Geld erhalte. Die ottomanische Regierung habe sich außerdem noch an die Banque Ottomane und an die Deutsche Bank gewandt. Er wünschte zu wissen, welche Ratschläge wir der Deut-

schen Bank erteilen würden. Er habe bisher den Grundsatz verfolgt, es sei den britischen Finanzinstituten zu überlassen, auf eigene Gefahr vorzugehen. Sowohl bei Japankrieg wie bei jetzigem habe er sich streng hieran gehalten. Nun aber entstände die Frage, ob man vor befriedigender Erledigung des Streites um Adrianopel der Türkei Geld geben solle. Andererseits aber sei es bedenklich durch Versagen der nötigen Mittel den Zusammenbruch der türkischen Verwaltung des Zolldienstes pp. zu verschulden.

Dann erzählte mir der Minister, daß in der heutigen Kabinettsitzung die Stimmung noch viel energischer zugunsten einer radikalen Lösung der Inselfrage erschienen wäre, als sie schon bei ihm selbst bestand. Seine Kollegen wollten absolut nichts von einer etwaigen gewaltsamen Verhinderung des Anschlusses der autonomen Inseln an Griechenland wissen, noch weniger aber von einer Preisgebung der Bevölkerung an die türkischen Truppen; auch fürchtet man sich vor höfischen Scherereien, verursacht durch die Verwandtschaft der griechischen Königsfamilie. Das britische Kabinetttolle daher unter keinen Umständen von einer Wiederholung der Kretafrage in einer neuen Form etwas wissen.

Ich werde natürlich den Schritt meines italienischen Kollegen, der bisher noch immer ohne Weisungen war, unterstützen, halte es aber für meine Pflicht, nochmals darauf hinzuweisen, daß ich ihn für völlig aussichtslos erachte. Auch sagte Sir E. Grey, er wolle mit Marquis Imperiali sprechen beziehungsweise durch Sir Rennell Rodd\*) mit Marquis di San Giuliano reden lassen, um die Bedenken des italienischen Kabinetts zu zerstreuen. Dieselben seien vornehmlich auf die Haltung des „Temps“ und anderer französ-

\*) Britischer Botschafter in Rom.

sischer Blätter zurückzuführen, während man in Frankreich immer noch glaube, Italien wolle Rhodos annektieren. Er, Sir E. Grey, habe schon vor längerer Zeit Herrn Cambon erklärt, daß alle Gerüchte über angebliche Absichten Englands auf Syrien vollkommen aus der Luft gegriffen seien.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 9. 1. 1913

**B**ei der heutigen Botschafterbesprechung warf Herr Cambon die Frage auf, ob es sich nicht doch empfehlen würde, den Wortlaut der identischen Note für Konstantinopel hier abzufassen und den betreffenden Regierungen zu unterbreiten, da nach seiner Erfahrung ein von den dortigen Botschaftern vereinbarter Text nicht dieselbe Wirkung hervorrufen würde. Wir seien auch besser in der Lage, alle Einzelheiten festzustellen. Nach längeren Verhandlungen einigten wir uns dahin, daß Cambon gebeten wurde, einen Text zu entwerfen, den er uns morgen vorlegen wird; ich benutzte die Gelegenheit, um die im Erlaß Nr. 14 zu Punkt 2 englischer Vorschläge gemachten Bemerkungen zu verwerten.

Nun gelangt die Frage der Flottenkundgebung zur Sprache. Es wurde folgende Erklärung vereinbart:

„Die Botschafterversammlung wünscht zu wissen, welche und wieviel Kriegsschiffe die Regierungen nach der Besika-Bai schicken wollen und wann sie dort ankommen sollen.“

England entsendet zwei Schiffe der Vordreadnoughtklasse, worunter „König Eduard VII.“, sie sind aber noch nicht unterwegs. Frankreich ebenfalls zwei Schiffe, welche im Piräus oder sonstwo weiteren Befehl erwarten sollen. Österreich-Ungarn ist im Prinzip

einverstanden. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Ankunft in Besika-Bai möglichst gleichzeitig erfolge.

Hierauf gab ich die nachstehende Erklärung ab:

„Die Kaiserliche Regierung ist der Ansicht, daß es unerläßlich ist, den Schritt der Mächte in Sofia zugunsten der rumänischen Forderungen nicht dem Kollektivschritt bei der Hohen Pforte folgen, sondern ihn gleichzeitig stattfinden zu lassen. Eine freundschaftliche Intervention in Sofia in dieser Reihenfolge, die, wie die in Pera, darauf hinzielte, die Kriegsgefahr abzuwenden, würde in diesem Augenblick eine noch günstigere Aufnahme finden als Bulgarien rechtfertigen könne, angesichts seiner öffentlichen Meinung, die Konzessionen würden an Rumänien gemacht infolge der ernstlichen Vorteile, die die Mächte im Begriff sind, ihm bei der Hohen Pforte zu verschaffen.“

Ich wurde hierbei von den verbündeten Kollegen lebhaft unterstützt. Graf Berchtold hatte allerdings den Grafen Mensdorff nicht auf die Notwendigkeit gleichzeitigen Vorgehens hingewiesen, sondern den Zeitpunkt vorbehalten.

Graf Benckendorff erhob Bedenken. Nach seinen Nachrichten seien die Unterhandlungen zwischen den Herren Danew und Jonescu keineswegs an einem toten Punkt angelangt. Nach orientalischer Sitte werde auf beiden Seiten übertrieben und gelogen. Im Prinzip sei er durchaus nicht dagegen, nur erscheine ihm die gegenwärtige Phase als ungeeignet, da Bulgarien bereit sei, entgegenzukommen, und Rumänien unnötigerweise mit Einmarsch drohe. Es müßten dann zum wenigsten Vorstellungen auf b e i d e n Seiten erfolgen. Infolgedessen wurde kein Beschluß gefaßt und die Besprechung vertagt.

Mein russischer Kollege betonte noch zum Schluß,

daß er nicht auf höheren Befehl gesprochen habe, aber nicht in der Lage sei, gerade jetzt seiner Regierung die Annahme des von mir gemachten Vorschlages zu empfehlen.

Hierauf verlas Sir E. Grey die nachstehende, ihm vom serbischen Geschäftsträger übergebene Erklärung:

„Um zu zeigen, wie es den einmütigen Willen Europas achtet und welche Opfer es im Interesse des europäischen Friedens zu bringen bereit ist, gibt Serbien folgende Erklärung ab: Seinerzeit, nach Friedensschluß und nach der Regelung der mit ihm verbundenen Fragen, wird Serbien sich dem Willen Europas unterwerfen und von dem serbischen Gestade der Adria seine Truppen zurückziehen, die um den Preis übermenschlicher Anstrengungen und riesenhafter Opfer sein altes, an das Adriatische Meer grenzendes Gebiet wiedererobert haben, ein Gebiet, dessen Besitz ihm freie Verbindung mit den anderen Staaten garantiert hätte;

indem es aber diese unschätzbaren Opfer, nämlich das viele vergossene Blut und den Verlust seiner besten Söhne, auf sich nimmt, erwartet Serbien, daß die Großmächte die Wichtigkeit dieser Opfer — deren Serbien sich nur im Interesse des europäischen Friedens begibt — richtig einschätzen und nicht gestatten werden, daß man noch weitere Opfer von ihm verlangt, denn nach all denen, die es schon auf sich genommen hat, hätte es weder die Möglichkeit noch die Mittel, weitere zu bringen, und sie ihm zumuten, hieße es zur Verzweiflung bringen und eine Lage schaffen, deren Folgen nicht vorher gesehen werden können.“

Hierzu wurde die folgende Antwort vereinbart, welche den serbischen Vertretern übermittelt werden

soll, nachdem der Text von den Mächten gebilligt worden ist:

„Die Mächte nehmen diese Erklärung zur Kenntnis. Sie erwägen, daß Serbien gehalten sein wird, die Küste und das Gebiet Albaniens zu räumen, nachdem dieses von den Mächten abgegrenzt ist und sobald die besagten Mächte ihm ihre Entscheidungen mitteilen werden.“

Nächste Sitzung morgen, Freitag nachmittag.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 10. 1. 1913

Gestern abend nach einem Mahle, das Herr Cambon als Doyen den Friedensabgeordneten gab, sagte mir Herr Danew nochmals, daß er bereit sei, die Unterhandlungen mit Herrn Jonsescu wieder aufzunehmen, daß er aber dringend bäte, ich solle dahin wirken, daß Rumänien aufhöre, eine drohende Haltung einzunehmen. Sonst sei es für die bulgarische Regierung unmöglich, den rumänischen Wünschen entgegenzukommen.

Ich habe mich heute in diesem Sinne zu Herrn Jonsescu geäußert, und versprach derselbe entsprechend nach Bukarest zu berichten. Ferner habe ich mit ihm verabredet, daß er unter keinen Umständen abreise, sondern die Eröffnungen des Herrn Danew abwarten würde. Sollten die Verhandlungen fehlschlagen, so wäre der Augenblick gekommen, um die Frage vor die Mächte zu bringen, und ich würde alsdann die Zulassung des rumänischen Vertreters zur Botschafterversammlung in Anregung bringen sowie auch die vorläufig vertagte Frage der gemeinsamen Vorstellungen in Sofia wieder aufnehmen.

Unter diesen Umständen möchte ich vorschlagen,

vorläufig diese letztere Frage ruhen zu lassen und die weitere Entwicklung abzuwarten.

Herr Jonescu sagte mir noch, daß sich Bulgarien in keiner angenehmen Lage befände, teils wegen der starken Verluste, teils weil die bulgarischen Soldaten vor Tschataldja zu desertieren anfangen. Auch drohe der Zwist nicht nur mit Griechenland wegen Saloniki, sondern auch mit Serbien wegen Monastir, das Serbien beanspruche. Es habe auch bereits seine Truppen vor Adrianopel, angeblich um sich gegen Österreich zu sichern, zurückgezogen.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 10. 1. 1913

**H**err Cambon hat uns soeben den nachstehenden Text der in Konstantinopel zu übergebenden identischen Note unterbreitet, welcher einstimmig angenommen wurde zur Unterbreitung an die betreffenden Regierungen. Sir E. Grey hat diesem Wortlaut den Vorzug gegeben vor der von Herrn Lowther\*) gemeldeten, dort vereinbarten Abfassung. Er wird daher seinen Vertreter beauftragen, sich an der Überreichung dieser Note zu beteiligen.

„Entwurf der Kollektivnote.

Die unterzeichneten Botschafter Österreich-Ungarns, Englands, Frankreichs, Rußlands, Deutschlands und Italiens sind von ihren Regierungen beauftragt worden, Seiner Exzellenz dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Seiner Kaiserlichen Majestät des Sultans die folgende Mitteilung zu machen:

Von dem Wunsch geleitet, die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhindern, glauben die besagten Mächte, die Aufmerksamkeit der Kaiserlich

---

\*) Britischer Botschafter in Konstantinopel.

Ottomanischen Regierung auf die schwere Verantwortung lenken zu müssen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie durch Widerstand gegen ihre Ratschläge die Wiederherstellung des Friedens verhindern würde. Sie hätte es sich selbst zuzuschreiben, wenn die Verlängerung des Krieges die Folge hätte, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und die Feindseligkeiten vielleicht auf die asiatischen Provinzen des Kaiserreiches auszudehnen. In diesem Fall wird sie nicht auf das Wohlwollen der Mächte rechnen können, um sie vor Gefahren zu schützen, vor denen sie sie schon gewarnt haben . . . und sie widerraten ihr nochmals, sich zu exponieren.

Auf jeden Fall wird die Kaiserlich Ottomanische Regierung nach Friedensschluß die moralische und materielle Unterstützung der europäischen Großmächte benötigen, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, ihre Stellung in Konstantinopel zu befestigen und die ausgedehnten asiatischen Gebiete zu entwickeln, deren Blüte ihre Hauptstärke darstellen wird. Um dieses notwendige Werk in Angriff zu nehmen und gut auszuführen, würde die Kaiserlich Ottomanische Regierung nur dann auf die wohlwollende Unterstützung der Mächte rechnen können, wenn sie ihren Ratschlägen, die durch die allgemeinen Interessen Europas und der Türkei inspiriert werden, Folge leistet.

Unter diesen Umständen glauben die europäischen Großmächte, gemeinsam von neuem der Kaiserlich Ottomanischen Regierung den Rat geben zu müssen, der Abtretung der Stadt Adrianopel an die verbündeten Balkanmächte zuzustimmen und den Großmächten die Sorge, über das Geschick der Inseln im Ägäischen Meer zu bestimmen, zu überlassen.

Als Gegenleistung für diese Zugeständnisse wür-

den die besagten Mächte sich bemühen, die Wahrung der muselmanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den Moscheen und religiösen Gebäuden oder Besitztümern in dieser Stadt zu sichern. Dasselbe würden sie tun, damit die von ihnen betreffs der Frage der Inseln des Archipels gegebene Lösung jede Bedrohung der Sicherheit der Türkei ausschließt."

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 10. 1. 1913

**B**ei der heutigen Sitzung, welche nur etwa eine Stunde dauerte, teilte Sir E. Grey uns mit, daß die türkischen Delegierten ihm erklärt hätten, sie könnten unmöglich hinsichtlich Adrianopels nachgeben, während die bulgarischen Vertreter dabei bleiben, daß es zwecklos sei, eine neue Sitzung einzuberufen, falls die Abtretung Adrianopels, über deren Einzelheiten sich reden ließe, nicht vorher schon feststände. Unter diesen Umständen ist Sir E. Grey als Ehrenpräsident der Friedenskonferenz auch nicht in der Lage, mit Vorschlägen über die Anberaumung einer nächsten Sitzung hervorzutreten.

Sir E. Grey ist nach wie vor bestrebt, den völligen Abbruch zu verhindern, sieht aber die Wiedereröffnung der Feindseligkeiten voraus, falls die Schritte der Mächte in Konstantinopel erfolglos bleiben.

Ferner gelangte der bulgarisch-rumänische Streit zur Sprache. Leider überwog die Ansicht, daß persönliche Reibereien zwischen den Herren Danew und Take Jonsescu in Betracht kommen, und daß es sich dringend empfehlen würde, den Rumänen zur Ruhe und Mäßigung zu raten. Die Hoffnung bestand aber, daß dank meiner Vermittlung, der Sir E. Grey noch durch ähnliche Ratschläge Nachdruck verleihen

wollte, die Verhandlungen doch noch ins richtige Gleis kommen würden.

Außerdem gelangte der bereits gemeldete Text der identischen Note nach den Vorschlägen des Herrn Cambon zur Annahme.

Nächste Sitzung Montag nachmittag.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 13. 1. 1913

In der heutigen Sitzung brachte ich zunächst die Bemerkungen des dortseitigen Telegramms Nr. 24 zur Sprache. Dieselben wurden ad referendum genommen und begegneten keinerlei Widerspruch. Alsdann erklärte ich in Übereinstimmung mit dem dortigen Telegramm Nr. 22, daß wir an einer Flottenkundgebung teilzunehmen nicht gewillt seien. Auf Anregung Sir E. Greys, der darauf hinwies, daß es sich empfehlen würde, trotzdem den Gedanken der Entsendung von Schiffen nach der Besika-Bai näherzutreten, um für den Fall des Eintritts anarchistischer Zustände in Konstantinopel zum Schutze der Europäer bereit zu sein, wurde nachstehende Erklärung vereinbart:

„Auf die besonders die technischen Schwierigkeiten berührenden Bemerkungen des deutschen Botschafters hin scheint die Möglichkeit einer gemeinsamen Flottendemonstration gescheitert zu sein. Die Versammlung bittet die Regierungen, ihre Ansichten über den Rat bekanntzugeben, der ihnen am 7. Januar betreffs der Entsendung von Kriegsschiffen nach der Besika-Bai angesichts der Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und von Wirren, die das Leben und die Habe ihrer Staatsangehörigen bedrohen und die europäischen Interessen in Konstantinopel schädigen könnten, unterbreitet wurde.“

Graf Benckendorff\*) teilte mit, daß seine Regierung auf Wunsch der bulgarischen und rumänischen eine vermittelnde Tätigkeit übernommen habe.

Auch ließen Mitteilungen, die von den Herren Danew und Jonescu stammten, darauf schließen, daß die Möglichkeit einer Verständigung wieder nähergerückt erscheint. Herr Danew hat außerdem Sir E. Grey mitgeteilt, daß seine Regierung bzw. die Verbündeten beabsichtigten, sofort nach Überreichung der gemeinsamen Note den Waffenstillstand zu kündigen, und daß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten für nächsten Montag zu erwarten sei.

Sodann brachte ich gemäß Erlaß Nr. 50\*\*) die Frage der türkischen Staatsgläubiger zur Sprache. Sir E. Grey erklärte sich mit meinem Vorschlage einverstanden, während meine Kollegen prinzipiell zustimmten, die drei von ihnen vorgelegten Punkte aber ihren Regierungen unterbreiten wollten. Ich habe auch besonders betont, daß es uns daran liegt, die Aufnahme der gedachten Vereinbarung in den Friedensvertrag zu erwirken. Nächste Sitzung Mittwoch nachmittag.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 15. 1. 1913

Vor der heutigen Sitzung nahm ich Gelegenheit, Sir E. Grey von dem Inhalt des Telegramms Nr. 28\*\*\*) Kenntnis zu geben. Der Minister erklärte sich mit

\*) Russischer Botschafter in London.

\*\*) Der erwähnte deutsche Vorschlag ging darauf hinaus, daß die Frage der türkischen Staatsschulden von der Londoner Botschafter-Versammlung gelöst und als der Wille der Großmächte den Friedens-Delegierten kundgegeben werden sollte.

\*\*\*) Es handelt sich um eine Weisung des Auswärtigen Amtes, die Zustimmung zu irgendwelchen Maßnahmen gegen die Türkei zu verweigern, sofern diese Maßnahmen über die vereinbarte Demarche hinausgehen sollten.

unserer Auffassung einverstanden und erklärte, den weiteren Verlauf der Ereignisse abwarten zu wollen. Vor allem müsse die Note gleich übergeben werden, damit die Türkei nicht auf die Uneinigkeit der Mächte rechnen könne.

Die Sitzung selbst eröffnete Herr Cambon mit der Mitteilung, daß er Gelegenheit genommen habe, Herrn Danew dringend abzuraten, die geplante Note über den Abbruch der Beziehungen an die türkischen Delegierten gelangen zu lassen. Erst müsse die Wirkung des vereinbarten Schrittes in Konstantinopel abgewartet werden. In ähnlichem Sinne hatten sich auch andere Kollegen ihm oder anderen Balkanvertretern gegenüber ausgesprochen. Als Wirkung dieser Ratschläge konnte Sir E. Grey mitteilen, daß die gedachten Abgesandten beschlossen hatten, vorläufig wenigstens nicht abzureisen. Von anderer Seite war sogar gesagt worden, daß selbst im Falle des Abbruchs mit der Türkei die Balkanvertreter fortfahren würden, hier ihre Angelegenheiten zu erörtern.

Die rumänisch-bulgarischen Verhandlungen sind ebenfalls nicht vorwärts gekommen. Während aber Take Jonsescu, der sich wiederum entschlossen hat, hierzubleiben, erklärt, noch immer ohne Nachricht von Herrn Danew zu sein, behauptet dieser, er habe bereits vor einigen Tagen Herrn Take Jonsescu Vorschläge zugestellt. Vielleicht gelingt es mir morgen bei dem Mahl, das Graf Mensdorff\*) zu Ehren der Balkanvertreter gibt, näheres über den Stand der Verhandlungen zu erfahren. Meine Anregung, Herrn Misu\*\*) vorzuladen, wurde zwar grundsätzlich angenommen, Graf Benckendorff und Herr Cambon fanden es aber augenblicklich noch verfrüht. Sonst müsse man auch

\*) Österreichisch-ungarischer Botschafter in London.

\*\*) Rumänischer Gesandter in London.

den bulgarischen Vertreter zu Worte kommen lassen. Das Scheitern der Verhandlungen sei wenigstens abzuwarten.

Über die Frage der Nützlichkeit einer umgehenden Abgabe der verabredeten Note in Konstantinopel herrschte Einstimmigkeit.

Sodann wurde zur Frage des Berges Athos übergegangen, worüber ich an anderer Stelle berichte.

Zum Schluß teilte Cambon mit, daß Poincaré im Prinzip mit unseren Wünschen hinsichtlich der Wahrung der Interessen der türkischen Staatsgläubiger einverstanden wäre, daß aber die Fassung, die ich nach Maßgabe der ersten drei Artikel der Anlage des Erlasses Nr. 50 unterbreitet hatte, einerseits den Arbeiten der Pariser Kommission vorgreife, andererseits aber ihm als zu weitläufig erscheine, um in den Friedensvertrag aufgenommen zu werden. Er werde daher bis zur nächsten Sitzung eine andere Fassung in Vorschlag bringen.

Nächste Sitzung Freitag, Mittwoch soll Albanien an die Reihe kommen.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 15. 1. 1913

Graf Mensdorff bat mich gestern, zu ihm zu kommen, um mit ihm die albanische Frage zu besprechen und Kenntnis von dem ihm zur Verfügung stehenden Material zu nehmen. Er und der zu seiner Unterstützung hierzu gerufene Sachverständige in Balkanangelegenheiten, der k. und k. Gesandte in Cetinje Baron Giesl, erläuterten mir an der Hand einer von letzterem auf Grund persönlicher Erhebungen an Ort

und Stelle entworfenen ethnographischen Karte den österreichischen Standpunkt.

Zunächst würde man in der Frage Skutaris unter allen Umständen fest bleiben. Skutari und Umgebung seien albanisch und dürften keinesfalls an Montenegro ausgeliefert werden. Man werde es in Wien lieber zum Kriege kommen lassen, als Skutari an die Montenegriner auszuliefern. Die hiesige Regierung schiene nicht mehr wie früher einen entscheidenden Wert auf die Einverleibung Skutaris in Montenegro zu legen, hingegen sei Graf Benckendorff bisher jeder Erörterung in dieser Angelegenheit ausgewichen und wünsche die albanische Frage noch nicht vor die Botschafterversammlung gebracht zu sehen, während er, Graf Mensdorff, zur Verhandlung bereit sei. Graf Mensdorff bat mich, mit Graf Benckendorff zu sprechen und ihm die Auffassung der k. und k. Regierung zu erläutern. Ich erwiderte, daß ich mir hiervon wenig verspräche, da dem Grafen Benckendorff der österreichisch-ungarische Gesichtspunkt bekannt sei und der russische Botschafter nicht selbständig vorgehen könnte, sondern nur auf Weisungen aus Petersburg.

Graf Mensdorff hob noch besonders hervor, daß es bedenklich sei, durch den Fall Skutari der Strömung, welche in Österreich zu einem Austrag mit den Waffen dränge, einen willkommenen Vorwand zu liefern. Auf meine Entgegnung, was denn Österreich dabei zu gewinnen hätte, erwiderten beide Herren, daß man zwar keine Gebietserwerbungen anstrebe, wohl aber gewisse Grenzberichtigungen, die der Doppelmonarchie strategisch Vorteile einräumen würden, außerdem einen Brückenkopf bei Belgrad und andere Sicherheitsmaßregeln. „Wenn wir dann von Rußland angegriffen werden, so ist ja

der casus foederis für Deutschland gegeben." (!)

Ich sagte meinem österreichisch-ungarischen Kollegen natürlich meine Unterstützung zu, wenn die Frage bei unseren Beratungen zur Sprache kommt, verhehlte ihm aber andererseits nicht, daß die Aussicht, wegen Skutari Krieg zu führen, wohl wenig Anklang finden würde. Er stimmte dem durchaus zu, blieb aber dabei, daß der Krieg nur dann vermieden werden könne, wenn Skutari an Albanien fällt.

Ich bin nicht in der Lage, zu beurteilen, ob es sich empfehlen würde, einen Wink nach Wien gelangen zu lassen angesichts der kriegerischen Stimmung, welche dort wohl zweifellos in gewissen Kreisen besteht, „um endlich a mala Ruh' zu haben“, wie mir schon wiederholt versichert wurde. Sollte dies jedoch geschehen, so möchte ich dringend bitten, mich um meine Unterhaltung mit meinem hiesigen österreichisch-ungarischen Kollegen dabei nicht zu erwähnen, damit die Frage nicht vom sachlichen aufs persönliche Gebiet hinübergeleitet werde.

Hinsichtlich der weiteren Grenze Albaniens erklärten beide Herren, daß man bereit sei, auf Ipek und Prisren zugunsten Serbiens zu verzichten, auf Diakowa aber nicht. Des weiteren sollte die Grenze dem Höhenzuge östlich des Drin und dem Drin selbst folgen, Dibra und den See Ochrida einschließen, ebenso Koriza, und schließlich dem Laufe des Kalamas folgen, der sich gegenüber von Korfu ins Meer ergießt. Im übrigen, so erklärten beide Herren, würde man in Wien über die südliche Abgrenzung mit sich reden lassen.

Inzwischen hat sich Graf Benckendorff bereit erklärt, nächsten Mittwoch über Albanien zu verhandeln.

Lichnowsky.

Vor der heutigen Sitzung verständigte ich Sir E. Grey vertraulich von dem Standpunkt der Kaiserlichen Regierung gemäß Telegramm Nr. 32. \*) Der Minister beipflichtete unseren Auffassungen in allen Punkten und bemerkte hinsichtlich der Besikabucht, er werde es dem Ermessen des Sir Gerard Lowther \*\*) anheimstellen, ob und wann es nötig sei, zum Schutz britischer Interessen Schiffe dorthin zu schicken. Sodann bedauerte er lebhaft, daß die Überreichung der identischen Note dadurch verzögert worden sei, daß der deutsche Botschafter ohne Weisung war. Ich konnte ihm die inzwischen erfolgte Ermächtigung mitteilen.

Bei der Sitzung teilte Herr Cambon uns den Inhalt einer Depesche des französischen Botschafters in Konstantinopel mit, wonach türkischerseits erwogen werde, den Mächten nahezu legen, im Falle einer günstigen Aufnahme der europäischen Ratschläge der Türkei gewisse Zusicherungen zu machen hinsichtlich der Befreiung von Kriegsentschädigung, der Aufhebung der Steuerfreiheit für Ausländer, Tariferhöhungen, Anleihen usw. Sir E. Grey sprach sich im allgemeinen im Prinzip für derartige Zusicherungen aus, ohne freilich in der Lage zu sein, bindende Versprechungen ins Auge fassen zu können. Im selben Sinne redete auch die Mehrheit der Anwesenden, doch wurden Bedenken laut gegen die praktische Durchführung und die Übernahme bindender Verpflichtungen vor Abschluß der Feindseligkeiten.

Für den Fall, daß die türkische Antwort bis dahin eingegangen sein sollte, die man ausweichend und

\*) Der erwähnte deutsche Standpunkt betraf eine Begrüßung des Verzichts auf eine Flotten-Demonstration gegen die Türkei und den Wunsch strenger Neutralität.

\*\*) Britischer Botschafter in Konstantinopel.

zweideutig vermutet, soll Montag die nächste Sitzung stattfinden, sonst Mittwoch, mit der Tagesordnung „Albanien“.

Cambon sagte mir noch, er habe bisher hinsichtlich der Finanzfrage von Poincaré nichts erhalten, er zweifle jedoch nicht an der Annahme der von uns gewünschten Grundsätze, wenn auch vielleicht in etwas abgeänderter Form.

Lichnowsky.

## Vierter Abschnitt

### DER BALKANBUND

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 9. 6. 1913

**B**ei der heutigen Sitzung wurde zunächst die schroffe Haltung Bulgariens besprochen, die zum Rücktritt des Herrn Geschow führte. Es überwog die Auffassung, daß Danew die treibende Kraft der Kriegspartei sei, die entschlossen ist, auf keinem Punkte nachzugeben und auch dem russischen Schiedsspruch sich nicht zu unterwerfen. Die hiesigen Balkandelegierten sind einer Mitteilung Sir E. Greys zufolge im Begriff, abzureisen. Sir E. Grey hat ihnen geraten, sich über diejenigen Punkte zu einigen, wo eine Einigung möglich ist, alles übrige aber den Unterhandlungen zwischen den beteiligten Kabinetten zu überlassen.

Sodann wurde von Herrn Cambon die Frage der serbischen Bahn zur Sprache gebracht, worüber Bericht folgt.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 10. 6. 1913

**M**ein türkischer Kollege erzählte mir gestern vertraulich, einer der hiesigen serbischen Vertreter habe bei ihm gestern angeregt, zwischen Serbien und der Türkei eine Vereinbarung zu treffen, die sich ge-

meinsam gegen Bulgarien richte, und dabei die Äußerung fallen lassen, der Balkan sei die natürliche Grenze der Türkei. Tewfik Pascha hat es abgelehnt, hierauf einzugehen und geantwortet, Serbien hätte sich dies eher überlegen sollen, nunmehr sei es zu spät zu einer Verständigung, und die Türkei wolle sich auf keine weiteren Abenteuer einlassen. Die Haltung Bulgariens, das jedes Zugeständnis an Serbien ablehnt, und die intime Annäherung zwischen Sofia und Wien scheine hiernach die Serben zu diesem verzweifelten Schritt gedrängt zu haben. Auch wird hier angenommen, daß eine Verständigung zwischen Bulgarien und Griechenland erreicht sei, auf Grund deren Bulgarien — vorläufig wenigstens — auf Salonik verzichtet.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 27. 6. 1913

Sir Edward Grey ließ mich soeben zu sich bitten, um mit mir über die Ergebnisse seiner Besprechungen mit den französischen Staatsmännern zu reden. Er bezeichnete dieselben als durchaus befriedigend. Er habe feststellen können, daß auf französischer Seite das gleiche Bestreben bestehe wie hier nach Aufrechterhaltung des Friedens und gemeinschaftlicher Arbeit für möglichste Beschränkung des (Balkan-) Krieges, falls dieser wiederum ausbrechen sollte. Alle Unterhaltungen hätten sich auf der Grundlage der bekannt gewordenen Tischreden bewegt und nichts enthalten, was die Mitwirkung anderer Mächte ausschlosse. Er wies hierbei namentlich auf die entsprechende Stelle der Rede des Herrn

Poincaré\*) in der Guildhall hin und deutete an, daß diese Äußerung in gemeinsamem Einverständnis erfolgt sei.

Die Besprechungen mit den französischen Staatsmännern hätten sich nicht auf das allgemeine Gebiet des Friedens beschränkt, sondern sich auch mit der Türkei und deren Zukunft, das heißt mit der kleinasiatischen Frage, befaßt. Es seien hierbei zwei Wege als gangbar bezeichnet worden: Entweder die Mächte einigten sich, die Türkei wiederherzustellen, sie finanziell möglichst wenig zu belasten bzw. sie finanziell zu unterstützen und ihr bei der Neuordnung ihrer Verwaltung behilflich zu sein, oder aber sie verständigten sich über Interessensphären, was jedoch der Anfang vom Ende der Türkei überhaupt sein würde. Er sei mit Herrn Poincaré und Herrn Pichon übereingekommen, daß der erstere Weg der richtige sei, und daß man die Türkei erhalten und wieder aufrichten müsse (rétablir). Von Syrien sei mit keinem Worte die Rede gewesen. Ich benutzte diesen Anlaß, um dem Minister zu versichern, daß auch wir diese Auffassung teilten und teilen würden, solange wir uns des Einvernehmens der britischen Regierung vergewissern könnten. Alle entgegenstehenden Meinungen entsprächen vielleicht privaten oder kaufmännischen Interessen, nicht aber den Auffassungen der maßgebenden Stellen. Die Nachrichten über die Stimmung in Arabien, Syrien und anderen nichttürkischen Landesteilen böten zwar keine überaus günstigen Aussichten, aber wir glaubten, daß es dem Zusammenwirken aller Mächte gelingen werde, das türkische Reich in seiner heutigen Gestalt am Leben zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit wiederholte Sir Edward

---

\*) Herr Poincaré hatte gesagt, daß die britisch-französische Freundschaft nichts enthalte, was den Zutritt anderer ausschliesse.

von neuem, daß unsere Interessen, falls es jemals zur Zerlegung Kleinasiens kommen sollte, jedenfalls Berücksichtigung finden müßten. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 3. 7. 1913

Sir E. Grey sagte mir soeben, er stimme vollkommen den Ansichten zu, die der Herr Staatssekretär Sir E. Goschen gegenüber ausgesprochen, und werde auch seinerseits bestrebt sein, die auf dem Balkan neu ausgebrochenen Feindseligkeiten örtlich zu beschränken. Vor allem sei es wünschenswert, daß Österreich-Ungarn fortfahre, sich Zurückhaltung aufzuerlegen, und nicht einerseits eingriffe, da dies sonst die Einmischung Rußlands nach sich ziehen würde. Österreichs Haltung in letzter Krise habe leider, ob mit Recht oder Unrecht, könne er nicht feststellen, den Verdacht wachgerufen, daß es Bulgarien in seiner Haltung Serbien gegenüber ermutige. Beigetragen zu diesem Eindruck habe namentlich die Weigerung des Wiener Kabinetts, sich den Schritten anzuschließen, die in Sofia zur Abrüstung auffordern sollten.

In obigem Sinne habe er auch mit den französischen Staatsmännern unterhandelt und bei ihnen Bereitwilligkeit gefunden, sich strengste Zurückhaltung aufzuerlegen. Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 7. 7. 1913

Bei der heutigen Sitzung erklärte Sir E. Grey, die Ereignisse auf dem Balkan zwängen die Mächte dazu, zu den dortigen Vorgängen erneut Stellung zu nehmen, und es entstände wieder die Frage, ob eine Einmischung angezeigt erscheine. Soweit er bisher

habe feststellen können, wären alle Mächte letzterer abgeneigt und wünschten mit ihm strenge Zurückhaltung und örtliche Beschränkung. Es würde ihm daher lieb sein, von uns in dieser Richtung bestimmte Zusicherungen zu erhalten, und er bitte uns daher, unsere Regierungen um entsprechende Ermächtigung zu ersuchen. Ich erklärte sofort, daß dies vollkommen den Ansichten der Kaiserlichen Regierung entspräche.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 17. 7. 1913

**S**ir E. Grey hat Graf Mensdorff kommen lassen in der Hoffnung, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn eine Verständigung über die Friedensbedingungen der Balkanstaaten herbeizuführen. Die russischen Ansichten sind ihm bekannt, und er hat Grund zur Annahme, daß zwischen ihnen und Wiener Auffassung kein allzu großer Gegensatz besteht. Er hofft, daß, wenn beide Regierungen einig sind, die Kriegführenden sich fügen und Frieden schließen werden.

Lichnowsky.

## Fünfter Abschnitt

### DER BALKANKRIEG

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 21. 7. 1913

Vor der heutigen Sitzung besprach Sir E. Grey mit mir die gegenwärtige Lage auf dem Balkan und bezeichnete mir als seine Ansicht, daß die Balkanstaaten möglichst bald die Friedensbedingungen untereinander vereinbaren sollten, die nachher der Billigung der Mächte zu unterwerfen seien. Er hoffe auf dieser Grundlage eine Einigung herbeizuführen, und glaube, daß auch Rußland dem zustimmen werde. Über die wesentlichsten Punkte glaube er, daß zwischen Wien und Petersburg Einvernehmen bestehe.

Was das Vorgehen der Türkei betreffe, so halte er es für notwendig, daß alle Mächte sich dahin einigten, daß die Enos—Midia-Linie als Grenze festgehalten werde. Eine andere Frage aber sei, welche Mittel zur Anwendung kommen sollten, falls die Türkei nicht nachgebe, und Mächte sich gezwungen sähen, gegen sie vorzugehen. Sollten alle Mächte sich für eine Flottenkundgebung aussprechen, so werde England sich nicht ausschließen. Es entstände aber dann wieder die Schwierigkeit, die Durchfahrt durch die Meerengen zu erzwingen bzw. die Türkei zur Nachgiebigkeit zu veranlassen, falls die Flottenkundgebung unberücksichtigt bleibe. Vorläufig könne sie vielleicht

durch Vorenthaltung jeglicher Unterstützung in finanzieller und anderer Richtung eingeschüchtert werden.

Bei der Sitzung regte der Minister dieselbe Frage an, unterließ aber zu sagen, daß England sich gegebenenfalls an einer Flottenkundgebung beteiligen würde, und beschränkte sich darauf, uns aufzufordern, unsere Regierungen zu bitten sich über ihre Ansichten zu äußern.

Ich erklärte, annehmen zu können, daß meine Regierung der Auffassung des Ministers vollkommen beipflichte, daß ich aber glaubte, es genüge vorläufig, sich über die Frage Enos—Midia grundsätzlich zu einigen und Entscheidung über etwaige gewaltsame Druckmittel noch aufzuschieben, über deren Schwierigkeiten bei allen Regierungen wohl die gleiche Auffassung herrschen würde. Die Ereignisse auf dem Balkan hätten gezeigt, daß man dort auf überraschende Wendungen immer gefaßt sein müsse. Man könne daher vorläufig die Flottenfrage noch hinausschieben und abwarten.

Graf Benckendorff ließ jedoch durchblicken, daß seiner Regierung an schnellem und energischem Auftreten der Mächte besonders gelegen sei, und bei meinen Kollegen besteht die Befürchtung, daß Rußland einseitig gegen die Türkei vorgehen könnte.

Über die Sitzung wurde der nachstehende Wortlaut vereinbart:

„Sir Edward Grey drückt die Meinung aus, daß die kriegführenden Staaten, Rumänien, Serbien, Griechenland, Montenegro und Bulgarien, ermutigt werden müssen, ihre Bevollmächtigten zusammentreten zu lassen, um den Feindseligkeiten ein Ende zu machen und die Bedingungen einer Übereinkunft betreffs der Wiederherstellung des Friedens auszuarbeiten. Die Abmachungen für die Intervention werden der Prüfung

und Billigung durch die Mächte unterworfen, die sich zu diesem Zweck verständigen werden.

Die Meinung Sir Edward Greys ruft keinen Einwand von seiten der Botschafter hervor, die sie ihren Regierungen zur Billigung unterbreiten werden.

Sir Edward Grey drückt seine persönliche Meinung aus, daß die Mächte sich nicht der von ihnen angenommenen Verpflichtung, die Linie Enos—Midia zur Festsetzung der türkisch-bulgarischen Grenze zu bestimmen, entziehen können. Die Tatsache des Vorrückens der türkischen Truppen über diese Linie hinaus rollt eine Frage auf, die Sir Edward Grey dem Kabinett vorlegen muß, und er wünscht, daß die Botschafter sich der Ansichten ihrer Regierungen über diese Angelegenheit vergewissern." Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 22. 7. 1913

Sir E. Grey sagte mir heute, nach seinen Nachrichten schienen die Türken Adrianopel noch immer besetzt zu haben, und es fehle ihm jeder Anhaltspunkt über die türkischen Absichten. Gegen die Belassung von Adrianopel an die Türkei sprach der Minister sich von neuem aus und schien nicht ganz unbesorgt zu sein wegen etwaiger russischer Einmischungen. Er meinte, die Grenze werde wohl jetzt unter Beibehaltung der Enos—Midia-Endpunkte konkav statt konvex ausfallen, und niemand werde den Türken das Recht bestreiten wollen, nunmehr für sich strategisch günstige Punkte zu sichern. Er teilte auch vollkommen meine Auffassung, daß es sich vorläufig nicht empfehle, einer Flottenkundgebung näherzutreten, schon weil niemand die Verantwortung werde tragen wollen, daß bei der Durchfahrt durch die Dardanellen einige Schiffe zum Opfer fallen. Man könne versuchen, die

Türkei durch Entziehung aller Unterstützung mürbe zu machen. Im ganzen hatte der Minister heute eine günstigere Auffassung der ganzen Lage und schien eine baldige Beendigung der Feindseligkeiten vorauszusehen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 25. 7. 1913

**B**ei der heutigen Sitzung gelangte zunächst die Frage der Anwendung von Druckmitteln gegen die Türkei zur Erörterung. Ich verfehlte nicht, meine neu-lichen Erklärungen zu wiederholen und darauf hinzuweisen, daß es verfrüht wäre, schon jetzt an diese Frage heranzutreten, schon wegen der nicht unerheblichen Schwierigkeiten, die sich der Verwirklichung einer Flottenkundgebung entgegenstellten. Sir E. Grey sprach sich in ähnlichem Sinne aus, während die Kollegen sich nur dafür erklärten, falls alle anderen Mächte mitmachten. Der Gedanke wurde von keiner Seite sehr warm befürwortet und alsbald fallengelassen, obwohl Graf Benckendorff wiederholt auf die russische öffentliche Meinung hinwies.

Sir E. Grey regte hierauf an, den türkisch-bulgari-schen Streit gleichzeitig mit den Abmachungen der Balkanstaaten der Entscheidung der Mächte zu unterwerfen, die Türkei also mit demselben Maß zu messen wie die kriegführenden Königreiche, und sprach die Hoffnung aus, daß sie sich dem geeinten Willen der Mächte fügen werden. Graf Benckendorff bemerkte, es sei zu befürchten, daß die russische öffent-liche Meinung sich nicht so lange gedulden werde.

Es gelangte sodann die Frage eines diplomatischen Drucks zur Erörterung, verbunden mit Verheißungen, die den türkischen Wünschen entsprächen. Ich habe

diesen Gedanken warm befürwortet unter Hinweis nicht nur auf Grenzberichtigungen, sondern auch auf die Kriegsentschädigung. Ich versuchte letztere in die in Konstantinopel abzugebende Erklärung aufzunehmen, schon um alle Mächte in diesem Punkte festzulegen. Dem widersprach aber Sir E. Grey, welcher meinte, wir wollten die Türkei nur auffordern, mit Wünschen hervorzutreten, nicht aber selbst den Türken Angebote machen. Vermutlich ließ er sich auch durch Rücksichten auf Rußland leiten und die Befürchtung, daß die Aufnahme dieses Punktes die Abgabe gleichlautender Erklärungen verzögern könnte. Graf Benckendorff sagte auch sofort, daß man in Petersburg hiermit nicht einverstanden sein würde. Es wurde hierauf nachstehender Beschluß gefaßt:

„Nach den Antworten aller Regierungen auf die Frage, die ihnen von den Botschaftern nach ihrer letzten Zusammenkunft vorgelegt wurde, sind die Mächte sich einig, die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der im Vertrag von London niedergelegten Bedingungen und der Ziehung der türkisch-bulgarischen Grenze entlang einer von Enos ausgehenden und in Midia endigenden Linie zu bekräftigen.

Auf Vorschlag von Sir Edward Grey ist die Versammlung der Meinung, daß die Mächte durch einen übereinstimmenden Entschluß die ottomanische Regierung an die Innehaltung des Vertrages von London und besonders der Anordnung betreffs der Linie Enos—Midia erinnern sollten.

Gleichzeitig könnte die ottomanische Regierung die Nachricht erhalten, daß die Mächte bei der Bestimmung dieser Grenze geneigt sein werden, die Bedingungen in Erwägung zu ziehen, die die Türkei für unerlässlich für die Sicherheit dieser Grenze halten könnte.“

Mein italienischer Kollege hatte am Schluß die Fassung „ses frontières“: anstatt „cette frontière“ gewünscht und in großer Erregung um diesen Wortlaut gebeten, anscheinend mit der Absicht, die von Italien besetzten Inseln bei dieser Gelegenheit der Türkei zu erhalten. Sein Verlangen scheiterte aber am Widerspruch Sir E. Greys, welcher die Inselfrage nicht hineinziehen wollte und nicht wünschte, eine diesbezügliche Anspielung abzugeben. Ich vermute aber, daß Italien auf den Wunsch zurückkommen wird, die besetzten Inseln bei dieser Gelegenheit den Türken als Entgelt anzubieten, und bitte um Weisung, wie ich mich in dieser Frage verhalten soll. Ich habe heute die formalen Wünsche meines italienischen Kollegen unterstützt, ohne mich auf die Inselfrage näher einzulassen.

Lichnowsky.

## Sechster Abschnitt

### WEITERE VERHANDLUNGEN

#### DER LONDONER BOTSCHAFTER-VERSAMMLUNG

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 5. 6. 1913

Bei der heutigen Sitzung regte zunächst Graf Benckendorff an, daß es sich empfehlen würde, die Kriegführenden zur sofortigen Abrüstung aufzufordern. Die Verbündeten stünden sich noch mißtrauisch gegenüber und wollten daher die Waffen nicht niederlegen, während die Türkei sich hierdurch veranlaßt fühle, ihre Truppen ebenfalls nicht zu entlassen. Es wurde hierüber der nachstehende Beschluß gefaßt:

„Auf den Vorschlag des russischen Botschafters hin hält es die Versammlung für ratsam, die Kriegführenden aufzufordern, ihre mobile Kriegsmacht sofort zu verringern.“

Hierauf wurde zur Frage der albanischen Verfassung übergegangen. Herr Cambon, unterstützt von Graf Benckendorff trat wiederum dafür ein, daß es aus praktischen Gründen nicht empfehlenswert sei, schon jetzt mit der Entsendung eines Fürsten vorzugehen, der angesichts der Unsicherheit der dortigen Zustände und des Mangels jeglicher geordneten Verwaltung dort vorläufig nicht am Platze sei. Auch wurde es vermieden, über die Frage, ob und wann

überhaupt ein solcher zu wählen sei, zu verhandeln, da Herr Cambon jedes Eingehen auf dieselbe ablehnte. Man begnügte sich daher, die baldige Einsetzung der „Commission de contrôle“ und die Herstellung der von einem der Kleinstaaten zu liefernden Gendarmerie zu beschließen. Nachstehend der gefaßte Beschluß:

„Ohne jetzt schon die Errichtung einer endgültigen Verfassung in Albanien ins Auge zu fassen, hält es die Versammlung für wünschenswert, zur Einsetzung einer internationalen Kontrollkommission zu schreiten, die aus Delegierten jeder der Großmächte unter Hinzuziehung eines albanischen Mitgliedes bestehen soll. Diese Kommission sollte an Ort und Stelle die fortschrittliche Organisation des Landes studieren und die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendigen Maßnahmen treffen. Die erste dieser Maßnahmen sollte die Errichtung einer Gendarmerie sein, die von europäischen Offizieren instruiert und befehligt werden müßte. Diese sollten von einer neutralen Macht mit Ausschluß der sechs Großmächte, der Balkanstaaten und der Mächte, die direkte Interessen auf dem Balkan haben, gestellt werden.

Sir Edward Grey bemerkt, daß es schwierig sei, sich vor der Errichtung einer endgültigen Verfassung eine provisorische Regierung ohne eine Exekutivgewalt vorzustellen; er regt die Ernennung eines besonderen Delegierten durch die Mächte an, der mit der Ausführung der von der Kontrollkommission getroffenen Maßnahmen betraut werden müßte.

Der französische und der russische Botschafter schließen sich diesem Gedanken an. Der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter können sich nicht äußern, da sie die Antworten ihrer Regierungen auf die von dem französischen Botschafter in

einer früheren Sitzung ausgesprochenen Bemerkungen erwarten. Fürst Lichnowsky stimmt der Anregung Sir Edward Greys zu, indem er die Meinung ausdrückt, daß die endgültige Regelung die Ernennung eines Fürsten gestatten müsse.

Die Versammlung hält es für angebracht, die Aufmerksamkeit der Regierungen auf die Notwendigkeit zu lenken, von Anfang an an die unerläßlichen finanziellen Mittel zu denken, um den Dienst der internationalen Kontrolle und der Gendarmerie sicherzustellen."

Schließlich teilte Sir Edward Grey mit, daß aus inneren Verwaltungsgründen die Marinebehörde beschlossenen habe, zwar den Admiral Burney in Skutari zu belassen, die dort befindlichen 300 Seeleute aber durch 300 Soldaten aus Malta zu ersetzen und die betreffenden Kriegsschiffe abzubrufen.

Nächste Sitzung Montag.

Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 9. 6. 1913

**B**ei der heutigen Sitzung wurde, wie anderweit gemeldet, von Herrn Cambon der Antrag gestellt, nunmehr die am 17. Dezember vereinbarte Fassung über die zu errichtende serbische Bahn durch Albanien schriftlich zur Kenntnis der serbischen Regierung zu bringen, da die hiesigen serbischen Vertreter darauf drängten und nur im Hinblick auf diese Zusage den Frieden unterzeichnet hätten. Längeres Zögern wäre mit der von uns übernommenen Ehrenpflicht unvereinbar und müsse dazu führen, daß unser guter Wille auf serbischer Seite in Zweifel gezogen werde. Demgegenüber hob Graf Mensdorff hervor, daß seine Regierung ihre Zustimmung zu der beabsich-

tigten Mitteilung davon abhängig mache, daß vorher eine Verständigung erzielt werde über die Auslegung einiger ihr in der vereinbarten Fassung zweifelhaft erscheinenden Bestimmungen. Hierüber hätten bereits zwischen St. Petersburg und Wien Verhandlungen stattgefunden, die jedoch nicht zum gewünschten Ergebnis geführt hätten. Der wichtigste strittige Punkt ist, wie die Grafen Mensdorff und Benckendorff übereinstimmend berichteten, die Frage, ob es Serbien gestattet werden soll, auch in Kriegszeiten Kriegsmaterial auf der Bahn zu befördern.

Sowohl Sir Edward Grey wie auch Herr Cambon teilten die Auffassung der russischen Regierung, daß eine derartige Einschränkung der Rechte Serbiens mit dem Geiste unserer Abmachungen schwer zu vereinbaren sei. Namentlich aber waren sie der Ansicht, und hierin begegneten sie auch der stillschweigenden Zustimmung meines italienischen Kollegen, der ich mich anschließen möchte, daß es schwer möglich sei, mit der in Aussicht genommenen Mitteilung solange zu warten, bis alle zweifelhaften Punkte, zu denen unter anderen auch genaue Bestimmungen über die Neutralität des Hafens gehören, eine befriedigende Lösung gefunden, oder aber die Erklärung überhaupt davon abhängig zu machen, daß man zu einer Verständigung gelange.

Es wurde daher auf Vorschlag Sir Edward Greys die Anregung gegeben, dem Wiener Kabinett nahezu legen, zuzustimmen, falls ihm das Recht eingeräumt würde, im Falle eines Krieges zwischen Österreich und Serbien die Zufuhr von Waffen und Munition zu verhindern.

Kommt es Österreich-Ungarn allein darauf an, seine eigenen Interessen zu schützen, so dürfte diese Klausel genügen; der Verdacht liegt aber nahe,

daß bulgarische Wünsche im Spiele sind. Vertraulich erfahre ich allerdings, daß die nachträglichen Bedenken der österreichischen Regierung darauf zurückzuführen sind, daß Graf Mensdorff im Drange der Geschäfte und aus Versehen die Zustimmung seiner Regierung zu dem bewußten Übereinkommen zu früh abgegeben hat und so nicht in der Lage war, gewissen Bedingungen und Bedenken Rechnung zu tragen.

Nachstehend der vereinbarte Sitzungsbericht:

„Nachdem der französische Botschafter vorgeschlagen hatte, die der serbischen Regierung abzugebende Erklärung über die internationale Eisenbahn zu besprechen, sagt Sir Edward Grey, daß es notwendig sei, die am 17. Dezember angenommene Erklärung zu bestätigen, und daß dies eine Ehrenfrage für die Mächte sei.

Der österreichisch-ungarische Botschafter sagt, es sei notwendig, Aufklärungen über gewisse Punkte zu erlangen, die in dieser Erklärung nicht definiert wurden.

Nach einer kurzen Diskussion regt Sir Edward Grey an, die österreichisch-ungarische Regierung könnte sagen, wenn sie der Erneuerung der Erklärung zustimmte, wünsche sie festgestellt zu wissen, daß im Falle eines Krieges zwischen Serbien und Österreich-Ungarn diese letztere Macht das Recht haben soll, durch ihre Seestreitkräfte die Einführung von Kriegsmaterial durch den neutralen Hafen zu verhindern.

Der österreichisch-ungarische Botschafter kündigt an, daß er diese Anregung seiner Regierung übermitteln werde, und sagt, nach seinen Anweisungen komme es der Botschafterversammlung zu, sich über die in dem Meinungs austausch zwischen der russischen und der österreichischen Regierung, dessen Tenor der Versammlung mitgeteilt werden wird, ins Auge ge-

faßten Punkte und die Auslegung, die man ihnen geben soll, auszusprechen.

Der russische Botschafter erklärt, daß seine Regierung ebenfalls der Meinung sei, die Versammlung über gewisse Punkte zu befragen.

Es wird beschlossen, daß Graf Mensdorff und Graf Benckendorff so bald als möglich Sir Edward Grey und ihren Kollegen die verschiedenen Punkte, die zu einer Diskussion Anlaß geben können, mitteilen sollen.

Sir Edward Grey bemerkt, daß auf jeden Fall die Kundgebung an die serbische Regierung nicht von der Einigung über einige Punkte, die noch nicht genügend beleuchtet sind, abhängen darf." Lichnowsky.

AN DEN REICHSKANZLER VON BETHMANN HOLLWEG

London, 11. 6. 1913

**B**ei der heutigen Sitzung wurde zunächst die Inselfrage besprochen, wobei Marquis Imperiali nachfolgende Erklärung abgab:

„Die Regierung Seiner Majestät ist durch die Bestimmungen des Vertrages von Lausanne gebunden und verpflichtet, die von den königlichen Truppen besetzten Inseln zur Verfügung der ottomanischen Regierung zu halten.

Die Regierung Seiner Majestät glaubt infolgedessen nicht, an der Besprechung zwischen den Mächten über das Schicksal der besagten Inseln teilnehmen und sich den eventuellen Schritten anschließen zu können, die die Mächte bei der Hohen Pforte etwa unternehmen, um ihr die gefällte Entscheidung mitzuteilen.

Bei dem Interesse aller Mächte an der Erhaltung der Unversehrtheit des ottomanischen Kaiserreichs und der Sicherheit seiner Provinzen der asiatischen Türkei zweifelt die Königliche Regierung nicht, daß

die Mächte bei der Regelung des allgemeinen Schicksals der Inseln des Ägäischen Meeres ihre Ansicht über die Notwendigkeit, soviel als möglich die Interessen und das Prestige der Türkei zu wahren, teilen werden."

Ich betonte gemäß der mir erteilten Weisung, daß wir in der Inselfrage nach Möglichkeit für Wahrung der türkischen Rechte eintreten werden und daher unbedingt die beiden den Dardanellen vorgelagerten Inseln Imbros und Tenedos der Türkei erhalten möchten. Was Chios und Mythilene betreffe, so würden wir im Prinzip auch geneigt sein, diese Inseln der Türkei zu belassen, müßten aber auf alle Fälle auf ihrer Neutralisierung bestehen, falls sich der Anschluß an Griechenland aus dem Gang der Verhandlungen ergeben sollte. Da unsere Verbündeten wünschten, die Inselfrage mit der südalanbischen in Verbindung zu bringen, so wollten wir deren Wünsche auch in dieser Frage unterstützen. Ich vermied es aber, mich auf Einzelheiten über die Abgrenzung Südalanbiens einzulassen, da mir hierüber bestimmte Weisungen nicht zugegangen sind.

Sofort wiederholte mein italienischer Kollege, von Graf Mensdorff lebhaft unterstützt, daß Phtelia und Koriza für seine Regierung die Säulen des Herkules bedeuteten, über die sie nicht hinausgehen könnte. Auf diese mit großer Bestimmtheit wiederholte Erklärung richtete Sir Edward Grey an Marquis Imperiali die Frage, was seine Regierung zu tun gedenke, wenn die Griechen sich weigerten, Südalanbien zu räumen, worauf dieser entgegnete, Italien werde alsdann die besetzten Inseln nicht räumen und unter Umständen sogar die Räumung Südalanbiens mit Waffengewalt erzwingen.

Graf Benckendorff verhielt sich sehr zurück-

haltend, während Herr Cambon nach einigem Zögern erklärte, nicht in der Lage zu sein, der italienisch-österreichischen Auffassung beizutreten. Ein bestimmter Vorschlag wurde aber weder von ihm noch von einem anderen Mitgliede seiner Gruppe gemacht.

Dann erklärte Sir Edward Grey, es empfehle sich, vor weiterer Beratung über die Abgrenzung Südalbanians sich die Frage vorzulegen, was wohl zu geschehen habe, falls Griechenland sich weigere, den Beschlüssen der Mächte Rechnung zu tragen. Wir hätten bereits mit Skutari erlebt, welche Schwierigkeiten entstehen könnten, wenn Widerstand zu überwinden wäre, Griechenland gegenüber würde die Angelegenheit noch viel heikler werden. Den Äußerungen des hiesigen griechischen Vertreters entnehme er, daß Griechenland lieber auf einen Teil der Inseln verzichten als Südalbanien räumen wolle, so daß noch die fernere Frage entstünde, wer die Griechen von den von ihnen besetzten Inseln vertreiben würde, falls sie erklären, in der südalbanischen Frage nicht nachzugeben. Er sei überzeugt, daß die Mehrheit der Mächte sich an einem gewaltsamen Vorgehen gegen Griechenland nicht würde beteiligen wollen, und er seinerseits könne nur dann einem Beschlusse zustimmen, falls er in der Lage sei, namens des Kabinetts zu erklären, daß England bereit sei, die Ausführung desselben durchzusetzen bzw. sie anderen Mächten zu überlassen. Alsdann müßte aber die getroffene Entscheidung so vernünftig erscheinen, daß das Unrecht offenbar sich auf griechischer Seite befände, falls es ablehne, sich zu fügen.

In der nächsten Sitzung dürfte der Minister seinen Standpunkt und den des Kabinetts festlegen. Bisher hat er sich hierüber jeder Äußerung enthalten und mir nur vertraulich gesagt, es sei kaum möglich, die

Italiener zu veranlassen, ihre mit solcher Bestimmtheit gekennzeichneten Auffassungen preiszugeben.

Sollte ich in der nächsten Sitzung befragt werden, wie wir uns zu der Frage einer etwaigen Anwendung von Gewalt gegen Griechenland stellen, so werde ich wohl am besten ausweichend antworten, wir könnten uns auf diese Frage nicht festlegen, ohne zu den gefaßten Beschlüssen Stellung genommen zu haben, und würden es wohl äußerstenfalls unseren Bundesgenossen überlassen, allein oder selbständig vorzugehen.

Ich glaube, daß die griechische Regierung eine kräftige Unterstützung ihrer Wünsche an der albanischen Küste kaum zu gewärtigen hat, da Rußland es wohl nicht mit Italien verderben will und Herr Cambon mit keinem Worte mehr das Kap Kephali erwähnt hat, sondern den Hauptnachdruck auf Koriza legt, also im Innern eine Entschädigung für Griechenland sucht. Sir Edward Grey wird vermutlich bestrebt sein, auf dieser Grundlage und in Verbindung mit der Inselfrage eine Vereinbarung zustande zu bringen, es aber nachher vielleicht Österreich und Italien überlassen, gemeinsam vorzugehen. Das Bestreben Italien zu schonen, und es womöglich dem Dreiverband näherzubringen, tritt zweifellos hervor, und dürften auch wohl unsere bekannten griechischen Sympathien dabei kräftig ausgenutzt werden.

Nachstehend der vereinbarte Bericht:

„Auf den Vorschlag des österreichisch-ungarischen und des italienischen Botschafters betreffs der südlichen Abgrenzung Albaniens sagt Sir Edward Grey, daß er sich keiner Abmachung anschließen könne, ohne bereit zu sein, sich an Maßnahmen zu beteiligen, um sie zwangsweise durchzuführen, und ohne zu prüfen, ob sie Griechenland mit Gewalt auferlegt werden

könne. Dies sei eine sehr ernsthafte Entscheidung und er müsse über diese Angelegenheit den Premierminister und seine Kollegen im Kabinett befragen. Er wünsche in der Lage zu sein, bestimmt erklären zu können, ob Großbritannien bei der Empfehlung an Griechenland, eine Abmachung der Mächte anzunehmen, wenn nötig, hinzufügen könne, daß Griechenland die Folgen einer Weigerung, diese Abmachung anzunehmen, ins Auge fassen müsse, oder ob im Gegenteil Großbritannien erklären müsse, daß es sich an der vorgeschlagenen Abmachung nicht beteiligen könne.

Der französische Botschafter sagt, seine Anweisungen erlaubten ihm nicht, sich dem Vorschlag des österreichisch-ungarischen und des italienischen Gesandten anzuschließen, besonders was die Zuteilung von Koriza an Albanien betreffe. Er behält sich vor, seine Regierung zu befragen.

Der österreichisch-ungarische und der italienische Botschafter erklären es für unmöglich, ihren Vorschlag abzuändern."

Lichnowsky.

AN DEN STAATSEKRETAR DES AUSWARTIGEN AMTES  
VON JAGOW

London, 12. 6. 1913

Ich versuchte gestern in der Botschafterversammlung den Standpunkt unserer Verbündeten zu unterstützen, indem ich, wie berichtet, gleich zu Anfang erklärte, daß ich den Zusammenhang zwischen der Insel- und der südalbansischen Frage, auf den Italien so großes Gewicht legt, anerkennen und den Wünschen unserer Verbündeten hinsichtlich Südalbanians beipflichten wolle. Ich habe mich angesichts der Stellungnahme des Kaisers, die auch hier allgemein bekannt

geworden ist, auf diese allgemein gehaltene Erklärung beschränkt, und um den Allerhöchsten Ansichten nicht schroff und offenkundig entgegnetreten zu müssen, es unterlassen, mich an der weiteren Erörterung zu beteiligen und meine Zustimmung zu den Ausführungen meiner beiden Kollegen in das Protokoll aufzunehmen. Diese Haltung entspricht ja auch Ihren Weisungen, die in dem letzten maßgebenden Erlaß die heikle Frage umgehen und lediglich die Hoffnung aussprechen, zwischen Wien, Rom und Athen eine Einigung zu erzielen. Daß dieser fromme Wunsch nicht in Erfüllung gehen würde, war Ihnen wohl auch damals klar, und ich glaubte zu verstehen, daß ich zwar die Wünsche unserer Verbündeten unterstützen, es aber vermeiden sollte, allzu offenkundig damit hervortreten bzw. die Führung zu übernehmen.

Die von mir beobachtete Zurückhaltung entsprach also wohl Ihren Wünschen und denen des Herrn Reichskanzlers, hat aber natürlich meinen beiden Kollegen nicht ganz gefallen. Marquis Imperiali sagte mir gestern, daß er hier von allen Seiten auf die kaiserliche Sympathie für Griechenland angesprochen werde, während Sie Bollati\*) erklärt haben sollen, wir teilten vollkommen die italienische Auffassung. Ich erwiderte, daß ich mich nur formell abwartend verhalten hätte, daß aber, falls nach meinem in der Sitzung gestellten Antrage die südalanische Frage sofort zur Besprechung gelangt wäre, was, wie Sie wissen, an dem Widerspruch Greys scheiterte, ich die italienischen Wünsche bestimmt unterstützt hätte. Es handele sich also lediglich um eine gewisse Zurückhaltung in der Form; in der Sache würden wir unsere Bundesgenossen nicht im Stich lassen. Ich habe auch

---

\*) Italienischer Botschafter in Berlin.

Grey gesagt, daß wir uns an der Seite unserer Verbündeten befänden, daß ich diesen aber in der ganzen Angelegenheit den Vortritt überlassen müßte.

Wie Sie aus meinem gestrigen Bericht ersehen, scheint Cambon seinen früheren Widerstand zu mildern und auch Rußland den Italienern entgegenzukommen. Ich bezweifle sehr, daß Grey, der sich vorläufig noch in Schweigen hüllt, allein Widerstand leisten wird, schon weil er fürchtet, daß sich alsdann die Italiener in Rhodos festsetzen könnten, was ihm äußerst unangenehm wäre. Es wird wohl darauf hinauskommen, daß der Dreiverband versuchen wird, Griechenland im Innern, also in erster Linie auf Kosten österreichischer Wünsche (Koriza), zu entschädigen. So ungefähr denke ich mir, daß die Sache laufen dürfte, und wir werden natürlich die Hereingefallenen sein, denn man wird den Italienern sagen, daß sie die Erfüllung ihrer Wünsche nicht uns, sondern der Entente zu verdanken haben, und den Österreichern bedeuten, daß die Nichterfüllung der ihrigen unserer lauen Unterstützung zuzuschreiben sei! —

Auffallend ist es jedenfalls, daß Grey nicht schon früher das Kabinett befragt hat und erst den Lauf der gestrigen Sitzung, die die Stellungnahme der einzelnen Mächte kennzeichnete, abwarten wollte. Denn er muß sich doch schon längst darüber klar sein, wie weit er gehen will, und welche Linie er für so „reasonable“ hält, daß er unter Umständen dafür auch die englischen Streitkräfte einzusetzen bereit ist. Er brachte die Angelegenheit gestern zur Sprache, ohne aber auf ihre Erörterung eingehen zu wollen, und brach sie sofort ab mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit, sich über die Anwendung von Gewaltmaßregeln vorher im klaren zu sein.

Bitte mich also bis Mittwoch mit Ihren Ansichten

vertraut zu machen und mir namentlich zu sagen, ob ich mich ganz für den österreichisch-italienischen Standpunkt einsetzen und mich auch gegebenenfalls mit der Anwendung von Gewaltmaßregeln gegen Griechenland einverstanden erklären soll.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 15. 6. 1913

Selbst wenn es gelänge, wegen Kutzowalachen, die man in Wien aus Rücksicht für Rumänien bei Albanien belassen will, hier Verständigung zu erlangen, so wird das kaum genügen, um die Griechen zu befriedigen, falls sie weder Kap-Kephali-Linie noch Koriza erhalten. Für erstere tritt aus Rücksicht für Italien schon nicht mehr Herr Cambon ein, um so mehr aber für Koriza, auf dessen Zugehörigkeit zu Albanien wiederum Österreich besteht. Der Dreiverband ist also jedenfalls in der Lage, Griechenland mehr zu bieten wie wir, falls wir es nicht mit Italien gründlich verderben wollen.

Die neuerdings so stark hervortretende Interessengemeinschaft Griechenlands und Serbiens und der gemeinsame Gegensatz zu Bulgarien und Albanien, die beide von Österreich begünstigt werden, muß Griechenland unwillkürlich dem Dreiverband näherbringen, selbst wenn Herr Veniselos noch so feierliche Erklärungen abgibt.

Für die unsicheren Aussichten griechischer Freundschaft kämen wir in einen Gegensatz zu unseren Verbündeten, ohne schließlich für Griechenland das zu erreichen, was der Dreiverband in Aussicht stellt.

Ich werde also Mittwoch für den Standpunkt unserer Verbündeten unzweideutig eintreten, vorher

aber versuchen, über die Kutzowalachen mich mit Herrn Misu zu verständigen und gegebenenfalls beantragen, daß diese an Griechenland fallen sollen.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 16. 6. 1913

**H**atte soeben eingehende Unterredung mit Herrn Misu\*) über Kutzowalachen. Der Gesandte erklärte, bisher keinen Auftrag erhalten zu haben, mit mir über die Frage zu verhandeln, er wolle aber unsere Unterredung nach Bukarest telegraphieren und um Weisungen bitten.

Ich suchte Herrn Misu klarzumachen, daß es im Interesse Rumäniens liege, sich mit Griechenland zu verständigen, da eine Stärkung Griechenlands niemals Rumänien unbequem werden könne und willkommenes Gegengewicht gegen die Übermacht Bulgariens bilde. Die Kutzowalachen hätten für Rumänien keine realpolitische Bedeutung, Herr Veniselos verspräche außerdem die Wahrung der nationalen Rechte zu gewährleisten. Wir müßten Griechenland irgendwo entgegenkommen, daher sei es angezeigt, nicht auf Zugehörigkeit der Kutzowalachen zu Albanien zu bestehen.

Herr Misu entgegnete, er verschließe sich keineswegs dieser Erwägung, seine Regierung sei aber aus innerpolitischen Rücksichten in schwieriger Lage. Gebe sie die Kutzowalachen preis, so würde sie sofort des Verrats an einer nationalen Sache geziehen werden. Außerdem liefe der Minister Gefahr, ermordet zu werden, wie Kutzowalachenanschlag auf Jonescu beweise. Die Erbitterung gegen die Griechen sei wegen fortgesetzter Helenisierung namentlich

\*) Rumänischer Gesandter in London.

durch Klerus in enen Gegenden nicht zu unterschätzen, und niemand traue griechischen Versprechungen. Die Regierung schein die heikle Frage auf ihn abwälzen zu wollen aus Angst vor der öffentlichen Meinung. Augenblicklich finden erneute Verhandlungen in Athen statt durch den neuen rumänischen Gesandten, von deren Verlauf jedenfalls die weiteren Entschließungen des Herrn Majorescu abhängig seien.

Gesamteindruck: Herr Misu scheint nicht abgeneigt, für Überlassung an Griechenland einzutreten, fürchtet aber, daß die rumänische Regierung aus Angst vor der öffentlichen Meinung nicht werde zustimmen können.

Lichnowsky.

AN DAS AUSWÄRTIGE AMT

London, 18. 6. 1913

Das wichtigste Ereignis der heutigen Sitzung war die durch Sir E. Grey gleich bei Eröffnung gemachte Feststellung, daß alle Mächte sich dahin geeinigt hätten, daß die griechische Grenze an der Küste bei Kap Stylós anzufangen habe. Meinungsverschiedenheiten beständen nur noch hinsichtlich des Hinterlandes. Hierüber wolle er vorläufig mit bestimmten Vorschlägen nicht hervortreten, sondern lieber in den nächsten Tagen mit jedem von uns gesondert verhandeln, um zu einer Einigung zu gelangen. Alsdann entfernte er sich wegen der Marconiangelegenheit im Unterhause und überließ Sir A. Nicolson den Vorsitz. Nunmehr wurde noch über serbische Fragen verhandelt, worüber ich schriftlich berichte.

Nächste Sitzung voraussichtlich Montag.

Lichnowsky.

Sir E. Grey sagte mir soeben, er sei nach längerer Überlegung zur Einsicht gelangt, daß die beste Lösung für griechisch-albanische Schwierigkeiten in der Einsetzung einer internationalen Abordnung liege, welche an Ort und Stelle Erhebungen pflegen und Rassenverhältnisse feststellen sollte.

Hierdurch könne innerhalb strittiger Zone, die von beiderseitig geforderter Grenzlinie eingeschlossen werde, die gerechte Mittellinie gefunden werden. Denselben Vorschlag, zu dem anscheinend bereits Frankreich und Rußland Zustimmung erteilt haben, wolle er noch heute beiden Dreibundskollegen mitteilen und ihn erst vor die Botschafterversammlung bringen, wenn die Annahme einigermaßen sichergestellt ist.

Ich entgegnete, daß wir griechische Empfindlichkeiten möglichst schonen wollten und daher gewiß bereit sein würden, seinem Gedanken beizupflichten, falls Österreich und Italien dasselbe täten. Nach meinem bisherigen Eindruck aber müßte ich befürchten, daß namentlich in Wien starke Abneigung dagegen bestehe und es wohl kaum gelingen werde, die Österreicher zum abermaligen Nachgeben zu überreden. In Wien bestehe man auf der bedingungslosen Zugehörigkeit von Koriza zu Albanien, und würde dort abermaliges Zurückweichen als Demütigung für die Monarchie empfunden werden. Ich sähe daher Möglichkeit der Einigung nur auf Grundlage der Überlassung der Kutzowalachen an Griechenland und hoffe, daß hierüber schließlich noch Einigung mit Rumänien zu erzielen sein werde, da dieser Staat besondere Interessen an guten Beziehungen zu Griechenland habe. Vorläufig sei dies aber noch nicht gelungen, und da man auch in Wien sich verpflichtet fühle, für Rumäniens Wünsche einzutreten, sei ich nicht in der

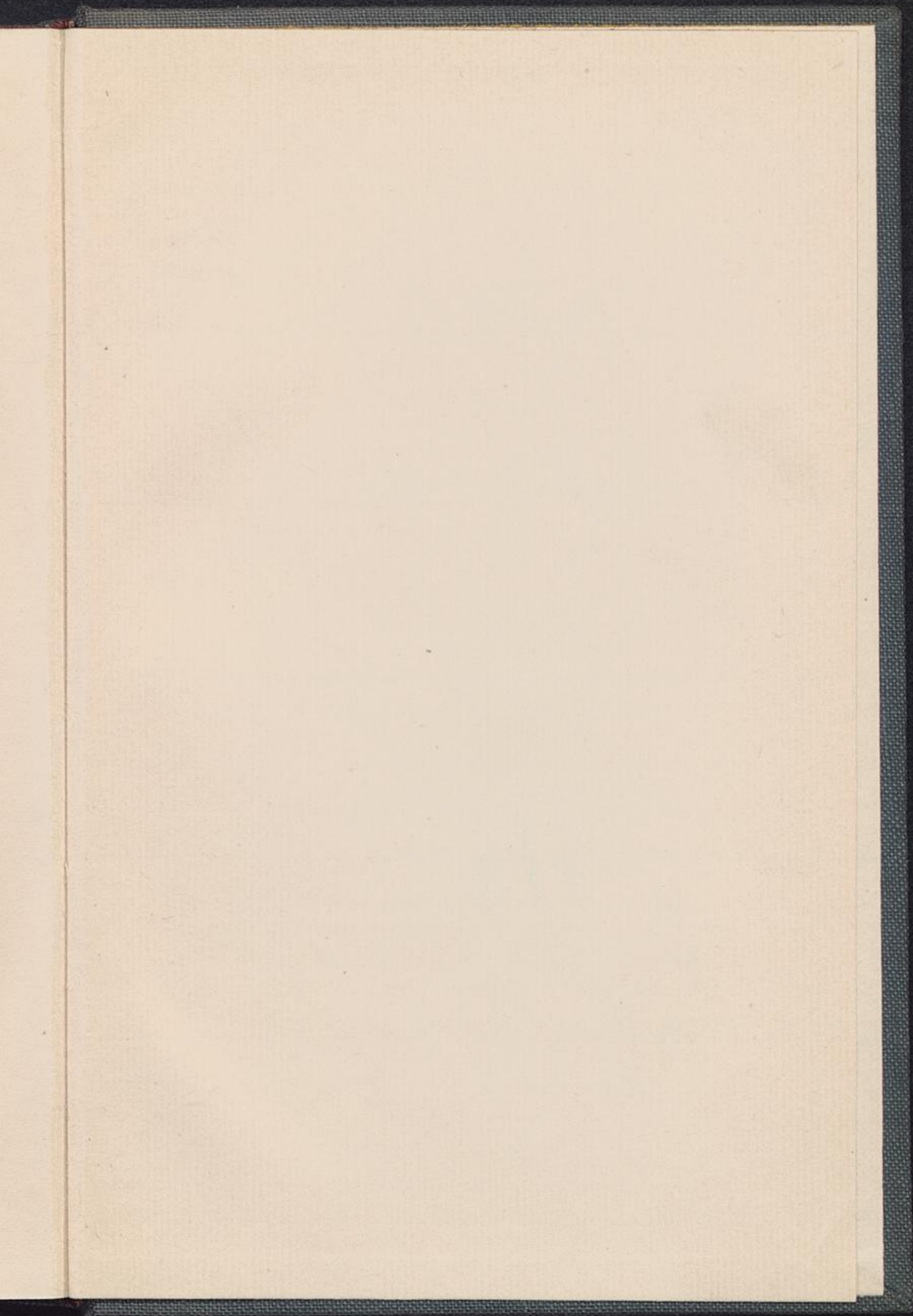
Lage, mit derartigem Vorschlage amtlich hervorzutreten, und müsse mich auf vertrauliche Anregung beschränken. Falls er, Sir E. Grey, aber in diesem Sinne Verständigung anbahnen wolle, hielt ich den Plan nicht für ganz aussichtslos im Zusammenhang mit den Inseln.

Der Minister entgegnete, daß er nicht glaube, daß auf obiger Grundlage Einigung zu erzielen sei, schon weil sich Griechenland nicht damit zufrieden geben werde. Es entstände dann wieder die Frage, wer die Griechen aus den besetzten Landesteilen vertreiben solle.

Erwähnen möchte ich noch, daß der Minister abermals das Kap Stylós als Ausgangspunkt der Grenze erwähnte und auch die Zugehörigkeit von Argyrókastron zu Griechenland voraussetzte, so daß Albanien nur ein schmaler Küstenstreifen im Süden verbliebe. Zum Schluß sagte er noch, daß, falls der Krieg zwischen den Balkanstaaten, wie es den Anschein habe, ausbräche, sich alles wieder verschieben könne. Denn Bulgarien würde möglicherweise von Griechenland den Verzicht auf südalbanische Gebietsteile verlangen. Aus seinen Äußerungen ging jedenfalls hervor, daß Sir E. Grey mit der Wahrscheinlichkeit eines Krieges zwischen Bulgarien einerseits und Serbien und Griechenland andererseits und mit dem Siege des ersteren rechnet. In diesem Falle würden wir also durch eine hellenophile Politik nicht nur mit dem mächtigsten und zukunftsreichsten Balkanstaate in einen Gegensatz kommen, sondern auch unseren Verbündeten entgegenarbeiten müssen, die aus naheliegenden Gründen eine ausgesprochen bulgarenfreundliche Politik treiben.

Lichnowsky.

Ende des ersten Bandes.



1/2  
14  
7p

30-

